



Monatsbericht Februar 2014

66. Jahrgang
Nr. 2

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
14. Februar 2014, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



I Inhalt

Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2013/2014	5
Überblick	6
Internationales und europäisches Umfeld	11
<i>Zur Entwicklung der japanischen Warenausfuhr nach der kräftigen Yen-Abwertung</i>	16
<i>Zu den Besonderheiten der Lohnstückkostenentwicklung in Spanien</i>	21
Geldpolitik und Bankgeschäft	29
<i>Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf</i>	30
<i>Zinssätze am Repomarkt: Approximation für den kurzfristigen risikofreien Zins</i>	35
<i>Zum Abbau der Bilanzaktiva in den Bankbilanzen der vier großen Euro-Raum-Mitgliedstaaten</i>	38
<i>Entwicklung des Vermögens und des Portfolioverhaltens der privaten Haushalte in Deutschland</i>	46
Finanzmärkte	49
Konjunktur in Deutschland	57
<i>Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland im Jahr 2013</i>	65
Öffentliche Finanzen	71
<i>Zur strukturellen Entwicklung der Staatsfinanzen in Deutschland – Ergebnisse des disaggregierten Ansatzes für das Jahr 2013</i>	72

■ Statistischer Teil.....	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*
Zinssätze.....	43*
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48*
Kapitalmarkt	50*
Finanzierungsrechnung	54*
Öffentliche Finanzen in Deutschland.....	56*
Konjunkturlage in Deutschland	63*
Außenwirtschaft	70*
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	79*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2013/2014

Überblick

Deutsche Wirtschaft mit aufwärtsgerichteter konjunktureller Grunddynamik

Weltwirtschaft

Die globale Konjunktur hat sich nach einem verhaltenen Auftakt im Verlauf des vergangenen Jahres gebessert. Im Schlussquartal 2013 dürfte die Weltwirtschaft das zuvor erreichte moderate Expansionstempo annähernd gehalten haben. Dazu hat wohl insbesondere das gute Abschneiden wichtiger Industrieländer beigetragen. So ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den USA und Großbritannien im zurückliegenden Herbst ähnlich zügig gewachsen wie bereits im Sommer. Der Euro-Raum hat die gesamtwirtschaftliche Produktion etwas mehr ausgeweitet als im Vorquartal. Die Schwellenländer insgesamt betrachtet konnten in den Monaten vor dem Jahreswechsel offenbar nicht ganz an das Tempo im dritten Quartal anknüpfen. Die Finanzmarkturbulenzen, denen einige Schwellenländer im Sommerhalbjahr ausgesetzt waren, haben jedoch in den betroffenen Volkswirtschaften keine gravierenden realwirtschaftlichen Spuren hinterlassen.

Im laufenden Jahr könnte sich die globale Expansion noch etwas festigen. Dazu dürfte nicht zuletzt beitragen, dass die Finanzpolitik in den Industrieländern weniger dämpfend wirkt als im Vorjahr, während die Geldpolitik trotz der schrittweisen Zurücknahme der Wertpapierkäufe der amerikanischen Zentralbank weiterhin sehr expansiv ausgerichtet bleibt. Die Konjunktursignale aus den Schwellenländern waren am Jahresanfang 2014 gemischt. Während die chinesische Wirtschaft nach wie vor relativ störungsfrei zu expandieren scheint, haben in einigen Ländern die Spannungen an den Finanzmärkten erneut zugenommen. Auf die mitunter erheblichen Kapitalabflüsse und Währungsabwertungen haben dort viele Zentralbanken mit teilweise beträchtlichen Zinsanhebungen reagiert. Auch wenn dadurch das gesamtwirtschaftliche Wachstum der betroffenen

Länder gebremst werden dürfte, ist schon wegen deren geringen globalen Gewichts nicht zu erwarten, dass die Erholung der Weltwirtschaft spürbar beeinträchtigt wird.

Die internationalen Finanzmärkte standen im vierten Quartal 2013 unter dem Einfluss sich aufhellender Konjunkturperspektiven für die USA, die Ende Dezember die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) zu dem Beschluss veranlassten, das Programm der quantitativen Lockerung schrittweise zu reduzieren. Auch die konjunkturelle Erholung im Euro-Raum hat etwas an Schwung gewonnen. Im Zuge dieser Entwicklung zogen die Anleiherenditen in den wichtigsten Volkswirtschaften bis zum Jahresende deutlich an, und die Aktienmärkte verzeichneten weitere Kursanstiege. Überdurchschnittlich gut entwickelten sich Bankenwerte, die vor allem in Europa auch davon profitierten, dass die Anspannungen an den Staatsanleihemärkten der Peripherieländer nachließen.

Finanzmärkte

Zu Beginn dieses Jahres kam an den globalen Finanzmärkten zeitweilig erneut Unsicherheit auf. Auslöser waren die oben genannten Entwicklungen in einigen Schwellenländern. Neben binnenwirtschaftlichen makroökonomischen Ungleichgewichten und mancherorts steigenden politischen Spannungen spielte hierbei eine Neubewertung der Ertrags-Risiko-Aussichten im Zusammenhang mit dem „Tapering“ der Fed sicherlich eine wesentliche Rolle. In den Industrieländern führte die steigende Risikoaversion zu nachgebenden Aktienkursen und einer Flucht in liquide Staatsanleihen. Gleichwohl ist das Bewertungsniveau von Aktien auf beiden Seiten des Atlantiks weiterhin vergleichsweise hoch. An den Devisenmärkten gewann im neuen Jahr vor allem der Yen an Wert. Der Euro bewegte sich seit dem Beginn des vierten Quartals 2013 in einer vergleichsweise engen Bandbreite. Im gewogenen Durchschnitt gegenüber den Währungen 20 wichtiger Handelspartner wertete er per saldo leicht auf.

Geldpolitik

Nachdem der EZB-Rat in seiner Sitzung vom 7. November 2013 den Satz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte noch einmal um 25 Basispunkte auf 0,25% gesenkt hatte, ließ er die Leitzinsen in den nachfolgenden Sitzungen unverändert. Die Zinssätze für die Spitzen- und die Hauptrefinanzierungsfazilität liegen daher seitdem bei 0,75% und 0,25%, während der Zinssatz für die Einlagefazilität seit Mitte Juli 2012 bei 0,00% liegt.

Der EZB-Rat bestätigte zudem die erstmals im Juli letzten Jahres kommunizierte Orientierung über die zukünftige Entwicklung der Leitzinsen. Er bekräftigte ausdrücklich seine Absicht, die Leitzinssätze für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau zu belassen und unterstrich seine Entschlossenheit, den akkommodierenden geldpolitischen Kurs so lange wie erforderlich beizubehalten.

Diese Entscheidungen beruhten auf der Einschätzung, dass die akkommodierende Ausrichtung der Geldpolitik weiterhin die graduelle Erholung der wirtschaftlichen Aktivität im Euro-Raum stützt und dass die Inflation im Euro-Raum aufgrund des geringen Preisdrucks und der verhaltenen Geldmengenentwicklung über einen längeren Zeitraum hinweg niedrig bleiben wird. Vor dem Hintergrund der erwarteten Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung dürfte die Preissteigerungsrate im weiteren Verlauf des Erholungsprozesses jedoch wieder auf Werte unter, aber nahe bei 2% ansteigen.

Der seit Jahresbeginn zu beobachtende Abwärtstrend des Geldmengenwachstums setzte sich auch im Berichtsquartal fort. Dabei wurde die monetäre Entwicklung stark durch Bilanzbereinigungsprozesse im Bankensektor geprägt. Neben Jahresendeffekten stand dahinter insbesondere die anstehende Bilanzprüfung vor Beginn der einheitlichen Bankenaufsicht. Dies schlug sich vor allem in einem beschleunigten Abbau der Wertpapierkredite nieder. Der Rückgang der Buchkreditvergabe an den Privatsektor setzte sich ebenfalls fort, verlangsamte sich vor dem Hintergrund der günstigeren konjunk-

turellen Entwicklung jedoch erkennbar. Gestützt wurde die monetäre Entwicklung erneut durch Mittelzuflüsse aus dem Ausland, die infolge anhaltender Leistungsbilanzüberschüsse sowie einer gestiegenen Nachfrage nach Wertpapieren des Euro-Raums noch einmal deutlich größer ausfielen als in den Quartalen zuvor.

Die Wirtschaftsleistung hat sich in Deutschland der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge im Jahresschlussquartal 2013 saison- und kalenderbereinigt um 0,4% gegenüber dem Vorquartal erhöht. Die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung wurde nach wie vor von der binnenwirtschaftlichen Nachfrage gestützt. Der private Verbrauch profitiert von einem günstigen Konsumklima und zeigt in der Grundtendenz weiter nach oben. Die Aufwärtsbewegung der Wohnungsbauinvestitionen setzte sich zwar nicht weiter fort. Dies ist jedoch nach dem durch Witterungs- und Nachholeffekte geprägten bisherigen Jahresprofil eher als eine gewisse Normalisierung denn eine trendmäßige Verlangsamung anzusehen. Unterstützend traten erstmals seit über einem Jahr spürbare Impulse von der Auslandsnachfrage hinzu, die vor allem der Industrie zugutekamen. In der Folge zogen auch die gewerblichen Investitionen in Teilbereichen der Ausrüstungen und in Bauten an. Gesamtwirtschaftlich ist die Leistung zum Jahresende etwas stärker als das Produktionspotenzial gewachsen, und die Kapazitäten waren gut ausgelastet.

Im Gegensatz zum Kreditabbau im Euro-Raum setzte das Kreditgeschäft in Deutschland seine im Vorquartal begonnene positive Entwicklung fort. Dem lag im Wesentlichen ein spürbarer Ausbau der Wertpapierkredite an öffentliche Haushalte sowie eine erkennbare Zunahme der Buchkredite an den privaten Sektor zugrunde. Letztere wurden nach wie vor in erster Linie von den Buchkrediten an private Haushalte bestimmt, deren Dynamik bereits seit mehreren Quartalen hauptsächlich von den Wohnungsbaukrediten getrieben wird, bedingt unter anderem durch weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen.

*Deutsche
Wirtschaft*

Aber auch die Buchkredite an inländische nicht-finanzielle Unternehmen entwickelten sich im Verlauf des Berichtsquartals zunehmend positiv, nachdem sie in den Quartalen zuvor zum Teil noch deutlich abgebaut worden waren. Mit dem spürbaren Anstieg der Ausleihungen im Dezember zeichnete sich ein Ende des Abwärtstrends ab, der seit Herbst 2012 in diesem Kreditsegment zu beobachten war. Dies dürfte vor allem auf die seit Sommer 2013 wieder langsam anziehende Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen zurückzuführen sein.

Das Auslandsgeschäft der deutschen Unternehmen hat im Herbst 2013 im Gefolge der konjunkturellen Belebung in den Industrieländern Fahrt aufgenommen. Die Ausfuhren in die EWU-Staaten nahmen angesichts der dort bislang sehr verhaltenen konjunkturellen Aufwärtsbewegung zwar nur leicht zu, die Lieferungen in Drittländer wurden aber deutlich ausgeweitet. Im Berichtszeitraum gab es vor allem bei Vorleistungsgütern einen Exportschub. Im Zuge der Belebung des Außenhandels und der fortschreitenden Anpassungsprozesse stiegen vor allem die Importe aus dem Euro-Gebiet weiter deutlich an. Bemerkenswert ist, dass mit Portugal und Spanien zwei von den Krisen im Euro-Gebiet stark betroffene Länder ihre Exporte nach Deutschland erneut erheblich steigern konnten.

Kennzeichnend für die Arbeitsmarktlage in Deutschland ist nach wie vor ein kontinuierlicher Beschäftigungszuwachs bei einer anhaltend hohen Zuwanderung. Der Umfang der Arbeitslosigkeit hat im Verlauf des vierten Quartals zunächst noch zu-, dann vor allem witterungsbedingt etwas abgenommen. Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung setzte sich die aufwärtsgerichtete Tendenz der letzten Quartale fort. Allerdings verbreiterte sich die sektorale Basis des Beschäftigungsanstiegs um konjunkturell besonders reagible Bereiche wie das Verarbeitende Gewerbe und die Leiharbeit. Die Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt deuten an, dass es in den kommenden Monaten zu einer Verstärkung

des aufwärtsgerichteten Beschäftigungstrends kommen und die Arbeitslosigkeit etwas nachgeben könnte. Die DIHK-Umfrage vom Jahresbeginn 2014 weist allerdings – bei einer ebenfalls grundsätzlich positiven Einschätzung der Beschäftigungsperspektiven – auf die sich aus dem Fachkräftemangel und der geplanten Einführung eines Mindestlohns ergebenden Risiken hin.

Im Jahr 2013 prägten verlängerte vertragliche Laufzeiten mit stufenweisen Anhebungen der Grundvergütungen das Tarifmuster. In einzelnen Branchen gestalteten sich die Verhandlungen schwierig, sodass Entgeltanhebungen erst verzögert in Kraft traten. Im Jahresdurchschnitt 2013 erhöhten sich die Tarifentgelte nach Berechnungen der Bundesbank deshalb lediglich um 2,4%. Die bisher bekannt gewordenen Forderungen der Gewerkschaften für die Lohnrunde 2014 bleiben mit durchschnittlich 5½% nur wenig hinter denen des Vorjahres zurück, im öffentlichen Dienst gehen sie sogar etwas darüber hinaus. Dies deutet auf ähnlich hohe Abschlüsse wie im Jahr 2013 hin. Auch die erste wichtige Tarifvereinbarung des Jahres in der Chemiebranche passt in dieses Bild. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass sich nach Wegfall der bremsenden Sondereffekte der Anstieg der Tarifentgelte insgesamt spürbar verstärkt. Im Hinblick auf die geplante Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 € je Stunde ab Januar 2015 könnten in einigen Branchen besondere Vereinbarungen für die niedrigsten Entgeltgruppen eine Rolle spielen, um die im Koalitionsvertrag angekündigten Übergangsregelungen bis zum Jahr 2017 zu nutzen.

Auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen sind die über das Jahr 2013 beobachteten Preisermäßigungen im Schlussquartal weitgehend ausgelaufen. Im Quartalsmittel gaben die Einfuhrpreise gegenüber dem Vorzeitraum saisonbereinigt nur noch wenig nach. Die gewerblichen Erzeugerpreise blieben im Auslandsabsatz unverändert, im Inlandsabsatz zeigten sie sogar eine leichte Aufwärtstendenz. Infol-

gedessen verbesserten sich die Terms of Trade weiter auf den höchsten Stand seit drei Jahren. Trotz der außergewöhnlich hohen Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe hielt sich der Preisauftrieb für Bauleistungen weiterhin in recht engen Grenzen. Die Wohnimmobilienpreise stiegen nach Berechnungen des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken im Schlussquartal 2013 mit einer Jahresrate von 2,4% an. Der Anstieg der Verbraucherpreise schwächte sich im Schlussquartal 2013 unter dem Einfluss der Euro-Aufwertung deutlich ab. Die abgeflachte Preistendenz war ganz überwiegend den Energiepreisen geschuldet. Darüber hinaus verlangsamte sich der im Sommer witterungsbedingt äußerst kräftig ausgefallene Anstieg der Nahrungsmittelpreise merklich. Im Vorjahresvergleich verringerte sich der Preisanstieg sowohl nach dem Verbraucherpreisindex als auch nach dem harmonisierten Verbraucherpreisindex leicht auf 1,3%.

Die konjunkturelle Grunddynamik der deutschen Wirtschaft dürfte sich im Winterhalbjahr 2013/2014 spürbar erhöht haben. Ein Indiz hierfür ist die beinahe kontinuierlich verbesserte Einschätzung von Lage und Aussichten durch Unternehmen und private Haushalte. In den Wachstumsraten des BIP dürfte dies allerdings erst nach dem Jahreswechsel voll zum Ausdruck kommen, wenn der erhöhte Auftragszufluss produktionswirksam wird. Wesentlich für die Verstärkung der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung sind bei unverändert robuster Binnenkonjunktur vermehrte Impulse von der Auslandsnachfrage. Wenngleich im Euro-Raum nach wie vor Belastungen aus der Schuldenkrise bestehen, mehren sich doch die Anzeichen für eine allmähliche wirtschaftliche Erholung, und in anderen Industriestaaten sollte die Konjunktur Fahrt aufnehmen. Die Schwierigkeiten in einigen Schwellenländern dürften demgegenüber von geringerer Bedeutung sein. Mit der stetigen Verbesserung der wirtschaftlichen Perspektiven ist die Grundvoraussetzung dafür geschaffen, dass sich angesichts mittlerweile weitgehend normal ausgelasteter Industriekapazitäten und gestützt durch günstige

Rahmenbedingungen auf der Finanzierungsseite die Investitionszurückhaltung im Unternehmenssektor lösen könnte und die Binnen- nachfrage durch zunehmende Beschaffungen von Ausrüstungen und Gewerbebauten zusätzlichen Schub erhält. Bremsend könnten der DIHK-Umfrage zum Jahresbeginn 2014 zufolge allerdings wirtschaftspolitische Faktoren im Zusammenhang mit der Energie- und Arbeitsmarktpolitik sowie ein zunehmender Fachkräftemangel wirken. Das bereits ausgesprochen optimistische Konsumklima hat sich den Umfragen der Gesellschaft für Konsumforschung zufolge seit dem Herbst weiter verbessert, vor allem infolge gesteigerter Konjunktur- und Einkommenserwartungen. Damit in Einklang steht die deutliche Zunahme der bereits sehr hohen Anschaffungsneigung. Vor diesem Hintergrund sollte die Lohnentwicklung in den kommenden Quartalen über den privaten Verbrauch die binnenwirtschaftliche Komponente des Wachstums stärken. Dies dürfte sich spürbar in den Einfuhren niederschlagen und den Unternehmen aus den europäischen Partnerländern zusätzliche Absatzmöglichkeiten eröffnen, was die Anpassungsprozesse im Euro-Raum erleichtert.

Im vergangenen Jahr hat der staatliche Gesamthaushalt mit einem Fehlbetrag von $-0,1\%$ des BIP und damit erneut praktisch ausgeglichen abgeschlossen (2012: Überschuss von $+0,1\%$ des BIP). Während die Konjunktur im Jahr 2012 das Niveau des Finanzierungssaldos noch spürbar positiv beeinflusst hatte, war sie im abgelaufenen Jahr weitgehend neutral. Der strukturelle Finanzierungssaldo verbesserte sich angesichts günstigerer Refinanzierungskosten und bei guten Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt hingegen etwas. Damit war er ebenfalls etwa ausgeglichen. Der Blick auf die staatlichen Ebenen lässt ein differenziertes Bild erkennen. So ging einerseits der zuvor hohe Überschuss der Sozialversicherungen deutlich zurück, während sich andererseits bei den Gebietskörperschaften das noch bestehende Defizit spürbar verringerte. Hierzu trugen nicht zuletzt die Lastenverschiebungen vom Bundeshaushalt zu

*Öffentliche
Finanzen*

den Sozialversicherungen bei. Die Schuldenquote ist bis zum Ende des dritten Quartals 2013 auf 78,4% gesunken (Ende 2012: 81,0%). Ursächlich war neben dem Wachstum des nominalen BIP im Nenner der Quote vor allem der Portfolioabbau der staatlichen Bad Banks. Diese Faktoren überwogen die schulden erhöhenden Effekte weiterer Zahlungen im Rahmen der EWU-Hilfsmechanismen deutlich.

Für das laufende Jahr ist aus heutiger Sicht keine größere Änderung des Finanzierungssaldos zu erwarten. Konjunkturbedingt und unter anderem durch Entlastungen beim Schuldendienst könnten sich die Staatsfinanzen leicht verbessern. Im Übrigen könnte sich an der strukturellen Lage weiterhin wenig ändern. Die von der großen Koalition geplanten zusätzlichen Belastungen könnten noch vergleichsweise gering sein, nicht zuletzt weil die Leistungsausweitungen der gesetzlichen Rentenversicherung erst zur Jahresmitte in Kraft treten sollen und die angekündigte Aufstockung der staatlichen Infrastrukturinvestitionen nur zeitverzögert erfolgen dürfte. Die Schuldenquote dürfte im laufenden Jahr weiter sinken, mit einer Größenordnung von 75% die Obergrenze des Maastricht-Vertrages allerdings immer noch deutlich verfehlen.

Zur Umsetzung des Fiskalvertrages mit den europäischen Partnerländern hat Deutschland sein mittelfristiges Ziel einer strukturellen gesamtstaatlichen Defizitquote von maximal 0,5% noch einmal explizit im nationalen Recht verankert. Angesichts der hohen Schuldenquote und der mit dem demographischen Wandel verbundenen Lasten ist es aber ratsam, diese Obergrenze nicht auszuschöpfen, sondern in den Finanzplänen Haushaltsüberschüsse vorzusehen. Auch im Zusammenhang mit den nationalen Haushaltsregeln wäre es sinnvoll, die aktuell ausgesprochen günstigen Rahmenbedingungen zu nutzen, um verbliebene strukturelle Defizite bei den Gebietskörperschaften zügig abzubauen und Sicherheitsabstände zu den langfristigen strikten nationalen Obergrenzen zu erreichen. Vor diesem Hintergrund wäre

es zielführend, neue finanzpolitische Maßnahmen – wie die geplanten Mehrausgaben in den Bereichen staatliche Infrastruktur und Bildung – haushaltsneutral auszugestalten. Bei den Sozialversicherungen ist die Bewahrung der Tragfähigkeit angesichts des demographischen Wandels eine wichtige Zukunftsaufgabe. Dabei sollte die bereits angelegte erhebliche Belastung jüngerer Generationen im Blick behalten werden. Vor diesem Hintergrund kommt angesichts des absehbaren demographiebedingten Rückgangs der Erwerbspersonenzahl einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit eine wichtige Rolle zu. Hingegen wird das Problem durch Verkürzungen der Lebensarbeitszeit tendenziell noch verschärft.

Der Bundeshaushalt konnte sein Defizit im Jahr 2013 leicht verringern. Während das strukturelle Defizit des Kernhaushalts die ab 2016 geltende dauerhafte Obergrenze von 0,35% des BIP spürbar überschritt, wurde sie bei Einbeziehung der Extrahaushalte bereits eingehalten. Dabei fällt vor allem der Fluthilfefonds ins Gewicht, der aufgrund der Vorfinanzierung durch Bundesmittel im abgelaufenen Jahr bei nur sehr begrenzten Abflüssen einen hohen Überschuss auswies. Generell ist es konsistent, die strukturellen Salden der Extrahaushalte wie im Rahmen der europäischen Haushaltsregeln in die Bewertung einzubeziehen. Dies bedeutet, dass in diesem und in den kommenden Jahren auch den im Fluthilfefonds zu erwartenden Defiziten Rechnung zu tragen ist. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Zielvorgabe eines strukturell ausgeglichenen Budgets im laufenden Jahr setzt letztlich somit einen dies kompensierenden Überschuss im Kernhaushalt voraus. Für den Bundeshaushalt waren für die Folgejahre gemäß den bisherigen Planungen steigende Überschüsse vorgesehen. Um Vorsorge für die demographiebedingt ohnehin zunehmenden Belastungen zu treffen, sollten die Mittel zum Schuldenabbau verwendet werden. Insgesamt erscheinen vor diesem Hintergrund die Spielräume für nicht gegenfinanzierte Ausgaben gegenüber den früheren Planungen eng begrenzt.

Internationales und europäisches Umfeld

Weltwirtschaftliche Entwicklung

Moderates globales Wachstum im vierten Quartal 2013

Die globale Konjunktur hat sich nach einem verhaltenen Auftakt im Verlauf des vergangenen Jahres gefestigt. Im Schlussquartal 2013 dürfte die Weltwirtschaft das zuvor erreichte moderate Expansionstempo annähernd gehalten haben. Dazu hat wohl insbesondere das günstige Abschneiden wichtiger Industrieländer beigetragen. So ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den USA und in Großbritannien im zurückliegenden Herbst ähnlich zügig gewachsen wie im Sommer. Der Euro-Raum hat seine gesamtwirtschaftliche Erzeugung etwas mehr ausgeweitet als im Vorquartal. Für Japan lag zum Abschluss dieses Berichts noch keine amtliche Wachstumsschätzung für das letzte Jahresviertel vor. Gängigen Indikatoren zufolge expandierte die Wirtschaft deutlich kräftiger als in der Vorperiode, in der sie nur moderat zugelegt hatte. Zu dieser Steigerung dürften allerdings auch Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. April dieses Jahres beigetragen haben. Die alles in allem recht günstige Konjunktur in wichtigen Industrieländern hat auch auf die Arbeitsmärkte durchgeschlagen; die Erwerbslosenquoten sind mitunter spürbar gesunken. Demgegenüber konnten die Schwellenländer insgesamt betrachtet in den Monaten vor dem Jahreswechsel offenbar nicht ganz an das bisherige Wachstum anknüpfen. Darauf deuten die ersten offiziellen Meldungen aus einigen asiatischen Staaten, darunter China, hin. Die Finanzmarkt-turbulenzen, denen einige Schwellenländer im Sommerhalbjahr 2013 ausgesetzt waren, haben in den betroffenen Volkswirtschaften keine gravierenden realwirtschaftlichen Spuren hinterlassen.

Lebhafte Expansion von Industrieproduktion und Welthandel

Etwas stärkere Impulse sind im Herbst von der Industrie ausgegangen, die im Oktober/November ihre Produktion weltweit um saisonbereinigt 1% gegenüber dem Sommerquartal aus-

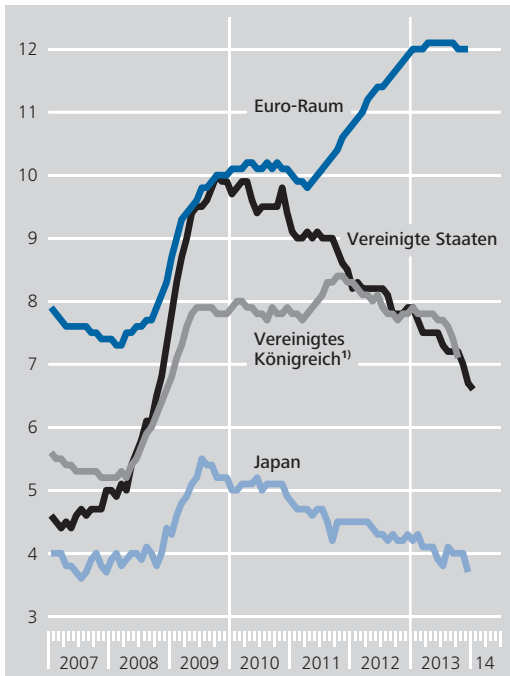
geweitet hat. Parallel hat sich der Welthandel belebt, dessen Volumen im gleichen Zeitraum um 2% zunahm. Diese schwungvolle Entwicklung war regional breit fundiert, da sowohl die Exporte der fortgeschrittenen Volkswirtschaften als auch die der Schwellenländer erheblich nach oben tendierten.

Im laufenden Jahr könnte sich die globale Konjunktur noch weiter festigen. Dazu dürfte nicht zuletzt beitragen, dass die gesamtwirtschaftliche Erholung in den Industrieländern nicht mehr in dem Maße von der Fiskalpolitik belastet wird wie im Vorjahr. Die globalen Einkaufsmangerindizes für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor, die sich im Januar auf ihrem Dezemberebene oberhalb der Expansionsschwelle halten konnten, signalisieren zumindest eine Fortsetzung der moderaten Aufwärtsbewegung der Weltwirtschaft nach der Jahreswende. In Westeuropa wird das Ergebnis des laufenden Quartals möglicherweise durch die milden Temperaturen begünstigt. Solche Effekte werden jedoch in den Folgequartalen erfahrungsgemäß wieder ausgeglichen. Der japanischen Wirtschaft steht wohl nach der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes im April eine Bewährungsprobe bevor. Die Konjunktursignale aus den Schwellenländern waren am Jahresanfang 2014 gemischt. Während die chinesische Wirtschaft weiter relativ störungsfrei zu expandieren scheint, kam es in einigen Ländern, von denen manche schon im Sommerhalbjahr 2013 im Zentrum von Finanzmarkt-turbulenzen standen, nach dem Beschluss der amerikanischen Notenbank vom Dezember, die bisher sehr expansive Geldpolitik schrittweise zurückzunehmen, zu mitunter erheblichen Kapitalabflüssen und Währungsabwertungen. Darauf haben inzwischen viele Zentralbanken mit teilweise beträchtlichen Zinsanhebungen reagiert. Auch wenn dadurch das BIP-Wachstum der betroffenen Länder gebremst werden dürfte, ist schon wegen deren geringen globalen Gewichts nicht zu erwarten,

Überwiegend günstige Perspektiven für die Weltwirtschaft

Standardisierte Erwerbslosenquoten*) im internationalen Vergleich

in %, saisonbereinigt



Quellen: Nationale Statistiken. * Zahl der Erwerbslosen im Verhältnis zur Zahl der Erwerbspersonen. ¹ Zentrierter gleitender Dreimonatsdurchschnitt.
 Deutsche Bundesbank

dass die Erholung der Weltwirtschaft spürbar beeinträchtigt wird.

Leichte Aufwärtskorrektur der IWF-Prognose für 2014 im Januar

Im Jahr 2013 ist die Weltwirtschaft nach den Schätzungen des IWF mit einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung von 3,0% (zu Kaufkraftparitäten gerechnet) zwar weiterhin erheblich gegenüber ihrem langjährigen Trendwachstum von 3¾% zurückgeblieben, im Laufe des Jahres hat sie aber Fahrt aufgenommen. Vor diesem Hintergrund hat der Stab des IWF seine Wachstumsprognose im Januar für 2014 auf 3,7% geringfügig nach oben korrigiert; die Setzung vom Herbst für 2015 (+ 3,9%) wurde beibehalten. Hinter der Anpassung für 2014 steht eine leichte Aufwärtsrevision der Expansionsrate der Industrieländer auf 2,2%, bei der vor allem eine günstigere Beurteilung der Perspektiven Spaniens, Japans und Großbritanniens ins Auge sticht. Die Vorausschätzung für die Gruppe der Schwellenländer wurde mit + 5,1% bestätigt. Bemerkenswert sind hier jedoch positive Korrekturen für China und Indien

einerseits sowie eine kräftige Abwärtsrevision im Falle Russlands andererseits. Im Hinblick auf den Welthandel erwartet der IWF für das laufende Jahr mit 4,5% zwar eine deutlich kräftigere Zunahme als 2013, aber im Vergleich zur Herbstprognose hat er seine Einschätzung spürbar zurückgenommen. Gefahren sieht der IWF in den Industrieländern weiterhin bezüglich der Finanzstabilität. Darüber hinaus werden die Risiken einer geringen Preissteigerung hervorgehoben, und die Wahrscheinlichkeit einer Deflation nach einem adversen Schock wird höher angesetzt. Was die Schwellenländer betrifft, werden vor allem Risiken einer erhöhten Volatilität von Kapitalströmen betont, die im Zusammenhang mit geldpolitischen Entscheidungen speziell in den USA gesehen wird.

Das Geschehen an den internationalen Rohstoffmärkten blieb im Herbst 2013 weitgehend ruhig. Gemessen am HWWI-Index auf US-Dollar-Basis waren die Notierungen für Rohstoffe (ohne Energie) im Schnitt des letzten Jahresviertels nahezu unverändert gegenüber dem Vorquartal. Während die Preise für Industrierohstoffe vor dem Hintergrund der festeren Konjunktur im globalen Verarbeitenden Gewerbe leicht anzogen, verbilligten sich Nahrungs- und Genussmittel noch merklich. Zudem schwankte der Kassakurs für ein Fass Rohöl der Sorte Brent um die Marke von 110 US-\$. Speziell die Erwartungen auf eine Normalisierung der Förderung in Libyen ließen den Preis zum Auftakt des laufenden Jahres etwas fallen. Zuletzt wurden für ein Fass Brent am Kassamarkt 108½ US-\$ gezahlt, während es an den Terminmärkten weiterhin zu spürbaren Abschlüssen gehandelt wurde.

Rohstoffmärkte in ruhigen Bahnen

Parallel hat sich in den Industrieländern im Verlauf des Schlussquartals 2013 die Teuerung auf der Verbraucherstufe stabilisiert. Nachdem die aus dem aggregierten Index berechnete Vorjahresrate von +1,7% im Juli auf +1,0% im Oktober gefallen war, kletterte sie bis Dezember wieder auf +1,3%. Ausschlaggebend für den Umschwung war, dass der Abstand bei den Energiepreisen aufgrund der schwachen

Teuerungsrate auf Verbraucher-ebene der Industrieländer stabilisiert

Entwicklung im Vergleichszeitraum 2012 zurück in den positiven Bereich drehte. Die Kernrate, die sich auf den Warenkorb der Konsumenten ohne Energie und Nahrungsmittel bezieht, war zum Jahresende 2013 ähnlich verhalten wie in den Monaten zuvor (+1,3%). Damit zeichnen sich für die Gruppe der fortgeschrittenen Volkswirtschaften insgesamt weiterhin keine unmittelbaren Deflationstendenzen ab.

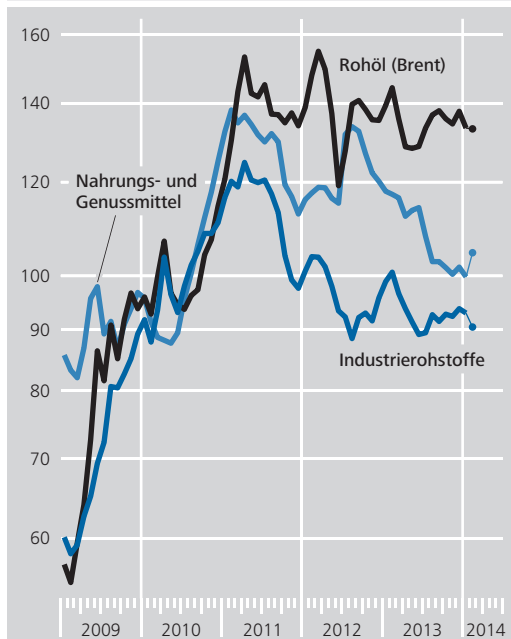
Ausgewählte Schwellenländer

Expansions-tempo in China im Vorjahresvergleich gehalten

Nach der vom chinesischen Statistikamt vorgelegten ersten Schätzung betrug die Vorjahresrate des realen BIP im Schlussquartal 2013 +7¾% und war damit genauso hoch wie im dritten Vierteljahr. Zieht man die offiziellen saisonbereinigten Angaben heran, dann hat sich die konjunkturelle Dynamik jedoch zuletzt etwas abgeschwächt. Für das Gesamtjahr 2013 ergibt sich ebenfalls ein realer BIP-Anstieg um 7¾%. Die nominale Wertschöpfung des Dienstleistungssektors hat dabei erstmals das entsprechende Niveau des Produzierenden Gewerbes (Industrie und Bau) übertroffen. Im Hinblick auf die Verwendung des BIP scheint das von den chinesischen Behörden angestrebte „Rebalancing“ aber noch nicht nennenswert vorangekommen zu sein. Zwar liegen die relevanten VGR-Angaben bislang nicht vor. Allerdings deuten die offiziellen Schätzungen der Beiträge verschiedener Nachfragegrößen zum BIP-Wachstum darauf hin, dass die Bruttoinvestitionen im vergangenen Jahr in realer Betrachtung wieder stärker expandiert haben als der aggregierte Konsum. Die Nettoexporte haben die gesamtwirtschaftliche Entwicklung rein rechnerisch erneut gebremst. Dahinter stand, dass eine deutliche Ausweitung der Exporte von einem noch lebhafteren Importwachstum übertroffen wurde. Die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe, die sich im Oktober auf 3,2% erhöht hatte, hat sich zum Jahresende wieder abgeschwächt. Im Dezember betrug der VPI-Anstieg 2,5%. Eine etwa gleich hohe Teuerung berechnet sich auch für den Jahresdurchschnitt 2013.

Weltmarktpreise für Rohöl, Industrierohstoffe sowie Nahrungs- und Genussmittel

US-Dollar-Basis, 2010 = 100, Monatsdurchschnitte, log. Maßstab



Quellen: Thomson Reuters und HWWI. • Letzter Stand: Durchschnitt 1. bis 7. Februar bzw. 1. bis 12. Februar 2014 (Rohöl). Deutsche Bundesbank

Neben einer Reihe anderer Schwellenländer war Indien in den Sommermonaten starken Finanzmarkturbulenzen ausgesetzt. Während diese in den letzten Wochen vielerorts erneut aufgeflammt sind, ist die Lage in Indien relativ ruhig geblieben. Die Wirtschaftsleistung des Landes hat im dritten Quartal, bis zu dem VGR-Angaben vorliegen, ungeachtet der damaligen Spannungen an den Finanzmärkten ihr Expansionstempo moderat gesteigert. Gleichwohl blieb der Anstieg der realen Bruttowertschöpfung – dem in Indien bevorzugten Indikator für das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis – mit 4¾% binnen Jahresfrist im historischen Vergleich recht niedrig. Im abgelaufenen Quartal scheint keine grundlegende Tempoänderung stattgefunden zu haben. Zwar dürfte angesichts einer niederschlagsreichen Monsunsaison die Ernte sehr ertragreich gewesen sein. Dem steht aber entgegen, dass die Industrie nach einer vorangegangenen leichten Belebung wieder an Kraft verloren hat. Die Teuerungsrate ist im Durchschnitt des vierten

Gesamtwirtschaftliches Wachstum in Indien wohl bis zuletzt relativ niedrig

Quartals erneut gestiegen, und zwar auf 10,4%. Auch vor diesem Hintergrund hat die Zentralbank die Geldpolitik in den letzten Monaten weiter gestrafft.

Konjunkturelles Grundtempo in Brasilien offenbar anhaltend moderat

Die brasilianische Wirtschaft hat ihre Produktion im dritten Vierteljahr 2013, bis zu dem BIP-Daten vorliegen, um saisonbereinigt ½% gegenüber dem vorangegangenen Dreimonatszeitraum eingeschränkt. Das schwache Abschneiden ist allerdings vor dem Hintergrund des überaus starken Zuwachses im zweiten Quartal (+1¾%) zu sehen. Nach den relevanten Indikatoren war die BIP-Entwicklung im Schlussquartal moderat aufwärtsgerichtet und hat somit wohl an die Grundtendenz im Sommerhalbjahr angeknüpft. Dabei dürfte einem merklichen Zuwachs der Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich ein deutlicher Rückgang in der Industrie entgegengestanden haben. Die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe hat seit der Jahresmitte leicht nach unten tendiert, blieb aber mit 5,9% im Dezember weiterhin über der geldpolitischen Zielmarke von 4,5%. Dies hat zusammen mit den hohen Kapitalabflüssen die Zentralbank veranlasst, den Leitzins in den letzten Monaten noch einmal spürbar anzuheben.

Russische Wirtschaft bis zuletzt ohne Schwung

In Russland scheint die konjunkturelle Entwicklung nach den verfügbaren Indikatoren auch im Schlussquartal ohne Schwung geblieben zu sein. Ein offizielles BIP-Ergebnis liegt aber noch nicht vor. Gleichwohl hat das russische Statistikamt schon eine Schnellschätzung für das Gesamtjahr 2013 bekannt gegeben, nach der die Wirtschaftsleistung um 1¼% zugelegt hat. Im Jahr zuvor war noch ein Anstieg um 3½% erzielt worden. In sektoraler Hinsicht war die jüngste Schwäche breit angelegt. Eine Ausnahme bildete der Bereich Finanzdienstleistungen, dessen Output – wie schon im Jahr zuvor – ausgesprochen kräftig zugenommen hat (+12%). Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe war mit 6,5% im Dezember weiterhin hoch.

USA

Die amerikanische Wirtschaftsleistung expandierte im Herbst 2013 erneut recht zügig, wenngleich sie das hohe Tempo vom Sommer nicht ganz halten konnte. Gemäß einer ersten Schätzung kletterte das saisonbereinigte reale BIP um ¾% gegenüber dem dritten Quartal, in dem es um 1% angezogen hatte. Vor allem das schwache Ergebnis im Winterhalbjahr 2012/2013 drückte den Zuwachs im Jahresdurchschnitt 2013 auf 2%, nachdem im Vorjahr noch ein Plus von 2¾% erzielt worden war. Dabei ist die bemerkenswerte Steigerung des Expansions tempos in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres ganz wesentlich besonderen Faktoren geschuldet, die nicht beliebig wiederholbar erscheinen. So war das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Sommer vor allem von einem verstärkten Lageraufbau beflügelt worden. Im Herbst hingegen wurde es von einer kräftigen Ausweitung der Exporte angeschoßen. Dem stand zuletzt allerdings ein deutlicher Rückgang der öffentlichen Nachfrage gegenüber, der zum Teil auf die temporäre Schließung von Behörden im Oktober zurückzuführen ist. Entsprechend wird die Normalisierung der Regierungsaktivitäten die BIP-Zunahme im laufenden Quartal voraussichtlich geringfügig stützen. Generell dürfte das gesamtwirtschaftliche Wachstum in diesem Jahr nicht mehr in dem Maße von fiskalischer Seite belastet werden wie zuvor. Die private inländische Endnachfrage zeigte sich im Herbst von den politischen Querelen um die Finanzierung der Bundesregierung unbeeindruckt. Sie blieb auf ihrem zuvor eingeschlagenen moderaten Expansionskurs. Zwar weiteten die Konsumenten ihre Ausgaben so kräftig aus wie seit drei Jahren nicht mehr. Jedoch gerieten die privaten Bruttoanlageinvestitionen ins Stocken, weil die Erholung der Bautätigkeit eine Atempause einlegte. Der Beschäftigungsaufbau außerhalb der Landwirtschaft hielt unvermindert an. Die Erwerbslosenquote rutschte im Dezember sogar auf 6,7%, den tiefsten Stand seit Oktober 2008, und tendierte zum Auftakt des neuen Jahres weiter nach unten. In Anbetracht der

Recht zügiges gesamtwirtschaftliches Wachstum

bislang am Arbeitsmarkt erzielten Fortschritte hat die Federal Reserve damit begonnen, ihr Programm zum Kauf von Wertpapieren einzuschränken. Die am Verbraucherpreisindex gemessene Teuerungsrate ist im Dezember auf 1,5% gestiegen, während die Kernrate bei 1,7% verharrte.

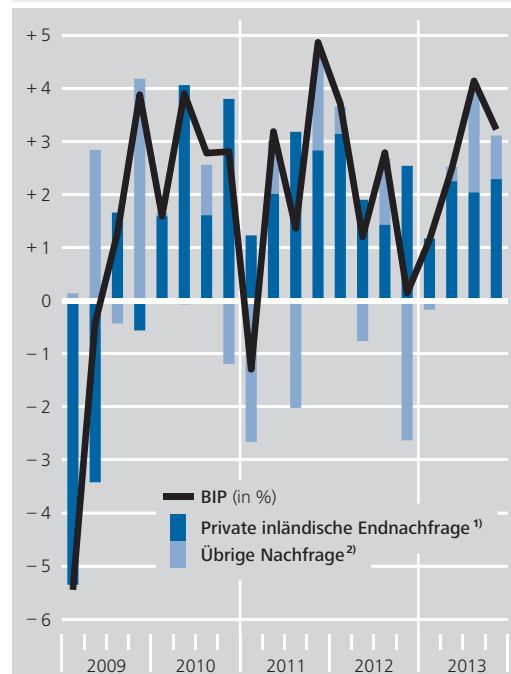
Japan

Konjunktur im Vorfeld der Erhöhung der Mehrwertsteuer wohl belebt

Für das japanische BIP-Ergebnis im letzten Jahresviertel 2013 lagen bei Abschluss dieses Berichts zwar noch keine amtlichen Zahlen vor. Wichtigen Konjunkturindikatoren zufolge dürfte die Wirtschaft aber ihre Drehzahl wieder deutlich erhöht haben, nachdem sie ihre Leistung im Sommer vergangenen Jahres saisonbereinigt lediglich um ¼% gesteigert hatte. Maßgeblich dazu beigetragen hat wohl ein vorübergehendes Anziehen der Nachfrage privater Haushalte im Vorfeld der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes im April dieses Jahres. Erfahrungsgemäß betrifft dies insbesondere die zeitlich leicht verschiebbaren Ausgaben für langlebige Konsumgüter mit relativ hohen Anschaffungskosten. So ist die Zahl der Erstzulassungen von Pkw im Schlussquartal sehr kräftig nach oben gegangen. Da in Japan auch der Verkauf von Häusern durch Unternehmen der Mehrwertsteuer unterliegt, haben die privaten Wohnungsbauminvestitionen wahrscheinlich ebenfalls von Vorzieheffekten profitiert. Ein weiterer wichtiger Grund für die Verstärkung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums dürfte gewesen sein, dass der Außenhandel die Expansion nicht mehr in dem Maße gebremst hat wie im Sommer. Den monatlichen Indikatoren zufolge haben die realen Warenausfuhren im Herbst fast genauso spürbar zugelegt wie die Einfuhren. Dabei ist erstaunlich, dass das Ausfuhrvolumen ungeachtet der Währungsabwertung nach wie vor seinen Vorkrisenstand unterschreitet. Japanische Exportunternehmen scheinen ihre Preise in fremder Währung bislang nur in begrenztem Umfang angepasst zu haben, sodass der Wertverlust des Yen vor allem die Gewinne vergrößert hat (siehe die Erläuterun-

Beiträge zum Wachstum des realen US-BIP gegenüber Vorquartal

%-Punkte, saisonbereinigt, auf Jahresrate hochgerechnet



Quelle: Bureau of Economic Analysis. **1** Privater Verbrauch und private Bruttoanlageinvestitionen. **2** Öffentliche Nachfrage, Vorratsänderungen und Außenbeitrag.
 Deutsche Bundesbank

gen auf S. 16 ff.). Aus realwirtschaftlicher Sicht bleibt abzuwarten, ob die verbesserte Gewinn-situation die Unternehmen veranlasst, ihre Investitionen in den heimischen Standort auszuweiten. Auf den Arbeitsmarkt hat die konjunkturelle Belebung bereits durchgeschlagen. So hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt des vierten Quartals deutlich erhöht. Zugleich fiel die Arbeitslosenquote im Dezember auf 3,7% und übertraf damit ihren Tiefstand vor der globalen Rezession nur noch geringfügig. Die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe ist bis zum Jahresende auf 1,6% geklettert, den höchsten Wert seit Oktober 2008. Die Kernrate von 0,7% war zuletzt im August 1998 erzielt worden.

Vereinigtes Königreich

Auch im letzten Jahresviertel 2013 hielt der Schwung in der britischen Wirtschaft an. Mit einem Zuwachs um ¾% nach Ausschaltung

Anhaltend lebhafter Aufschwung

Zur Entwicklung der japanischen Warenausfuhr nach der kräftigen Yen-Abwertung

Insbesondere von Vertretern asiatischer Staaten ist wiederholt die Sorge bekundet worden, japanische Exporteure könnten aufgrund der kräftigen Yen-Abwertung im Winterhalbjahr 2012/2013 auf dem Weltmarkt zulasten der jeweils eigenen Industrie Marktanteile gewinnen. Auch aus der deutschen Wirtschaft, die eine ähnliche Exportspezialisierung aufweist, wurden Bedenken geäußert.¹⁾ Der in der Öffentlichkeit viel beachtete Zuwachs in den nominalen Ausfuhrer Japans mag dabei in der Tat zunächst einen solchen Eindruck erweckt haben. Preisbereinigt lassen sich bislang aber kaum Anzeichen für einen starken Aufschwung des japanischen Exportsektors finden. So erholten sich die realen Warenausfuhrer Japans in der ersten Hälfte des Jahres 2013 zwar merklich von der vorangegangenen Talfahrt, ihr Ausgangsniveau konnten sie allerdings nicht erreichen.²⁾ Seither scheinen größere Aufwärtssimpulse ausgeblieben zu sein. Die Nachfrage nach japanischen Erzeugnissen hat sich damit auf den Weltmärkten zuletzt keineswegs dynamischer entwickelt als diejenige nach vergleichbaren Produkten anderer Länder, obwohl die japanische Währung in effektiver Rechnung seit dem dritten Quartal 2012 gut 25% ihres Wertes eingebüßt hat.³⁾

Eine Ursache für das relativ verhaltene Wachstum der realen japanischen Warenausfuhrer dürfte sein, dass sich diese auf den globalen Absatzmärkten längst nicht so stark verbilligt haben, wie es die nominale Wechselkursentwicklung nahelegt. So sind beispielsweise gemäß der amerikanischen Statistik die Preise japanischer Wareneinfuhrer in den Vereinigten Staaten im Vergleich zum Sommer 2012 lediglich um 3¼% gefallen, während der Dollar-Yen-Wechselkurs um 24% nachgegeben hat.⁴⁾ Zudem spricht der kräftige Anstieg des in Yen gerechneten japanischen Exportpreisindex (+ 17¼%) dafür, dass auch auf anderen Märkten das

wechsellkursbedingte Preissenkungspotenzial nur zum Teil genutzt worden ist.⁵⁾

Für das empirisch für eine Vielzahl von Ländern dokumentierte Phänomen einer nur losen Beziehung zwischen Wechselkursbewegungen und den Verkaufspreisen in ausländischer Währung existieren in der Literatur verschiedene, sich wechselseitig nicht ausschließende Erklärungsansätze. So kann der nur lose Zusammenhang einerseits Ausdruck einer grundsätzlichen Ausrichtung der Preise an die Gegebenheiten des jewei-

1 Laut Riad et al. (2012) ähnelt die produktspezifische Exportspezialisierung Japans am ehesten derjenigen Deutschlands. Aus dem Kreise der asiatischen Nachbarländer konkurriert demnach lediglich Südkorea auf dem Weltmarkt in vergleichbar starkem Ausmaß mit Japan. Vgl.: N. Riad, L. Errico, C. Henn, C. Saborowski, M. Saito und J. Turunen (2012), Changing Patterns of Global Trade, IWF Strategy, Policy, and Review Department, Departmental Paper Nr. 12/1.

2 Die im Sommerhalbjahr 2012 schwache Entwicklung der japanischen Warenausfuhrer ist vor dem Hintergrund der in diesem Zeitraum verhaltenen globalen Industriekonjunktur zu sehen. Allerdings büßten japanische Exporteure auf dem chinesischen Markt bis zum Jahreswechsel 2012/2013 auch aufgrund geopolitischer Spannungen zwischen beiden Ländern in erheblichem Ausmaß Marktanteile ein.

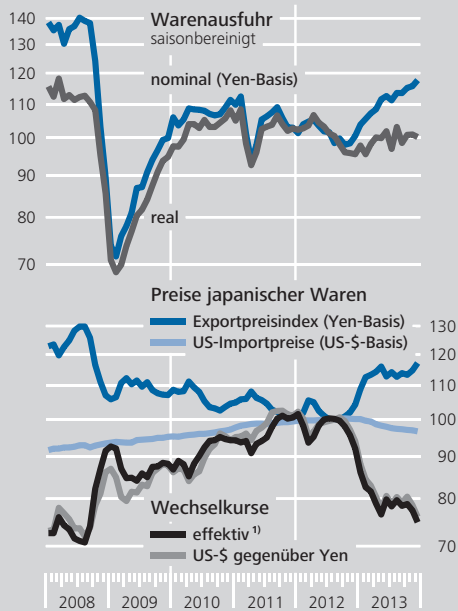
3 Dies zeigt bspw. der Vergleich mit Südkorea, das auch in regionaler Hinsicht eine ähnliche Exportspezialisierung wie Japan aufweist. Trotz der starken Yen-Abwertung haben die Warenausfuhrer beider Länder in realer Rechnung im Jahresverlauf 2013 mit einem Plus von jeweils rd. 5% gleich stark expandiert.

4 Da im gleichen Zeitraum der gesamte US-amerikanische Importpreisindex um 1¼% nach unten tendierte, dürften sich japanische Waren durch die moderaten Preisnachlässe im Vergleich zu Konkurrenzprodukten nur geringfügig verbilligt haben.

5 Die merkliche Differenz zwischen der betragsmäßigen prozentualen Veränderung des nominalen effektiven Wechselkurses und derjenigen des Exportpreisindex kann dabei als Indiz dafür aufgefasst werden, dass die in Fremdwährung gerechneten Ausfuhrpreise auf anderen Absatzmärkten in stärkerem Ausmaß abgesenkt worden sind als in den USA. Eine Ursache für diese Heterogenität könnte die speziell bei Ausfuhrer in die Vereinigten Staaten vorherrschende Fakturierung in US-Dollar sein. Veränderungen des Wechselkurses können dann nur mit gezielten Preisadjustierungen der US-Dollar-Preise an die amerikanischen Abnehmer weitergereicht werden, während bei einer Fakturierung in Yen die Preise in ausländischer Währung bei unveränderten Yen-Absatzpreisen quasi automatisch angepasst werden.

Japanische Außenhandelsindikatoren im Umfeld der Yen-Abwertung

3. Vj. 2012 = 100, log. Maßstab



Quellen: Bank of Japan, Ministry of Finance Japan, US Bureau of Labor Statistics, BIZ und eigene Berechnungen. ¹ Gegenüber den Währungen von 56 Handelspartnern.
 Deutsche Bundesbank

Preise japanischer Zwischen- und Endprodukte gemäß Produzentenpreisindex

3. Vj. 2012 = 100, Yen-Basis, log. Maßstab



Quellen: Bank of Japan und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

ligen Exportmarkts sein. Variierende Austauschverhältnisse zwischen in- und ausländischen Währungen würden demnach auf diesen Märkten nur unterproportionale Preisanpassungen nach sich ziehen und sich vielmehr überwiegend in schwankenden Gewinnmargen – definiert als Verhältnis aus Absatzpreisen und Grenzkosten – niederschlagen. Andererseits bleiben aber auch gerade die Kosten eingeführter Vorleistungen von Wechselkursbewegungen nicht unberührt. Folgt, wie zuletzt in Japan, auf eine Abwertung nur eine geringere Absenkung der Fremdwährungspreise und somit eine Anhebung der Preise in inländischer Währung, könnte dies auch gestiegene Produktionskosten widerspiegeln.⁶⁾ Für die Beurteilung der aktuellen japanischen Entwicklung ist der relative Erklärungsgehalt der verschiedenen Ansätze nicht unerheblich. So dürften die binnenwirtschaftlichen Konsequenzen per saldo eher negativ ausfallen, falls die gestiegenen Yen-Preise japanischer Ausfuhren im Wesentlichen Ausdruck höherer Produktionskosten wären, da

diese auch Unternehmen belasten, die nur für den heimischen Markt produzieren. Dagegen könnten steigende Gewinnspannen im Exportsektor mittelfristig beispielsweise deren Investitionen beflügeln und damit die Inlandsnachfrage stützen.⁷⁾

Wenngleich auf der Unternehmensebene sicherlich Abweichungen von dieser Regel existieren, signalisieren gesamtwirtschaftliche Indikatoren doch, dass die zuletzt gestiegenen Yen-Preise japanischer Export-

⁶ Literaturüberblicke zur Beziehung zwischen Wechselkursen und Ein- sowie Ausfuhrpreisen finden sich in: P. K. Goldberg und M. M. Knetter (1997), Goods Prices and Exchange Rates: What Have We Learned?, Journal of Economic Literature 35 (3), S. 1243–1272; sowie A. Burstein und G. Gopinath (2013), International Prices and Exchange Rates, Handbook of International Economics IV, erscheint demnächst.

⁷ Insbesondere kurzfristig scheint im Kreis der OECD-Länder sektorübergreifend nach einer Wechselkursänderung der Kosteneffekt, der die Investitionsnachfrage dämpft, zu dominieren. Vgl.: S. Landon und C. E. Smith (2009), Investment and the Exchange Rate: Short Run and Long Run Aggregate and Sector-Level Estimates, Journal of International Money and Finance 28, S. 813–835.

waren überwiegend höhere Gewinnmargen reflektieren. So zogen zwar in Japan im Gefolge der Abwertung die Preise importierter Zwischenprodukte erheblich an. Insgesamt ist auf der Unternehmensebene aber die Teuerungsrate für Zwischenprodukte merklich hinter dem Anstieg der Ausführpreise zurückgeblieben. Da zudem die Lohnstückkosten bis zuletzt weiter gesunken sind, dürften die Kosten japanischer Unternehmen insgesamt allenfalls moderat zugelegt haben. Da dieser Kostenanstieg sowohl die Profitabilität der stärker am Inlandsmarkt orientierten Firmen als auch die exportierender Unternehmen belastet, kann aus der Aufwärtsdynamik der Endproduktpreise für ausgeführte Waren bei seitwärts tendierenden Preisen im Inlandsabsatz auf eine steigende relative Gewinnspanne des Exportsektors geschlossen werden.⁸⁾ Dazu passt, dass zuletzt gemäß der japanischen Unternehmensbilanzstatistik die Gewinne im stärker international ausgerichteten Verarbeitenden Gewerbe in Relation zu den Kosten

deutlich kräftiger zugenommen haben als im Bereich der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften insgesamt.⁹⁾

Trotz des bislang eher moderaten positiven Effekts der jüngsten Yen-Abwertung auf das Wachstum der Exportvolumina besteht alles in allem somit durchaus die Möglichkeit, dass höhere Gewinne der Exportunternehmen in Abhängigkeit von ihrer Verwendung mittelfristig zu einer Verstärkung des japanischen Wirtschaftswachstums beitragen werden.

⁸ Vgl.: T. Klitgaard, Exchange Rates and Profit Margins: The Case of Japanese Exporters, FRBNY Economic Policy Review, April 1999.

⁹ Die japanische Unternehmensbilanzstatistik differenziert nicht zwischen exportierenden und auf den Inlandsabsatz fokussierten Unternehmen, sodass aus ihren Angaben nicht unmittelbar auf die Entwicklung der Gewinnmargen im Exportsektor geschlossen werden kann.

von Saisoneinflüssen und Preisänderungen legte das BIP laut einer ersten Setzung gegenüber der Vorperiode genauso kräftig zu wie im Frühjahr und Sommer. Im Jahresdurchschnitt errechnet sich eine Zunahme um knapp 2% im Vergleich zu 2012. Das ist das höchste Plus seit 2007. Zudem blieb die Aufwärtsbewegung im Herbst insofern über die Sektoren hinweg breit angelegt, als die reale Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) weiterhin mit einer ähnlichen Rate expandierte wie im Dienstleistungsbereich. Lediglich die Erzeugung im Baugewerbe gab nach den Wachstumsschüben vom Sommerhalbjahr geringfügig nach. Von der gesamtwirtschaftlichen Erholung scheint der Arbeitsmarkt in besonderem Maße zu profitieren. Laut dem nationalen Statistikamt war die standardisierte Erwerbslosenquote im Zeitraum von September bis November mit 7,1% mehr als ½ Prozentpunkt niedriger als im vorherigen Dreimonatsabschnitt. Bis zum Jahresende tendierte die Zahl der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung weiter nach unten,

wenn sich der Rückgang auch abgeflacht hat. Zugleich hat die auf den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) bezogene Teuerungsrate im Dezember erstmals seit November 2009 nicht mehr den geldpolitischen Zielwert von 2,0% überschritten; die für den Warenkorb ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel gerechnete Kernrate reduzierte sich auf 1,9%. Vor dem Hintergrund der günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt hat die Bank of England jüngst ihre bislang auf die Erwerbslosenquote fokussierte Kommunikation zur Orientierung der Leitzinserwartungen modifiziert.

Neue EU-Mitgliedsländer

Konjunkturelle Erholung gefestigt

In den neuen EU-Mitgliedstaaten (EU-8¹⁾) insgesamt hat die Wirtschaftsleistung, die im dritten Vierteljahr saisonbereinigt um $\frac{3}{4}\%$ gegenüber der Vorperiode gestiegen war, im Schlussquartal erneut recht kräftig zugelegt. Ersten Schätzungen zufolge war die BIP-Zunahme am stärksten in Rumänien (+ $1\frac{3}{4}\%$), gefolgt von der Tschechischen Republik (+ $1\frac{1}{2}\%$) und Litauen (+ $1\frac{1}{4}\%$). In Polen erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion um $\frac{1}{2}\%$. Parallel zur konjunkturellen Besserung hat sich auf den Arbeitsmärkten vielerorts eine graduelle Erholungstendenz etabliert. In der Ländergruppe insgesamt lag die Erwerbslosenquote im Herbst bei 9,5%, verglichen mit 10,1% zum Jahresbeginn 2013. Die aggregierte HVPI-Teuerungsrate, die bereits im dritten Quartal auf einen langjährigen Tiefstand gefallen war, ist im Schlussquartal weiter auf 0,6% zurückgegangen. Eine Fortsetzung dieser Abwärtsbewegung ist aber aus heutiger Sicht nicht zu erwarten. Zumindest geht die Herbstprognose der Europäischen Kommission davon aus, dass sich der Preisauftrieb in den meisten Ländern der Region im laufenden Jahr wieder verstärken wird.

Gesamtwirtschaftliche Tendenzen in der EWU

Wachstum am Jahresende leicht verstärkt

Die konjunkturelle Erholung im Euro-Raum hat im letzten Jahresviertel 2013 etwas an Fahrt gewonnen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm saisonbereinigt um $\frac{1}{4}\%$ gegenüber dem Sommerquartal zu, in dem sie nur geringfügig gestiegen war. Mit + $\frac{1}{2}\%$ wurde erstmals seit Anfang 2012 auch wieder das vergleichbare Vorjahresniveau übertroffen. Im Jahresdurchschnitt 2013 ist das reale BIP zwar erneut gesunken (– $\frac{1}{2}\%$). Aufgrund der konjunkturellen

¹ Der Länderkreis umfasst die seit dem Jahr 2004 der EU beigetretenen Staaten, die im vierten Quartal 2013, dem Berichtszeitraum, noch nicht Mitglied der EWU waren (also noch einschl. Lettland, das erst seit dem 1. Januar 2014 dem Euro-Raum angehört).

Gesamtwirtschaftliche Produktion im Euro-Raum

2005 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle: Eurostat.
 Deutsche Bundesbank

Gewichtete und ungewichtete Standardabweichung der Zuwachsraten des realen BIP im Euro-Raum¹⁾



* Gewichtung anhand des nominalen BIP im jeweiligen Jahr. Die Angaben für 2013 beziehen sich zum Teil nur auf die ersten drei Quartale.
 Deutsche Bundesbank

Besserung im Verlauf des Jahres 2013 ist der Euro-Raum aber mit einem statistischen Wachstumsüberhang von ¼% in das neue Jahr gestartet.

Die Aufwärtsbewegung im vierten Quartal war regional deutlich breiter angelegt als in den beiden Vorperioden, in denen sie nur von wenigen Ländern getragen worden war. Von den 12 EWU-Mitgliedsländern, die bisher erste saisonbereinigte Ergebnisse zum BIP-Wachstum veröffentlicht haben, wiesen neun Länder einen Anstieg aus, und nur in drei Ländern ging die gesamtwirtschaftliche Leistung noch zurück. Dabei konnte auch Frankreich wieder einen moderaten Zuwachs (+ ¼%) erzielen. Die höchste Steigerungsrate verbuchten die Niederlande (+ ¾%). In Deutschland und Belgien nahm das reale BIP um jeweils ½% zu. Im Kreis der Peripherieländer führte Portugal mit saisonbereinigt + ½% die Rangskala an. Spanien, das im Sommer die Rezession überwunden hatte, legte um ¼% zu. Die italienische Volkswirtschaft konnte erstmals seit dem zweiten Quar-

Rezession in Mehrzahl der Krisenländer überwunden

tal 2011 ihre Ausbringung geringfügig erhöhen. Nur in Zypern hielt die konjunkturelle Talfahrt an. In Griechenland, dessen statistisches Amt bis auf Weiteres keine saisonbereinigten Daten veröffentlicht, fiel das reale BIP im Vorjahresvergleich um 2½% niedriger aus, nach – 3% im Sommer. Die Tatsache, dass der negative Vorjahresabstand nun zum fünften Mal in Folge kleiner geworden ist, deutet aber darauf hin, dass die zyklische Talsohle durchschritten sein könnte.

Die Wachstumsunterschiede im Euro-Raum, die sich in den Jahren 2010 und 2011 im Gefolge der Staatsschuldenkrise in den Peripherieländern einerseits und der noch recht schwungvollen Erholung in einigen nördlichen Ländern andererseits stark vergrößert hatten, sind seitdem wieder merklich gesunken. Dazu hat erheblich beigetragen, dass sich das Expansions-tempo in diesen nördlichen Ländern deutlich verlangsamt hat. Zudem sind die BIP-Rückgänge in den südlichen Krisenländern, Zypern ausgenommen, im Jahr 2013 nicht mehr so kräftig gewesen wie im Jahr zuvor. Die ungewichtete und die (mit den BIP-Anteilen der Mitgliedsländer) gewichtete Standardabweichung der Wachstumsraten des realen BIP im Euro-Raum, die im Jahr 2011 mit 3,2 und 1,9 Prozentpunkten die höchsten Werte seit Beginn der dritten Stufe der Währungsunion erreicht hatten, sind bis zum Jahr 2013 auf 2,0 beziehungsweise 1,5 Prozentpunkte zurückgegangen. Beide Streuungsmaße lagen zuletzt noch etwas über dem Durchschnitt des Zeitraums 1999 bis 2013.²⁾ Im laufenden Jahr werden sich die Wachstumsdivergenzen weiter merklich vermindern, wenn man die von der Europäischen Kommission im November 2013 prognostizierten Wachstumsraten zugrunde legt.

Abnehmende Wachstums-heterogenität

Zum Jahresbeginn 2014 deutet die Entwicklung der Frühindikatoren auf eine anhaltende Belebung der Wirtschaftsaktivität im Euro-Raum

Weiter anziehende Konjunktur zum Jahresbeginn

² Bei der Berechnung wurde für die Länder, für die noch kein Jahresergebnis 2013 vorliegt, die durchschnittliche Zuwachsraten der ersten drei Jahresviertel angesetzt.

Zu den Besonderheiten der Lohnstückkostenentwicklung in Spanien

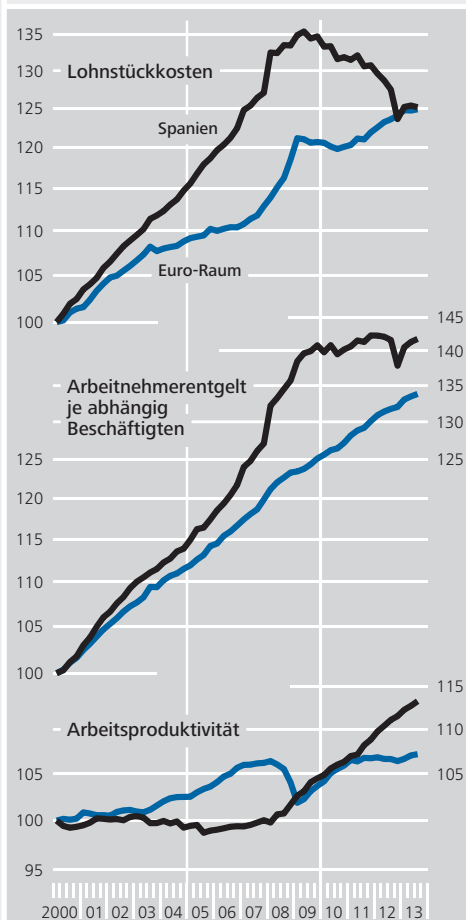
Der Lohnkostendruck in Spanien ist im Gefolge der globalen Rezession und der späteren Staatsschuldenkrise unter Berücksichtigung der Produktivitätsentwicklung deutlich gesunken. Der zentrale Indikator ist in diesem Zusammenhang der Index der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten.¹⁾ Dieser ist in Spanien ausgehend von seinem Höchststand im Frühjahr 2009, der um nicht weniger als 35 1/2% über dem Niveau von Anfang 2000 lag, bis zum dritten Quartal 2013 insgesamt saisonbereinigt um 7 1/2% zurückgegangen, verglichen mit einem Anstieg von 3 1/4% im Euro-Raum.²⁾ Damit war der Anstieg der Lohnstückkosten in Spanien über den gesamten Zeitraum von 2000 bis 2013 nicht mehr stärker als im Euro-Raum insgesamt. Die Abnahme seit Mitte 2009 war zwar etwas schwächer als in Griechenland (-17 1/4%) und in Irland (-11 1/4%), aber kräftiger als in Portugal (-3%), während die Lohnstückkosten in Italien auch in den Krisenjahren weiter nach oben tendierten. Die Verminderung der Lohnstückkosten in Spanien hat maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft den gängigen Indikatoren zufolge wieder spürbar verbessern konnte, was die Nachfrage nach handelbaren Gütern aus spa-

nischer Produktion auf den In- und Auslandsmärkten gestützt hat.³⁾

Vordergründig passt sehr gut in dieses Bild, dass die spanischen Exporte nach dem rezessionsbedingten Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 bei einer überwiegend recht schwachen Expansion der Absatzmärkte wieder deutlich anzogen und im Sommer 2013 den Vorkrisenhöchststand preis- und saisonbereinigt um nicht weniger als 16 1/4% übertrafen, verglichen mit 11% in

Lohnstückkosten, Arbeitnehmerentgelt pro Kopf und Arbeitsproduktivität in Spanien und im Euro-Raum

1. Vj. 2000 = 100, saisonbereinigt, log. Maßstab



Quelle: EZB und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

1 Die Lohnstückkosten werden definiert als das Verhältnis des Arbeitnehmerentgelts je abhängig Beschäftigten zur Erzeugung je Erwerbstätigen, wobei die Erzeugung bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtung am Index des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) und bei sektoralen Untersuchungen am Index der realen Bruttowertschöpfung des jeweiligen Wirtschaftsbereichs gemessen wird.

2 Für Spanien liegen Angaben gemäß dem aktuell gültigen System der einheitlichen europäischen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESA, Revision 2005) ab dem ersten Quartal 2000 vor. Daher beginnt die Darstellung der Vorkrisenjahre mit diesem Zeitabschnitt und nicht etwa mit dem Beginn der Währungsunion zum Jahresbeginn 1999.

3 Deutsche Bundesbank, Realwirtschaftliche Anpassungsprozesse und Reformmaßnahmen, Monatsbericht, Januar 2014, S. 30 ff.

Deutschland und 6% im Euro-Raum. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich die spanische Exportwirtschaft auch in den Jahren vor der Krise, obwohl die Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit markante Verschlechterungen anzeigten, relativ gut geschlagen hat; in der öffentlichen Diskussion ist dafür der Begriff „das spanische Paradoxon“ geprägt worden.⁴⁾ Dies deutet zum einen auf eine robuste nichtpreisliche Wettbewerbsfähigkeit hin, die sich aber nur schwer messen lässt. Zum anderen ist es den Unternehmen in der Industrie, wo ein Großteil der Exportwaren hergestellt wird, auch in der Zeit vor der Krise besser gelungen, den Anstieg der Lohnstückkosten zu begrenzen, als den Firmen in anderen, mehr auf die Binnenwirtschaft fokussierten Sektoren. Die jüngste Stärkung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit scheint aber insofern erste Früchte zu tragen, als die spanische Exportwirtschaft nach dem krisenbedingten Einbruch in den Jahren 2008/2009 nicht nur an die dynamische Entwicklung der Vorkrisenzeit anknüpfen, sondern das Expansionstempo noch steigern konnte. Zudem gibt es Hinweise, dass Spanien als Investitionsstandort insbesondere für ausländische Autokonzerne wieder attraktiver geworden ist.⁵⁾

Der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten in Spanien ist in deutlich stärkerem Maße als in anderen Peripherieländern von der Entwicklung der Produktivität, der Nennergröße des Indikators, getrieben worden. Ihre Zunahme betrug vom Rezessionsbeginn im zweiten Quartal 2008 bis zum Sommer 2013 13½%, verglichen mit + 6½% in Irland und + 5% in Portugal sowie Rückgängen von 4½% in Griechenland und 5% in Italien. Diese Aufwärtsentwicklung verlief relativ stetig und stand damit im Kontrast zum Verlauf in der EWU insgesamt, wo die Produktivität im Gefolge der Rezession stark einbrach und dann nach einer kurzen Erholungsphase etwas oberhalb des Vorkrisenniveaus auf einen flachen

Pfad einschwenkte. Dagegen hat das Arbeitsentgelt je abhängig Beschäftigten, die Zählergröße, in Spanien seit Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise die Lohnstückkosten isoliert betrachtet weiter erhöht; es lag im dritten Quartal 2013 um 7¼% über dem Niveau von Anfang 2008. Dahinter verbirgt sich ein kräftiges Wachstum des Arbeitnehmerentgelts pro Kopf (+ 6¾%) im Jahr 2008 und eine deutliche Verlangsamung des Anstiegs in den Folgejahren, die zur Folge hatte, dass der von der Produktivitätskomponente ausgehende dämpfende Einfluss auf die Lohnstückkosten immer weniger geschmälert wurde.

Der beträchtliche gesamtwirtschaftliche Produktivitätsanstieg in den letzten Jahren ist vor dem Hintergrund der flachen, zeitweise sogar leicht negativen Entwicklung in der Zeit vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu sehen, mit der sich Spanien international auch damals schon in einer Sonderrolle befand. Vergleicht man die Produktivitätsreihen für Spanien und den Euro-Raum ausgehend vom ersten Quartal 2000 als Basisperiode, so hinkte Spanien bis Ende 2008 deutlich der Entwicklung im Euro-Raum hinterher. Anschließend folgte eine parallele Entwicklung bis Ende 2010. Erst danach hat sich Spanien vom Euro-Raum nach oben abgesetzt. Über den gesamten Zeitraum 2000 bis 2013 betrachtet ist die gesamtwirtschaftliche Produktivität mit jahresdurchschnittlich +1% aber nur um ½ Prozentpunkt stärker gestiegen als im Euro-Raum, was für eine aufholende Volkswirtschaft kein außergewöhnlich großer Vorsprung ist.

4 Vgl.: G. Braunberger, Das spanische Paradoxon: Warum steigen die Exporte, obwohl die Wirtschaft (angeblich) nicht wettbewerbsfähig ist?, Fazit – das Wirtschaftsblog, Blog vom 3. Dezember 2012; <http://blogs.faz.net/fazit/2012/12/03/das-spanische-paradox-warum-steigen-die-exporte-obgleich-die-wirtschaft-angeblich-nicht-wettbewerbsfaehig-ist-663/>.

5 G. Oster, Spaniens Automobilsektor im Umbruch, Germany Trade & Invest, 18. Februar 2013.

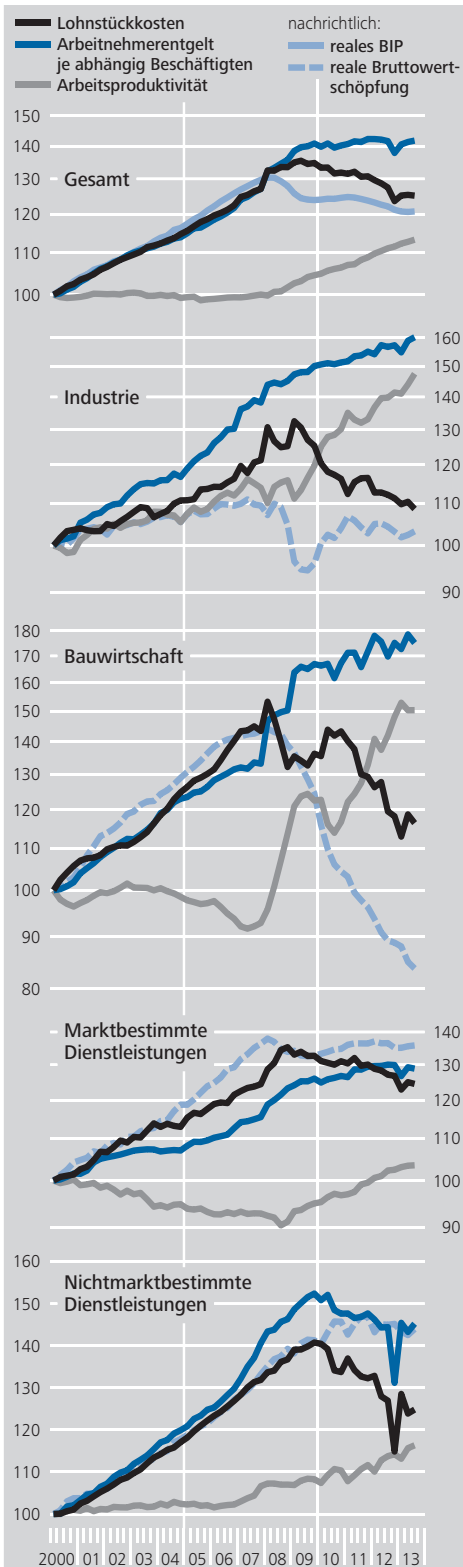
Gelegentlich wird die kräftige Reduzierung der spanischen Lohnstückkosten nach der Krise dahingehend relativiert, dass sie ganz überwiegend durch einen drastischen Stellenabbau, der das Produktivitätswachstum beschleunigt habe, und weniger durch eine Anpassung bei den Löhnen herbeigeführt worden sei. Dabei wird aber übersehen, dass der starke Anstieg der Lohnstückkosten vor der Krise keineswegs nur übermäßigen Lohnsteigerungen geschuldet war, sondern bei der damals angespannten Arbeitsmarktlage wohl vermehrt Arbeitnehmer mit relativ geringer Produktivität eingestellt wurden, vornehmlich im Baugewerbe.⁶⁾ Dadurch wurden bei der in Spanien – wie auch in anderen Industrieländern – üblichen Entlohnung, die auf individuelle Leistungsunterschiede zwischen den Beschäftigten einer Lohngruppe eher wenig Rücksicht nimmt, das Produktivitätswachstum gebremst und die Lohnstückkosten nach oben getrieben. Des Weiteren ist üblicherweise die Kostenkontrolle in den Unternehmen in Aufschwungphasen nachlässiger, sodass sich Ineffizienzen leichter ausbreiten können. Vor diesem Hintergrund stellen der steile Produktivitätsanstieg und der Rückgang der Lohnstückkosten in Spanien in der gegenwärtigen Krise eine direkte Antwort auf die Fehlentwicklungen in der Boomperiode dar.

Die Divergenzen im Veränderungsmuster der gesamtwirtschaftlichen Produktivität zwischen Spanien und dem Euro-Raum lassen sich auch in den meisten Sektoren wiederfinden, wenngleich in unterschiedlicher Ausprägung. In der Industrie zeigt sich im

⁶ Ein Indiz dafür ist, dass in den Boomjahren sehr viele Einwanderer im Baugewerbe Beschäftigung fanden, die häufig nur eine geringe berufliche Qualifikation aufwiesen. Im Jahr 2008 war etwa jeder vierte Beschäftigte in diesem Sektor Ausländer – für die Jahre davor sind leider keine Angaben verfügbar. Der drastische Beschäftigungsabbau in den Folgejahren traf diese Gruppe besonders. Ihre Zahl sank bis zum Jahr 2013 um mehr als 453 000 Personen auf 152 000. Damit war im letzten Jahr nur noch jeder siebte Bauarbeiter in Spanien Ausländer.

Lohnstückkosten und Komponenten in Spanien nach Sektoren

1. Vj, 2000 = 100, saisonbereinigt, log. Maßstab



Quelle: EZB und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

Zeitraum 2000 bis 2007 in Spanien eine deutlich schwächere Zunahme als in der EWU insgesamt, während das Land im Zeitraum 2008 bis 2013 eindeutig in der Vorreiterrolle war. Im Bausektor wiederum ging die Produktivität in den Jahren vor der Krise sowohl in Spanien als auch in der EWU insgesamt zurück. Dabei war das Minus in Spanien ($-5\frac{3}{4}\%$) aber erheblich größer als im EWU-Durchschnitt ($-1\frac{1}{2}\%$). Ab dem Jahr 2008 kam es jedoch in der spanischen Bauwirtschaft zu einer drastischen Produktivitätssteigerung um 64%,⁷⁾ während im Euro-Raum lediglich ein geringes Wachstum (+1%) verzeichnet wurde. Der Strukturwandel in der spanischen Bauwirtschaft in den letzten Jahren hat die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität auch deshalb relativ stark beeinflusst, weil ihr Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung – trotz eines Gewichtsverlustes von 6 Prozentpunkten seit dem Jahr 2007 – mit zuletzt $7\frac{3}{4}\%$ immer noch merklich höher war als im EWU-Durchschnitt ($5\frac{1}{2}\%$).

Das konträr verlaufende gesamtwirtschaftliche Produktivitätsprofil ist auch darauf zurückzuführen, dass im Sektor „Marktbestimmte Dienstleistungen“⁸⁾ vor der Krise in Spanien ein kräftiger Rückgang und nach deren Beginn ein beträchtlicher Anstieg verzeichnet wurde, während in der Währungsunion insgesamt eine moderate Zunahme ab dem Jahr 2008 in eine Seitwärtsbewegung mündete. Dabei hat zu dem deutlichen Umschwung in Spanien die Immobilienblase vor dem Jahr 2008 und der danach folgende Anpassungsprozess insofern beigetragen, als in dieser Kategorie zum einen immobiliennahe Dienstleistungen, wie Maklerstätigkeit, Wohnungsverwaltung und Vermietung von Grundstücken, und zum anderen baunahe Dienstleistungen, zum Beispiel von Architekten und Statikern, erfasst werden. Stärker ins Gewicht fiel jedoch, dass dem Produktivitätsrückgang im Segment „Handel, Verkehr, Lagerei“ zwischen 2001 und 2007 nach Ausbruch

der Krise eine kräftige Zunahme folgte. Für den Bereich „Nichtmarktbestimmte Dienstleistungen“, der unter anderem die Öffentliche Verwaltung, das Erziehungs- und das Gesundheitswesen beinhaltet, wird in den letzten Jahren ebenfalls ein spürbarer Produktivitätsanstieg ausgewiesen, der sich jedoch nur schwer erklären lässt und unter anderem mit den Besonderheiten der Produktivitätsermittlung im Öffentlichen Sektor zusammenhängen könnte.

Zu der erwähnten schwachen Entwicklung der spanischen Arbeitsproduktivität vor der Krise passt, dass die Zunahme des realen BIP um 26% in den Jahren 2000 bis 2007 mit einer fast gleich starken Erhöhung der Arbeitskräftezahl einherging. Dagegen kam das kräftige Produktivitätswachstum in den letzten Jahren durch einen sehr ausgeprägten Beschäftigungsabbau (-17%) bei einem deutlich langsamer sinkenden realen BIP (-6%) zustande. Dabei stand im Bausektor einem Stellenabbau um gut sechs Zehntel ein Rückgang der realen Bruttowertschöpfung um vier Zehntel gegenüber. Die Industrie hat die Zahl der Arbeitnehmer um ein Viertel, die Bruttowertschöpfung aber nur um 7% reduziert. Im Bereich „Marktbestimmte Dienstleistungen“ wurde fast ein Zehntel der Stellen abgebaut, während das Leistungsniveau nach einer leichten Delle rasch zum Vorkrisenniveau zurückkehrte.

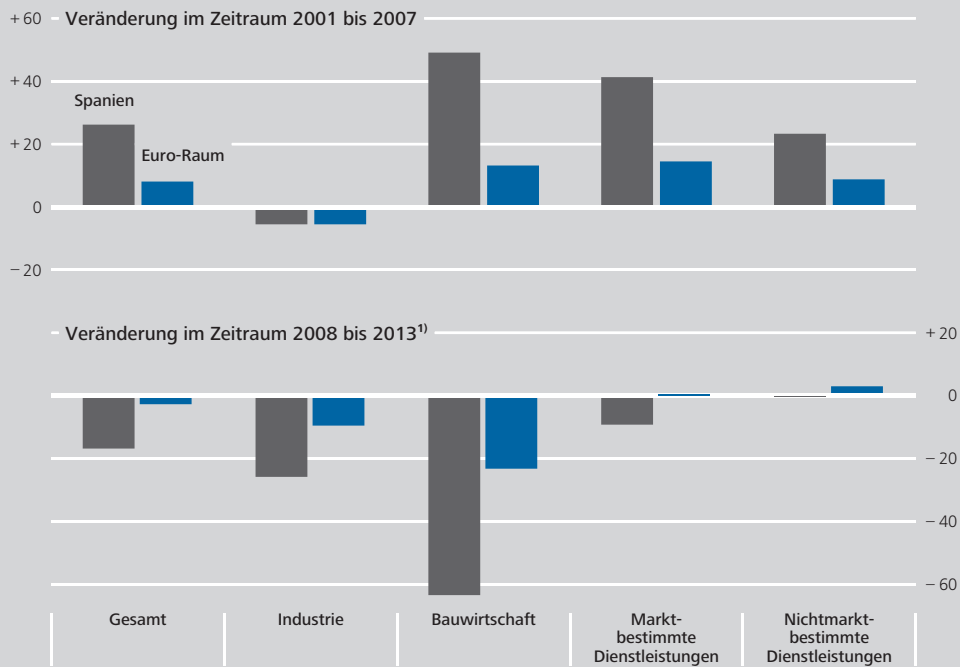
Alles in allem waren die Übertreibungen in der Boomphase in den Branchen am größten, die überwiegend für den Binnenmarkt produzieren und relativ wenig im internatio-

⁷ Zum erheblichen Anstieg der Arbeitsproduktivität in der Bauindustrie hat auch eine deutliche Gewichtsverschiebung zulasten des Hochbaus, der besonders stark geschrumpft ist, und zugunsten des Tiefbaus beigetragen, wo die Wertschöpfung pro Kopf gut 40% höher liegt.

⁸ Zum Sektor „Marktbestimmte Dienstleistungen“ zählen die Wirtschaftsbereiche Handel, Verkehr und Lagerei; Information und Kommunikation; Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie freiberufliche Dienstleistungen.

Beschäftigung nach Sektoren in Spanien und im Euro-Raum

in %



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. ¹⁾ Angaben für 2013 nur für 1. bis 3. Vj. verfügbar.
 Deutsche Bundesbank

nalen Wettbewerb stehen. Dementsprechend war dort der Korrekturbedarf auch am größten. Vor diesem Hintergrund haben viele spanische Unternehmen den Nachfrageeinbruch ab dem Jahr 2008 zu einem großen Teil als strukturell bedingt interpretiert, was sie zu einem umfangreichen Stellenabbau veranlasste. Hinzu kam, dass diese Beschäftigungsanpassung von den Unternehmen wegen der Besonderheiten des spanischen Arbeitsmarktes relativ einfach und kostengünstig bewerkstelligt werden konnte, weil im langjährigen Mittel knapp ein Drittel der Arbeitnehmer (verglichen mit lediglich 15½% in der EWU insgesamt) befristete Verträge haben, die unter einem relativ schwachen Kündigungsschutz stehen.⁹⁾ Entsprechend reagierten spanische Firmen in der Vergangenheit auf zyklische Nachfrageschwankungen vorrangig mit Einstellungen und Entlassungen von befristet Beschäftigten.¹⁰⁾ Konjunkturbedingte Anpassungen der Arbeitszeit hatten dagegen bisher keine große Tradition, was sicher

auch an den eher restriktiven Regelungen der Kurzarbeit lag.¹¹⁾ In der Bauwirtschaft konnte dieses zyklische „Hire and Fire“-Verhalten verstärkt beobachtet werden. Auf dem Höhepunkt des Baubooms war hier mit 1,2 Millionen Personen mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer befristet angestellt. Bis zum Jahr 2012 hatten die Unternehmen die Zahl der befristeten Stellen auf ein Viertel und damit deren Anteil auf gut ein Drittel reduziert. In den übrigen gewerblichen Sektoren waren die zyklischen Aus-

⁹⁾ Umgekehrt sind bei Entlassungen von unbefristet Beschäftigten im internationalen Vergleich sehr hohe Abfindungszahlungen zu leisten. Dies gilt mit gewissen Abstrichen auch noch nach den Reformen von 2010/2012, die zu einer Reduzierung der Abfindungszahlungen geführt haben.

¹⁰⁾ Ministry for Employment and Social Security (2013), Report evaluating the impact of the labour market reform, S. 7; und Bentolila et al. (2012), Reforming an insider-outsider labor market: The Spanish experience, IZA Journal of European Labor Studies, 1(4), S. 3.

¹¹⁾ Inzwischen sind die Voraussetzungen für die Einführung von Kurzarbeit insofern verbessert worden, als die Arbeitszeit nun um bis zu 70% reduziert werden kann; zuvor lag die Grenze bei 30%.

schläge in der Beschäftigung vor und nach der Krise nicht ganz so groß.

Der Produktivitätsanstieg in Spanien hat sich in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres zügig fortgesetzt. Für dieses und das nächste Jahr erwartet die Europäische Kommission aber eine erhebliche Verlangsamung. Ausschlaggebend dafür dürfte sein, dass der Stellenabbau voraussichtlich bald zum Stillstand kommen und eine moderate Zunahme der Erwerbstätigkeit einsetzen wird. In der Folge werden bei einem gemäß der Prognose der Europäischen Kommission weiterhin stagnierenden Arbeitnehmerentgelt je abhängig Beschäftigten die Lohnstückkosten nicht mehr so stark sinken wie im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2013.

Angesichts der sehr hohen Arbeitslosigkeit in Spanien, die sich zu einem beträchtlichen Teil schon strukturell verfestigt hat, sollte

das Arbeitnehmerentgelt je abhängig Beschäftigten vor dem Hintergrund des sich tendenziell normalisierenden Produktivitätswachstums auch auf mittlere Sicht nicht steigen, sondern zumindest stabil bleiben, damit ein weiterer Rückgang der Lohnstückkosten gewährleistet ist. Dieser ist notwendig, damit über ein noch beschäftigungsintensiveres Wachstum die Arbeitslosigkeit schneller abgebaut werden kann. Zudem würde er zu einer weiteren Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit des Landes beitragen.

hin. So hat der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe, der sich seit Mitte 2013 wieder im Expansionsbereich bewegt, im Januar kräftig zugelegt und den höchsten Stand seit dem Frühjahr 2011 erreicht. Der Indikator des Industrievertrauens ging zwar nach deutlichen Verbesserungen in den Vormonaten etwas zurück, der langfristige Durchschnitt wurde aber weiter merklich überschritten. Dabei tendierten sowohl die Produktionserwartungen als auch die Einschätzungen der Auftrags- und Lagerbestände leicht nach unten. Bei den privaten Haushalten hellte sich die Stimmung im Januar der monatlichen Umfrage im Auftrag der Europäischen Kommission zufolge jedoch weiter auf, dies gilt auch für eine Reihe von Peripherieländern. In Griechenland und Zypern konnten allerdings die Vertrauensgewinne vom Dezember nicht gehalten werden; der Indikator für die beiden Länder lag zudem noch auf einem sehr niedrigen Niveau. Auch in Irland gab der Stimmungsindikator zu-

letzt leicht nach, übertraf aber weiterhin seinen langfristigen Durchschnitt deutlich.

Auf der Entstehungsseite kamen moderate konjunkturelle Impulse aus dem Produzierenden Gewerbe. Die Industrieproduktion hat nach einem schwachen Start in das letzte Jahresviertel in der Folgezeit merklich aufgeholt, im Quartalsdurchschnitt wuchs sie saisonbereinigt um ¼% im Vergleich zur Vorperiode und überschritt den Stand vor Jahresfrist um 1¼%. Recht kräftige Zuwächse gegenüber dem Sommerquartal verbuchten dabei die Hersteller von Vorleistungen (+1%), während die Expansion bei den Verbrauchs- und Investitionsgütern geringer ausfiel (jeweils +½%). Rückläufig waren dagegen die Energieerzeugung (–1¾%) sowie der Ausstoß von Verbrauchsgütern (–1¼%). Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe verbesserte sich von Oktober bis Januar gleichwohl recht deutlich und lag nur noch wenig unter ihrem langfristigen Durchschnitt. Von der Bauwirt-

*Moderater
Wachstums-
beitrag aus dem
Produzierenden
Gewerbe*

schaft gingen im Oktober/November retardierende Effekte auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aus. Ihre Produktion unterschritt den Stand des dritten Quartals saisonbereinigt um 1½% und den vor Jahresfrist um 2%.

*Höhere Exporte,
aber verhaltene
Inlands-
nachfrage*

Auf der Nachfrageseite scheinen im Berichtszeitraum deutliche Anstöße von der Auslandsnachfrage gekommen zu sein. So erhöhten sich die nominalen Warenexporte in Länder außerhalb der EWU im Oktober/November saisonbereinigt um 3¼% gegenüber dem dritten Quartal. Gleichzeitig blieben die Importe unverändert. Auch wenn dazu aufwertungsbedingt niedrigere Einfuhrpreise beigetragen haben, ist in realer Rechnung ein spürbar positiver Wachstumsbeitrag des Außenhandels zu erwarten. Die inländische Endnachfrage dürfte dagegen im Herbst allenfalls geringfügig zugenommen haben. So legt der Rückgang der Bauproduktion in Verbindung mit dem mäßigen Anstieg der Investitionsgütererzeugung den Schluss nahe, dass sich die in den beiden Vorquartalen moderate Aufwärtsentwicklung der Bruttoanlageinvestitionen wieder abgeflacht hat. Zudem dürften vom privaten Verbrauch kaum positive Nachfrageeffekte ausgegangen sein. Die realen Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) fielen nämlich im letzten Jahresviertel saisonbereinigt um ¾% gegenüber der Vorperiode. Dem stand allerdings ein deutlicher Anstieg der Kfz-Neuzulassungen von 5% gegenüber. Dazu hat beigetragen, dass die Autonachfrage im Herbst nicht nur in Deutschland und Spanien³⁾ kräftig anzog, sondern sich auch in Frankreich merklich erhöhte. 2013 war insgesamt jedoch erneut ein schlechtes Jahr für die Autoanbieter im Euro-Raum; die Zahl der Zulassungen lag um 4½% unter dem bereits stark gedrückten Stand des Vorjahres und um 27¼% unter dem Rekordniveau von 2006.

*Auf dem
Arbeitsmarkt
Anzeichen einer
Stabilisierung*

Auf dem Arbeitsmarkt im Euro-Raum mehrten sich in der zweiten Jahreshälfte 2013 die Anzeichen für eine Stabilisierung. So ging die Zahl der Erwerbstätigen im dritten Quartal – wie auch schon im zweiten Jahresviertel – nicht mehr zurück. Die Zahl der Arbeitslosen ist von

ihrem letzten Höchststand im September bis Dezember saisonbereinigt um 241 000 gesunken, und die standardisierte Arbeitslosenquote war im vierten Quartal mit 12,0% etwas niedriger als im Sommerhalbjahr. Unter den Peripherieländern verzeichneten Spanien, Portugal und Irland moderate Rückgänge der Arbeitslosenquoten auf 26,1%, 15,5% und 12,3%, während sich in Italien und Zypern die Erwerbslosigkeit nochmals erhöhte; in Griechenland zog sie im Oktober, bis zu dem Angaben vorliegen, ebenfalls weiter an auf 27,8%. Der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit in einigen Peripherieländern seit Beginn der Krise sollte jedoch nicht den Blick auf den teilweise sehr kräftigen, durch den Strukturwandel getriebenen Produktivitätsanstieg und den ausgeprägten Rückgang der Lohnstückkosten verstellen (siehe dazu die Erläuterungen zu Spanien auf S. 21ff.).

Im Verlauf des zweiten Halbjahres 2013 hat sich die Preistendenz auf der Verbraucherstufe im Euro-Gebiet spürbar abgeflacht. In der Folge ermäßigte sich die Vorjahresrate des HVPI im Schlussquartal auf 0,8%. Trotz der schwachen Wirtschaftsentwicklung und der hohen Arbeitslosigkeit hatte sie ein Jahr zuvor noch 2,3% bestragen. Der Disinflationsprozess erstreckte sich nicht nur auf die volatileren Komponenten des HVPI, sondern auch auf Bereiche mit einer stetigeren Preisentwicklung. Während Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel rund zwei Drittel des Rückgangs der HVPI-Rate erklären, entfiel auf die übrigen Komponenten ein Drittel. Beim Nachlassen des Preisauftriebs für Industriewaren dürften externe Faktoren wie die Aufwertung des Euro sowie die vorangegangene Schwäche der globalen Industriekonjunktur eine wichtige Rolle gespielt haben. Bei Dienstleistungen schlägt sich mit einer gewissen Verzögerung die schwierige wirtschaftliche

*Preisaufrtrieb auf
der Verbraucher-
stufe lässt spür-
bar nach*

³ Die spanische Regierung fördert seit dem Sommer 2012 mit Abwrackprämien den Absatz neuer Pkw. Zu diesem Zweck wurden mehrfach limitierte Fördertöpfe bereitgestellt, die oftmals schon nach kurzer Zeit ausgeschöpft waren, so auch der Betrag von 70 Mio € vom Oktober 2013. Seit Januar 2014 steht ein höheres Fördervolumen von 175 Mio € bereit.

Verbraucherpreise im Euro-Raum

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Position	2012 4. Vj.	2013 4. Vj.
HVPI insgesamt	2,3	0,8
darunter:		
Energie	6,3	-0,9
HVPI ohne Energie	1,8	1,0
darunter:		
Unverarbeitete Nahrungsmittel	4,3	1,3
Verarbeitete Nahrungsmittel	2,4	2,1
Gewerbliche Waren	1,1	0,3
Dienstleistungen	1,7	1,2

Deutsche Bundesbank

Lage in einer Reihe von Ländern des Euro-Raums nieder. Dies zeigt sich besonders klar im Fall Griechenlands, wo die Verbraucherpreise insgesamt binnen Jahresfrist um 2,2% nachgaben. In Zypern ermäßigten sie sich um 0,8%. In einigen anderen Ländern wurden sehr geringe Preissteigerungsraten gemeldet. Dagegen fie-

len die Teuerungsraten in Ländern mit besserer Wirtschaftslage deutlich höher aus.

Im Durchschnitt des Jahres 2013 stiegen die Verbraucherpreise im Euro-Raum gegenüber dem Vorjahr um 1,4%. Dabei wurden die HVPI-Jahresraten in den ersten 11 Monaten aufgrund von statistischen Sondereffekten in Deutschland (siehe dazu die Erläuterungen auf S. 68) im Mittel um 0,1 Prozentpunkte nach oben verzerrt. Mit der Dezemberrate sind diese statistischen Effekte entfallen.

HVPI-Rate im Jahr 2013 in 11 Monaten verzerrt

Zu Jahresbeginn 2014 setzte sich die verhalten aufwärtsgerichtete Preistendenz fort. Im Vorjahresvergleich ging die HVPI-Rate der Schnell-schätzung von Eurostat zufolge leicht von 0,8% im Dezember auf 0,7% im Januar zurück. Dies war im Wesentlichen der vorteilhaften Energiepreisentwicklung geschuldet. Die Rate ohne Energie verharrte hingegen bei 1,0%. Angesichts der günstigen realwirtschaftlichen Perspektiven für den Euro-Raum sind Deflations-gefahren als gering anzusehen.

Verhalten aufwärtsgerichtete Preistendenz setzt sich zu Jahresbeginn fort

Geldpolitik und Bankgeschäft

Geldpolitik und Geldmarktentwicklung

Leitzinsen unverändert auf historischem Tiefstand

Nachdem der EZB-Rat die Sätze für die Spitzen- und Hauptrefinanzierungsgeschäfte im November noch einmal gesenkt hatte, beließ er das Niveau der Leitzinsen auf den folgenden Sitzungen unverändert. Die Zinssätze für die Spitzen- und die Hauptrefinanzierungsfazilität liegen damit seit Mitte November bei 0,75% und 0,25%, während der Zinssatz für die Einlagefazilität seit Mitte Juli 2012 bei 0,00% liegt.

Die Entscheidungen des EZB-Rats beruhen auf der Einschätzung, dass die akkommodierende Ausrichtung der Geldpolitik weiterhin die graduelle Erholung der wirtschaftlichen Aktivität im Euro-Raum stützt. Zwar wird erwartet, dass die Inflation im Euro-Raum aufgrund des geringen Preisdrucks über einen längeren Zeitraum hinweg niedrig bleiben wird. Vor dem Hintergrund der erwarteten Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung dürfte die Preissteigerungsrate im weiteren Verlauf des Erholungsprozesses jedoch wieder allmählich ansteigen.

EZB-Rat bekräftigt Orientierung über die zukünftige Ausrichtung der Geldpolitik

Der EZB-Rat bestätigte zudem im Januar und Februar – wie auch in den vorausgehenden geldpolitischen Sitzungen – die erstmals am 4. Juli kommunizierte Orientierung über die zukünftige Entwicklung der EZB-Leitzinsen. Er bekräftigte ausdrücklich seine Absicht, die Leitzinssätze für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau zu belassen und unterstrich seine Entschlossenheit, den akkommodierenden geldpolitischen Kurs so lange wie erforderlich beizubehalten. Diese Aussage basiert auf der Einschätzung, dass die Inflationssichten vor dem Hintergrund des schwachen Wachstums und der verhaltenen Geldmengenentwicklung auch auf mittlere Sicht gedämpft sind, und steht daher in vollem Einklang mit der geldpolitischen Strategie des Eurosystems.

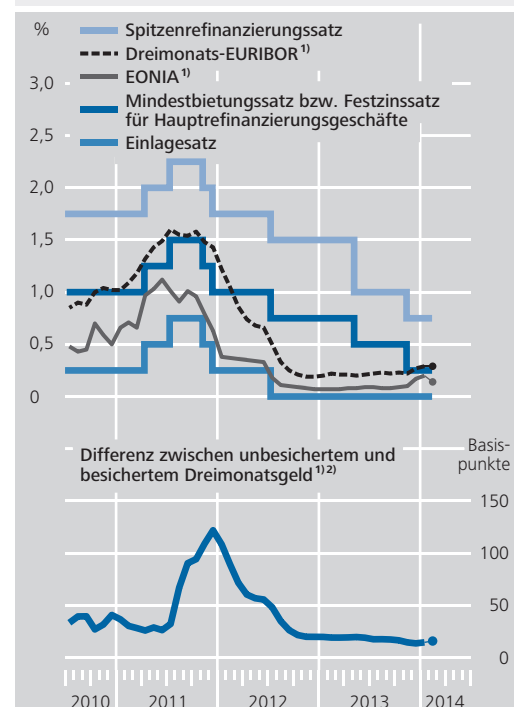
Am 24. Januar 2014 gab der EZB-Rat bekannt, dass er das Angebot an liquiditätszuführenden Geschäften in US-Dollar wegen der gesunkenen Nachfrage und der erheblichen Verbesserung der Refinanzierungsbedingungen in US-Dollar verringern wird: Ab Ende April 2014 werden zunächst keine Geschäfte mit dreimonatiger Laufzeit mehr angeboten, die Operationen mit einwöchiger Laufzeit werden aber mindestens bis zum 31. Juli 2014 beibehalten.

EZB-Rat entscheidet über künftige Durchführung von US-Dollar-Operationen

Im Betrachtungszeitraum erwarb das Eurosystem keine zusätzlichen Wertpapiere im Rahmen geldpolitisch begründeter Wertpapierankaufprogramme. Insbesondere wurden weiterhin keine sogenannten Outright Monetary Transactions getätigt. Die im Rahmen des im Jahr 2012 beendeten Programms für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme: SMP) sowie der beiden ebenfalls beendeten Pro-

Weiterhin keine Anleihekäufe im Rahmen der Outright Monetary Transactions (OMT)

Geldmarktzinsen im Euro-Raum



Quelle: EZB. 1 Monatsdurchschnitte. 2 Dreimonats-EURIBOR abzüglich Dreimonats-EUREPO. • Durchschnitt 1. bis 12. Februar 2014.

Deutsche Bundesbank

Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf

Die Liquiditätsversorgung der Kreditinstitute im Euro-Raum lag in den drei betrachteten Reserveperioden vom 9. Oktober 2013 bis 14. Januar 2014 weiterhin deutlich über ihrem rechnerischen Bedarf. Dies folgte aus der Ausgestaltung der liquiditätszuführenden Offenmarktgeschäfte, die weiter als Mengentender mit vollständiger Zuteilung der eingereichten Gebote durchgeführt worden waren (vgl. Tabelle auf S. 32). Gleichwohl hatte die Überschussliquidität¹⁾ unter größeren Schwankungen spürbar von 215 Mrd € zu Beginn auf 154 Mrd € am Ende des Betrachtungszeitraums abgenommen. Zum Rückgang der Überschussliquidität trugen hauptsächlich die vorzeitigen Rückzahlungen bei den Dreijahrestendern in Höhe von 101,1 Mrd € bei. Dagegen nahm die Nachfrage bei den Haupttendern um durchschnittlich 39 Mrd € auf 129 Mrd € sowie

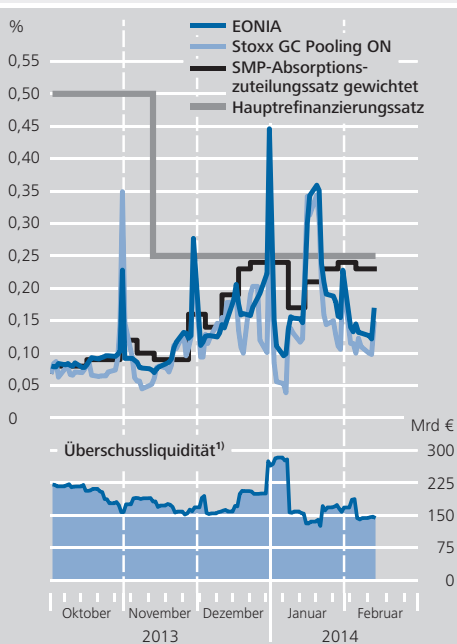
bei den Langfristendern mit dreimonatiger und Reserveperiodenlaufzeit um 17,2 Mrd € auf 36,1 Mrd € in der Periode Dezember 2013/Januar 2014 zu. Das durchschnittliche Niveau der kurzfristigen Geldmarktsätze stieg in der Weihnachtsreserveperiode saisonbedingt und bei schwankenden Liquiditätsbedingungen merklich an, sodass sich der Geldmarkt meist wieder mehr am Hauptrefinanzierungssatz als an der Einlagefazilität orientierte.

Insgesamt betrachtet blieb der Liquiditätsbedarf aus autonomen Faktoren in den drei Reserveperioden praktisch unverändert, wobei er in einer Spanne zwischen 487 Mrd € und 540 Mrd € schwankte. Während die Einlagen öffentlicher Haushalte per saldo um 18,9 Mrd € sanken, stieg der Banknotenumlauf im Eurosystem saisonbedingt kräftig um 29,6 Mrd € an und erhöhte damit den Liquiditätsbedarf. Dabei erreichte der Banknotenumlauf am 27. Dezember 2013 mit rund 958 Mrd € einen neuen Höchststand. Einen liquiditätszuführenden Effekt hatte hingegen die aggregierte Veränderung der Netto-Währungsreserven und der sonstigen Faktoren, die gemeinsam betrachtet werden, damit liquiditätsneutrale Bewertungseffekte entfallen. Diese Summe erhöhte sich per saldo um 11,7 Mrd € und reduzierte entsprechend den Liquiditätsbedarf aus autonomen Faktoren.

In den drei betrachteten Reserveperioden sank der bilanzielle Bestand der Wertpapiere, die im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme: SMP) gekauft worden waren, aufgrund von Fälligkeiten und unter

Notenbankzinsen, Geldmarktsätze und Überschussliquidität

Tageswerte



¹ Einlagefazilität plus Zentralbankguthaben minus Mindestreservesoll.

¹ Einlagefazilität plus Zentralbankguthaben minus Mindestreservesoll.

Liquiditätsbestimmende Faktoren ¹⁾

Mrd €; Veränderungen der Tagesdurchschnitte der Reserveerfüllungsperioden zur Vorperiode

Position	2013/2014		
	9. Okt. bis 12. Nov.	13. Nov. bis 10. Dez.	11. Dez. bis 14. Jan.
I. Bereitstellung (+) bzw. Absorption (-) von Zentralbankguthaben durch Veränderungen der autonomen Faktoren			
1. Banknotenumlauf (Zunahme: -)	- 2,1	- 5,5	- 22,0
2. Einlagen öffentl. Haushalte beim Eurosystem (Zunahme: -)	+ 9,2	- 9,3	+ 19,0
3. Netto-Währungsreserven ²⁾	+ 12,7	- 0,1	- 18,1
4. Sonstige Faktoren ²⁾	- 21,5	+ 6,2	+ 32,5
Insgesamt	- 1,7	- 8,7	+ 11,4
II. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems			
1. Offenmarktgeschäfte			
a) Hauptrefinanzierungsgeschäfte	- 5,4	+ 0,8	+ 37,7
b) Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	- 22,2	- 27,1	- 33,2
c) Sonstige Geschäfte	- 1,0	+ 6,7	+ 23,4
2. Ständige Fazilitäten			
a) Spitzenrefinanzierungsfazilität	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2
b) Einlagefazilität (Zunahme: -)	+ 6,8	+ 3,8	- 11,8
Insgesamt	- 21,9	- 15,8	+ 16,3
III. Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute (I. + II.)	- 23,5	- 24,7	+ 27,9
IV. Veränderung des Mindestreservesolls (Zunahme: -)	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,1

¹ Zur längerfristigen Entwicklung und zum Beitrag der Deutschen Bundesbank vgl. S. 14*/15* im Statistischen Teil dieses Berichts.

² Einschl. liquiditätsneutraler Bewertungsanpassungen zum Quartalsende.

Deutsche Bundesbank

Berücksichtigung der vierteljährlichen Neubewertung zum Quartalsende um 10,8 Mrd € auf 177,4 Mrd €. Weiterhin wurden wöchentliche absorbierende Feinsteuerungsoperationen durchgeführt, um den Liquiditätseffekt des SMP-Bestandes zu sterilisieren. Im Betrachtungszeitraum kam es aufgrund erhöhter Liquiditätspräferenz von Geschäftspartnern bei mehreren SMP-Absorptionstendern zu Unterbietungen. Die bilanziellen Bestände der beiden Ankaufprogramme für gedeckte Schuldverschreibungen (CBPP1 und CBPP2) reduzierten sich um 1,2 Mrd € auf 41,6 Mrd € beziehungsweise um knapp 0,2 Mrd € auf 15,4 Mrd €.

Die Reserveperiode Oktober/November 2013 war von leicht abnehmender Haupttender- und Dreimonatstendernachfrage (- 3,8 Mrd € und - 0,8 Mrd €) sowie den Rückzahlungen der Dreijahrestender in Höhe von 26,1 Mrd € geprägt. Dies führte zu einem ausstehenden Tendervolumen

(ohne absorbierende Feinsteuerungsoperationen) von durchschnittlich 743 Mrd €, das zu 85% aus den beiden Dreijahrestendern bestand. Die Überschussliquidität nahm im Vergleich zur Vorperiode um insgesamt 30 Mrd € auf durchschnittlich 193 Mrd € ab. Zwar war auch in dieser Reserveperiode zunächst eine Art Frontloading, das heißt das Halten höherer Zentralbankguthaben zu Periodenbeginn, zu beobachten, doch stiegen die Guthaben nach ihrem zwischenzeitlichen Rückgang zum Periodenende an bestimmten Tagen nochmals an. Insgesamt blieben die Tagesgeldsätze niedrig, wobei die besicherten Tagesgeldsätze bei GC Pooling der Eurex Repo (ECB Basket) und der gewichtete Zuteilungssatz der SMP-Absorption vor dem Monatsultimo Oktober etwas anstiegen.

In der Reserveperiode November/Dezember 2013 blieb die Nachfrage in den Hauptrefinanzierungsgeschäften mit durchschnittlich 92 Mrd € auf dem Niveau der Vor-

Offenmarktgeschäfte des Eurosystems*)

Valutatag	Geschäftsart ¹⁾	Laufzeit (Tage)	Tatsächliche Zuteilung (Mrd €)	Abweichung zur Benchmark (Mrd €) ²⁾	Marginaler Satz/Festsatz in %	Repartierungssatz in %	Gewichteter Satz in %	Cover Ratio ³⁾	Anzahl Bieter
09.10.2013	HRG (MT)	7	93,4	49,9	0,50	100,00	–	1,00	68
09.10.2013	S-LRG (MT)	35	3,4	–	0,50	100,00	–	1,00	21
09.10.2013	FSO (–)	7	– 188,0	–	0,09	72,99	0,08	1,34	117
16.10.2013	HRG (MT)	7	91,2	51,2	0,50	100,00	–	1,00	70
16.10.2013	FSO (–)	7	– 188,0	–	0,15	26,01	0,09	1,17	117
23.10.2013	HRG (MT)	7	90,6	24,6	0,50	100,00	–	1,00	67
23.10.2013	FSO (–)	7	– 188,0	–	0,12	54,07	0,09	1,28	132
30.10.2013	HRG (MT)	7	89,3	– 27,7	0,50	100,00	–	1,00	66
30.10.2013	FSO (–)	7	– 188,0	–	0,18	78,40	0,12	1,15	119
31.10.2013	LRG (MT)	91	1,9	–	4) 0,29	100,00	–	1,00	43
06.11.2013	HRG (MT)	7	89,5	– 51,5	0,50	100,00	–	1,00	64
06.11.2013	FSO (–)	7	– 184,0	–	0,13	32,44	0,10	1,40	131
13.11.2013	HRG (MT)	7	87,7	16,7	0,25	100,00	–	1,00	67
13.11.2013	S-LRG (MT)	28	3,2	–	0,25	100,00	–	1,00	21
13.11.2013	FSO (–)	7	– 184,0	–	0,10	96,83	0,09	1,38	126
20.11.2013	HRG (MT)	7	86,9	14,4	0,25	100,00	–	1,00	66
20.11.2013	FSO (–)	7	– 184,0	–	0,11	57,58	0,09	1,19	122
27.11.2013	HRG (MT)	7	97,2	– 24,8	0,25	100,00	–	1,00	78
27.11.2013	FSO (–)	7	– 157,8	–	0,25	100,00	0,16	1,00	108
28.11.2013	LRG (MT)	91	5,9	–	4) ...	100,00	–	1,00	47
04.12.2013	HRG (MT)	7	94,6	– 41,4	0,25	100,00	–	1,00	78
04.12.2013	FSO (–)	7	– 184,0	–	0,25	100,00	0,14	1,00	130
11.12.2013	HRG (MT)	7	98,5	38,0	0,25	100,00	–	1,00	80
11.12.2013	S-LRG (MT)	35	10,1	–	0,25	100,00	–	1,00	31
11.12.2013	FSO (–)	7	– 184,0	–	0,25	86,43	0,19	1,02	126
18.12.2013	HRG (MT)	5	118,9	59,9	0,25	100,00	–	1,00	102
18.12.2013	FSO (–)	5	– 152,3	–	0,25	100,00	0,23	1,00	109
19.12.2013	LRG (MT)	98	20,9	–	4) ...	100,00	–	1,00	76
23.12.2013	HRG (MT)	7	133,6	87,6	0,25	100,00	–	1,00	117
23.12.2013	FSO (–)	7	– 139,9	–	0,25	100,00	0,24	1,00	103
30.12.2013	HRG (MT)	9	168,7	136,2	0,25	100,00	–	1,00	181
30.12.2013	FSO (–)	9	– 104,8	–	0,25	100,00	0,24	1,00	89
08.01.2014	HRG (MT)	7	112,5	193,0	0,25	100,00	–	1,00	92
08.01.2014	FSO (–)	7	– 179,0	–	0,25	46,39	0,17	1,04	132

* Für die Geschäfte des Eurosystems vom 10.07.2013 bis 08.10.2013 siehe: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, November 2013, S. 28. **1** HRG: Hauptrefinanzierungsgeschäft, LRG: Längerfristiges Refinanzierungsgeschäft, S-LRG: Sonder-Längerfristiges Refinanzierungsgeschäft, FSO: Feinststeuerungsoperation (+: Liquidität bereitstellend, -: Liquidität absorbierend), MT: Mengentender. **2** Berechnung gemäß Veröffentlichung nach Zuteilung des HRG. **3** Verhältnis des Volumens der Gesamtgebote zum Zuteilungsvolumen. **4** Der Zinssatz entspricht dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz bzw. Hauptrefinanzierungssatz der während der Laufzeit dieses Geschäfts durchgeführten HRGe (ggf. in der Tabelle auf zwei Nachkommastellen gerundet).

Deutsche Bundesbank

periode. Das Volumen der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte nahm durchschnittlich um 27 Mrd € auf 625,3 Mrd € ab. Aufgrund einer Unterbietung, wozu unter anderem der Monatsultimo und stark gestiegene autonome Faktoren beigetragen haben dürften, stieg der gewichtete Durchschnittssatz bei der letzten SMP-Absorptionsoperation im November deutlich um 7 Basispunkte auf 0,16%. Als Folge der geringeren Abgabebereitschaft erreichte die Überschussliquidität an den ersten beiden Tagen im neuen Monat Höchststände von bis zu 195 Mrd €, um dann aber wieder

wegen des vollständig absorbierten SMP-Volumens auf rund 155 Mrd € zu fallen. Die Volatilität der Überschussliquidität hatte unter anderem zu einem für die gesamte Reserveperiode im Durchschnitt höheren EONIA- und „Stoxx ON“-Satz bei GC Pooling von 0,12% (Vorperiode: 0,09%) beziehungsweise 0,11% (Vorperiode: 0,09%) geführt.

Mit diesem etwas höheren Tageszinsniveau startete die Reserveperiode Dezember 2013/Januar 2014, die von weiterem Aufwärtssdruck und gestiegener hoher Volatilität der

kürzerfristigen Geldmarktzinsen, insbesondere auch der Wochenlaufzeit bei Stoxx GC Pooling, geprägt war. Bereits ab Periodenbeginn machten sich die zu erwartenden Verspannungen gegen Jahresende in einer steigenden Haupttendernachfrage bemerkbar, zudem gab es ab der zweiten Woche bei den SMP-Absorptionstendern drei Unterbietungen in Folge von bis zu 74 Mrd € (per 30. Dezember 2013). Dieses Bietungsverhalten der Kreditinstitute führte zu einem deutlichen Anstieg der Überschussliquidität. Hatte sie zu Periodenbeginn noch bei rund 160 Mrd € gelegen, erreichte sie in der Woche um den Jahreswechsel ihre Höchststände und stieg bis auf 284 Mrd €. Ohne die vorzeitigen Rückzahlungen der Dreijahrestender, die in dieser Periode insgesamt 50,5 Mrd € betragen hatten, wäre die Überschussliquidität noch höher ausgefallen. Mit durchschnittlich 205 Mrd € lag sie dennoch deutlich über dem Wert der

Vorperiode von 165 Mrd €. Trotz der im Aggregat klar verbesserten Liquiditätsausstattung, gerade vor Weihnachten und dem Jahreswechsel, blieben die Tagesgeldsätze auf erhöhtem Niveau und stiegen besonders am Jahresultimo nochmals stark an (EONIA + 22 Basispunkte, gegenüber nur + 5 Basispunkten im Vorjahr). In der letzten Woche der Reserveperiode, das heißt ab dem 8. Januar 2014, sank die Überschussliquidität vor allem aufgrund einer um 56 Mrd € gesunkenen Haupttendernachfrage und eines erstmals wieder komplett abschöpfenden SMP-Absorptionstenders abrupt um rund 122 Mrd € auf ungefähr 157 Mrd € pro Tag. Diese deutlich knappen Liquiditätsverhältnisse ließen die Tagesgeldsätze wieder auf ein etwas erhöhtes Niveau ansteigen.

gramme zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen gehaltenen Wertpapierbestände des Eurosystems verringern sich im Zeitablauf aufgrund fällig werdender Titel.

ren Neigung des Bankensektors zur Haltung von Liquiditätspuffern zum Jahresende auch das im Vergleich zu den Vorjahren niedrigere Niveau der Überschussliquidität beigetragen haben. Darüber hinaus ist zu vermuten, dass die Institute zunehmend zu einer aktiven Gestaltung des bilanziellen Ausweises zum Abschlussstichtag 31. Dezember neigen, beispielsweise unter bankinternen und regulatorischen Gesichtspunkten. Hierbei dürfte insbesondere auch die für 2014 geplante Bilanzprüfung der Banken durch die EZB (Balance Sheet Assessment) eine wichtige Rolle gespielt haben.

Mögliche Einflussfaktoren der erhöhten Liquiditätsnachfrage zum Jahresende

Refinanzierungsvolumen und Überschussliquidität zum Jahreswechsel kräftig angestiegen

Nachdem das ausstehende Refinanzierungsvolumen im Oktober und November vor allem durch fortgesetzte Rückzahlungen bei den Dreijahrestendern zurückgegangen war, nahm die Inanspruchnahme der geldpolitischen Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystems durch die Banken im Euro-Währungsgebiet bis zum Jahresende vorübergehend wieder zu. Dabei stieg im Verlauf des Dezember insbesondere das Volumen der einwöchigen Hauptrefinanzierungsgeschäfte kräftig an. Hierdurch sowie aufgrund zunehmender Unterbietungen bei den wöchentlichen Absorptionstendern¹⁾ erhöhte sich die rechnerische Überschussliquidität stark.

Anfang Januar normalisierte sich die Liquiditätsnachfrage rasch wieder: Die Nachfrage bei den Hauptrefinanzierungsgeschäften ging

Zu der erhöhten Liquiditätsnachfrage dürfte neben der regelmäßigen wiederkehrenden höhe-

¹ Das Eurosystem bietet den Banken jede Woche eine liquiditätsabsorbierende Operation in Höhe des ausstehenden Portfoliovolumens des SMP an. Diese Operation war im Mai 2010 gemeinsam mit dem SMP eingeführt worden, um zu unterstreichen, dass mit diesem Programm keine Lockerung des geldpolitischen Kurses beabsichtigt war.

Geldmarktbedingungen bei abnehmender Überschussliquidität von Schwankungen gekennzeichnet

deutlich zurück, und die tägliche Überschussliquidität bewegte sich unter erhöhten Schwankungen in einer Spanne zwischen 125 Mrd € und 187 Mrd €. Die kurzfristigen Geldmarktsätze reagierten darauf ihrerseits mit erhöhten Schwankungen. Offenbar passen die Banken inzwischen ihr individuelles Bietungsverhalten bei den Refinanzierungsgeschäften und liquiditätsabsorbierenden Operationen des Eurosystems verstärkt an das jeweilige Niveau der Geldmarktsätze an. Dies ist grundsätzlich eine positive Entwicklung, denn es zeigt, dass die Banken zunehmend wieder zu einem normaleren Liquiditätsmanagement übergehen, statt aus Vorsichtsgründen sehr hohe Bestände an überschüssiger Zentralbankliquidität zu halten. Allerdings tragen unter diesen besonderen Bedingungen die liquiditätsabsorbierenden Geschäfte des Eurosystems zur Volatilität der Geldmarktbedingungen bei.

Insgesamt betrachtet steht die Bundesbank daher einer möglichen Anpassung des bisherigen Angebots liquiditätsabsorbierender Operationen aufgeschlossen gegenüber, wenn diese geeignet ist, die Geldmarkt- und Liquiditätsbedingungen zu stabilisieren und dadurch den akkommodierenden geldpolitischen Kurs des Eurosystems noch klarer als bisher zu signalisieren.

Anstieg der kurzfristigen Geldmarktsätze bei kräftigen Schwankungen aufgrund freiwilliger Rückgabe überschüssiger Liquidität durch die Banken

Seit etwa Mitte November stiegen die kurzfristigen Geldmarktsätze im Euro-Raum in Reaktion auf die trendmäßig abnehmende Überschussliquidität merklich an. Verstärkte Schwankungen des unbesicherten Tagesgeldsatzes EONIA und anderer kurzfristiger Geldmarktsätze waren dabei jeweils an den Monatsenden und zum Jahreswechsel zu beobachten. Aber auch im Verlauf des Januar waren die kurzfristigen Geldmarktsätze in Abhängigkeit von der Liquiditätsentwicklung verstärkten Schwankungen ausgesetzt. EONIA erreichte dabei zwischenzeitlich wieder Werte oberhalb des Hauptrefinanzierungssatzes des Eurosystems. Dieser Anstieg der kurzfristigen Geldmarktsätze ist jedoch nicht als Ausdruck von Spannungen am Geldmarkt zu werten, sondern spiegelt

allein die freiwillige Rückgabe überschüssiger Liquidität durch die Banken an das Eurosystem wider. Auch wenn die sehr kurzfristigen Geldmarktsätze angesichts der nach wie vor bestehenden Vollzuteilung bei den geldpolitischen Refinanzierungsgeschäften im Mittel eher unterhalb des Hauptrefinanzierungssatzes notieren sollten, sind Überschreitungen an mehreren Tagen in Folge möglich, weil die geldpolitischen Geschäftspartner die aggregierte Liquiditätsposition des Bankensystems gegenüber dem Eurosystem nur einmal wöchentlich durch ihr Bietungsverhalten bei den regelmäßig angebotenen geldpolitischen Operationen beeinflussen können. Auch künftig dürften die kurzfristigen Geldmarktsätze bei gleichbleibender Liquiditätslage verstärkte Schwankungen aufweisen.

Seit Ende November stiegen die Geldmarktterminalsätze²⁾ im Euro-Raum nach dem Erreichen eines lokalen Tiefpunkts im Anschluss an die Leitzinssenkung vom 7. November zunächst wieder leicht an. Dieser Anstieg beschleunigte sich nach der Sitzung des EZB-Rats vom 5. Dezember etwas. Hierzu dürfte beigetragen haben, dass zuvor teilweise bestehende Erwartungen von Marktteilnehmern über mögliche weitere geldpolitische Maßnahmen des Eurosystems sich nicht bestätigten. Insgesamt blieb der Anstieg der Terminalsätze aber deutlich hinter dem zeitweisen Anstieg von EONIA bei erhöhten Schwankungen zurück. Ende Januar fielen die Terminalsätze auf das niedrige Niveau des November zurück. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Marktteilnehmer derzeit nicht damit rechnen, dass sich die zuletzt beobachteten Schwankungen der kurzfristigen Geldmarktsätze auf absehbare Zeit in einer merklichen Erhöhung des Zinsniveaus niederschlagen werden.

Geldmarktterminalsätze mit Anstieg, aber Terminkurve bleibt flach

²⁾ Aus Swapsätzen abgeleitete implizite Terminalsätze für den unbesicherten Interbanken-Tagesgeldsatz EONIA und Zinssätze börsengehandelter Futures auf den Dreimonats-EURIBOR.

Zinssätze am Repomarkt: Approximation für den kurzfristigen risikofreien Zins

Seit Beginn der Finanzkrise eignen sich unbesicherte kurzfristige Geldmarktsätze im Interbankenhandel (wie z. B. EONIA oder EURIBOR) nicht mehr uneingeschränkt als Näherung für den risikofreien Zins. Als Alternative bieten sich die Zinssätze von besicherten Geldmarktgeschäften an:¹⁾ Bei Besicherung mit qualitativ hochwertigen Wertpapieren ist das Kreditrisiko solcher Transaktionen gering, und der Reposatz kann als Approximation für den risikofreien Zins der entsprechenden Laufzeit angesehen werden. Allerdings haben die verfügbaren Reposätze bislang noch nicht die Bedeutung von EONIA und EURIBOR erlangt.

Einflussfaktoren von Reposätzen

Repogeschäfte unterscheiden sich unter anderem hinsichtlich der Laufzeit, der Motivlage der Vertragspartner sowie der zur Besicherung genutzten Wertpapiere. Bezüglich der Laufzeit dominieren Übernachttransaktionen, es gibt aber auch (Standard-) Laufzeiten von bis zu zwei Jahren. Bezüglich der Motivlage können Repogeschäfte zum einen „geldgetrieben“ sein, das heißt, der Verkäufer braucht Liquidität und stellt dafür im Gegenzug Wertpapiersicherheiten (General Collateral (GC)-Repos). Sind sie dagegen „wertpapiergetrieben“, möchte der Käufer ein spezifisches Wertpapier leihen und bietet dafür Liquidität als Sicherheit. Hierbei liegt der Reposatz typischerweise niedriger als bei einem geldgetriebenen Geschäft mit qualitativ vergleichbarer Besicherung und ist daher als Maß für den kurzfristigen risikofreien Zins weniger geeignet.²⁾ Je höher die Qualität der Sicherheiten, desto geringer ist tendenziell der Reposatz – und umso besser kann er als Indikator des sicheren Zinssatzes dienen. Ein weiterer Bestimmungsfaktor des Reposatzes kann die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers sein: Je geringer seine Bonität, desto höher dann der Reposatz.

Berechnung repräsentativer Sätze

Außerhalb von Börsen oder elektronischen Handelsplätzen sind die Konditionen einzel-

ner Transaktionen grundsätzlich nur den Vertragspartnern bekannt. Auf elektronischen Handelsplattformen oder in Marktinformationssystemen dagegen sind angebotene Konditionen und teilweise auch Transaktionen für Dritte beobachtbar. Zur Ermittlung repräsentativer Marktzinssätze existieren zwei grundlegende Techniken.

Beim transaktionsbasierten Ansatz bilden die Reposätze tatsächlich abgeschlossener Geschäfte die Berechnungsbasis. Ein Beispiel hierfür sind die „STOXX GC Pooling Overnight“-Sätze von Eurex Repo, die auch regelmäßig im Monatsbericht der Bundesbank kommentiert werden (siehe S. 30 ff.). Ihnen liegt eine Bandbreite zulässiger Sicherheiten zugrunde, die „gepoolt“ und somit für verschiedene Transaktionen genutzt werden können. Alternativ dazu steht die von den Handelsplattformen BrokerTec und MTS gemeinsam ermittelte RepoFunds Rate zur Verfügung, die in drei Varianten für mit deutschen, französischen und italienischen Staatsanleihen besicherte Transaktionen mit eintägiger Laufzeit veröffentlicht wird. Darin enthalten sind sowohl mit GC als auch mit spezifischem Collateral besicherte Transaktionen, wobei die Anteile nicht offengelegt werden.³⁾ Der transaktionsbasierte Ansatz stößt allerdings an Grenzen, wenn nicht regelmäßig eine ausreichende Zahl von Transaktionen getätigt wird, was insbesondere in längeren Laufzeiten relevant ist.

Beim umfragebasierten Ansatz werden die Sätze für hypothetische Geschäfte von einer Gruppe (Panel) von Marktteilnehmern er-

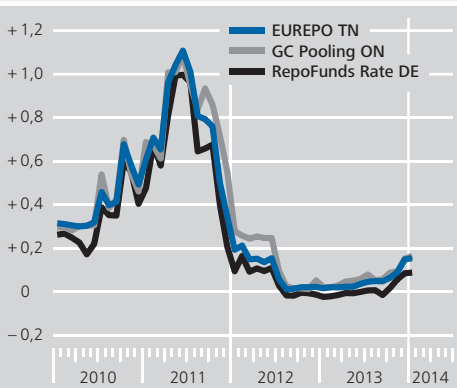
¹ Siehe auch: Deutsche Bundesbank, Finanzsystem im Wandel: neue Bedeutung der Repomärkte, Monatsbericht, Dezember 2013, S. 59 ff.

² Grund hierfür ist, dass der Sicherheitengeber den Reposatz zahlen muss, obwohl er keinen Liquiditätsbedarf hat und die Initiative für das Geschäft typischerweise vom Sicherheitennehmer ausgeht. Die erhaltene Liquidität aus einem solchen Repogeschäft kann der Verkäufer wiederum mittels eines GC-Repogeschäfts zu einem höheren Reposatz weiterverleihen und so einen Gewinn erzielen.

³ Diese Reposätze stehen im Internet frei zur Verfügung, siehe <http://www.repofundsrate.com>.

Besicherte Tagesgeldsätze

in %, Monatsdurchschnitte

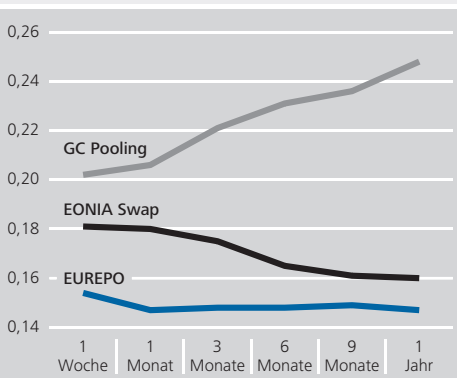


Quellen: Euribor-EBF, Eurex Repo und ICAP Information Services.

Deutsche Bundesbank

Zinsstruktur am besicherten Geldmarkt im Januar 2014

in %, Monatsdurchschnitte



Quellen: Euribor-EBF und Eurex Repo.

Deutsche Bundesbank

fragt. Ein Beispiel hierfür bilden die von der European Banking Federation ermittelten EUREPO-Sätze.⁴⁾ Die Panelbanken übermitteln dabei ihre Schätzung des Zinssatzes eines mit besten Sicherheiten unterlegten Interbankenkredits. Dabei besteht die Erwartungshaltung, dass die Panelbanken normalerweise bereit sein sollen, Transaktionen zu diesen Sätzen einzugehen.

Der umfragebasierte Ansatz ermöglicht die kontinuierliche Bereitstellung von Reposätzen für ein ganzes Spektrum verschiedener Laufzeiten von bis zu 12 Monaten – unabhängig davon, ob tatsächlich Umsätze vorliegen oder nicht. Dieses Verfahren hat gegenüber dem transaktionsbasierten Ansatz den Nachteil, dass die Qualität der Mel-

dungen unklar ist. Eine Variante der transaktionsbasierten Sätze sind die neuerdings verfügbaren Reposätze von Eurex Repo GC Pooling für Geschäfte verschiedener Standardlaufzeiten von einer Woche bis zu 12 Monaten, die sowohl auf Transaktionen als auch auf verbindlichen Geboten basieren. Sie gewährleistet eine kontinuierliche Ermittlung der Sätze auch dann, wenn an einem Handelstag nicht genügend Transaktionen stattfinden. Die Zinsdifferenzen zwischen GC Pooling- und EUREPO-Sätzen dürften überwiegend auf Qualitätsunterschiede bei den zugrunde liegenden Sicherheiten zurückzuführen sein.

EONIA-Swapsätze als Alternative

EONIA-Swapsätze sind Absicherungsgeschäfte, bei denen für die Laufzeit des Kontraktes ein fixer Zinssatz (der Swapsatz) gegen EONIA „getauscht“ wird. Da kein Kreditbetrag fließt, sondern lediglich die auf einen Nominalbetrag gerechnete Differenz zwischen dem variablen EONIA und dem festem Swapsatz gezahlt wird, besteht nahezu kein Kreditrisiko. Allerdings kann der als Referenzzinssatz genutzte – unbesicherte – EONIA eine (vergleichsweise geringe) Kompensation für Kreditrisiken enthalten. Ähnlich wie die EUREPO-Zinsstrukturkurve kann daher die EONIA-Swapsatzkurve als nahezu risikofreie Zinsstrukturkurve angesehen werden.

Fazit

Ein allgemein akzeptiertes Maß für den kurzfristigen risikofreien Zins existiert nicht. Die verfügbaren Maße weisen spezifische Besonderheiten auf, die bei ihrer Auswertung und Interpretation zu berücksichtigen sind. Der tiefere Grund für die teilweise merklichen Zinsdifferenzen liegt darin, dass die mit den jeweiligen Geschäften verbundenen unterschiedlichen Risiken seit der Krise zunehmend auch unterschiedlich bepreist werden. Für sich genommen ist dies keine Fehlfunktion oder Überreaktion der Märkte. Die gestiegene Fähigkeit der Finanzmarktteilnehmer zur Differenzierung ist zu begrüßen.

⁴ Siehe <http://www.euribor-ebf.eu/eurepo-org/eurepo-rates.html>.

Monetäre Entwicklung im Euro-Währungsgebiet

Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Die monetäre Entwicklung im Schlussquartal wurde stark durch Bilanzbereinigungsprozesse im Bankensektor geprägt. Neben Jahresendeffekten dürfte der verstärkte Abbau von Bilanzaktiva in den Herbstmonaten auch durch die anstehende Bilanzprüfung vor Beginn der einheitlichen Bankenaufsicht motiviert gewesen sein, für die der 31. Dezember 2013 den Stichtag darstellt (siehe Erläuterungen auf S. 38 ff. und unten stehendes Schaubild). Unter den Gegenposten von M3 schlugen sich die Bilanzbereinigungen insbesondere in einem beschleunigten Abbau der Wertpapierkredite nieder. Der Rückgang der Buchkreditvergabe an den Privatsektor setzte sich ebenfalls fort, verlangsamte sich vor dem Hintergrund der günstigeren konjunkturellen Entwicklung jedoch erkennbar. Gestützt wurde die monetäre Entwicklung erneut durch Mittelzuflüsse aus dem Ausland, die infolge anhaltender Leistungsbilanzüberschüsse sowie einer gestiegenen Nachfrage nach Wertpapieren des Euro-Raums noch einmal deutlich größer ausfielen als in den Quartalen zuvor.

Niedriges Zinsniveau bremst Aufbau der M3-Komponenten

Da von den anderen Gegenposten keine nennenswerten Wachstumsimpulse ausgingen, verzeichnete die Geldmenge M3 im vierten

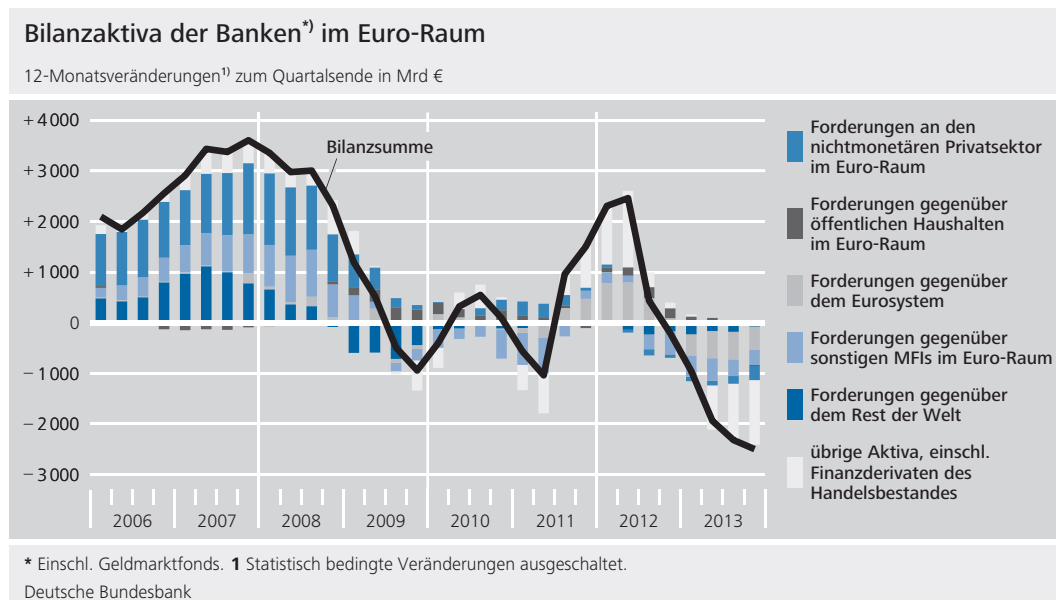
Quartal per saldo einen leichten Rückgang. Zwar stiegen die Sichteinlagen vor dem Hintergrund weiter sinkender Opportunitätskosten der liquiden Geldhaltung im vierten Quartal 2013 noch einmal deutlich. Zugleich trugen das niedrige Zinsniveau und die gesunkene Risikoaversion dazu bei, dass die Anleger die übrigen in M3 enthaltenen Einlagen, insbesondere kurzfristige Termineinlagen und Geldmarktfondsanteile, auf der Suche nach Rendite weiter abbauten.

Vor diesem Hintergrund setzte sich der seit Jahresbeginn zu beobachtende Abwärtstrend des Geldmengenwachstums im Berichtsquartal fort. Die Jahresrate von M3, die Ende 2012 noch bei 3,5% gelegen hatte, sank zum Jahresende 2013 auf 1%. Zugleich setzte die Jahresrate der (um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigten) Buchkreditvergabe an den Privatsektor ihre schon seit Mitte 2011 anhaltende Abwärtsbewegung fort. Die monetäre Grunddynamik blieb damit sehr gedämpft.

Bei den Buchkrediten an den Privatsektor konzentrierte sich der Abbau im Schlussquartal erneut auf die Ausleihungen an finanzielle und nichtfinanzielle Unternehmen. Ein nicht unerheblicher Teil davon entfiel jedoch auf einen dämpfenden Sondereffekt im Zusammenhang

Abwärtstrend des Geldmengen- und Kreditwachstums fortgesetzt

Abbau der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen verlangsamt



Zum Abbau der Bilanzaktiva in den Bankbilanzen der vier großen Euro-Raum-Mitgliedstaaten

Die Restrukturierungsbemühungen der Banken spiegeln sich in einem seit Mitte 2012 andauernden kräftigen Rückgang der Bilanzsummen wider, der im Euro-Raum insgesamt vor allem Forderungen gegenüber anderen Geschäftsbanken und dem Eurosystem sowie derivative Finanzinstrumente betraf, Forderungen an den inländischen Privatsektor nahmen aber auch ab. Von den vier großen Ländern des Euro-Raums (siehe Schaubild auf S. 39), deren Kreditinstitute knapp drei Viertel der Bilanzsumme des Bankensektors im gesamten Euro-Raum ausmachen, waren insbesondere Deutschland, aber auch Spanien und Frankreich stark betroffen.

Stark getrieben wurde der Rückgang der Bilanzsummen von den Forderungen gegenüber monetären Finanzinstituten, deren Dynamik bis Mitte 2013 aus den Forderungen gegenüber dem Eurosystem¹⁾ stammte. Hinter dem Abbau standen im Wesentlichen umfangreiche Einlagenrückflüsse aus Deutschland, aber auch aus Frankreich, an ausländische Banken. Sie waren Folge des wieder angestiegenen Vertrauens in das Euro-Währungsgebiet. Im Einklang mit den seitdem nur noch leicht verbesserten Marktbedingungen stabilisierte sich der Abbau der Forderungen an das Eurosystem im Laufe des Jahres. An Bedeutung gewann in der zweiten Jahreshälfte 2013 der Abbau von Forderungen gegenüber anderen Geschäftsbanken. Insbesondere deutsche und französische Banken könnten diese Position genutzt haben, um zum Jahresende eine niedrigere Bilanzsumme auszuweisen.

Die zweite wesentliche Position beim Abbau der Bilanzaktiva waren zu Handelszwecken erworbene Finanzderivate, die die Position „übrige Aktiva“ des Schaubilds auf Seite 39 maßgeblich bestimmten. Diese Derivate unterliegen in diversen Ländern des Euro-Raums, so seit dem Jahr 2010 auch in Deutschland, einer bilanziellen Ausweispflicht und haben bei Instituten, die in größerem Umfang im Handelsgeschäft

aktiv sind, einen relativ hohen Anteil sowohl an der Aktiv- als auch an der Passivseite der Bilanz. Für den ausgeprägten Abbau dieser Positionen in Deutschland und Frankreich – und zu einem geringeren Grad auch in Italien und Spanien – dürften vor allem zwei Entwicklungen verantwortlich sein: Zum einen hatten Banken aufgrund der stark erhöhten Unsicherheit insbesondere im dritten Quartal 2011 verstärkt derivative Absicherungsgeschäfte für Zins- und Währungsrisiken abgeschlossen, die im Zuge der ab Mitte 2012 nachlassenden Unsicherheit wieder aufgelöst wurden. Zum anderen übten aktuelle regulatorische Bestrebungen, insbesondere das Basel III-Regelwerk mit erhöhten Eigenkapitalanforderungen und der Leverage Ratio, aber auch darüber hinausgehende Beschränkungen des Handelsgeschäfts, vermutlich bereits heute schon Druck auf handelsaktive Banken aus, ihre zum Teil hohen Derivatebestände zu verringern.

Der Bilanzabbau im Euro-Raum war nicht auf diese beiden Positionen beschränkt. So trug in Spanien und Italien der Rückgang der Forderungen an den Privatsektor im Euro-Raum wesentlich zum Bilanzabbau bei.²⁾ In Spanien kam es im Rahmen der ordentlichen Restrukturierung des Bankensektors Ende 2012/Anfang 2013 zudem zu umfangreichen Ausgliederungen von Krediten an eine (statistisch dem Nichtbankensektor zugerechnete) Abwicklungsbank.

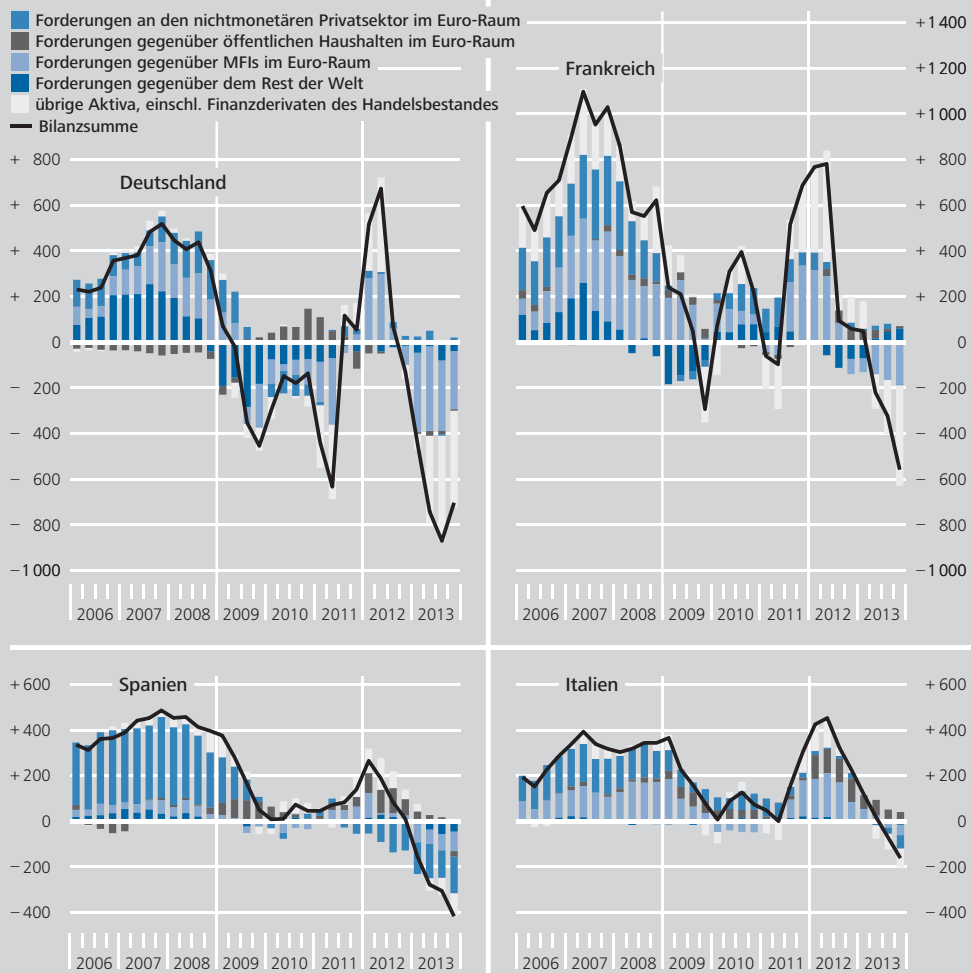
Bei den Buchkrediten an den Privatsektor spricht in diesen Ländern vieles dafür, dass ihr Rückgang, wie bereits an anderen Orten

¹ Diese entstehen aus den Liquiditätsabsorbierenden Operationen des Eurosystems, der Einlagefazilität sowie den Überschussreserven, die auf den Girokonten der nationalen Notenbanken gehalten werden.

² Das Schaubild auf Seite 39 basiert auf transaktionsbedingten Veränderungswerten; im Gegensatz zu absoluten Bestandsveränderungen sind Bewertungskorrekturen auf Forderungen und Wertpapierbestände daher ausgeschaltet.

Bilanzaktiva der Banken³⁾ ausgewählter Mitgliedsländer

12-Monatsveränderungen¹⁾ zum Quartalsende in Mrd €



* Einschl. Geldmarktfonds. ¹ Statistisch bedingte Veränderungen ausgeschaltet.
 Deutsche Bundesbank

ausgeführt,³⁾ überwiegend nachfragegetrieben war. Verfügbare Indikatoren für angebotsseitige Restriktionen deuten darauf hin, dass von den bankseitigen Faktoren, die vor allem im Jahr 2011 und teilweise auch noch im Jahr 2012 deutlich zu einer Verschärfung der Kreditvergabebedingungen beitrugen, am aktuellen Rand für sich genommen kein restriktiver Einfluss ausgeht. Dafür spricht auch, dass sich der Abbau der Buchkredite an den nichtfinanziellen Privatsektor in Italien und Spanien trotz der im Rahmen der Bankenunion anstehenden Bilanzprüfung aktuell nicht beschleunigt hat. Dennoch wäre eine Entwarnung verfrüht: Der Blick auf die bei spanischen und italienischen Banken hohen Niveaus notleidender Kredite

belegt, dass die Bereinigungsprozesse in den Bankbilanzen noch nicht abgeschlossen sind.

In den anderen Aktiva hat sich die zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 anstehende Bilanzprüfung wohl deutlicher niedergeschlagen. Französische und spanische Banken reduzierten im Abschlussquartal ihren Bestand an Anleihen des nichtmone-

³ Für eine ausführliche Diskussion siehe: Deutsche Bundesbank, Unterschiede im Geldmengen- und Kreditwachstum im Euro-Raum und in einzelnen Mitgliedsländern, Monatsbericht, Juli 2013, S. 49 ff.; sowie Deutsche Bundesbank, Private Verschuldung – Status quo, Anpassungsbedarf und Politikimplikationen, Monatsbericht, Januar 2014, S. 57 ff.

tären Privatsektors kräftig. Auch die Bestände an heimischen Staatsanleihen, die in den Quartalen zuvor noch kontinuierlich gestiegen waren,⁴⁾ wurden von französischen, spanischen und italienischen Banken in der zweiten Jahreshälfte 2013 deutlich abgebaut. Es wäre zu begrüßen, wenn dies nicht lediglich der Erreichung kurzfristiger bilanzpolitischer Ziele diene, sodass die wechselseitige Abhängigkeit von Banken- und Staatssektor im Euro-Raum dauerhaft sinken würde.

Zusammenfassend hat die Erfahrung der letzten Jahre erstens gezeigt, dass ein Anstieg der allgemeinen Unsicherheit für den Bankensektor eines als sicherer Hafen erachteten Landes mit einem erheblichen Auf- und anschließendem Abbau von Bilanzaktiva verbunden sein kann. Zweitens spiegelte sich in den spanischen und italienischen Bankensektoren die schwache wirtschaftliche Entwicklung sowie – im Falle Spaniens – der noch andauernde Abbau von Schuldenüberhängen im Privatsektor

wider. Drittens verschärften sich mit der Finanzkrise im gesamten Euro-Raum die bankaufsichtlichen Anforderungen; die Bilanzprüfung zum Beginn der Bankenunion sorgte vermutlich für eine kurzfristige Verstärkung dieser Wirkung. Damit basiert der breit angelegte Prozess des Bilanzabbaus im Euro-Raum letztlich auf – noch nicht abgeschlossenen – Korrekturen vorangegangener Fehlentwicklungen, die erforderlich sind, um die Widerstandsfähigkeit der Finanzsysteme und das Vertrauen in den gemeinsamen Währungsraum nachhaltig zu stärken.

⁴ Siehe auch: Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung der Bestände heimischer Staatsanleihen der Banken im Euro-Raum, Monatsbericht, November 2013, S. 33 f.

mit Verbriefungstransaktionen von Buchkrediten an sonstige finanzielle Unternehmen.

Kredite mit langer Laufzeit mit Aufhellungstendenz, ...

Die Buchkreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen war ebenfalls weiter rückläufig. Der Abbau der Ausleihungen an diesen Sektor verlangsamte sich jedoch zum Jahresende erkennbar, sodass keine direkte negative Wirkung der Bilanzbereinigungsprozesse konstatiert werden kann. Aufhellungstendenzen zeigten sich insbesondere im langen Laufzeitensegment. Erstmals seit Anfang 2012 kam es im vierten Quartal 2013 bei Ausleihungen mit einer Laufzeit von über fünf Jahren wieder zu Zuflüssen. Eine Zunahme der langfristigen Kredite deutet üblicherweise auf eine gestiegene konjunkturelle Zuversicht der Unternehmen hin.

... Heterogenität im Euro-Raum jedoch weiterhin hoch

Auf Länderebene blieb die Heterogenität der Entwicklung hoch. Das schwache konjunkturelle Umfeld und der weiterhin hohe Bedarf zur Verringerung der Verschuldung führten insbe-

sondere in Spanien und Italien zu weiter rückläufigen Ausleihungen an nichtfinanzielle Unternehmen. Laut Angaben der an der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey: BLS) teilnehmenden Banken war dies im Euro-Raum insgesamt nicht auf eine Verschärfung der Kreditangebotsfaktoren zurückzuführen. Der Umfrage zufolge beließen die teilnehmenden Institute die Standards für Unternehmenskredite per saldo weitgehend auf dem Niveau des Vorquartals. Dagegen meldeten die befragten Banken im Euro-Raum erneut einen moderaten Rückgang der Nachfrage nichtfinanzieller Unternehmen nach Bankkrediten.

Auch bei der Buchkreditvergabe an private Haushalte blieb die Heterogenität auf Länderebene erhalten. Im Aggregat wiesen die unbesicherten Ausleihungen an private Haushalte zum Jahresende keinen Zuwachs auf. Konsumentenkredite und sonstige Kredite verzeichneten Nettoabflüsse, die von den vergleichsweise moderaten Zuflüssen bei Wohnungsbau-

Ausleihungen an private Haushalte stagnieren

Konsolidierte Bilanz des MFI-Sektors der EWU ^{*)}					
Veränderung in Mrd €, saisonbereinigt					
Aktiva	2013, 4. Vj.	2013, 3. Vj.	Passiva	2013, 4. Vj.	2013, 3. Vj.
Kredite an private Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	- 155,8	- 70,1	Einlagen von Zentralstaaten	- 25,1	- 18,5
Buchkredite ¹⁾	- 60,8	- 62,6	Geldmenge M3	- 7,9	38,2
Wertpapierkredite	- 90,5	- 0,6	davon Komponenten:		
Kredite an öffentliche Haushalte im Euro-Währungsgebiet	- 49,5	- 21,1	Bargeld und täglich fällige Einlagen (M1)	54,6	87,1
Buchkredite	- 14,9	- 9,4	Übrige kürzerfristige Bankeinlagen (M2-M1)	- 40,9	- 20,4
Wertpapierkredite	- 34,5	- 11,7	Marktfähige Finanzinstrumente (M3-M2)	- 21,6	- 28,5
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	154,5	61,1	Geldkapital	- 16,9	- 36,3
andere Gegenposten von M3	- 3,8	6,6	davon:		
			Kapital und Rücklagen	- 16,7	19,1
			Sonstige längerfristige Verbindlichkeiten	- 0,2	- 55,3

* Statistisch bedingte Veränderungen ausgeschaltet. 1 Bereinigt um Kreditverkäufe und Kreditverbriefungen.
 Deutsche Bundesbank

krediten gerade aufgewogen wurden. Per saldo stagnierte die Buchkreditvergabe an private Haushalte im vierten Quartal, sodass die Jahreswachstumsrate marginal auf 0,3% sank. Diese Entwicklung deckt sich mit den Meldungen der im BLS befragten Institute. Sie gaben an, auch die Richtlinien für Kredite an private Haushalte fast unverändert belassen zu haben und berichteten zugleich von einem weitgehend stagnierenden Mittelbedarf der privaten Haushalte.

Rückgang der Wertpapierkredite deutlich ausgeprägt

Im Gegensatz zu den Buchkrediten an den nichtfinanziellen Privatsektor, deren Abbau sich per saldo verlangsamte, war der Rückgang der Wertpapierkredite im Jahresendquartal besonders ausgeprägt. Sowohl bei Wertpapieren öffentlicher Haushalte als auch des Privatsektors wurden kräftige Abflüsse verzeichnet, die im Zusammenhang mit der anstehenden Bilanzprüfung systemrelevanter Euro-Raum-Banken gestanden haben dürften. Dazu passt auch, dass die im Rahmen des BLS befragten Institute angaben, im Zuge der neuen regulatorischen und aufsichtlichen Aktivitäten in der zweiten Jahreshälfte 2013 ihre risikogewichteten Aktiva abgebaut und ihre Eigenkapitalposition gestärkt zu haben.

Die Abflüsse bei Wertpapierkrediten an den Staat, die hauptsächlich aus den Peripherieländern, teilweise aber auch aus Frankreich

stammten, fielen zwar höher aus als im Vorquartal, sie wurden jedoch von den Abflüssen bei Wertpapierkrediten an den Privatsektor bei Weitem übertroffen. Auch hier trugen die Institute aus Italien, Spanien und Frankreich viel zu den Nettoabflüssen bei, den größten Beitrag leisteten jedoch Institute aus den Niederlanden. Der Rückgang der Aktien des Privatsektors fiel dagegen kaum ins Gewicht.

Den kontraktiven Einflüssen der Kreditvergabe stand eine kräftige Ausweitung der Netto-Auslandsposition des MFI-Sektors gegenüber. Wie in den vergangenen Quartalen standen hinter den Mittelzuflüssen zum einen die anhaltenden Leistungsbilanzüberschüsse des Euro-Raums. Zum anderen trug im Schlussquartal erneut der Wertpapierverkehr mit dem Ausland zur Ausweitung der Geldmenge bei, da die Nachfrage im Ausland ansässiger Anleger nach im Inland begebenen Aktien anhielt und Schuldverschreibungen inländischer Nicht-MFIs zum Jahresende hin wieder stärker nachgefragt wurden.

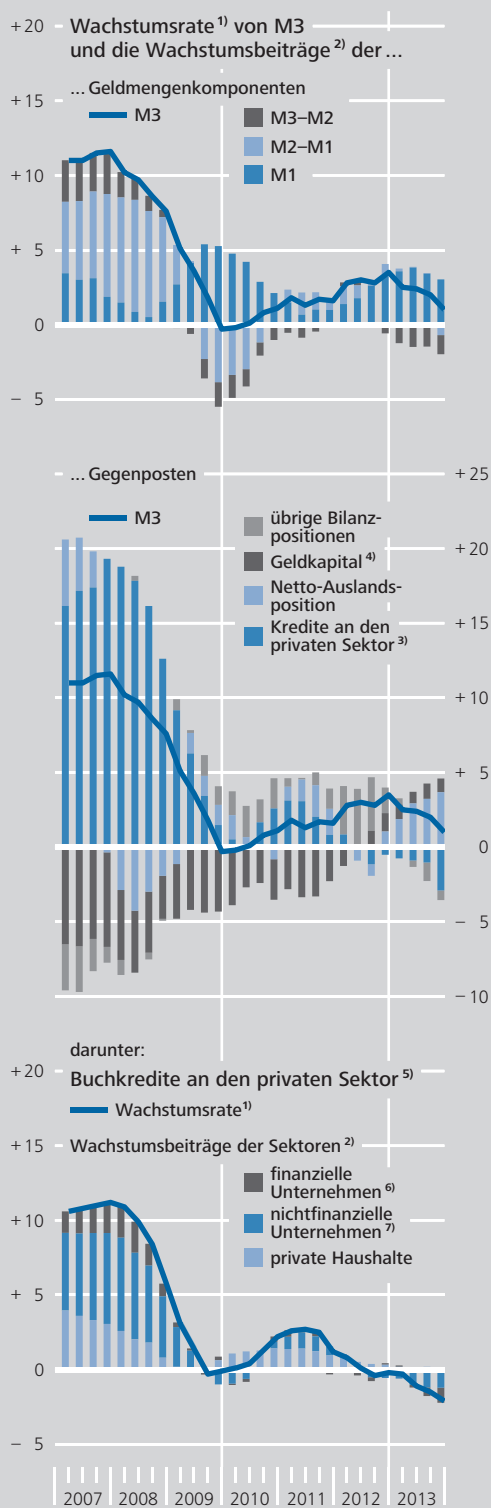
Netto-Auslandsposition mit kräftiger Ausweitung

Per saldo übte das Geldkapital im Jahresendquartal keinen bedeutenden Einfluss auf die Geldmenge aus. Gleichzeitig wurden im Schlussquartal jedoch erstmalig seit Mitte 2011 wieder Bankschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von über zwei Jahren aufgebaut. Dies deckt sich mit den Meldungen der befragten Institute

Geldkapital ohne großen Einfluss auf die Geldmenge

Komponenten und Gegenposten der Geldmenge im Euro-Raum

saisonbereinigt, Quartalsendstände



Quelle: EZB. **1** Veränderung gegenüber Vorjahr in %. **2** In Prozentpunkten. **3** Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. **4** Mit negativem Vorzeichen abgetragen, da eine Zunahme für sich betrachtet das M3-Wachstum dämpft. **5** Ab 1. Vj. 2010 bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. **6** Nichtmonetäre finanzielle Kapitalgesellschaften. **7** Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften.

Deutsche Bundesbank

im Rahmen des BLS, die für den gesamten Euro-Raum angaben, dass es zu nennenswerten Verbesserungen bei der Begebung längerfristiger Bankschuldverschreibungen gekommen war. Die Staatsschuldenkrise hatte nach Angaben der befragten Institute im vierten Quartal kaum Einfluss auf die Refinanzierung und die Kreditangebotspolitik gehabt.

Erstmals seit Ausbruch der Krise erfuhren – getrieben durch Bewegungen in Frankreich, Spanien und den Niederlanden – Kapital und Rücklagen einen Rückgang, was im Zusammenhang mit Neubewertungen beziehungsweise Bilanzanpassungen stehen dürfte. Per saldo ergab sich daher ein leichter Rückgang des Geldkapitals, der im Vergleich zu den Bewegungen bei Kreditvergabe und Auslandsforderungen aber nicht ins Gewicht fiel.

Einlagen- und Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden

Auch im vierten Quartal 2013 verzeichneten die Banken in Deutschland ein positives Einlagen-geschäft, wenngleich sich dessen Dynamik zum Jahresende hin insgesamt spürbar abschwächte. Getragen wurden die Zuwächse wie bereits in den Vorquartalen durch Zuflüsse bei den Sichteinlagen, in denen sich die anhaltende Liquiditätspräferenz des geldhaltenden Sektors widerspiegelte. Dagegen führte die gesunkene Risikoaversion dazu, dass die geldhaltenden Marktakteure auf der Suche nach einer höheren Rendite Gelder aus längerfristigen Einlageformen in Aktiva außerhalb von M3 umschichteten.

Einlagen-geschäft erneut mit Zuwachs, ...

Ein größerer Teil des Zuflusses an kurzfristigen Einlagen stammte dabei weiterhin von den privaten Haushalten. Diese bauten erneut ihre Sichtguthaben spürbar auf, obgleich dieser Aufbau gegenüber den Vorquartalen etwas verhaltener ausfiel. Nichtfinanzielle Unternehmen bauten dagegen ihre Sichteinlagen im Berichtsquartal per saldo leicht ab, stockten

... getrieben durch Sichteinlagen sowie kurzfristige Termineinlagen

jedoch gleichzeitig ihre Bestände an kurzfristigen Termineinlagen erstmals seit Sommer 2011 wieder merklich auf. Verantwortlich für diese Entwicklung dürfte unter anderem die zum Jahresende beobachtete, leicht gestiegene Verzinsung der kürzerfristigen Termineinlagen gewesen sein, wodurch diese an Attraktivität gewannen und somit im Aggregat erstmals seit fünf Quartalen wieder einen leichten Zuwachs verzeichneten.

Langfristige Einlagen erneut zugunsten von Aktiva außerhalb von M3 abgebaut

Ferner war das Einlagengeschäft inländischer Banken im Berichtsquartal durch einen erneut spürbaren Abbau der langfristigen Termineinlagen seitens finanzieller Unternehmen, insbesondere Versicherungsunternehmen und Pensionseinrichtungen, gekennzeichnet. Auf der Suche nach einer höheren Verzinsung dürften diese, wie auch in den Quartalen zuvor, die freigewordenen Gelder in weniger liquide und risikoreichere Aktiva außerhalb von M3 umgeschichtet haben.

Ausleihungen der Banken an inländische Nichtbanken spürbar anziehend, Wohnungsbaukredite weiterhin treibender Faktor

Im Gegensatz zum Kreditabbau im Euro-Raum setzte sich beim Kreditgeschäft in Deutschland die im Vorquartal begonnene positive Entwicklung fort. Dem lag im Wesentlichen ein spürbarer Ausbau der Wertpapierkredite an öffentliche Haushalte sowie eine erkennbare Zunahme der Buchkredite an den privaten Sektor zugrunde. Letztere wurden nach wie vor in erster Linie von den Buchkrediten an private Haushalte bestimmt, deren Dynamik bereits seit mehreren Quartalen hauptsächlich von den Wohnungsbaukrediten getrieben wird, bedingt unter anderem durch weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen. Allerdings fiel die Ausweitung der Wohnungsbaukredite im Jahresendquartal verglichen mit den Vorquartalen etwas schwächer aus, was vor allem mit der Abschwächung der Nachfrage zusammenhängen dürfte. Hinweise darauf liefern die aktuellen BLS-Ergebnisse: So kam den Angaben der am BLS teilnehmenden Banken zufolge der seit Frühjahr 2010 zu beobachtende Trend einer steigenden Nachfrage nach privaten Wohnungsbaukrediten im vierten Quartal 2013 zum Stillstand. Nach Meinung der befragten Bank-

Entwicklung der Kredite und Einlagen der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland^{*)}

Veränderungen in Mrd €, saisonbereinigt

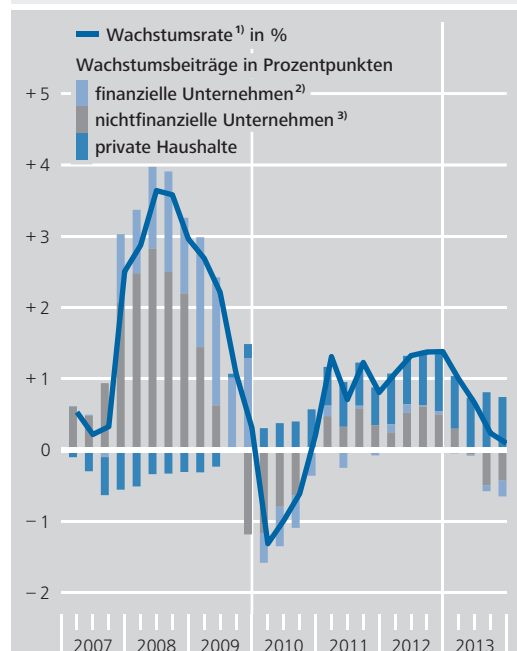
Position	2013	
	3. Vj.	4. Vj.
Einlagen von inländischen Nicht-MFIs ¹⁾		
täglich fällig	36,2	12,5
mit vereinbarter Laufzeit		
bis zu 2 Jahren	- 11,6	1,2
über 2 Jahre	- 9,9	- 7,3
mit vereinbarter Kündigungsfrist		
bis zu 3 Monaten	1,7	- 0,5
über 3 Monate	- 2,3	- 1,3
Kredite		
Kredite an inländische öffentliche Haushalte		
Buchkredite	- 3,1	- 0,8
Wertpapierkredite	6,0	5,0
Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen		
Buchkredite ²⁾	- 0,8	1,9
darunter: an private Haushalte ³⁾	5,7	3,1
an nichtfinanzielle Unternehmen ⁴⁾	- 5,3	- 0,3
Wertpapierkredite	0,7	- 2,6

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen hier neben den Banken (einschl. Bausparkassen, ohne Bundesbank) auch die Geldmarktfonds. Quartalsendstände, statistisch bedingte Veränderungen ausgeschaltet. ¹ Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Haushalte ohne den Bund. ² Bereinigt um Forderungsverkäufe und -verbriefungen. ³ Und Organisationen ohne Erwerbszweck. ⁴ Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften.

Deutsche Bundesbank

Buchkredite deutscher Banken nach ausgewählten Sektoren

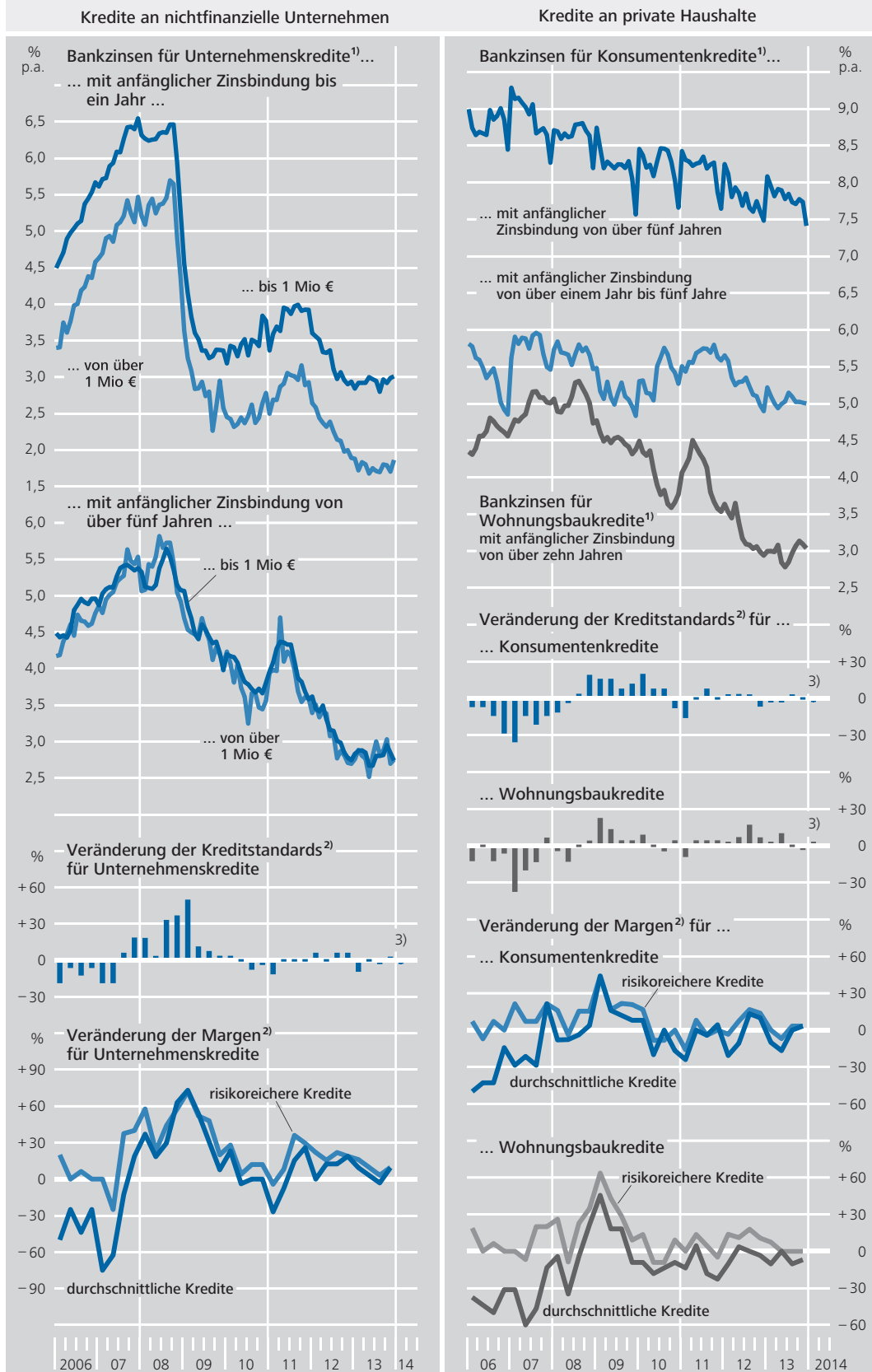
saisonbereinigt sowie bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen, Quartalsendstände



¹ Veränderungsrate gegenüber Vorjahr. ² Nichtmonetäre finanzielle Kapitalgesellschaften. ³ Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften.

Deutsche Bundesbank

Bankkonditionen in Deutschland



1 Neugeschäft. Gemäß harmonisierter EWU-Zinsstatistik. **2** Gemäß Bank Lending Survey; Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten. **3** Erwartungen für das 1. Vj. 2014.

manager sind die Aussichten auf dem Wohnungsmarkt zwar weiterhin gut und das Verbrauchervertrauen nach wie vor hoch, im Vergleich zu den vergangenen Jahren hat sich aber die positive Stimmung etwas abgeschwächt.

Buchkredite zu Konsumzwecken weiterhin mit positivem Wachstum

Auch bei den Konsumentenkrediten sahen sich die am BLS teilnehmenden Banken im Schlussquartal einer weitgehend stagnierenden Nachfrage gegenüber. Dennoch trugen die nach wie vor günstigen Rahmenbedingungen für den privaten Konsum – in Form von verbesserten Einkommens- und Konjunkturaussichten – und die damit einhergehende gestiegene Anschaffungsneigung auch im Berichtsquartal dazu bei, dass die Ausleihungen zu Konsumzwecken weiterhin zunahmen. Insgesamt gesehen weist die Buchkreditvergabe an inländische private Haushalte in Deutschland aber weiterhin eine sehr moderate Dynamik auf: Die 12-Monatsrate der Buchkredite an private Haushalte verringerte sich leicht auf 1,2% von 1,3% im Vorquartal.

Buchkreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen nur geringfügig gesunken

Die Buchkredite an inländische nichtfinanzielle Unternehmen entwickelten sich im Verlauf des Berichtsquartals zunehmend positiv, nachdem sie in den Quartalen zuvor zum Teil noch deutlich abgebaut worden waren. Mit dem spürbaren Anstieg der Ausleihungen im Dezember zeichnete sich ein Ende des Abwärtstrends ab, der seit Herbst 2012 in diesem Kreditsegment zu beobachten war. Da die Entwicklung der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen typischerweise mit einer Verzögerung von etwa drei Quartalen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die Investitionen reagiert, dürfte die zunehmend positive Entwicklung der Unternehmenskredite im Berichtsquartal vor allem auf die seit Sommer 2013 wieder langsam anziehende Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen zurückzuführen sein. Für die kommenden Quartale ist deshalb zu erwarten, dass die Kreditvergabe aufgrund der in der Grundtendenz positiven Konjunktur- und Investitionsaussichten eine gewisse Belebung erfährt. Zu berücksichtigen ist jedoch dabei, dass die Bedeutung von MFI-Krediten als Finanzierungsquelle für Unternehmen bereits seit

Jahren trendmäßig abnimmt und deshalb davon auszugehen ist, dass auch in den kommenden Quartalen weiterhin ein größerer Teil der Unternehmensinvestitionen aus internen Mitteln und anderen externen Finanzierungsformen sowie alternativen Kapitalgebern (insbesondere Krediten im Konzernverbund, kapitalmarktbasierter Mittelzuflüssen sowie Handelskrediten) bestritten wird.³⁾ Die Ergebnisse des BLS untermauern diese Einschätzung. So geben die teilnehmenden deutschen Banken bereits seit einigen Quartalen an, dass primär die Inanspruchnahme anderer Finanzierungsquellen, insbesondere die Innenfinanzierung, die Nachfrage der Unternehmen nach Bankkrediten gedämpft hat.

Auf der Angebotsseite ging die insgesamt leichte Belebung der Buchkredite an den Privatssektor mit einer weitgehend wenig veränderten Kreditvergabepolitik einher. Den deutschen Ergebnissen des BLS zufolge haben die befragten Institute im vierten Quartal 2013 ihre Standards im Unternehmenskreditgeschäft per saldo nur marginal verschärft. Dies betrifft Kredite für alle Unternehmensgrößen und aller Laufzeiten in ähnlichem Maße. Damit setzt sich die seit Mitte 2009 andauernde Periode insgesamt wenig veränderter Kreditrichtlinien weiter fort. Von keinem der im Rahmen des BLS erfragten Faktoren, die für die Richtlinien zur Vergabe von Unternehmenskrediten relevant sind, gingen nennenswerte expansive oder restriktive Tendenzen aus. Zugleich weiteten die befragten Institute die Margen für Unternehmenskredite per saldo aus. Davon waren in erster Linie Kredite an kleine und mittlere Unternehmen betroffen.

Kreditstandards deutscher Banken gegenüber Unternehmen marginal verschärft

Auch die Vergabekonditionen für Kredite an private Haushalte änderten sich nur geringfügig. Keiner der für die Richtlinien zur Vergabe von Wohnungsbau- oder Konsumentenkrediten erfragten Faktoren hatte einen nennens-

Kaum Änderungen der Kreditvergabe-standards gegenüber privaten Haushalten

³ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die Struktur der Unternehmensfinanzierung vor dem Hintergrund einer schwachen Buchkreditentwicklung in Deutschland und im Euro-Raum, Monatsbericht, August 2013, S. 43 f.

Entwicklung des Vermögens und des Portfolioverhaltens der privaten Haushalte in Deutschland

Das Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland ist gemäß den Angaben der Finanzierungsrechnung seit Beginn der Währungsunion deutlich gestiegen. Ausgehend von einem Bestand von 3 257 Mrd € Anfang des Jahres 1999 erreichte es im dritten Quartal 2013 rund 5 070 Mrd €. Der weitgehend stetige Anstieg wurde in den Jahren 2001/2002 und 2008/2009 – und damit zum Ende des New-Economy-Booms beziehungsweise zum Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise – von Perioden unterbrochen, in denen das Geldvermögen per saldo rückläufig war. Der Großteil dieser Bestandsrückgänge war auf Bewertungsverluste durch sinkende Aktienkurse zurückzuführen. Nachdem das jährliche Wachstum des Geldvermögens zum Ende des Jahres 2008 auf –3,9% gefallen war, erholte es sich innerhalb eines Jahres und wies seither eine ähnlich positive Dynamik auf wie vor der Krise.

Dabei hat sich die Struktur des Geldvermögens der Haushalte in Deutschland seit der Jahrtausendwende nur marginal verändert. Dominiert wurde sie stets von monetären Anlagen, deren Anteil sich bis zur Verschärfung der Finanzkrise bei knapp 30% des Geldvermögens bewegte und im Anschluss bei rund 34% verharrte. Darunter gewannen Sichteinlagen (einschl. Bargeld) am stärksten an Bedeutung, während der Anteil der übrigen, längerfristigen Einlagen am Geldvermögen insbesondere in Phasen sinkender Zinsen abnahm. Unter den langfristigeren Anlageformen verhielten sich die Versicherungs- und Pensionsansprüche hinsichtlich ihrer Bedeutung und Entwicklung den monetären Anlagen sehr ähnlich. Gleichzeitig reduzierte sich der Anteil der sonstigen Wertpapiere (d. h. langfristige festverzinsliche Wertpapiere und Anteilsrechte) am Geldvermögen von 35% im Jahr 1999 auf lediglich 22,3% im dritten Quartal

2013. Dabei erlangten vor allem Anteilsrechte in den jeweiligen Aufschwungphasen im Zusammenhang mit der New Economy sowie vor der Verschärfung der Finanzkrise hohe Bedeutung, gingen aber im Anschluss wieder abrupt zurück. Folglich bewegte sich ihr Anteil seitdem auf einem konstanten, jedoch niedrigen Niveau.

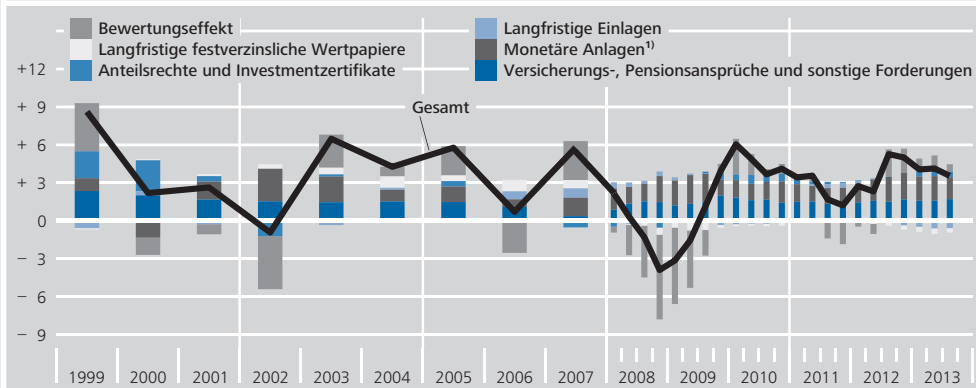
Ähnlich wie das Geldvermögen wies auch das Sachvermögen in Deutschland vom Jahr 1999 an bis zum aktuellen Rand einen spürbaren Anstieg auf. Dahinter standen neben Sachinvestitionen auch Bewertungsgewinne, die schon seit dem Jahr 2006 einen leichten Aufwärtstrend verfolgten. Diese Effekte dürften vor allem mit Wohnbauten zusammenhängen, die den Großteil des Sachvermögens der Haushalte in Deutschland ausmachen und in den vergangenen Jahren im Wert gestiegen sind.

Die Entwicklung der Portfoliostruktur der deutschen Haushalte deutet insbesondere während der Finanzkrise und zuletzt im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise darauf hin, dass Geldvermögen aus ertragreicheren Anlageformen wie langfristigen Wertpapieren zugunsten liquiderer sowie weniger riskanter Anlagen umgeschichtet wurde. So waren am aktuellen Rand primär Mittelabflüsse bei langfristigen festverzinslichen Wertpapieren zu erkennen. Obwohl sich in den vergangenen Jahren aufgrund steigender Aktienkurse oftmals signifikante Kursgewinne im Portfolio der Haushalte niederschlugen, ließ das direkte Engagement in Aktien ebenfalls nach, sodass die positiven Bewertungseffekte im gesamten Portfolio an Bedeutung verloren.¹⁾

¹⁾ Die Mittelabflüsse bei Aktien wurden aktuell jedoch weitgehend von Zuflüssen bei Investmentzertifikaten überlagert, die unter anderem auf die anhaltende Beliebtheit gemischter Wertpapierfonds zurückzuführen sind.

Geldvermögen und Portfolioverhalten der privaten Haushalte in Deutschland

Beiträge zur jährlichen Wachstumsrate des Geldvermögens in %-Punkten



¹ Monetäre Anlagen sind definiert als Bargeld und Sichteinlagen, kurzfristige Termin- und Spareinlagen, Geldmarktpapiere und -zertifikate.

Deutsche Bundesbank

Zeitgleich mit dem Abzug von Mitteln aus Wertpapieren stieg im Berichtszeitraum die Bedeutung der monetären Anlagen, vor allem der Sichteinlagen, an der Geldvermögensbildung. Diese gehen meist mit niedrigen oder sogar negativen realen Renditen, und damit zum Teil mit einem realen Kaufkraftverlust einher. Der Renditenachteil dieser Anlageformen gegenüber längerfristigen Einlagen ist jedoch im derzeitigen Niedrigzinsumfeld gering. Während letztere in Phasen hoher Zinsen mitunter eine bedeutende Rolle bei der Neubildung von Geldvermögen spielten, verloren sie am aktuellen Rand erneut an Bedeutung und wurden schließlich abgebaut. Zwar stellen auch Versicherungs- und Pensionsansprüche wenig liquide Anlageformen dar, sie erhielten in Deutschland aber nicht zuletzt am aktuellen Rand starke Mittelzuflüsse, da sie als weitgehend risikolos wahrgenommen werden und eine teils höhere Rendite versprechen als andere Anlageformen.

Mit Blick auf das Sachvermögen haben sich seit dem Jahr 2010 zudem vor allem die Vergabe von Wohnungsbaukrediten sowie die Wohnbauinvestitionen in Deutschland erkennbar dynamischer entwickelt als in den vorangegangenen Jahren. Mögliche Ursachen hierfür sind zum einen die nied-

rigen Kreditzinsen und zum anderen die geringen Renditen von Finanzaktiva, welche im augenblicklichen Niedrigzinsumfeld die Attraktivität von Investitionen in Sachwerte steigern.

Alles in allem wurde das Portfolioverhalten der privaten Haushalte in Deutschland im betrachteten Zeitraum von den Gegebenheiten auf den Finanz- und Kapitalmärkten beeinflusst, darunter auch vom Niedrigzinsumfeld. Zum einen zeigt sich, dass die Attraktivität von Sachanlagen (Immobilien) mit sinkendem Zinsniveau in gewissem Umfang gestiegen ist. Zum anderen wird aber auch deutlich, dass sich das Anlageverhalten nicht auf riskantere und damit meist auch renditestärkere Aktiva gerichtet hat, sondern vielmehr ein Aufbau liquider Mittel stattfand. Dieses Verhalten weist in Kombination mit der hohen Bedeutung von Versicherungs- und Pensionsansprüchen sowohl auf eine deutliche Risikoaversion als auch eine gewisse Liquiditätspräferenz seitens der Haushalte hin, hinter denen wiederum eine allgemeine Unsicherheit im Zusammenhang mit der Schuldenkrise stehen dürfte. In einem Umfeld niedriger Nominalzinsen, insbesondere für vergleichsweise sichere und kurzfristige Anlagen, impliziert eine derartige freiwillige Portfoliowahl oftmals negative reale Renditen.

werten Einfluss auf die Vergabepolitik im vierten Quartal. Ebenso wurden die Margen – mit Ausnahme einer moderaten Margenverengung bei durchschnittlich riskanten Wohnungsbaukrediten – nur minimal angepasst.

*Risikogewichtete
Aktiva abgebaut
und Eigen-
kapitalposition
gestärkt*

Die Umfrage enthielt im vierten Quartal zusätzlich Fragen zu den Refinanzierungsbedingungen der Banken, den Folgen der Staatsschuldenkrise sowie zu den Auswirkungen der neuen regulatorischen und aufsichtlichen Aktivitäten, zu denen auch die anstehende Bilanzprüfung durch die EZB zählt, auf die Kreditangebotspolitik der Institute. Allgemein berichteten die Institute von einem insgesamt leicht verbesserten Refinanzierungsumfeld im Schlussquartal 2013. Ferner gaben sie an, dass die Staatsschuldenkrise – wie bereits in den Vorquartalen – weder bei den Refinanzierungsbedingungen noch bei der Kreditangebotspolitik zu Änderungen führte. Im Zuge der neuen regulatorischen und aufsichtlichen Aktivitäten verringerten die Banken im zweiten Halbjahr 2013 ihre risikogewichteten Aktiva und stärkten ihre Eigenkapitalposition mittels der The-saurierung von Gewinnen und der Ausgabe von Kapitalinstrumenten. Im Kreditgeschäft schlug sich das veränderte regulatorische und aufsichtliche Umfeld in Form von leicht verschärften Kreditstandards für Unternehmen sowie etwas engeren Margen im Konsumenten-kreditgeschäft nieder. Zu diesen vergleichs-weise geringfügigen Anpassungen dürfte auch beigetragen haben, dass die neuen Regelungen, isoliert betrachtet, positive Auswirkungen

auf die Refinanzierungsbedingungen der befragten Institute hatten.

Die Entwicklung der Bankkreditzinsen im Neugeschäft dürften sich angesichts ihres weiterhin sehr niedrigen Niveaus stützend auf die inländische Kreditvergabe an den privaten Sektor ausgewirkt haben. Den moderaten Rückgang der Zinsen an den Kapitalmärkten vollzogen die Bankzinsen im vierten Quartal über die gemeldeten Geschäftszweige, Laufzeiten und Volumina überwiegend nach. Die einzige Ausnahme stellte der leichte Anstieg der Zinsen für kurzfristige Unternehmenskredite dar. Mittel- und langfristige Ausleihungen im Unternehmenskreditgeschäft waren dagegen im Schlussquartal entsprechend dem allgemeinen Trend etwas günstiger als zuvor. In der Niveaubetrachtung verlangten die meldenden Institute für kurzfristige Mittel Ende Dezember 3,0% für kleinvolumige beziehungsweise 1,9% für großvolumige Kredite. Die Zinsen für langfristige Ausleihungen an inländische nichtfinanzielle Unternehmen lagen zuletzt bei 2,7% beziehungsweise 2,8%.

*Bankkreditzinsen
vollziehen Zins-
rückgang am
Kapitalmarkt
nach*

Die Zinsen für Wohnungsbaukredite veränderten sich im vierten Quartal 2013 im Wesentlichen kaum. Ende Dezember lag der Zins für langfristige Ausleihungen bei 3,0%. Während die Einlagen privater Haushalte im Vergleich zum Vorquartal erneut nahezu durchgehend etwas niedriger vergütet wurden, zogen die Zinsen für Termineinlagen nichtfinanzieller Unternehmen weiter deutlich an.

■ Finanzmärkte

■ Finanzmarktumfeld

*Finanzmärkte
im Zeichen
anhaltender
Niedrigzinsen*

Die internationalen Finanzmärkte standen im vierten Quartal 2013 unter dem Einfluss sich aufhellender Konjunkturperspektiven für die USA, die Ende Dezember die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) zu dem Beschluss veranlassten, das Programm der quantitativen Lockerung schrittweise zu reduzieren. Auch die konjunkturelle Erholung im Euro-Raum hat etwas an Schwung gewonnen. Im Zuge dieser Entwicklung zogen die Anleiherenditen in den wichtigsten Volkswirtschaften bis zum Jahresende deutlich an, und die Aktienmärkte verzeichneten weitere Kursanstiege. Überdurchschnittlich gut entwickelten sich Bankenwerte, die vor allem in Europa auch davon profitierten, dass die Anspannungen an den Staatsanleihemärkten der Peripherieländer nachließen.

Zu Beginn dieses Jahres kam an den globalen Finanzmärkten zeitweilig erneut Unsicherheit auf. Auslöser waren aktuelle Entwicklungen in einigen Schwellenländern, deren Aktien- und Devisenkurse durch Mittelabzüge internationaler Investoren zum Teil stark unter Druck geraten waren. In den Industrieländern führte die steigende Risikoaversion zu nachgebenden Aktienkursen und einer Flucht in die sicheren Häfen liquider Staatsanleihen. An den Devisenmärkten gewann im neuen Jahr vor allem der Yen an Wert. Verglichen mit dem Beginn des vierten Quartals 2013 wertete sich der Euro im gewogenen Durchschnitt gegenüber den Währungen 20 wichtiger Handelspartner per saldo leicht auf.

■ Wechselkurse

An den Devisenmärkten standen im Herbst zunächst weniger die Währungen der Schwellenländer als vielmehr der Kurs des Euro zum US-Dollar im Zentrum des Interesses. Die Gemeinschaftswährung fiel Anfang November auf

einen Kurs von knapp 1,34 US-\$, als der EZB-Rat eine Leitzinssenkung beschloss, auf die in den Tagen zuvor schon wegen einer überraschend geringen Inflationsrate im Euro-Raum spekuliert worden war. Aussagen mehrerer Mitglieder des Offenmarktausschusses der Fed, die einen baldigen Beginn der Rückführung der laufenden Anleihekäufe nahelegten, übten zusätzlichen Druck auf den Euro aus. Ihre Wirkung an den Devisenmärkten wurde durch die Bekanntgabe eines unerwartet starken amerikanischen Wirtschaftswachstums für das dritte Quartal sowie ausgesprochen günstiger Daten vom US-Arbeitsmarkt noch unterstützt.

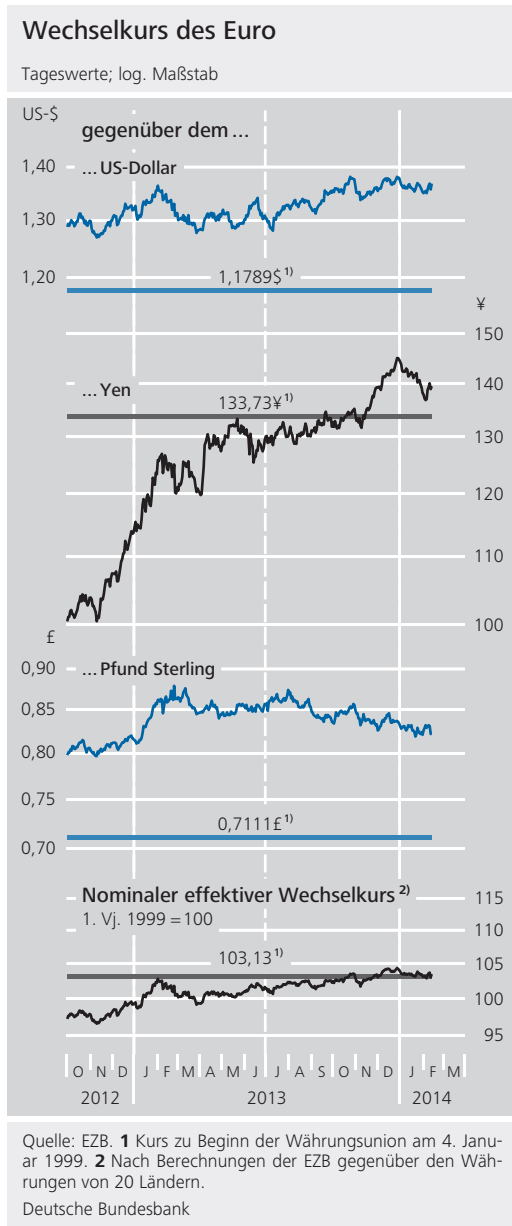
In den folgenden Wochen gewann der Euro aber allmählich wieder an Wert, als den Markt neue Zweifel in Bezug auf kommende geldpolitische Maßnahmen in den USA befielen. Dies hing auch damit zusammen, dass die Inflation in den Vereinigten Staaten niedriger, im Euro-Raum hingegen etwas höher ausfiel als prognostiziert. Der EZB-Rat schließlich beschloss entgegen den Erwartungen einiger Marktteilnehmer keine weiteren Lockerungsmaßnahmen. Mitte Dezember jedoch kam die Euro-Aufwertung zum Erliegen, als sich Regierung und Opposition in den USA auf ein Haushaltsgesetz einigen konnten und die amerikanische Notenbank schließlich eine erste Verringerung der Anleihekäufe ankündigte.

In der handelsarmen Zeit unmittelbar vor dem Jahresende 2013 erreichte der Euro kurzzeitig zwar noch einen Jahreshöchststand von über 1,38 US-\$. Im Januar 2014 gab er jedoch angesichts sich festigender Markterwartungen auf eine kontinuierliche Rückführung der Anleihekäufe durch die Fed nach. Diese Tendenz wurde allerdings mehrmals vorübergehend unterbrochen als schwache Zahlen vom US-Arbeitsmarkt bekannt wurden, ein US-Einkaufsmanagerindex enttäuschte und der EZB-Rat auch Anfang Februar keine weitere geldpolitische Lockerung einleitete. So notierte die Gemein-

Euro verlor gegenüber US-Dollar im Zusammenhang mit Zinssenkung durch EZB-Rat Anfang November an Wert

Nachfolgende Erholung des Euro kam nach Beschluss der US-Notenbank zur Verringerung ihrer Anleihekäufe zum Erliegen

Per saldo wertete sich der Euro zum US-Dollar auf



die ohnehin schon sehr expansive Geldpolitik mittelfristig noch weiter lockern sowie eine spürbare Revision der erwähnten Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nach unten wurde der Yen im Dezember zusätzlich geschwächt. In der Folge erreichte der Euro in den letzten Dezembertagen einen Jahreshöchststand von 145 Yen. Im Januar 2014 jedoch zogen Anleger vermehrt Mittel aus mehreren Schwellenländern ab. Von den damit zusammenhängenden Portfolioumschichtungen profitierte offensichtlich vor allem die japanische Währung, sodass der Euro zum Yen einen Teil seiner Gewinne wieder abgab. Zum Ende des Berichtszeitraums notierte der Euro mit einem Kurs von 139 Yen dennoch 6% stärker als zu Beginn des vierten Quartals 2013.

Seit Anfang November verlor der Euro gegenüber dem Pfund Sterling sukzessive an Wert. Hierzu trug vor allem die in den letzten Monaten überraschend kräftige konjunkturelle Erholung im Vereinigten Königreich bei. Insbesondere weil davon auch der britische Arbeitsmarkt merklich profitierte, spekulierten Marktteilnehmer auf eine baldige geldpolitische Straffung durch die Bank von England. Diese hatte zuvor zugesichert, die Leitzinsen nicht zu erhöhen, bevor die britische Arbeitslosenquote nicht auf 7% gesunken sei, ist inzwischen von dieser Ankündigung aber abgerückt. Zuletzt stand der Euro bei 0,82 Pfund Sterling, 1½% schwächer als noch zum Ende des dritten Quartals 2013.

... kontrastierten mit Verlusten gegenüber dem Pfund Sterling

schaftswährung zuletzt 1½% stärker als zu Beginn des Schlussquartals 2013 bei 1,37 US-\$.
 Gegenüber dem Yen gewann der Euro von Mitte November an merklich an Wert. Zu jener Zeit wurde bekannt, dass das japanische Wirtschaftswachstum im dritten Quartal weit geringer gewesen war als zuvor. Darüber hinaus erwähnte der japanische Finanzminister die Möglichkeit von Devisenmarktinterventionen zur Schwächung des Yen. Durch einen politischen Konflikt zwischen China und Japan, ein zunehmendes japanisches Handelsbilanzdefizit, das dann auch die Leistungsbilanz ins Defizit zog, Erwartungen, die japanische Notenbank könne

Merkliche Gewinne des Euro gegenüber dem Yen ...

Gegenüber dem Yen gewann der Euro von Mitte November an merklich an Wert. Zu jener Zeit wurde bekannt, dass das japanische Wirtschaftswachstum im dritten Quartal weit geringer gewesen war als zuvor. Darüber hinaus erwähnte der japanische Finanzminister die Möglichkeit von Devisenmarktinterventionen zur Schwächung des Yen. Durch einen politischen Konflikt zwischen China und Japan, ein zunehmendes japanisches Handelsbilanzdefizit, das dann auch die Leistungsbilanz ins Defizit zog, Erwartungen, die japanische Notenbank könne

Weil Lettland zum Jahresbeginn 2014 dem Euro-Raum beigetreten ist, wird der effektive Wechselkurs des Euro seither als gewichteter Durchschnitt gegenüber 20 Ländern berechnet. Gegenüber diesem Länderkreis hat sich der effektive Euro vom Beginn des vierten Quartals 2013 bis zum Ende des Berichtszeitraums um 1% aufgewertet. Im neuen Jahr hat der Euro im Zuge der Turbulenzen an den Finanzmärkten von Schwellenländern zudem gegenüber einigen Währungen, die in diesem Index meist nicht berücksichtigt sind, wie zum Beispiel dem Forint, dem Rubel, dem Rand oder der tür-

Effektiver Euro wertete moderat auf

kischen Lira, zum Teil spürbar an Wert gewonnen.

Wertpapiermärkte und Wertpapierverkehr

Internationale Rentenmärkte mit starken Kurschwankungen

An den internationalen Rentenmärkten kamen vor dem Hintergrund zunächst gemischter Konjunkturindikatoren für die Weltwirtschaft und die USA zu Beginn des Berichtszeitraums Unsicherheiten auf, woraufhin die Renditen von Staatsanleihen bis Ende Oktober tendenziell sanken. Lediglich der „Government shutdown“ in den USA Anfang Oktober wirkte zwischenzeitlich leicht renditetreibend. Die Festigung der konjunkturellen Aussichten in den USA im Laufe des November, die vermehrt als Indiz für eine bevorstehende Reduzierung der Anleihekäufe durch die Fed gewertet wurden, führten zum Ende des Jahres in der Tendenz dann aber zu einem deutlichen Zinsanstieg bei US-Treasuries. Die Ankäufe sowohl langfristiger Staatsanleihen als auch besicherter Anleihen wurden mit einem entsprechenden Beschluss um jeweils 5 Mrd US-\$ auf ein Volumen von insgesamt 75 Mrd US-\$ im Januar reduziert. Ende Januar beschloss die US-Notenbank, die Käufe im Februar um weitere 5 Mrd US-\$ pro Anleihekategorie zu reduzieren. Zugleich stellte sie in Aussicht, den Leitzins auch nach dem Unterschreiten des zuvor kommunizierten Schwellenwerts für die Arbeitslosenquote (6,5%) auf seinem aktuellen Niveau zu belassen.

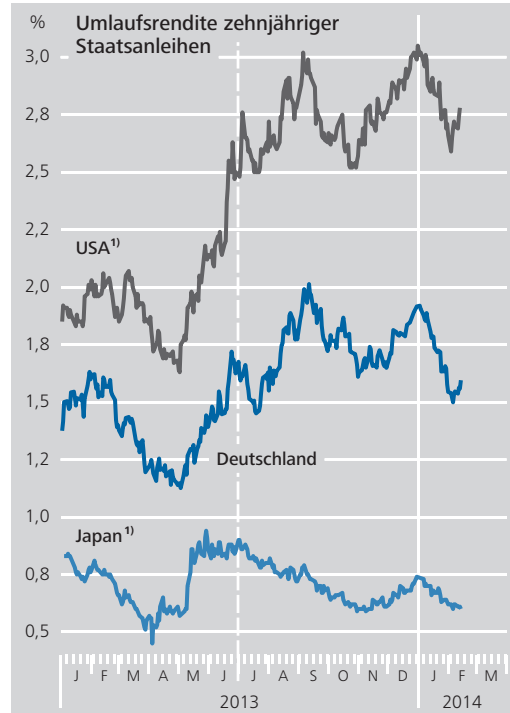
Beginn der Rückführung der Anleihekäufe in den USA

Turbulenzen in Schwellenländern drücken zwischenzeitlich Renditen

Als Folge der verbesserten Konjunkturperspektiven und in der Erwartung geringerer Stützungsmaßnahmen stiegen die Renditen zehnjähriger US-Treasuries bis zum Ende des vergangenen Jahres auf gut 3,1%, bevor zu Beginn des aktuellen Jahres wiederum eine Zinssenkungstendenz einsetzte, die bis Ende Januar anhielt. Vor dem Hintergrund von Turbulenzen an den Finanzmärkten in einigen Schwellenländern fragten Investoren vermehrt als sicher angesehene Anleihen nach. Im Ergebnis lagen die Renditen von US-amerikanischen Staats-

Anleiherenditen in Deutschland, Japan und in den USA

Tageswerte



1 Quelle: Thomson Reuters.
 Deutsche Bundesbank

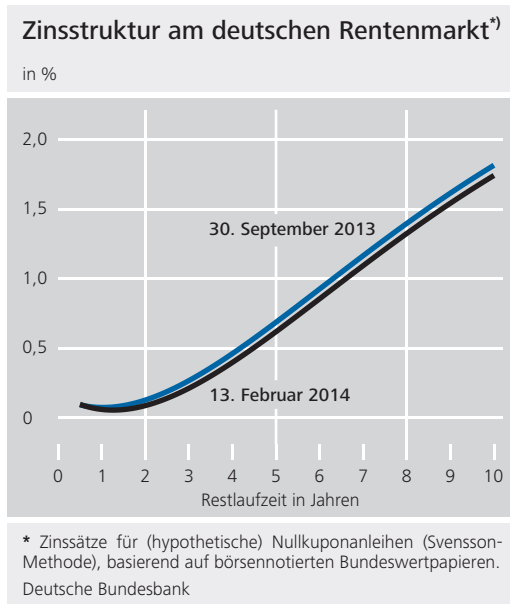
anleihen zuletzt mit 2,8% wieder etwas höher als Ende September.

Ein ähnliches Auf und Ab vollzogen auch japanische Staatsanleihen, die sich im vierten Quartal weniger deutlich als zuvor von der Renditeentwicklung in anderen Ländern abgekoppelt haben. Im Vergleich zu Ende September rentierten zehnjährige japanische Staatsanleihen 9 Basispunkte niedriger; sie erreichten jüngst ein Niveau von 0,6%. Zuletzt wirkten binnenwirtschaftliche konjunkturelle Impulse zinssteigernd, während Kapitalzuflüsse aus dem Ausland tendenziell die Renditen senkten.

Weiterhin sinkende Renditen in Japan

Durch den engen Zinszusammenhang mit den USA übertrug sich die Entwicklung der Renditen langfristiger US-Staatsanleihen in einem hohen Maße sowohl auf die Renditen von Bundesanleihen als auch auf die der übrigen EWU-Kernländer. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen stieg im vierten Quartal 2013 auf 1,9%. Der Zinsrückgang zu Beginn des aktuel-

Renditen in EWU-Kernländern seit dem Jahreswechsel fallend



len Jahres trug dazu bei, dass sie jüngst auf ein Niveau von 1,6% nachgab; im Vergleich zu Ende September bedeutete dies einen Rückgang von 13 Basispunkten. Im Ergebnis weitete sich der Zinsvorsprung der USA gegenüber Deutschland damit um 25 auf 116 Basispunkte aus; er befindet sich damit auf einem vergleichsweise hohen Wert wie zuletzt Mitte letzten Jahres.

Deutsche Zinsstrukturkurve weiter steil

Trotz des Renditerückgangs bei längerfristigen Laufzeiten, der zu einer leichten Abflachung der aus Bundeswertpapieren ermittelten deutschen Zinsstrukturkurve im Laufzeitbereich von zwei bis zehn Jahren – verglichen mit Ende September – geführt hat, weist diese weiterhin eine recht hohe Steigung auf. Dies bedeutet, dass die Marktteilnehmer in diesem Zeitraum höhere Kurzfristzinsen erwarten. Die Senkung des Leitzinses im Euro-Raum Anfang November hatte so gesehen – anders als am Geldmarkt – kaum Einfluss auf die längerfristigen Zinserwartungen (siehe oben stehendes Schaubild). Die impliziten Inflationserwartungen (BEIR) im zehnjährigen Bereich, die sich aus der Differenz von Nominal- und Realrenditen von Bundesanleihen ergeben, gingen seit Ende September um 28 Basispunkte auf 1,2% zurück. Die entsprechende fünfjährige Termin-BEIR in fünf Jahren reduzierte sich um 16 Basispunkte; sie befindet sich aktuell auf einem Niveau von 1,3%.

Die BIP-gewichtete Rendite langfristiger Anleihen von EWU-Staaten (ohne Deutschland) ist seit Ende September mit 51 Basispunkten (auf 3,0%) deutlich stärker gefallen als die Rendite von Bundesanleihen. Dies ist vorwiegend auf die Renditeentwicklung in den Peripherieländern zurückzuführen, wo sich die makroökonomische Entwicklung im vierten Quartal 2013 weiter gefestigt hat. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Suche nach Rendite im Niedrigzinsumfeld ging mit der konjunkturellen Stabilisierung eine teils deutliche Reduzierung der Risikoaufschläge einher, was sich unter anderem in den gesunkenen Zinsdifferenzen zu Deutschland widerspiegelt. Auch der Rückgang der entsprechenden CDS-Prämien unterstreicht diese Entwicklung (siehe Schaubild auf S. 53). Mit Irland und Spanien beendeten inzwischen ferner die ersten Peripherieländer ihre finanziellen Unterstützungsprogramme. In einem stabilisierten Marktumfeld konnten zudem Irland, Portugal und Spanien im Januar Anleihen am Kapitalmarkt bei guter Nachfrage emittieren. Gestützt wurde diese Entwicklung durch die Wiedererlangung des Investmentgrade-Status bei Irland als Folge der Heraufstufung der Kreditwürdigkeit durch eine größere Ratingagentur. Zehnjährige irische und spanische Staatsanleihen rentierten mit 3,3% beziehungsweise 3,7% phasenweise auf dem niedrigsten Niveau seit 2006. Laufzeitäquivalente Renditen griechischer, italienischer und portugiesischer Anleihen befanden sich zeitweise ungefähr auf ihren jeweiligen Niveaus von Mitte 2010. Als Folge sank die Zinsdispersion zwischen langfristigen Staatsanleihen innerhalb des Euro-Raums im Ergebnis auf den geringsten Wert seit Mitte 2010. Offenbar honorieren die Märkte durchaus die Anpassungsfortschritte in den einzelnen Ländern, die sich auch in verbesserten gesamtwirtschaftlichen Perspektiven zeigen, und erwarten ihre Fortsetzung.¹⁾ Dies macht deutlich, dass die niedrigeren Finanzierungskosten nicht zu einem Nachlassen der Reformanstren-

Positive Markteinschätzung für die EWU-Peripherie

¹⁾ Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Anpassungsprozesse in den Ländern der Wirtschafts- und Währungsunion, Monatsbericht, Januar 2014, S. 13 ff.

gungen führen dürfen. Umgekehrt werden die Marktteilnehmer darauf zu achten haben, dass sich die Renditen an den Anleihemärkten im Einklang mit den spezifischen Risiken entwickeln.

Finanzierungsbedingungen von Unternehmen weiter verbessert

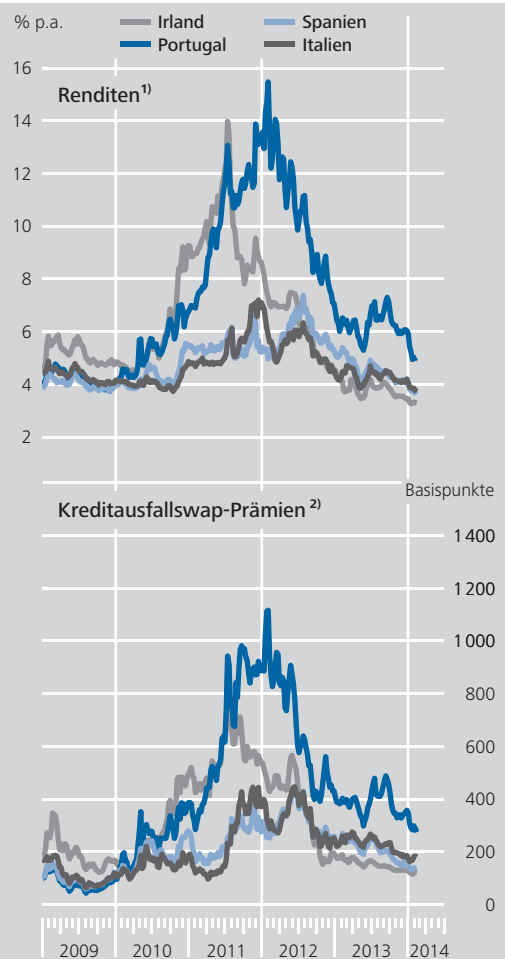
Finanzielle Unternehmen in Europa profitierten gleichfalls von dem günstigen Marktumfeld, sodass sich ihre Finanzierungsbedingungen am Rentenmarkt leicht verbesserten. Die Renditen der von ihnen emittierten Anleihen mit einer Restlaufzeit von sieben bis zehn Jahren und einem BBB-Rating sanken über den Berichtszeitraum um 77 Basispunkte auf zuletzt 4,1%.²⁾ Zwischenzeitlich erreichten sie ein geringeres Niveau als vor dem Ausbruch der Finanzkrise. Die laufzeit- und ratingäquivalenten Renditen von Anleihen europäischer realwirtschaftlicher Unternehmen fielen im Vergleich zu Ende September 2013 ebenfalls. Im Ergebnis bewegten sie sich zuletzt bei 2,9%, gegenüber 3,2% zu Beginn des Berichtszeitraums, womit sie deutlich unterhalb des Niveaus vor Finanzkrisenbeginn Mitte 2008 lagen. Im Ergebnis verengten sich die Renditedifferenzen zu laufzeitäquivalenten Bundesanleihen um 64 Basispunkte auf 252 Basispunkte bei finanziellen Unternehmen beziehungsweise um 20 Basispunkte auf 130 Basispunkte bei nichtfinanziellen Unternehmen. Diese Entwicklung steht im Einklang mit rückläufigen Kreditausfallrisikoprämien (iTraxx) sowie Liquiditätsprämien und kann vor dem Hintergrund einer ausgeprägten Suche nach Rendite in einem globalen Niedrigzinsumfeld gesehen werden.

Emissionen am Rentenmarkt

Die Bruttoemissionen am deutschen Rentenmarkt lagen im vierten Quartal 2013 deutlich unter dem Wert des Vorquartals. Insgesamt begaben hiesige Schuldner Papiere für 366 Mrd €, verglichen mit 380½ Mrd € in den drei Monaten zuvor. Nach Berücksichtigung der Tilgungen und Eigenbestandsveränderungen hat sich die Kapitalmarktverschuldung inländischer Emittenten nach Nettotilgungen im vorangegangenen Quartal erneut verringert (- 30 Mrd €). Schuldtitel ausländischer Provenienz wurden im vierten Quartal für 17 Mrd € am

Finanzierungsbedingungen von ausgewählten Ländern im Euro-Raum

Wochendurchschnitte



1 Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren. Quelle: Thomson Reuters. **2** Prämien für zehnjährige Kreditausfallswap (CDS)-Kontrakte auf Basis laufzeitäquivalenter Staatsanleihen. Quelle: Markt.

Deutsche Bundesbank

deutschen Markt abgesetzt. Im Ergebnis sank der Umlauf von Rentenpapieren in Deutschland im Berichtsquartal damit um 13 Mrd €.

Die öffentliche Hand begab im Berichtsquartal Schuldtitel für netto 9 Mrd €. Der Bund emittierte dabei vor allem zehn- und 30-jährige Anleihen (12 Mrd € bzw. 1½ Mrd €). Dem standen Nettotilgungen von unverzinslichen Bubills (4½ Mrd €) und fünfjährigen Bundesobligationen (2 Mrd €) gegenüber. Die Länder nahmen

Nettoemissionen der öffentlichen Hand

² Hierbei werden Renditen von Anleihen der Unternehmen aus den nach Ratingklassen unterschiedenen Anleiheindizes von iBoxx zugrunde gelegt.

Mittelanlage an den deutschen Wertpapiermärkten

Mrd €

Position	2012		2013	
	4. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	3. Vj.
Schuldverschreibungen				
Inländer	- 26,2	- 11,6	5,8	
Kreditinstitute	- 17,3	- 7,7	- 0,6	
darunter:				
ausländische Schuldverschreibungen	0,3	- 0,1	2,3	
Deutsche Bundesbank	- 2,4	- 2,7	- 2,1	
Übrige Sektoren	- 6,5	- 1,1	8,5	
darunter:				
inländische Schuldverschreibungen	- 27,6	- 20,8	- 9,1	
Ausländer	11,9	- 11,5	- 18,8	
Aktien				
Inländer	20,2	6,1	- 7,0	
Kreditinstitute	8,2	6,9	- 2,2	
darunter:				
inländische Aktien	0,4	3,2	- 1,9	
Nichtbanken	11,9	- 0,7	- 4,8	
darunter:				
inländische Aktien	0,6	- 6,5	- 1,4	
Ausländer	- 0,3	3,8	4,7	
Investmentzertifikate				
Anlage in Spezialfonds	29,4	15,6	29,1	
Anlage in Publikumsfonds	3,0	3,2	- 0,5	
darunter:				
Aktienfonds	0,7	0,6	1,2	

Deutsche Bundesbank

11 Mrd €), in geringerem Umfang aber auch Öffentliche Pfandbriefe (6½ Mrd €) sowie Hypothekendarlehen (1 Mrd €).

Erworben wurden Schuldverschreibungen im vierten Quartal 2013 ausschließlich von inländischen Nichtbanken, sie nahmen Rentenwerte für per saldo 8½ Mrd € in ihre Portfolios auf. Hingegen trennten sich vor allem ausländische Investoren (19 Mrd €), aber auch die Bundesbank (2 Mrd €) sowie heimische Kreditinstitute (½ Mrd €) von festverzinslichen Titeln.

Erwerb von Schuldverschreibungen ausschließlich von inländischen Nichtbanken

Die Aktienkurse an den wichtigsten internationalen Finanzplätzen setzten im vierten Quartal 2013 ihren Aufwärtstrend der Vormonate fort. Ausschlaggebend hierfür war – neben dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld – die Aufhellung der konjunkturellen Aussichten beiderseits des Atlantiks. Die in der zweiten Januarhälfte beobachteten Marktturbulenzen in einigen Schwellenländern haben anschließend jedoch auch zu einem vorübergehenden Rückgang der Aktiennotierungen an den wichtigsten Finanzplätzen geführt, der von einer Erhöhung der Aktienmarktvolatilität begleitet wurde.³⁾ Gemessen an den marktbreiten Indizes Euro Stoxx und S&P 500 notierten europäische und US-amerikanische Aktien zuletzt gleichwohl 8,3% beziehungsweise 8,8% höher als Ende September. Der CDAX-Kursindex gewann 11,4% hinzu. Besonders kräftig fiel der Kursanstieg bei den Banken aus: Seit Ende September gewannen europäische und US-amerikanische Bankaktien 21,1% beziehungsweise 11,2% an Wert. Auch die Dividendenwerte in den Peripherieländern des Euro-Raums profitierten vom Ende rezessiver Entwicklungen. Sie verzeichneten im Berichtszeitraum überdurchschnittliche Kurszuwächse.

Aktienmärkte im Zeichen konjunktureller Aufhellung

Besonders starker Kursanstieg bei europäischen Banken

Trotz des jüngsten Kursrückgangs ist das Bewertungsniveau von Aktien auf beiden Seiten des Atlantiks weiterhin vergleichsweise hoch.

³⁾ Trotz des vorübergehenden Anstiegs lag die Unsicherheit über die weitere Kursentwicklung beiderseits des Atlantiks zuletzt weiterhin unterhalb ihrer fünfjährigen Durchschnitte.

den Rentenmarkt mit netto 2 Mrd € in Anspruch.

Nettoabsatz von Anleihen nicht-finanzieller Unternehmen

Zugleich weiteten nichtfinanzielle Unternehmen, die typischerweise eine hohe Innenfinanzierungsquote haben, ihre Kapitalmarktverschuldung um netto 1 Mrd € aus. Dabei wurden Papiere mit Laufzeiten von unter einem Jahr getilgt, während länger laufende Titel im Ergebnis am Markt untergebracht werden konnten. Finanzunternehmen verringerten demgegenüber den Marktumlauf eigener Anleihen um netto 1½ Mrd €.

Sinkende Kapitalmarktverschuldung der Kreditinstitute

Inländische Kreditinstitute führten im Rahmen von Jahresschlussdispositionen ihr Bilanzvolumen der Tendenz nach weiter zurück. Dabei verringerten sie auch ihre Kapitalmarktverschuldung, und zwar im letzten Quartal 2013 insgesamt um 38½ Mrd €. Vor allem die flexibel gestaltbaren Sonstigen Bankschuldverschreibungen sowie Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute wurden getilgt (20 Mrd € bzw.

So lag das Kurs-Gewinn-Verhältnis auf der Grundlage 12-monatiger Gewinnwachstums-erwartungen sowohl für den Euro Stoxx als auch für den S&P 500 mit zuletzt 13,0 beziehungsweise 14,5 oberhalb des Niveaus von Ende September. Zugleich haben sich seither im Einklang mit der konjunkturellen Aufhellung die Dividendenzahlungen von Unternehmen im Euro Stoxx und das mittelfristig erwartete Gewinnwachstum erhöht. Mithilfe von Dividen-denbarwertmodellen gelangt man auf dieser Basis zu einer recht hohen impliziten Risiko-prämie (für den Euro Stoxx derzeit 8,0%). Darin kommt eine gewisse Vorsicht der Anleger bei Aktienengagements zum Ausdruck. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich die in den Berechnungen verwendeten langfristigen Realzinsen, ermittelt aus zehnjährigen Bundes-anleihen und Inflationserwartungen aus Um-fragen (Consensus Forecast), im Ergebnis er-mäßigt haben und derzeit leicht negativ sind. Auch im Vergleich zum Vorkrisenniveau Mitte 2007 zeigt sich, dass vor allem der ausge-sprochen starke Rückgang der Realzinsen die geschätzte Risikoprämie nach oben getrieben hat.

Aktienkurs-rückgänge in Schwellen-ländern

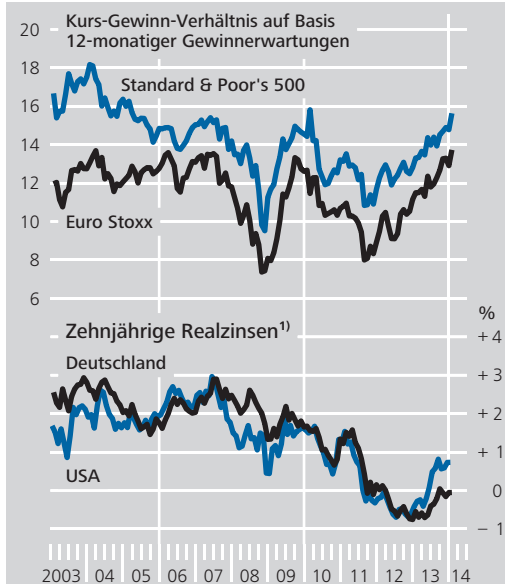
Wesentlich ausgeprägter als in den Industrieländern waren die Aktienkursrückgänge in Schwellenländern, die nicht nur wegen des „Tapering“ der Fed Kapitalabflüsse zu verzeichnen hatten; hinzu kamen mancherorts interne makroökonomische Schwachstellen, wie Leistungs-bilanz- und Haushaltsdefizite, Stabilitäts-probleme oder ein schwächeres Wirtschaftswachstum, sowie in einigen Ländern politische Spannungen. Gemessen am MSCI-Emerging-Markets-Kursindex betrug das Minus seit Ende September 4,2%.

Geringe Mittel-aufnahme am Aktienmarkt

Ungeachtet der insgesamt positiven Kursent-wicklung blieb die Emissionstätigkeit am heimi-schen Aktienmarkt auch im vierten Quartal 2013 vergleichsweise verhalten. Die Mittelauf-nahme inländischer Unternehmen betrug im Berichtsquartal per saldo 1½ Mrd €. Der Um-lauf ausländischer Aktien in Deutschland sank im gleichen Zeitraum um 3½ Mrd €. Erworben

Aktienbewertungen europäischer und amerikanischer Unternehmen und langfristige Realzinsen für Deutschland und die USA

monatlich



Quellen: IBES Global Aggregates (Thomson Reuters), Consensus Economics und eigene Berechnungen. ¹ Renditen zehnjähriger Staatsanleihen abzüglich zehnjähriger Inflationserwartungen aus Umfragen (Consensus Forecast). Deutsche Bundesbank

wurden Dividendenwerte im Ergebnis ausschließ-lich von ausländischen Investoren, und zwar für per saldo 4½ Mrd €. Heimische Nicht-banken sowie inländische Kreditinstitute verrin-gerten ihr Aktienengagement um 5 Mrd € be-ziehungsweise 2 Mrd €.

Inländische Investmentgesellschaften verzeich-neten im letzten Quartal 2013 einen Mittelzufluss in Höhe von 28½ Mrd €, nach 19 Mrd € im Vorquartal. Die neuen Mittel kamen im Er-gebnis ausschließlich den institutionellen An-legern vorbehaltenen Spezialfonds zugute (29 Mrd €). Unter den Anlageklassen erzielten vor allem Rentenfonds ein positives Mittelauf-kommen (10 Mrd €), in geringerem Umfang aber auch Gemischte Wertpapierfonds und Gemischte Fonds (jeweils 5½ Mrd €) sowie Aktienfonds und Offene Immobilienfonds (jeweils 3 Mrd €). Der Umlauf ausländischer Fondsanteile in Deutschland stieg im Berichts-zeitraum um 8 Mrd €. Erworben wurden Invest-mentzertifikate fast ausschließlich von inlän-

Absatz und Erwerb von Investment-zertifikaten

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2012		2013	
	4. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	3. Vj.
I. Leistungsbilanz 1) 2)	+ 53,8	+ 44,4	+ 65,6	+ 44,4
Außenhandel 1) 3)	+ 44,8	+ 49,8	+ 51,2	+ 49,8
Dienstleistungen 1)	+ 2,0	- 6,0	+ 5,7	- 6,0
Erwerbs- und Vermögens- einkommen 1)	+ 20,1	+ 18,4	+ 22,1	+ 18,4
Laufende Übertragungen 1)	- 5,9	- 10,3	- 5,3	- 10,3
II. Vermögens- übertragungen 1) 4)	- 0,6	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,1
III. Kapitalbilanz 1) (Netto-Kapitalexport: -)	- 79,8	- 66,7	- 72,7	- 66,7
1. Direktinvestitionen	- 1,4	- 3,4	+ 10,7	- 3,4
Deutsche Anlagen im Ausland	- 4,5	- 7,9	- 8,9	- 7,9
Ausländische Anlagen im Inland	+ 3,1	+ 4,4	+ 19,6	+ 4,4
2. Wertpapiere	- 33,5	- 39,4	- 31,3	- 39,4
Deutsche Anlagen im Ausland	- 45,8	- 33,0	- 22,0	- 33,0
Aktien	- 13,3	- 8,8	+ 3,2	- 8,8
Investmentzertifikate	- 12,6	- 7,7	- 8,2	- 7,7
Schuldverschreibungen	- 20,0	- 16,5	- 16,9	- 16,5
Anleihen 5)	- 23,8	- 16,4	- 16,5	- 16,4
darunter: auf Euro lautende Anleihen	- 16,6	- 7,5	- 11,1	- 7,5
Geldmarktpapiere	+ 3,7	- 0,1	- 0,5	- 0,1
Ausländische Anlagen im Inland	+ 12,4	- 6,5	- 9,3	- 6,5
Aktien	- 0,2	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,9
Investmentzertifikate	+ 0,6	+ 1,2	+ 5,6	+ 1,2
Schuldverschreibungen	+ 11,9	- 11,5	- 18,8	- 11,5
Anleihen 5)	+ 11,0	- 5,1	+ 11,8	- 5,1
darunter: öffentliche Anleihen	+ 14,2	+ 4,3	+ 16,1	+ 4,3
Geldmarktpapiere	+ 1,0	- 6,5	- 30,6	- 6,5
3. Finanzderivate 6)	- 4,2	- 2,1	- 6,3	- 2,1
4. Übriger Kapitalverkehr 7) Monetäre Finanz- institute 8)	- 41,2	- 22,6	- 44,3	- 22,6
darunter: kurzfristig Unternehmen und Privatpersonen	- 70,0	- 15,5	- 64,0	- 15,5
darunter: kurzfristig Staat	- 79,5	- 25,9	- 74,7	- 25,9
darunter: kurzfristig Bundesbank	+ 11,3	+ 3,0	- 22,2	+ 3,0
darunter: kurzfristig Staat	+ 12,1	+ 8,9	- 13,3	+ 8,9
darunter: kurzfristig Bundesbank	- 32,7	- 12,1	- 9,6	- 12,1
darunter: kurzfristig Bundesbank	- 15,1	- 10,4	- 6,3	- 10,4
Bundesbank	+ 50,2	+ 2,0	+ 51,4	+ 2,0
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) 9)	+ 0,5	+ 0,8	- 1,5	+ 0,8
IV. Statistisch nicht aufglieder- bare Transaktionen	+ 26,6	+ 22,3	+ 6,1	+ 22,3

1 Saldo. 2 Enthält auch die Ergänzungen zum Warenverkehr. 3 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). 4 Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. 5 Ursprungslaufzeit über ein Jahr. 6 Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. 7 Enthält Finanz- und Handelskredite, Bankguthaben und sonstige Anlagen. 8 Ohne Bundesbank. 9 Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Deutsche Bundesbank

dischen Nichtbanken; sie nahmen Anteilscheine für 31 Mrd € in ihre Portfolios. Dabei handelte es sich weit überwiegend um inländische Fondsanteile. Gebietsfremde Investoren und heimische Kreditinstitute erwarben Investmentzertifikate für 5½ Mrd € beziehungsweise ½ Mrd €.

■ Direktinvestitionen

Anders als im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr, welcher Mittelabflüsse im Umfang von netto 31½ Mrd € verzeichnete, ergaben sich im Bereich der Direktinvestitionen im vierten Quartal 2013 Netto-Kapitalimporte in Höhe von 10½ Mrd €.

Kapitalimporte im Bereich der Direktinvestitionen

Ausschlaggebend dafür war die vergleichsweise hohe Mittelbereitstellung ausländischer Investoren an ihre Tochterunternehmen in Deutschland. Diese lag im Schlussquartal bei 19½ Mrd € und erfolgte im Wesentlichen über konzerninterne Finanzkredite (14 Mrd €). Daneben stellten die gebietsfremden Eigner Beteiligungskapital in Höhe von 5 Mrd € bereit. Wichtige Herkunftsländer waren Luxemburg (7 Mrd €), Spanien (3 Mrd €) und das Vereinigte Königreich (2½ Mrd €).

Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland

Gebietsansässige Unternehmen erhöhten ihre ausländischen Direktinvestitionen im vierten Quartal ebenfalls (9 Mrd €). Zwar wurden die direkten Kapitalbeteiligungen per saldo um 2½ Mrd € zurückgeführt. Die Ausweitung des Auslandsengagements erfolgte aber über reinvestierte Gewinne der Direktinvestitionsunternehmen sowie über den konzerninternen Kreditverkehr (jeweils 6 Mrd €). Die Kreditbeziehungen zwischen den verbundenen Unternehmen waren im Berichtszeitraum von Kreditrückzahlungen hiesiger Eigner an ihre Auslandsniederlassungen geprägt. Eine bedeutende Rolle spielten dabei die Beziehungen zu Finanzierungstöchtern in Luxemburg und den Niederlanden.

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland

Konjunktur in Deutschland

Gesamtwirtschaftliche Lage

*Recht kräftiges
 Wirtschaftswachstum im
 vierten Quartal
 2013*

Die deutsche Wirtschaftsleistung ist der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge im Jahresschlussquartal 2013 weiter gestiegen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich saison- und kalenderbereinigt um 0,4% gegenüber dem Vorquartal. Im Vorjahresvergleich ergab sich für das BIP kalenderbereinigt ein Zuwachs um 1,4%. Die gesamtwirtschaftliche Leistung ist zum Jahresende etwas stärker als das Produktionspotenzial gewachsen, und die Kapazitäten waren gut ausgelastet. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg weiter an. Der insgesamt sehr zufriedenstellende Zustand der deutschen Wirtschaft spiegelt sich auch in den Auskünften der Unternehmen wider. Laut der Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) zum Jahresbeginn 2014 schätzen mehr als neun von zehn Unternehmen ihre Geschäftslage als gut oder zumindest befriedigend ein.

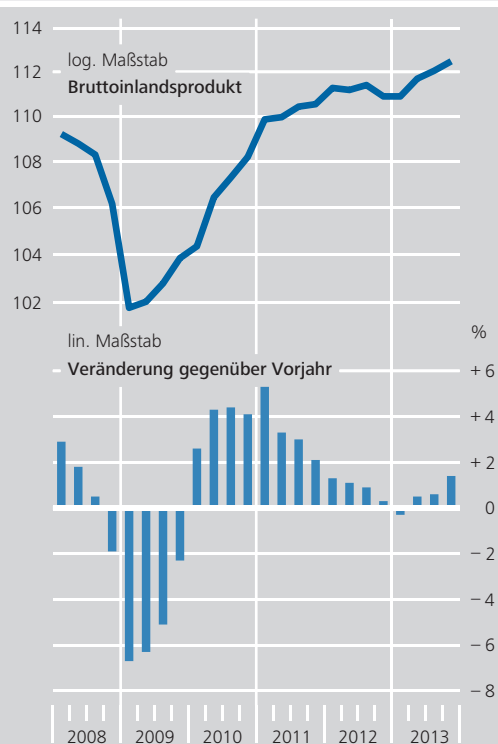
Die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung wurde nach wie vor von der binnenwirtschaftlichen Nachfrage gestützt. Der private Verbrauch profitiert von einem überaus günstigen Konsumklima und zeigt in der Grundtendenz weiter nach oben. Die Aufwärtsbewegung der Wohnungsbauinvestitionen setzte sich zwar nicht fort. Dies ist aber nach dem durch Witterungs- und Nachhol-effekte geprägten bisherigen Jahresprofil eher als eine gewisse Normalisierung denn eine trendmäßige Verlangsamung anzusehen. Unterstützend traten erstmals seit über einem Jahr spürbare Impulse von der Auslandsnachfrage hinzu, die vor allem der Industrie zugutekamen. In der Folge zogen die gewerblichen Investitionen etwas an. Im Zuge der Belebung des Außenhandels und der fortschreitenden Anpassungsprozesse nahmen vor allem die Importe aus dem Euro-Gebiet weiter deutlich zu.

Das Auslandsgeschäft der deutschen Unternehmen hat im Herbst 2013 im Gefolge der konjunkturellen Belebung in den Industrieländern Fahrt aufgenommen. Die Warenexporte stiegen gegenüber dem Vorquartal in realer Rechnung saisonbereinigt um 1½% an. Die Ausfuhren in die EWU-Staaten nahmen angesichts der dort bislang sehr verhaltenen konjunkturellen Aufwärtsbewegung zwar nur leicht zu, die Lieferungen in Drittländer wurden aber deutlich ausgeweitet. Sehr stark expandierten die Exporte in die USA und nach Großbritannien, nach noch flauem Geschäft im Sommer. Ein kräftiger Zuwachs wurde auch beim Absatz in den OPEC-Staaten verzeichnet, wo es zuvor einen beträchtlichen Rückgang gegeben hatte. Deutlich verstärkt haben sich die Ausfuhren in die mittel- und osteuropäischen EU-Länder. Demgegenüber kamen nur moderate Impulse aus China und den asiatischen Industrielän-

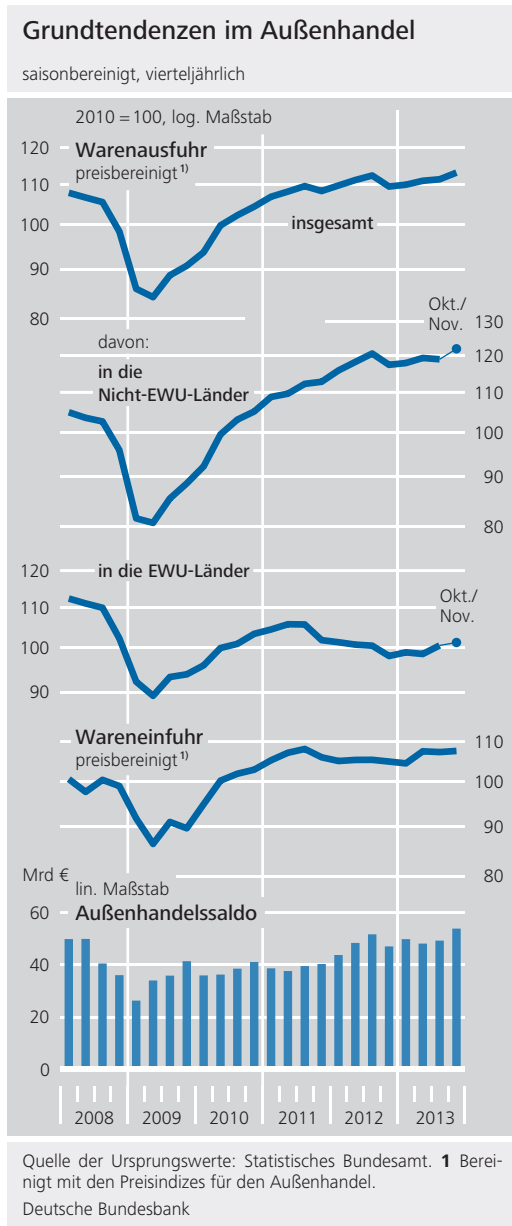
*Warenexporte
 spürbar
 gestiegen,
 vor allem in
 Drittländer ...*

Gesamtwirtschaftliche Produktion

2005 = 100, preis- und saisonbereinigt



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.
 Deutsche Bundesbank



des sonstigen Fahrzeugbaus exportiert. Demgegenüber erreichten die Ausfuhr von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie elektrischen Ausrüstungen und von Maschinen nicht ganz das Vorquartalsergebnis. Bei Kraftfahrzeugen gab es einen moderaten Rückgang, allerdings hatte es hier im Frühjahr und Sommer ein überaus kräftiges Plus gegeben, sodass das Exportvolumen vom ersten Quartal des Jahres noch erheblich übertraffen wurde.

Die Einfuhren dürften im vierten Quartal 2013 ebenfalls zugelegt haben, wenn auch weniger als die Ausfuhr. Die Warenimporte nahmen preis- und saisonbereinigt leicht um ¼% zu. Dabei stand in den ersten beiden Monaten des Quartals einer deutlichen Steigerung der Importe aus dem Euro-Gebiet ein leichter Rückgang der Lieferungen aus anderen Regionen gegenüber. Bemerkenswert ist, dass mit Portugal und Spanien zwei von den Krisen im Euro-Gebiet stark betroffene Länder ihre Exporte nach Deutschland erneut erheblich steigern konnten. Besonders kräftig erhöhte sich der Bezug von Investitionsgütern aus dem Ausland. Dies hing im Wesentlichen mit vermehrten Einfuhren von Kraftwagen und -teilen zusammen. Dabei dürfte im Zuge des engen internationalen Produktionsverbunds auch die weiter expandierende Auslandsnachfrage nach Kraftfahrzeugen aus deutscher Fertigung eine Rolle gespielt haben. Hinzu kam eine erhebliche Zunahme der Importe aus dem Bereich des sonstigen Fahrzeugbaus, was im Zusammenhang mit der gestiegenen Nachfrage nach Produkten der europäischen Luftfahrtindustrie zu sehen ist. Bei den Einfuhren von Maschinen wurde im Einklang mit der weiterhin verhaltenen inländischen Investitionskonjunktur jedoch ein leichtes und bei Gütern der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie elektrischen Ausrüstungen ein spürbares Minus verzeichnet. Die Käufe von Vorleistungsgütern aus ausländischer Produktion zogen ebenfalls merklich an. Einen überaus kräftigen Zuwachs gab es bei Metallen und Metallerzeugnissen. Demgegen-

Importe von Vorleistungen und Kfz deutlich höher

dern. Der Absatz in Japan stagnierte, nach einem erheblichen Anstieg im Sommerhalbjahr. Bei den Exporten in die süd- und ostasiatischen Schwellenländer hielt die ausgeprägte Abwärtstendenz an. Zudem verminderten sich die Lieferungen nach Russland erneut deutlich.

... und von Vorleistungsgütern

Im Berichtszeitraum gab es vor allem bei Vorleistungsgütern einen Exportschub. Die Lieferungen der chemischen und pharmazeutischen Industrie expandierten besonders stark. Die Auslandsgeschäfte mit Konsumgütern florierten ebenfalls. Die Ausfuhr von Investitionsgütern legten jedoch nur moderat zu. Zwar wurden deutlich mehr Güter aus dem Bereich

über waren die Importe von Energie und Konsumgütern leicht rückläufig.

Gewerbliche Investitionen weiterhin verhalten

Trotz der sich verbessernden Exportkonjunktur und einer gestiegenen Auslastung der Produktionskapazitäten scheinen sich die Unternehmen mit Investitionen in neue Ausrüstungen weiterhin zurückgehalten zu haben. Jedenfalls gaben die Inlandsumsätze der Investitionsgüterhersteller (ohne Kfz) gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt nach. Das gleiche gilt für die Einfuhren von Investitionsgütern ohne Kfz und sonstigen Fahrzeugbau. Allerdings legt der deutliche Anstieg der gewerblichen Zulassungen von Kraftwagen nahe, dass die Unternehmen vermehrt Anschaffungen für ihre Fuhrparks getätigt haben. Außerdem zogen die gewerblichen Bauinvestitionen spürbar an, nachdem es im Sommerhalbjahr bei Gewerbebauten starke Nachfrageimpulse gegeben hatte.

Wohnungsbau und öffentlicher Bau etwas schwächer

Die Wohnungsbauinvestitionen dürften im letzten Jahresviertel nicht weiter zugenommen haben, nach den kräftigen, auch durch Auf- und Nachholeffekte bedingten Zuwächsen, vor allem während des Frühjahres. Gleichzeitig hat die Geräteauslastung in der Bauindustrie einen neuen Höchststand erreicht. Dies könnte ein Zeichen dafür sein, dass Kapazitätsengpässe derzeit mitunter einer stärkeren Expansion im Wege stehen. Die Nachfrage, wie sie in den Genehmigungen für den Wohnungsbau zum Ausdruck kommt, ist jedenfalls in den ersten drei Quartalen 2013 sehr kräftig gestiegen, und auch die Immobilienpreise ziehen weiter an. Im öffentlichen Bau scheinen im vierten Quartal die Bestellungen etwas schwächer ausgefallen zu sein als in den Vorzeiträumen.

Privater Konsum tendiert weiter nach oben

Der private Konsum tendiert weiter nach oben. Dafür sprechen die steigenden Realeinkommen und das sich von hohem Niveau aus weiter verbessernde Konsumklima. Zwar haben die Einzelhandelsumsätze den Angaben des Statistischen Bundesamtes zufolge im vierten Quartal das Niveau des dritten Quartals saisonbereinigt nicht ganz erreicht. Dabei ist allerdings in Rechnung zu stellen, dass die Messziffern als

vorläufig anzusehen sind und der immer wichtiger werdende Versandhandel nicht vollständig erfasst wird. Dagegen ist in Einklang mit den hohen Werten der von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ausgewiesenen Anschaffungsneigung die Zahl der Pkw-Zulassungen privater Halter erkennbar gestiegen.

■ Sektorale Tendenzen

Die industrielle Erzeugung hat im Jahresschlussquartal 2013 gegenüber dem Sommer saisonbereinigt um $\frac{3}{4}\%$ zugenommen. Allerdings gab es gegen Jahresende 2013 außergewöhnlich viele Brückentage, deren Produktionswirkung in der üblichen Kalenderbereinigung nicht erfasst wird. Deshalb unterzeichnet die saison- und kalenderbereinigte Quartalsrate die konjunkturelle Tendenz. Zudem hatte Kurzarbeit in einigen Werken der Automobilindustrie das Produktionsniveau im Oktober gedrückt. Dies führte dazu, dass die Fertigung von Investitionsgütern leicht hinter den Stand des Sommerquartals zurückfiel ($-\frac{1}{2}\%$). Hingegen erhöhten die Hersteller von Vorleistungsgütern ihre Produktion saisonbereinigt merklich ($+2\%$), wobei die chemische Industrie sowie die Metallerzeugung und -bearbeitung positiv herausragten. Auch die Fertigung von Konsumgütern wurde spürbar gesteigert ($+1\%$).

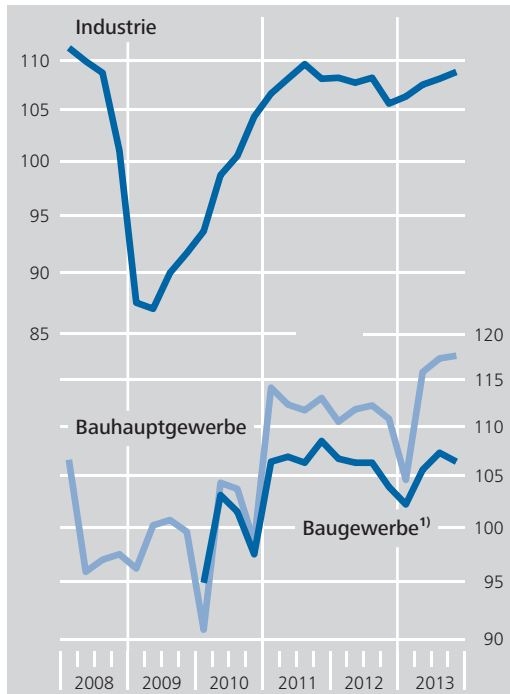
Die Ausweitung des industriellen Ausstoßes ging mit einer höheren Kapazitätsauslastung einher. Laut ifo Institut hat der Nutzungsgrad der Sachanlagen in der Industrie im Januar saisonbereinigt erneut leicht zugenommen. Mit 84% der betrieblichen Vollauslastung wurde der langjährige Mittelwert erreicht. Dies ist ein Anhaltspunkt dafür, dass sich die Produktionsleistung der Industrie inzwischen wieder im Bereich der Normalauslastung befindet. Zum Anstieg hat wesentlich die stärkere Auslastung in der Vorleistungsgüterindustrie beigetragen. Der Abstand zum langfristigen sektoralen Durchschnitt erhöhte sich leicht auf $1\frac{1}{4}$ Prozentpunkte. Demgegenüber weitete sich bei

Industrieproduktion moderat gestiegen

Industriekapazitäten insgesamt zum Jahreswechsel näherungsweise normal ausgelastet

Produktion in der Industrie und im Baugewerbe

2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. 1 Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe.
 Deutsche Bundesbank

den Investitionsgüterproduzenten der Rückstand geringfügig auf 1¾ Prozentpunkte aus.

Bauaktivität und Energieproduktion gesunken

Im Bauhauptgewerbe hielt sich die Erzeugung im Berichtszeitraum auf dem hohen Stand des Sommerquartals (+ ¼%). Dies gilt gleichermaßen für den Hoch- und Tiefbau. Gleichzeitig erreichte die Geräteauslastung des Bauhauptgewerbes laut ifo Institut saisonbereinigt einen neuen Höchststand. Im Ausbaugewerbe ist die Leistung den ersten, noch als sehr vorläufig anzusehenden Meldungen zufolge gesunken (- 2%). Der Ausstoß des Energiesektors verringerte sich im Herbst saisonbereinigt um 3%.

Dienstleistungssektor weiter gewachsen

Der Dienstleistungssektor dürfte im Herbst 2013 spürbar expandiert haben. Dies deuten jedenfalls die laut ifo Institut günstigen Beurteilungen der Geschäftssituation in wichtigen Wirtschaftszweigen an. Die industrienahen Dienstleistungsbranchen profitierten von der Ausweitung der Außenhandelsaktivitäten und der in vielen Bereichen anziehenden Industrie-

konjunktur. Dies hat sich auch im Transportgewerbe positiv niedergeschlagen. Ein Indiz dafür ist die deutliche Zunahme der Fahrleistung inländischer Lkw auf mautpflichtigen Straßen. Allerdings blieb der Umsatz des Großhandels hinter dem erhöhten Stand des dritten Quartals zurück. Der Kfz-Handel verbuchte ein deutliches Absatzplus. Dabei liefen nicht nur die Geschäfte mit privaten Haltern spürbar besser, vor allem die Verkäufe an Gewerbetreibende legten kräftig zu. Den verbrauchsbezogenen Dienstleistern kam das gute Konsumklima zugute. Im Gastgewerbe gab es ein Umsatzplus, und die Umsätze des Einzelhandels lagen den als vorläufig anzusehenden Angaben zufolge nur leicht unter dem Stand der Sommermonate.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Am Arbeitsmarkt hat sich im Herbst 2013 die leichte Aufwärtstendenz fortgesetzt. Kennzeichnend für die Arbeitsmarktlage in Deutschland ist nach wie vor ein kontinuierlicher Beschäftigungszuwachs bei einer anhaltend hohen Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Der Umfang der Arbeitslosigkeit hat im Verlauf des vierten Quartals saisonbereinigt zunächst noch zu-, dann vor allem witterungsbedingt etwas abgenommen.

Zunehmende Erwerbstätigkeit, wenig veränderte Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich im Schlussvierteljahr 2013 gegenüber dem Durchschnitt der Sommermonate saisonbereinigt um 74 000 Personen oder 0,2% erhöht. Der Zuwachs beruhte überwiegend auf der günstigen Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die im Durchschnitt der Monate Oktober und November den Stand vom Sommer um 64 000 Personen übertraf. Damit setzte sich die Tendenz der letzten Quartale fort. Allerdings verbreiterte sich die sektorale Basis des Beschäftigungsanstiegs. Während in den vorangegangenen Quartalen nahezu die Hälfte der neuen sozialversicherungspflichtigen Stellen auf den Bereich der wirtschaftlichen

Beschäftigungsanstieg mit verbreiteter sektoraler Basis

Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassung) entfiel, verringerte sich der entsprechende Anteil gegen Jahresende auf ein Fünftel. Ein recht kräftiger Beschäftigungszuwachs wurde zuletzt in verschiedenen Dienstleistungsbereichen, darunter dem Gesundheits- und Sozialwesen, der Logistik und dem Gastgewerbe verzeichnet. Auch nahm die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe und in der Leiharbeit, die ihre Verwendung häufig in der Industrie findet, spürbar zu.

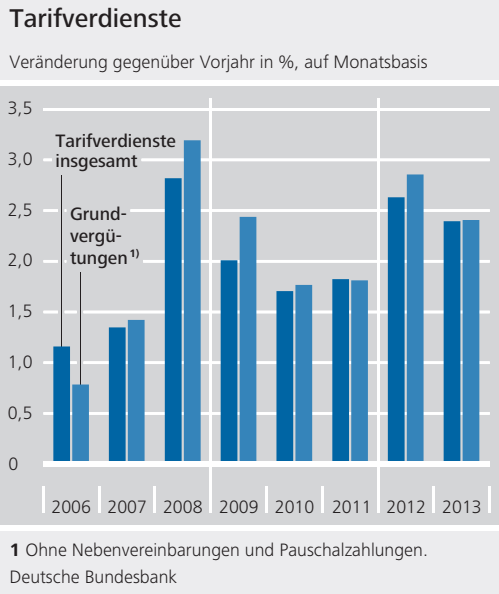
Andere Beschäftigungsformen rückläufig

Die normale sozialversicherungspflichtige Voll- und Teilzeitbeschäftigung (ohne Leiharbeit) ist auch im Jahr 2013 deutlich stärker gestiegen als die Erwerbstätigkeit insgesamt. Auf Basis von Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) bis einschließlich November kann für das Gesamtjahr mit einem Zuwachs von mehr als 350 000 Stellen gerechnet werden, während das Statistische Bundesamt für die Erwerbstätigkeit insgesamt nach jetzigem Rechenstand lediglich ein Plus von 233 000 angibt. Bereits seit dem Jahr 2006 erstreckt sich der Beschäftigungszuwachs vollständig auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, während andere Formen der Erwerbstätigkeit wie Selbständigkeit, (ausschließlich) geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit und Ein-Euro-Jobs stagnierten. Diese hatten in den Jahren 2002 bis 2006, als der deutsche Arbeitsmarkt unter erheblichem Anpassungsdruck stand, auf Kosten der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung vorübergehend beträchtlich an Bedeutung gewonnen.

Registrierte Arbeitslosigkeit leicht erhöht, im Quartalsverlauf jedoch stabil

Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich im Berichtszeitraum gegenüber dem Sommer saisonbereinigt um 13 000 Personen auf 2,97 Millionen, und die entsprechende Quote stieg auf 6,9%. Die leichte Niveauerhöhung der Arbeitslosigkeit folgt einem bereits seit anderthalb Jahren anhaltenden Trend. Im Verlauf des vergangenen Quartals hat sich die Arbeitslosenzahl aber stabilisiert und ist im Dezember 2013 sowie Januar 2014 wohl vor allem bedingt durch das überwiegend milde Winterwetter auf 2,93 Millionen zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote ermä-





leicht nach oben tendierte, könnte dem IAB-Arbeitsmarktbarometer zufolge in den nächsten Monaten etwas nachgeben.

■ Löhne und Preise

Im Jahr 2013 prägten verlängerte vertragliche Laufzeiten mit stufenweisen Anhebungen der Grundvergütungen das Tarifmuster. In einzelnen Branchen gestalteten sich die Verhandlungen schwierig, sodass Entgeltanhebungen erst verzögert in Kraft traten. Im Einzelhandel sind die Nachzahlungen für die im Dezember vereinbarte Anhebung der Grundvergütungen um 3,0% ab Juli 2013 wohl überwiegend erst im Januar 2014 erfolgt. Im Jahresdurchschnitt 2013 erhöhten sich die Tarifentgelte nach Berechnungen der Bundesbank deshalb lediglich um 2,4%,¹⁾ damit aber immer noch etwas stärker als die Effektivverdienste mit 2,3% (zumindest nach der ersten Rechnung des Statistischen Bundesamtes). Ein wesentlicher Grund für die leicht negative Lohndrift liegt darin, dass in einigen Branchen die zuvor außergewöhnlich hohen Prämienzahlungen etwas geringer ausfielen. Im vierten Quartal 2013 übertrafen die tariflichen Vergütungen ihren Vorjahresstand um 2,4%. Im ersten Vierteljahr 2014 ist auch aufgrund der Nachzahlungen im Einzelhandel mit einem spürbar verstärkten Anstieg der Tarifverdienste zu rechnen.

Im Jahr 2013 verhaltener Anstieg der Tarifverdienste und negative Lohndrift

bigte sich wieder auf 6,8%. Der Umfang der eher kurzfristigen Arbeitslosigkeit im Versicherungssystem sinkt bereits seit Mai 2013 der Tendenz nach wieder, wenngleich nur sehr langsam. Auf der anderen Seite erreichte die Zahl der arbeitslosen ALG II-Empfänger erstmals seit Frühjahr 2012 wieder zwei Millionen.

Belebung der bisher verhaltenen Arbeitsmarktentwicklung in Aussicht

Die Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt deuten an, dass es zu einer Verstärkung des aufwärtsgerichteten Beschäftigungstrends kommen könnte. Das Beschäftigungsbarometer des ifo Instituts, welches die Personalplanungen der gewerblichen Wirtschaft und der unternehmensnahen Dienstleister in den nächsten drei Monaten erfragt, ist im Vorquartalsvergleich angestiegen. Auch der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) weist wieder eine signifikant positive Tendenz auf. Dahinter steht vor allem eine größere Zahl gemeldeter offener ungeförderter sozialversicherungspflichtiger Stellen in konjunktursensiblen Bereichen wie der Industrie, dem Baugewerbe, der Logistik und dem Handel. Die DIHK-Umfrage vom Jahresbeginn 2014 weist allerdings bei einer grundsätzlich positiven Einschätzung der Beschäftigungsperspektiven auf die sich aus dem Fachkräftemangel und der geplanten Einführung eines Mindestlohns ergebenden Risiken hin. Die Arbeitslosigkeit, die im vergangenen Jahr trotz günstiger Beschäftigungsentwicklung

Die bisher bekannt gewordenen Forderungen der Gewerkschaften für die Lohnrunde 2014 bleiben mit 5 ½% nur wenig hinter denen des Vorjahres zurück. Im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen gehen sie mit einem Sockelbetrag von 100 € und einer zusätzlichen linearen Steigerung um 3,5% sogar etwas darüber hinaus. Dies deutet auf ähnlich hohe Abschlüsse wie im Jahr 2013 hin. Auch

Tarifrunde 2014: Lohnforderungen ähnlich wie 2013, Sonderregelungen für Niedriglohngruppen

¹ Das Statistische Bundesamt meldet hingegen als vorläufigen Wert für die Tarifverdienste incl. Einmalzahlungen und Nebenvereinbarungen einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 2,3%. Unterschiede zum Tarifverdienstindex der Bundesbank beruhen im Wesentlichen auf differierenden branchenspezifischen Beschäftigtengewichten im jeweiligen Tarifindex.

die erste wichtige Tarifvereinbarung des Jahres 2014 in der Chemiebranche mit einer Anhebung der Entgelte um 3,7% bei einer Laufzeit von 14 Monaten passt in dieses Bild. Im Hinblick auf die geplante Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 € je Stunde ab Januar 2015 könnten in einigen Branchen besondere Vereinbarungen für die niedrigsten Entgeltgruppen eine Rolle spielen, um die im Koalitionsvertrag angekündigten Übergangsregelungen bis zum Jahr 2017 zu nutzen. So kam es im Januar 2014 in der Fleischindustrie zu einer bundesweiten Einigung auf einen branchenspezifischen Mindestlohn für die rund 100 000 Beschäftigten, der zwar bis Ende September 2015 mit 8,00 € je Stunde das angekündigte gesetzliche Mindestlohnniveau unterschreitet, danach aber auf dieses Niveau steigt und ab Dezember 2016 die Höhe von 8,75 € erreicht. Die Tarifparteien streben an, diesen Tarifvertrag auf Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für allgemeinverbindlich erklären zu lassen. Die branchenspezifische Lohnuntergrenze wäre dann auch für 20 000 bis 30 000 Werkvertragsnehmer²⁾ verbindlich. Im Einzelhandel wurde eine neue Lohngruppe für Regalauffüller geschaffen, deren Lohnhöhe unter den bisherigen Branchentarifen, aber über dem geplanten Mindestlohnsatz liegt und die Reintegration dieser Berufsgruppe in die Stammebelegschaften ermöglichen soll.

Verlangsamter Rückgang der Einfuhrpreise, Seitwärtsbewegung der Erzeugerpreise

Auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen sind die über das Jahr 2013 beobachteten Preisermäßigungen im Schlussquartal weitgehend ausgelaufen. Im Quartalsmittel gaben die Einfuhrpreise gegenüber dem Vorzeitraum saisonbereinigt nur noch wenig nach. Die gewerblichen Erzeugerpreise blieben im Auslandsabsatz unverändert, im Inlandsabsatz zeigten sie sogar eine leichte Aufwärtstendenz. Infolgedessen verbesserte sich das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis, die Terms of Trade, weiter und erreichte den höchsten Stand seit drei Jahren. Der nochmalige Rückgang der Importpreise um saisonbereinigt 0,3% gegenüber den Sommermonaten ist im Wesentlichen der im

Zuge der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar rückläufigen Energiekomponente zuzuschreiben. Während die Preise von Investitionsgütern weiter nachgaben, zogen die Preise von Vorleistungsgütern im Gefolge der verbesserten globalen Industriekonjunktur erstmals seit zwei Jahren wieder an. Bei Konsumgütern blieben die Preise stabil. Da die Erzeugerpreise von Energie im Inland in geringerem Maß von den Rohölnotierungen abhängen, fiel der Rückgang hier weniger stark aus als bei den Einfuhren. Bei den anderen Komponenten des Erzeugerpreisindex zeigte sich bei überwiegend etwas höheren Raten ein ähnliches Muster wie auf der Einfuhrseite. Deshalb ergab sich insgesamt im Vergleich zum Vorquartal ein leichter Anstieg um saisonbereinigt 0,1%. Aufgrund der ausgeprägten Preisrückgänge in den Vorquartalen fiel der Vorjahresabstand bei den Einfuhren mit – 2,7% weiterhin deutlich negativ aus. Auf der inländischen Erzeugerstufe waren es – 0,7%. Im Durchschnitt des Jahres 2013 verbilligten sich Einfuhren um 2,5%, während die Absatzpreise der deutschen Industrie im Inland leicht um 0,1% und im Ausland etwas stärker um 0,6% nachgaben.

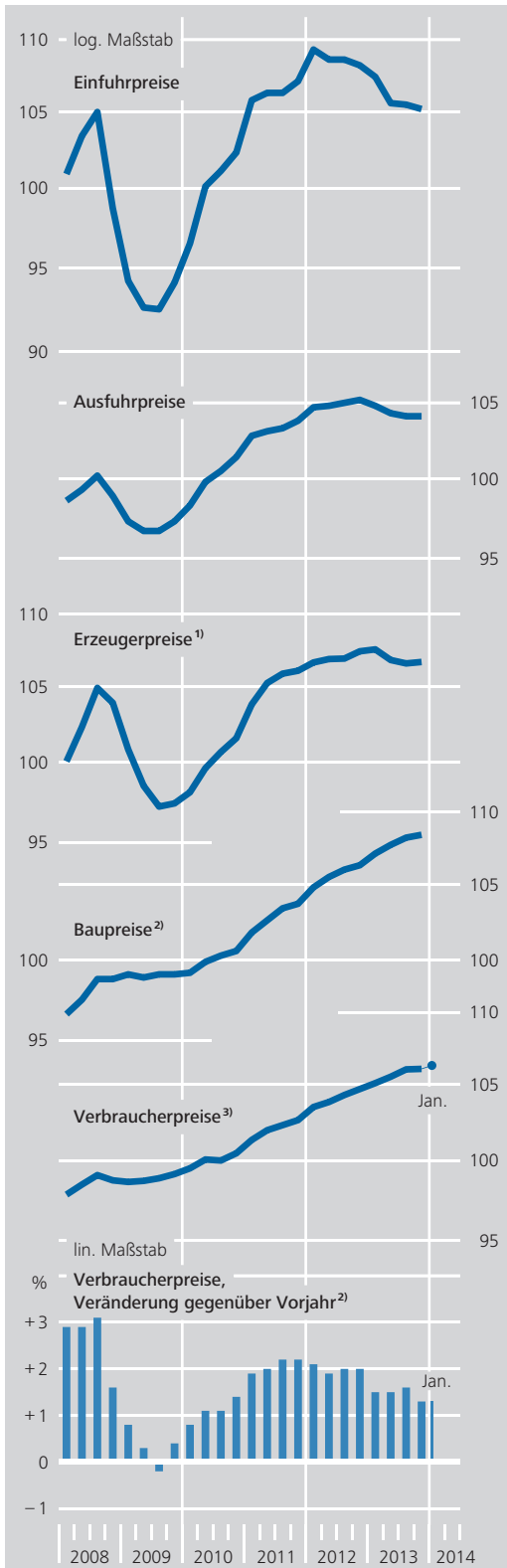
Trotz der außergewöhnlich hohen Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe hielt sich der Preisaufrtrieb für Bauleistungen weiterhin in recht engen Grenzen. Die Preise von Wohnbauleistungen stiegen im vierten Quartal 2013 wie schon im Sommer 2013 im Vorjahresvergleich um 2,0% an. Im Jahresmittel 2013 belief sich der Anstieg ebenfalls auf 2,0% und blieb sogar um 0,5 Prozentpunkte hinter der Rate von 2012 zurück. Dies dürfte vor allem dem Rückgang der Materialkosten geschuldet sein. Rohbauarbeiten verteuerten sich im Jahr 2013 mit 1,7% etwas schwächer als Ausbauarbeiten mit 2,3%. Nach Berechnungen des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken (vdp) stiegen die Preise für selbst genutztes Wohneigentum im Schlussquartal 2013 mit einer Jahresrate von

Bau- und Immobilienpreise weiter ansteigend

²⁾ Auskunft der Tarifpartner (Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten und Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss e.V.).

Einfuhr-, Ausfuhr-, Erzeuger-, Bau- und Verbraucherpreise

2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. **1** Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz. **2** Nicht saisonbereinigt. **3** Verbraucherpreisindex in nationaler Abgrenzung.

Deutsche Bundesbank

2,4% an. Detaillierte Erläuterungen zur Entwicklung der Immobilienmärkte und insbesondere der Häuserpreise im Gesamtjahr 2013 finden sich auf den S. 65 ff.

Der Anstieg der Verbraucherpreise schwächte sich im Schlussquartal 2013 unter dem Einfluss der Euro-Aufwertung deutlich ab. Im Vergleich zum Vorquartal erhöhten sich die Preise saisonbereinigt lediglich um 0,1%, nach zuvor noch 0,5%. Die deutlich abgeflachte Preistendenz war ganz überwiegend den Energiepreisen geschuldet, die kräftig nachgaben. Darüber hinaus verlangsamte sich der im Sommer witterungsbedingt äußerst kräftig ausgefallene Anstieg der Nahrungsmittelpreise merklich. Gewerbliche Waren verteuerten sich trotz der Aufwertung des Euro und vorgezogener Schlussverkäufe bei Bekleidung und Schuhen etwas. Die Preissteigerungen bei Dienstleistungen fielen hingegen etwas schwächer aus als in den Vorquartalen. Der anhaltende Anstieg der Neuvertragsmieten schlägt sich nach wie vor nur sehr gedämpft in der Mietkomponente des Verbraucherpreisindex nieder. Im Vorjahresvergleich verringerte sich der Preisanstieg sowohl nach dem Verbraucherpreisindex (VPI) als auch nach dem harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) leicht auf 1,3%.

Anstieg der Verbraucherpreise im Schlussquartal 2013 abgeschwächt

Die Entwicklung der Verbraucherpreise war im Gesamtjahr 2013 im Wesentlichen von kräftig steigenden Nahrungsmittelpreisen, fallenden Kraftstoff- und Heizölpreisen sowie einer Reihe von Sonderfaktoren geprägt. Vor allem witterungsbedingt verteuerten sich Nahrungsmittel mit einer Rate von 4,4% deutlich stärker als im langfristigen Durchschnitt. Dagegen verringerten sich die Verbraucherpreise von Mineralölprodukten aufgrund niedrigerer Rohölnotierungen und der Aufwertung des Euro um 4,1%, nach einem Anstieg um 6,4% im Jahr zuvor. Dass sich Energie für die Verbraucher um 1,4% verteuerte, lag an dem durch die Erhöhung der EEG-Umlage bedingten Anstieg der Strompreise um 11,9%. Trotz der Euro-Aufwertung und den damit einhergehenden Preisnachlässen auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen

Verbraucherpreise im Jahr 2013: stark steigende Nahrungsmittelpreise, spürbar nachgebende Preise von Mineralölprodukten

Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland im Jahr 2013

Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland haben im Jahr 2013 ihren kräftigen Aufwärtstrend mit praktisch unverändertem Tempo fortgesetzt. Dies ist auf eine seit einigen Jahren anhaltend hohe Nachfrage zurückzuführen. In den besonders angespannten städtischen Immobilienmärkten kam es aufgrund von spürbaren Angebotsausweitungen und regionalen Nachfrageschiebungen allerdings zu keiner Beschleunigung der Preise. Zudem schwächte sich dort die Zunahme der Neuvertragsmieten etwas ab. Steigender Preisdruck war hingegen bei Einfamilienhäusern und Wohnungen in kleineren Städten zu spüren. Mit Blick auf Deutschland als Ganzes gehen von den Preisen auf den Wohnimmobilienmärkten nach wie vor keine größeren makroökonomischen Risiken aus.

Die Preise für Wohnimmobilien in 125 Städten sind im abgelaufenen Jahr laut Berechnungen auf Basis von Angaben der bulwiengesa AG um 6¼% gegenüber 2012 angestiegen. Damit haben sich Wohnimmobilien seit Beginn des erkennbaren Preisauftriebs im Jahr 2010 insgesamt fast um ein Fünftel verteuert, was einer jahresdurchschnittlichen Rate von knapp 5¼% entspricht.¹⁾ Der Preisindex für selbst genutztes Wohneigentum des Verbands deutscher Pfandbriefbanken (vdp), der sich auf Deutschland insgesamt bezieht, erhöhte sich im Jahr 2013 durchschnittlich um 3¼%, nach 3% im Jahr zuvor.²⁾ Den Ergebnissen des von der Hypoport AG veröffentlichten Gesamtindex zufolge stiegen die Preise für Wohneigentum 2013 wie im Vorjahr um etwa 5%. Die Abweichungen erklären sich aus den statistischen Unschärfen, mit denen die Messzahlen behaftet sind.³⁾ Der grundlegende Befund einer für den deutschen

Immobilienmarkt als kräftig zu bezeichnenden Preistendenz ist hiervon unberührt.

In den Städten war der Preisanstieg 2013 nach wie vor deutlich stärker als in den ländlichen Regionen. Die größten Steigerungen verzeichneten erneut die Eigentumswohnungen in den sieben größten deutschen Städten (+ 9%). Das Stadt-Land-Gefälle in der Preisdynamik dürfte sich im Berichtszeitraum – wie schon 2012 – etwas abgeflacht haben.⁴⁾ Der Preistrend bei wiederverkauften Reihenhäusern, auf die in kleineren Städten ein höherer Anteil am Immobilienbestand entfällt als in den größeren Städten, hat sich auf + 4¾% verstärkt. Der Zuwachs blieb damit nicht mehr so weit hinter der Verteuerung von Eigen-

1 Laut den aktuellen Angaben der bulwiengesa AG wird der Preiszuwachs bei Wohnimmobilien im Jahr 2012 um etwa 1 Prozentpunkt stärker ausgewiesen als zuvor veranschlagt. Die Revision wird zum einen damit begründet, dass nunmehr Preisangaben aus den letzten Monaten des Jahres 2012 und eine breitere Stichprobe berücksichtigt sind. Zum anderen liegt dem Preisvergleich nun eine typisierte Immobilie mit einer etwas größeren Wohnfläche zugrunde. Die geänderte Definition einer typischen Immobilie gilt für Angaben ab dem Jahr 2012, was den Preisvergleich im Jahr 2012 mit dem Vorjahr erschwert. Der Vorjahresvergleich im Jahr 2013 dürfte davon jedoch nicht beeinträchtigt sein.

2 Der erst später vorliegende Gesamtindex der bulwiengesa AG für alle 402 Kreise und kreisfreien Städte stieg 2012 um 4%. Nach dem breit angelegten Häuserpreisindex des Statistischen Bundesamtes, dessen Jahresergebnisse ebenfalls nicht über das Jahr 2012 hinausgehen, betrug die Steigerungsrate im Jahr 2012 für das gesamte Bundesgebiet 3½%.

3 Die Indikatoren weichen vor allem in der Erfassung nach Regionen und Wohnungstypen voneinander ab und weisen Unterschiede in der Datenaufbereitung auf, vgl. die Ausführungen zu den Immobilienpreisen in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank vom Februar 2009 (S. 54 f.) und Februar 2010 (S. 62 f.).

4 Für eine ausführliche Analyse der räumlichen Wechselwirkungen der Preissteigerungen bei Wohnimmobilien in den vergangenen Jahren siehe: Deutsche Bundesbank, Die Preissteigerungen bei Wohnimmobilien seit dem Jahr 2010: Einflussfaktoren und regionale Abhängigkeiten, Monatsbericht, Oktober 2013, S. 13–30.

Ausgewählte Häuserpreisindizes

2010 = 100, Jahreswerte, log. Maßstab



¹ Eigene Berechnungen für Reihenhäuser und Eigentumswohnungen auf Basis von Angaben der bulwiengesa AG.
 Deutsche Bundesbank

tumswohnungen (7¼%) zurück wie in den Jahren zuvor. Im Berichtszeitraum haben sich die Wiederverkaufspreise gemäß dem Gesamtindex etwas stärker erhöht als die Preise für neuen Wohnraum.

Auf den städtischen Mietwohnungsmärkten scheint der Nachfragedruck nicht mehr zugenommen zu haben. Die Neuvertragsmieten wurden bei Wiedervermietung und für neue Objekte 2013 sowohl in größeren als auch kleineren Städten etwas weniger stark angehoben als im Jahr davor. Laut dem Index für Neuvertragsmieten in Mehrfamilienhäusern des vdp, der teilweise auch den ländlichen Raum erfasst, verteuerte sich die Wohnungsnutzung bei neuen Verträgen insgesamt allerdings um 4¼% im Vergleich zum Jahr 2012, als die Wohnungsmieten um 2¾% stiegen. Im Einklang mit der regionalen Verlagerung der Nachfrage nach Wohnraum ins Umland der Städte dürfte sich auch das Interesse an Mietobjekten in diesen Gebieten erhöht haben. Die Preise für Mehrfamilienhäuser insgesamt wiesen gemäß den Berechnungen des vdp mit einer Steigerungsrate von 4¾% im Jahr 2013 keine weitere Beschleunigung auf.

Die relative Knappheit an Wohnraum, die sich in den hohen Preissteigerungsraten widerspiegelt, zieht deutliche Angebots-erweiterungen nach sich. Im Jahr 2012 wurden knapp 177 000 neue Wohneinheiten fertiggestellt. Diese Zahl dürfte 2013 angesichts des seit einigen Jahren aufwärtsgerichteten Trends bei den Genehmigungen klar übertroffen worden sein. Im abgelaufenen Jahr sind schätzungsweise etwas mehr als 235 000 neue Wohneinheiten genehmigt worden,⁵⁾ nach 210 000 im Jahr 2012

⁵ Der Anstieg der Neubaugenehmigungen wurde in den vergangenen zwei Jahren vor allem von den Genehmigungen für Geschosswohnungen getragen, wohingegen es praktisch zu keiner zusätzlichen Angebotsausweitung bei Wohnhäusern gekommen ist.

und 200 000 im Jahr 2011. Die daraus resultierende Angebotsausweitung wird allerdings nicht ausreichen, um die Lage auf den Wohnimmobilienmärkten angesichts der unverändert kräftigen Nachfrage nach Wohnraum und des in den attraktiven Gegenden bereits stark verringerten Leerstands spürbar zu entspannen. Zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs müssten unter Berücksichtigung der Abgänge wegen Abriss und Umnutzung gegenwärtig rund 260 000 neue Wohneinheiten pro Jahr fertiggestellt werden.⁶⁾ Um die bestehenden Anspannungen an den Wohnimmobilienmärkten marktgerecht abzubauen, sind zuverlässige Preis- und Mietsignale für lohnenswerte Investitionen in Wohnraum erforderlich. Regulatorische Eingriffe in die Mietvereinbarungen in Neuverträgen wirken hingegen kontraproduktiv.⁷⁾

Zusätzlichen Auftrieb erhält die Immobiliennachfrage von den ausgesprochen günstigen Finanzierungskonditionen für den Erwerb von Wohneigentum. Der durchschnittliche Effektivzinssatz für Wohnungsbaukredite im Neugeschäft der Banken ermäßigte sich im Jahr 2013 weiter auf 2¾%. Das gesamtwirtschaftliche Preis-Einkommen-Verhältnis bei Wohnimmobilien auf Basis des Preisindex für selbst genutztes Wohneigentum des vdp blieb zwar annähernd unverändert. Unter Berücksichtigung der Finanzierungskosten dürfte sich die Erschwinglichkeit von Wohneigentum jedoch etwas verbessert haben.

Bestehende Überbewertungen in den Ballungsräumen haben sich trotz der in Gang gekommenen Angebotsausweitung eher verfestigt, da die Preise für Wohnimmobilien stärker gestiegen sind, als es die ökonomischen und demographischen Fundamentalfaktoren nahelegen.⁸⁾ Dies gilt insbesondere für die städtischen Immobilienmärkte, für die gegenwärtig Überbewertun-

gen zwischen 10% und 20% gemessen werden. In den Großstädten weichen die Preise für Wohnimmobilien im Durchschnitt vermutlich um 25% nach oben ab. Mit Blick auf den deutschen Wohnimmobilienmarkt als Ganzes dürften indes weiterhin keine spürbaren Abweichungen der Preise von ihren längerfristigen Fundamentalwerten aufgetreten sein. Zudem gibt es gegenwärtig keine Anhaltspunkte für eine destabilisierende Wechselwirkung zwischen Immobilienpreissteigerungen und Kreditvergabe auf gesamtwirtschaftlicher Ebene.⁹⁾ Die Wohnungsbaukredite der Banken an private Haushalte sind im vergangenen Jahr mit 2¼% erneut vergleichsweise moderat gestiegen, nach knapp 2% im Jahr zuvor. Außerdem haben die Banken ihre Kreditvergabestandards nochmals leicht verschärft.

6 Dies ergibt sich auf Basis eines Rechenmodells, dem eine nach Altersgruppen differenzierte und auf aktuellen Wanderungsannahmen beruhende Bevölkerungsprojektion sowie demographische und sozio-ökonomische Einflussfaktoren der Wohnungsnachfrage zugrunde liegen.

7 Die Regulierung von Bestandsmieten in begrenztem Maß dient hingegen dazu, die Regeln zum Kündigungsschutz des Mieters nicht außer Kraft zu setzen.

8 Die Modellierung und Schätztechnik ist erläutert in: Deutsche Bundesbank, Die Preissteigerungen bei Wohnimmobilien seit dem Jahr 2010: Einflussfaktoren und regionale Abhängigkeiten, Monatsbericht, Oktober 2013, S. 13–30; sowie in: F. Kajuth, T. A. Knetsch und N. Pinkwart (2013), Assessing house prices in Germany: Evidence from an estimated stock-flow model using regional data, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 46/2013.

9 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Finanzstabilitätsbericht, November 2013.

verlangsamte sich der Preisanstieg bei gewerblichen Waren lediglich leicht auf 1,0%. Staatliche Maßnahmen, wie zu Jahresbeginn 2013 die Abschaffung der Praxisgebühr (mit einem Beitrag zur VPI-Rate von etwas mehr als – 0,2 Prozentpunkten) und im darauffolgenden Mai die Anhebung der Tarife für staatliche Lotterien (mit einem Beitrag von + 0,2 Prozentpunkten), beeinflussten den Teilindex für Dienstleistungen.³⁾ Insgesamt verteuerten sich Dienstleistungen genauso stark wie im Vorjahr. Nach nationaler Abgrenzung erhöhten sich die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2013 um 1,5%, und nach harmonisierter Abgrenzung um 1,6%. Dieselben Raten ergeben sich auch ohne Berücksichtigung der Energiekomponente.

*Statistische
Sondereffekte
im HVPI*

Dabei ist zu beachten, dass die deutsche HVPI-Rate im Jahr 2013 durch statistische Sondereffekte um 0,3 Prozentpunkte nach oben verzerrt wurde. Änderungen im Preiserhebungsverfahren bei Beherbergungsleistungen und Pauschalreisen zogen Verschiebungen im Saisonmuster nach sich, die wegen der im HVPI üblichen Verkettung über den Monat Dezember (und nicht über den Jahresdurchschnitt wie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) das Jahresmittel der Veränderungsraten nach oben verzerrten.⁴⁾ So erhöhte sich der Teilindex für Beherbergungsleistungen im HVPI im Jahresdurchschnitt um 16,5% gegenüber lediglich 2,3% im VPI, der von dieser Störung wegen der hier üblichen Rückrechnung nicht betroffen war. Bei den Pauschalreisen standen 5,3% im HVPI 2,5% im VPI gegenüber. Betroffen von der Verzerrung waren in unterschiedlichem Ausmaß die Monate Januar bis November. Seit Dezember 2013 ist dieser Effekt entfallen.

*Anziehende Verbraucherpreise
im Januar 2014*

Im Januar zogen die Verbraucherpreise in Deutschland wieder stärker an. Im Vergleich zum Vormonat erhöhten sie sich saisonbereinigt um 0,2%. Dahinter standen in saisonbereinigter Betrachtung deutliche Steigerungen bei gewerblichen Waren sowie Dienstleistungen. Auch die Wohnungsmieten stiegen spür-

bar. Die Preise für Energie gaben aufgrund kräftiger Preissenkungen bei Mineralölprodukten nach. Trotz einer weiteren spürbaren Erhöhung der EEG-Umlage wurden die Stromtarife zu Jahresanfang wegen rückläufiger Beschaffungskosten nur wenig angehoben. Die Preise von Nahrungsmitteln veränderten sich in saisonbereinigter Betrachtung nicht. Im Vorjahresvergleich erhöhte sich der HVPI wie im Dezember um 1,2%. Die Jahresrate des VPI ging dagegen leicht von 1,4% auf 1,3% zurück.

Auftragslage und Perspektiven

Die konjunkturelle Grunddynamik der deutschen Wirtschaft dürfte sich im Winterhalbjahr 2013/2014 spürbar verstärkt haben. Ein Indiz hierfür ist die beinahe kontinuierlich verbesserte Einschätzung von Lage und Aussichten durch Unternehmen und private Haushalte. In den BIP-Wachstumsraten wird dies allerdings erst nach dem Jahreswechsel voll zum Ausdruck kommen, wenn der erhöhte Auftragszufluss produktionswirksam wird. Wesentlich für die Verstärkung der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung sind bei unverändert robuster Binnenkonjunktur vermehrte Impulse von der Auslandsnachfrage. Wenngleich im Euro-Raum nach wie vor Belastungen aus der Schuldenkrise bestehen, mehren sich doch die Anzeichen für eine allmähliche wirtschaftliche Erholung, und in anderen Industriestaaten sollte die Konjunktur Fahrt aufnehmen. Die Schwierigkeiten in einigen Schwellenländern dürften demgegenüber von geringerer Bedeutung sein. Mit der stetigen Verbesserung der wirtschaftlichen Perspektiven ist die Grundvoraussetzung dafür geschaffen, dass sich angesichts mittlerweile weitgehend normal ausgelasteter Industriekapazitäten und gestützt durch günstige Rah-

*Gute Aussichten
für ein
verstärktes
Wirtschafts-
wachstum*

³ Im Warenkorb des HVPI sind Glücksspiele nicht enthalten. Also entfällt hier der Lotteriefekt.

⁴ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Der Beitrag des Teilindex für Beherbergungsdienstleistungen zu den aktuellen Unterschieden zwischen den VPI- und HVPI-Raten, Monatsbericht, April 2013, S. 7.

menbedingungen auf der Finanzierungsseite die Investitionszurückhaltung im Unternehmenssektor lösen könnte und die Binnennachfrage durch zunehmende Beschaffungen von Ausrüstungen und Gewerbebauten zusätzlichen Schub erhält. Bremsend könnten der DIHK-Umfrage zum Jahresbeginn 2014 zufolge allerdings wirtschaftspolitische Faktoren im Zusammenhang mit der Energie- und Arbeitsmarktpolitik sowie ein zunehmender Fachkräftemangel wirken.

*Auftrags-
 eingänge erneut
 gestiegen*

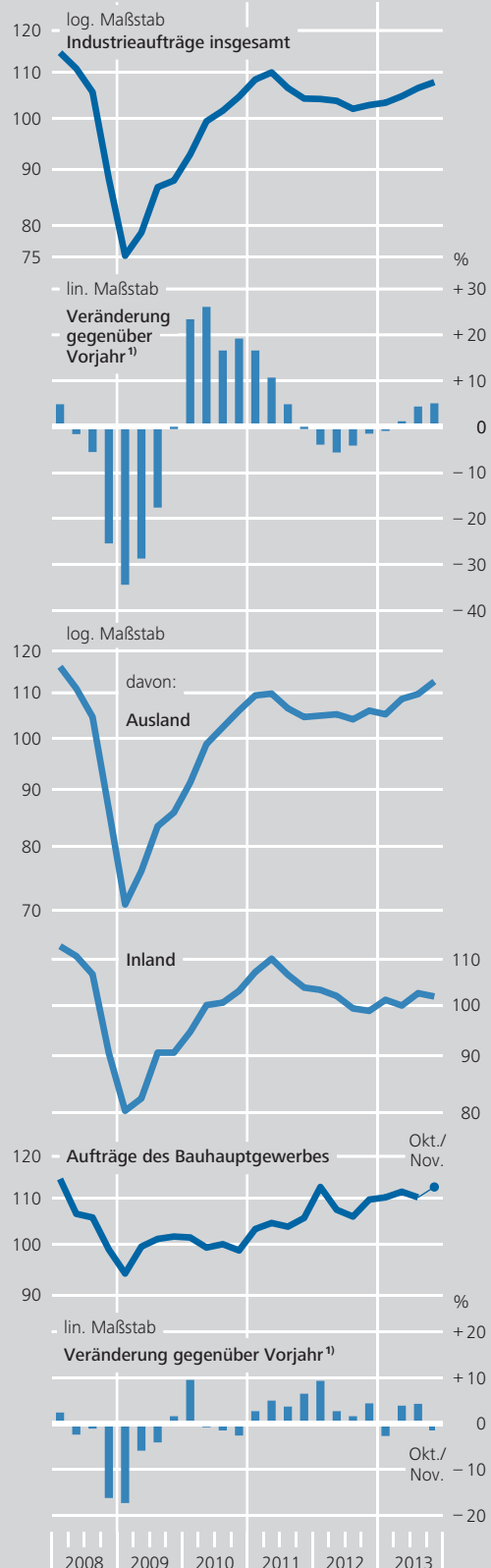
Der Orderzufluss in der Industrie hat im Herbst 2013 im Vorquartalsvergleich saisonbereinigt erneut zugenommen, und zwar um 1¼%. Die im Vergleich zum Sommer etwas geringere Steigerung hing mit dem diskontinuierlichen Eingang von Großaufträgen zusammen. Deshalb fiel auch der Volumenzuwachs bei Investitionsgütern mit ¾% deutlich schwächer aus als im Vorzeitraum. Demgegenüber gab es im Vorleistungsbereich ein kräftiges Plus von 1¾%. Die Orders von Konsumgütern legten um 1½% zu.

*Mehr Auslands-
 orders, ...*

Die Nachfrageimpulse für die Industrie kamen im Jahresschlussquartal allein aus dem Ausland (+ 2¾%). Die Bestellungen aus der EWU (+ 6¼%) nahmen dabei wesentlich stärker zu als solche aus Drittländern (+ ¾%). Dabei spielten Aufträge für die Luft- und Raumfahrtindustrie, die originär aus dem Nicht-EWU-Ausland stammen, aber innerhalb des europäischen Produktionsverbands weitgereicht werden, eine große Rolle. Ein Plus gab es ebenfalls bei EDV, elektronischen und optischen Geräten sowie elektrischen Ausrüstungen. Zudem verbuchte die Automobilindustrie mehr Auslandsbestellungen aus Drittländern. Bemerkenswert ist, dass sich sowohl außerhalb der EWU als auch im Euro-Raum der Bedarf an Vorleistungsgütern stark erhöht hat, was für ein Anziehen der globalen Konjunktur spricht. Zudem wurden von Kunden in der EWU deutlich mehr Konsumgüter geordert, allerdings hatte es hier im Vorquartal einen kräftigen Rückgang gegeben.

Nachfrage nach Industriegütern und Bauleistungen

Volumen, 2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. 1 Nur kalenderbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

*... aber
weniger Inlands-
bestellungen*

Demgegenüber zeigen sich die inländischen Bestellungen in der Grundtendenz nach wie vor nur verhalten aufwärtsgerichtet. Im Berichtszeitraum blieben die Aufträge aus dem Inland sogar etwas hinter dem recht hohen Vorquartalsniveau zurück ($-3\frac{1}{4}\%$). Dazu hatte vor allem ein erheblich geringeres Volumen der Bestellungen im Bereich des sonstigen Fahrzeugbaus beigetragen, das starke Schwankungen von Quartal zu Quartal aufweist. Ohne diesen Wirtschaftszweig gerechnet blieb der Orderzufluss gegenüber dem Stand der Sommermonate unverändert. Die Investitionszurückhaltung der heimischen Unternehmen machte sich weiterhin bei einigen Ausrüstungsgütern bemerkbar. So gab es nach einer Steigerung im Vorquartal ein deutliches Minus bei den Herstellern von Maschinen. Die Inlandsorders für DV- sowie elektronische und optische Geräte hielten gut das Vorquartalsniveau. Demgegenüber übertrafen die Inlandsbestellungen von Kraftwagen und -teilen sogar den stark erhöhten Stand des Vorzeitraums. Die Vorleistungs- sowie die Konsumgüterindustrie verbuchten einen kleinen Anstieg der Orders.

*Geschäfts-
erwartungen
erneut
verbessert*

Die Geschäftsaussichten der gewerblichen Wirtschaft haben sich seit dem Jahresschlussquartal weiter verbessert. Im Verarbeitenden Gewerbe steht dies im Einklang mit optimistischen Export- und Produktionserwartungen. Damit bewegen sich die Aussichten der Industrieunternehmen mittlerweile seit mehreren Monaten stabil auf hohem Niveau. Dies strahlt auch auf andere wichtige Sektoren aus. Im

Großhandel und bei den Dienstleistern haben sich die positiven Erwartungen seit Herbst stark ausgeweitet. Die Einzelhändler beurteilen ihre zukünftigen Geschäftsaktivitäten ebenfalls zunehmend günstiger. Zudem wurden die bereits überdurchschnittlichen Erwartungen des Bauhauptgewerbes nochmals deutlich angehoben.

In der Grundtendenz dürfte die Wohnungsbau- nachfrage angesichts zuwanderungsbedingter Nachfrage, guter Einkommensperspektiven der privaten Haushalte und günstiger Finanzierungskonditionen weiterhin deutlich aufwärtsgerichtet sein. Nach der Genehmigungswelle in den ersten drei Quartalen kam es im Herbst zu einer Atempause. Einen kräftigen Auftragschub verzeichneten dagegen die Gewerbebauten.

Die Binnenkonjunktur wird weiterhin vom privaten Verbrauch gestützt. Das bereits ausgesprochen optimistische Konsumklima hat sich der GfK-Umfrage zufolge seit dem Herbst weiter verbessert, vor allem infolge gesteigerter Konjunktur- und Einkommenserwartungen. Damit im Einklang steht die deutliche Zunahme der bereits sehr hohen Anschaffungsneigung. Vor diesem Hintergrund sollte die Lohnentwicklung in den kommenden Quartalen die binnenwirtschaftliche Komponente des Wachstums stärken. Dies dürfte sich spürbar in den Einfuhren niederschlagen und den Unternehmen aus den europäischen Partnerländern zusätzliche Absatzmöglichkeiten eröffnen, was die Anpassungsprozesse im Euro-Raum erleichtert.

*Vorübergehende
Beruhigung der
Nachfrage im
Wohnungsbau,
aber Schub für
Gewerbebau*

*Privater
Verbrauch
weiterhin auf-
wärtsgerichtet*

■ Öffentliche Finanzen^{*)}

■ Staatlicher Gesamthaushalt

*2013 Staats-
haushalt erneut
praktisch aus-
geglichen*

Im vergangenen Jahr hat der staatliche Gesamthaushalt erneut praktisch ausgeglichen abgeschlossen. Nach ersten vorläufigen Ergebnissen schlug der leichte Überschuss von + 0,1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus dem Vorjahr in einen kleinen Fehlbetrag von – 0,1% des BIP um. Während die Konjunktur und temporäre Sonderfaktoren im Jahr 2012 per saldo noch positiv auf das Niveau des Finanzierungssaldos gewirkt hatten, spielten diese Einflüsse im abgelaufenen Jahr insgesamt keine Rolle mehr. Auch der strukturelle Finanzierungssaldo war in einem günstigen, durch niedrige Zinsen und eine niedrige strukturelle Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Umfeld also in etwa ausgeglichen. Im Vergleich zum Vorjahr verbesserte er sich damit etwas. Die Einnahmen- und die Ausgabenquote lagen weitgehend unverändert bei 44³/₄% (vgl. für weitere Erläuterungen S. 72).

*Überschuss-
abbau bei
Sozialver-
sicherungen,
Defizit-
rückführung bei
Gebietskörper-
schaften*

Der Blick auf die staatlichen Ebenen lässt ein differenziertes Bild erkennen. So ging 2013 der zuvor hohe Überschuss der Sozialversicherungen um 0,5 Prozentpunkte auf + 0,2% des BIP deutlich zurück. Dabei spielten unter anderem die Senkung des Rentenbeitragssatzes, wieder schneller steigende Ausgaben im Gesundheitsbereich sowie (nach bisherigen Plänen teilweise nur vorübergehende) Lastenverschiebungen zugunsten des Bundeshaushalts eine Rolle. Die Gebietskörperschaften hatten dagegen 2012 in der Summe noch einen deutlich negativen Saldo aufgewiesen (– 0,6% des BIP), der sich im abgelaufenen Jahr spürbar auf – 0,3% des BIP verringerte. Hier schlugen sich insbesondere die angesprochenen Lastenverschiebungen zwischen Bund und Sozialversicherungen sowie die – angesichts der hohen Schulden durchaus bedeutsamen – günstigeren Refinanzierungskosten nieder.

Die Schuldenquote ist bis zum Ende des dritten Quartals 2013 auf 78,4% gesunken (Ende 2012: 81,0%). Ursächlich für den Rückgang ist neben dem Wachstum des nominalen BIP im Nenner der Quote vor allem der Portfolioabbau der staatlichen Bad Banks. Diese Faktoren überwiegen die schulden erhöhenden Effekte weiterer Leistungen im Rahmen der EWU-Hilfsmechanismen deutlich.

*Schuldenquote
rückläufig*

Für das laufende Jahr ist aus heutiger Sicht keine größere Änderung des Finanzierungssaldos zu erwarten. Nicht zuletzt konjunkturbedingt und durch Entlastungen beim Schuldendienst könnten sich die Staatsfinanzen leicht verbessern. Im Übrigen könnte sich an der strukturellen Lage weiterhin wenig ändern. Die Belastungen durch die geplanten Leistungsausweitungen der gesetzlichen Rentenversicherung werden im ersten Jahr noch vergleichsweise begrenzt sein, auch weil die Änderungen erst zur Jahresmitte 2014 in Kraft treten sollen. Außerdem sind nichtgegenfinanzierte Mehrausgaben unter anderem für staatliche Infrastrukturinvestitionen vorgesehen. Diese dürften nicht zuletzt aufgrund des nötigen Vorlaufs bei größeren Bauprojekten und der noch länger fehlenden Haushaltsermächtigung zunächst wohl relativ gering sein.

*2014 aus
heutiger Sicht
kaum Änderung
des Saldos
und ...*

Für die Schuldenquote ist damit auch im laufenden Jahr ein Rückgang angelegt. Bei einem etwa ausgeglichenen Staatshaushalt senkt das Wachstum des nominalen BIP im Nenner die Quote. Bei den Bad Banks ist aus heutiger Sicht eine Fortsetzung des Portfolioabbaus zu erwarten, und die Schuldeneffekte aus den gegenwärtig bereits beschlossenen Maßnahmen im Rahmen der EWU-Hilfsmechanismen sind im

*... Rückgang
der Schulden-
quote*

^{*)} Der Analyse im Abschnitt „Staatlicher Gesamthaushalt“ liegen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und die Maastricht-Kennzahlen zugrunde. Anschließend wird über die Haushalte der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungszweige auf Basis der finanzstatistischen (prinzipiell haushaltsmäßigen) Abgrenzung berichtet.

Zur strukturellen Entwicklung der Staatsfinanzen in Deutschland – Ergebnisse des disaggregierten Ansatzes für das Jahr 2013

In Deutschland hat der staatliche Gesamthaushalt 2013 ersten VGR-Angaben des Statistischen Bundesamtes zufolge wieder ein kleines Defizit verbucht. Es betrug danach 0,1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP), nach einem leichten Überschuss im Vorjahr von 0,1% des BIP. Mit dem „disaggregierten Ansatz“ zur Analyse der Staatsfinanzen¹⁾ wird zum einen abgeschätzt, welcher Einfluss hierbei von konjunkturellen und speziellen temporären Effekten ausging. Zum anderen werden sonstige, hier als strukturell bezeichnete Veränderungen der Ausgaben- und Einnahmenquote und deren maßgebliche Einflussfaktoren abgebildet. Im Folgenden werden die wesentlichen Ergebnisse für 2013 vorgestellt.²⁾

Während der Konjunkturlauf auf den Finanzierungssaldo im Jahr 2012 noch positiv war, baute er sich im Gefolge der konjunkturellen Verlangsamung im Winterhalbjahr 2012/2013 ab und fiel im Jahresdurchschnitt 2013 neutral aus. Konjunkturbedingt verschlechterte sich dadurch der Finanzierungssaldo um 0,4 Prozentpunkte. Klar abgrenzbare temporäre Sondereffekte hatten dagegen einen leicht positiven Effekt (+ 0,1 Prozentpunkte). Dahinter steht der Wegfall der einmaligen Belastung durch die Vermögensstransfers im Rahmen der WestLB-Abwicklung aus dem Jahr 2012. Der um diese konjunkturellen und temporären Sondereffekte bereinigte strukturelle Finanzierungssaldo in Relation zum nominalen Trend-BIP verbesserte sich im Jahr 2013 leicht um 0,2 Prozentpunkte. Der strukturelle Finanzierungssaldo war damit in etwa ausgeglichen.

Die unbereinigte Einnahmenquote sank um 0,1 Prozentpunkte, während die strukturelle

Quote mit 0,2 Prozentpunkten etwas stärker zurückging. Maßgeblich für den Rückgang der strukturellen Quote waren Rechtsänderungen (– 0,2 Prozentpunkte) und hier vor allem die nochmalige Absenkung des Rentenbeitragssatzes. Die übrigen im disaggregierten Ansatz identifizierten Faktoren spielten im vergangenen Jahr keine wesentliche Rolle. In dem leichten Rückgang der nichtsteuerlichen Einnahmen schlägt sich insbesondere nieder, dass die Zinseinnahmen (ebenso wie die Zinsausgaben) der staatlichen Bad Banks im Zuge ihres Portfolioabbaus zurückgingen. Der Fiscal drag erhöhte die Quote wie üblich etwas (0,1 Prozentpunkte), während Strukturverschiebungen bei Verteilung und Verwendung des BIP mit Wirkung auf dessen „Aufkommensergiebigkeit“ oder sonstige Faktoren (Residuum) wie beispielsweise zeitliche Verzögerungen bei der Veranlagung insgesamt gesehen keine Rolle für die Veränderung des Saldos spielten.

Die unbereinigte Ausgabenquote stieg leicht um 0,1 Prozentpunkte, während die strukturelle Quote vor allem aufgrund des im Vergleich zum unbereinigten BIP stabileren Trend-BIP im Nenner spürbar zurückging (– 0,4 Prozentpunkte). Die Zinsausgabenquote war angesichts der vorteilhaften Finanzierungsbedingungen und zum Teil auch wegen des erwähnten Portfolioabbaus bei den Bad Banks weiter rückläufig

¹ Für eine Erläuterung des Ansatzes einschl. des im Eurosystem standardmäßig verwendeten Verfahrens zur Ermittlung der Konjunkturkomponente vgl.: Deutsche Bundesbank, Ein disaggregierter Ansatz zur Analyse der Staatsfinanzen: die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2005, Monatsbericht, März 2006, S. 63–79.

² Die Ergebnisse können sich durch Revision der VGR-Ergebnisse oder der Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Perspektiven noch ändern.

Strukturelle Entwicklung ¹⁾

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozentpunkten

Position	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Unbereinigter Finanzierungssaldo ¹⁾	1,9	-0,3	-3,0	-1,1	3,3	0,9	-0,2
Konjunkturkomponente ¹⁾	0,5	0,3	-1,6	0,2	0,8	0,1	-0,4
Temporäre Effekte ¹⁾	0,0	-0,3	0,2	-1,0	1,2	-0,1	0,1
Finanzierungssaldo	1,4	-0,3	-1,5	-0,3	1,3	1,0	0,2
Zinsen	0,0	-0,1	-0,2	-0,1	0,1	-0,2	-0,2
wegen Veränderung des Durchschnittszinses	0,1	-0,1	-0,3	-0,3	-0,1	-0,2	
wegen Veränderung des Schuldenstandes	0,0	0,0	0,1	0,2	0,1	0,0	
Primärsaldo	1,5	-0,4	-1,8	-0,4	1,3	0,8	-0,1
Einnahmen	0,8	0,3	-0,7	-0,4	1,0	0,1	-0,2
davon:							
Steuern und Sozialbeiträge	0,7	0,2	-0,9	-0,5	0,8	0,2	-0,1
Fiscal drag	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1
Abkopplung der Basis vom BIP	-0,2	0,2	-0,1	0,2	0,2	0,1	-0,1
Rechtsänderungen	0,7	-0,6	-0,3	-0,7	0,2	-0,1	-0,2
Residuum	0,2	0,6	-0,6	0,0	0,3	0,2	0,1
darunter: Gewinnabhängige Steuern ²⁾	0,2	0,5	-0,6	0,2	0,2	0,2	0,1
Nichtsteuerliche Einnahmen ³⁾	-0,1	0,0	0,2	-0,1	0,0	-0,1	-0,1
Primärausgaben	-0,7	0,7	1,0	0,0	-0,3	-0,8	-0,2
davon:							
Sozialausgaben ⁴⁾	-0,4	0,2	0,6	-0,2	-0,3	-0,3	-0,2
Subventionen	-0,1	0,0	0,1	0,0	-0,1	-0,1	0,0
Arbeitnehmerentgelte	-0,2	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	-0,1
Vorleistungen	0,0	0,3	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	-0,1	0,0
Sonstige Ausgaben ⁵⁾	-0,1	0,1	-0,1	0,1	0,0	-0,2	0,1
Nachrichtlich:							
Ausgaben für Alterssicherung ⁶⁾	-0,3	-0,1	0,0	0,0	-0,1	-0,2	-0,3
Gesundheitsausgaben ⁷⁾	0,1	0,2	0,3	0,0	0,0	0,0	0,1
Arbeitsmarktausgaben ⁸⁾	-0,2	0,1	0,1	-0,3	-0,3	-0,1	-0,1

* Der strukturelle Finanzierungssaldo ist definiert als unbereinigter Saldo, der um konjunkturelle Einflüsse und spezielle temporäre Effekte bereinigt und in Relation zum Trend-BIP gesetzt wird. Dargestellt wird hier die Veränderung dieser Relation im Vergleich zum Vorjahr. Verwendet wird ferner die Maastricht-Abgrenzung, d. h. inkl. Swaps und Forward Rate Agreements bei Zinsausgaben und Finanzierungssaldo. **1** Veränderung der Relation zum nominalen BIP im Vergleich zum Vorjahr. **2** Veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Kapitalertragsteuer. **3** Sonstige empfangene laufende Transfers, Verkäufe und empfangene Vermögenstransfers. **4** Einschl. sonstiger laufender Transfers an private Haushalte. **5** Sonstige geleistete laufende Transfers an Kapitalgesellschaften und die übrige Welt, Nettozugang sonstiger nichtfinanzieller Vermögensgüter und geleistete Vermögenstransfers. **6** Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung, für Beamtenpensionen sowie Leistungen von Postpensionskasse und Bundesseisenbahnvermögen. **7** Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung und Beihilfeszahlungen für Beamte. **8** Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (ohne Aussteuerungsbetrag (2007) bzw. ohne Eingliederungsbeitrag (von 2008 bis 2012)) und des Bundes für Arbeitslosengeld II sowie für Eingliederungsmaßnahmen.

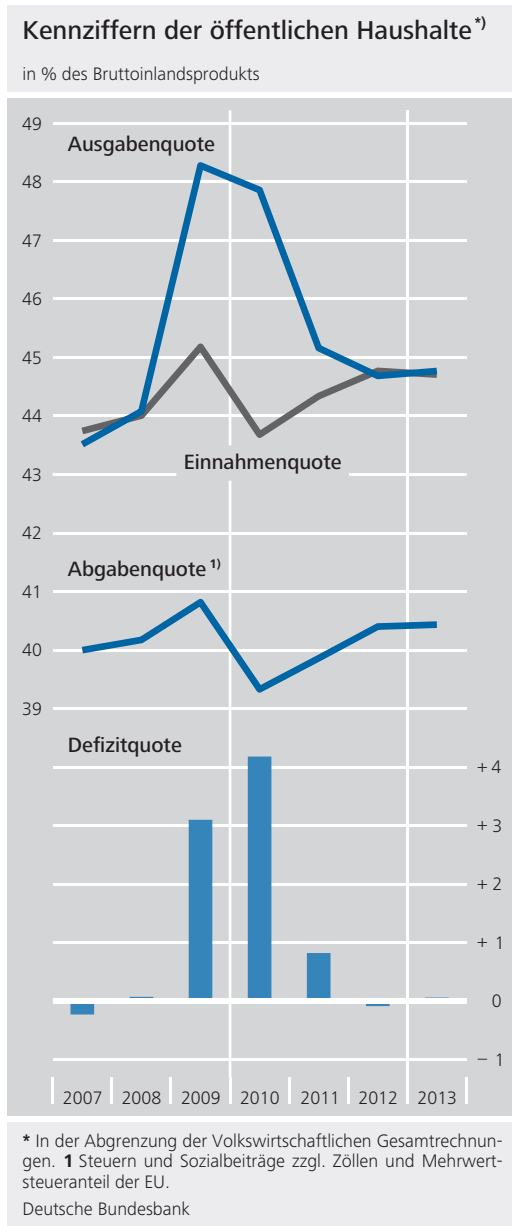
Deutsche Bundesbank

(-0,2 Prozentpunkte).³⁾ Die strukturelle Quote der Primärausgaben ging ebenfalls um 0,2 Prozentpunkte zurück. Dazu trug der weiter gedämpfte Anstieg der Rentenausgaben deutlich bei. Außerdem setzte sich die strukturelle Entlastung bei den Arbeitsmarktausgaben fort. Dagegen erhöhten die Gesundheitsausgaben die Quote ebenso wie die gestiegenen Zahlungen Deutschlands an den EU-Haushalt (in der oben stehenden Tabelle unter „Sonstige Ausgaben“ ausgewiesen).

Zusammenfassend schlossen die Staatsfinanzen wie im Vorjahr sowohl in unbereinigter als auch in struktureller Betrachtung

annähernd ausgeglichen ab. Die Rückbildung des positiven Konjunktureinflusses aus dem Jahr 2012 überlagerte dabei die leichte strukturelle Verbesserung. Diese war darauf zurückzuführen, dass vor allem weiter gedämpft steigende Rentenausgaben und nochmals sinkende Zinsausgaben schwerer ins Gewicht fielen als Abgabensenkungen, insbesondere bei den Rentenversicherungsbeiträgen.

3 Die Bestimmungsfaktoren der Veränderung der Zinsausgabenquote werden aufgrund der noch nicht vorliegenden Schuldenquote für das Jahr 2013 nicht ausgewiesen.



samt scheint ein zumindest ausgeglichener gesamtstaatlicher Haushalt mit den Regierungsplänen vereinbar, soweit eine tendenziell sparsame Ausgabenpolitik auf allen Ebenen betrieben wird und keine weiteren Belastungen hinzukommen.

Deutschland hat sich im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts eine strukturelle Defizitquote von maximal 0,5% als mittelfristiges Ziel für den staatlichen Gesamthaushalt gesetzt. Zur Umsetzung des Fiskalvertrages mit den europäischen Partnerländern wurde diese Obergrenze noch einmal explizit im nationalen Recht verankert.²⁾ Der Stabilitätsrat wurde beauftragt, deren Einhaltung zu überwachen, wobei er künftig von einem unabhängigen Beirat unterstützt werden wird.³⁾ Im Zusammenhang mit seiner neuen Aufgabe überprüft der Stabilitätsrat jeweils im Mai und Dezember, ob die Grenze für das laufende und die vier Folgejahre gewahrt wird. Außerdem empfiehlt er bedarfsweise geeignete Maßnahmen, um eine Überschreitung zu vermeiden. Im Dezember 2013 hat er diese neue Aufgabe erstmals wahrgenommen und – gestützt auf die Schätzung des Bundesfinanzministeriums – die Einhaltung der Obergrenze bescheinigt. Dieser Einschätzung ist auch aus heutiger Sicht

Stabilitätsrat überwacht Einhaltung der Obergrenze für strukturelles gesamtstaatliches Defizit

Vergleich zu den Vorjahren geringer. Mit einer Größenordnung von 75% wird der Referenzwert des Maastricht-Vertrages aber weiterhin deutlich überschritten werden.

Finanzpolitischer Kurs etwas gelockert

Das Bundesfinanzministerium hat Ende letzten Jahres für den Stabilitätsrat eine aktualisierte Prognose der kurz- und mittelfristigen Haushaltsentwicklung vorgelegt. Obwohl die Pläne der neuen Bundesregierung per saldo zu einer Belastung der öffentlichen Haushalte führen werden, wurde für die Jahre 2014 und 2015 weiterhin ein ausgeglichener gesamtstaatlicher Haushalt und danach bis 2017 ein Überschuss von ½% des BIP in Aussicht gestellt.¹⁾ Insgesamt

1 Für alle Planungsjahre wird ein struktureller Überschuss von ½% des BIP geschätzt. Zur Konjunkturbereinigung wird dabei das im Rahmen der EU-Haushaltsüberwachung verwendete Verfahren genutzt. Es liefert am aktuellen Rand einen spürbar negativen Konjunktüreinfluss auf das Niveau des Finanzierungssaldos, während dieser nach Schätzung der Bundesbank (vgl. auch die Übersicht auf S. 72 f.) insbesondere aufgrund der vergleichsweise stabilen Entwicklung der wesentlichen makroökonomischen Haushaltsbezugsgrößen eher neutral ist. Die gegenwärtige strukturelle Haushaltslage wird folglich mit dem Regierungs- bzw. EU-Verfahren, auch unter sonst gleichen Bedingungen, günstiger eingeschätzt als mit dem Bundesbank-Ansatz.
 2 Die im Grundgesetz bereits angelegte grundlegende Verpflichtung auf die EU-Haushaltsziele wurde im Haushaltsgrundsätzegesetz ohne Übergangsfristen konkretisiert.
 3 Vgl.: Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags vom 15. Juli 2013, und für grundsätzliche Überlegungen zur Ausgestaltung: Deutsche Bundesbank, Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags (Bundestags-Drucksache 17/10976) einschl. der mitversandten Änderungsanträge aus dem Haushaltsausschuss vom 16. November 2012. In den neunköpfigen Beirat entsendet auch die Bundesbank ein Mitglied. Die erste Stellungnahme des Beirats soll im Mai vorgelegt und veröffentlicht werden.

zuzustimmen. Es wäre aber grundsätzlich nahe-
 liegend, deutlicher zu kommunizieren, welche
 Politikänderungen in die Überprüfung einbezo-
 gen sind.

*Verankerung
 von Über-
 schüssen in
 Mittelfrist-
 planungen
 weiter
 empfehlenswert*

Angesichts der hohen Schuldenquote in Deutsch-
 land und der mit dem demographischen Wan-
 del verbundenen Lasten ist es ratsam, die regu-
 läre Obergrenze von 0,5% für die strukturelle
 Defizitquote nicht auszuschöpfen. Vielmehr ist
 sehr zu empfehlen, in den Haushalts- und Mit-
 telfristplanungen auch weiterhin einen Haus-
 haltsüberschuss vorzusehen. Im Zusammen-
 hang mit den nationalen Haushaltsregeln wäre
 es darüber hinaus sinnvoll, die aktuell ausge-
 sprochen günstigen Rahmenbedingungen zu
 nutzen, um verbliebene strukturelle Defizite bei
 den Gebietskörperschaften zügig abzubauen
 und Sicherheitsabstände zu den langfristigen
 nationalen Obergrenzen zu erreichen. Indem
 im Normalfall Sicherheitsabstände eingeplant
 werden, lassen sich kurzfristige Korrekturen be-
 grenzen, die andernfalls bei einer Neueinschät-
 zung der Haushaltsslage in weniger günstigem
 Umfeld erforderlich werden könnten.

*Fokus auf
 Struktur-
 verbesserungen
 wäre zu
 begrüßen*

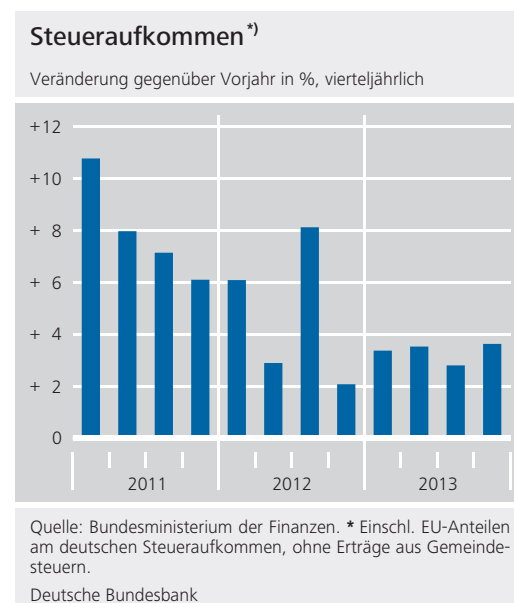
Vor diesem Hintergrund wäre es zielführend,
 wenn neue finanzpolitische Maßnahmen weit-
 gehend haushaltsneutral ausgestaltet und
 Strukturverbesserungen innerhalb der Haus-
 halte im Zentrum stehen würden. Die Stärkung
 der staatlichen Infrastrukturinvestitionen als
 Basis für ein nachhaltiges Wirtschaftswach-
 tum, die sich die Bundesregierung vorgenom-
 men hat, ist eine wichtige Aufgabe. Von Be-
 deutung ist hier neben einem Erhalt der not-
 wendigen Substanz weniger eine höhere Aus-
 gabenzielgröße, als die gezielte Beseitigung
 von Infrastruktur-Engpässen. Dies könnte durch
 Effizienzverbesserungen innerhalb der Inves-
 titionsbudgets, durch Umschichtungen im
 Haushalt oder durch Gebühren finanziert wer-
 den. Generell zu beachten ist in diesem Zusam-
 menhang, dass eine spürbare Ausweitung der

Investitionsausgaben bei begrenzten Produk-
 tionskapazitäten zu steigenden Preisen führen
 und die realen Effekte entsprechend geringer
 ausfallen können. Im Bereich der Bildung sollen
 ebenfalls verstärkt Mittel eingesetzt werden.
 Auch hier ist es wichtig, vorhandene Schwach-
 stellen gezielt zu beseitigen, wobei Handlungs-
 spielräume aufgrund der demographiebedingt
 sinkenden Schülerzahlen genutzt werden kön-
 nen. Bei den Sozialversicherungen ist die Be-
 wahrung der Tragfähigkeit angesichts des
 demographischen Wandels eine wichtige Zu-
 kunftsaufgabe. Dabei sollte die bereits ange-
 legte erhebliche Belastung jüngerer Generatio-
 nen im Blick behalten werden. Vor diesem Hin-
 tergrund kommt angesichts des absehbaren
 demographiebedingten Rückgangs der Erwerbs-
 personenzahl einer Verlängerung der Lebens-
 arbeitszeit eine wichtige Rolle zu. Hingegen
 wird das Problem durch Verkürzungen der
 Lebensarbeitszeit tendenziell noch verschärft.

Haushalte der Gebietskörperschaften

Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen⁴⁾ stiegen 2013 mit knapp
 3½% weiter solide (siehe unten stehendes Schau-
 bild und Tabelle auf S. 76) und entsprachen



4 Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die – für das letzte Berichtsquartal noch nicht bekannten – Erträge aus den Gemeindesteuern.

Steueraufkommen

Steuerart	Gesamtjahr				Schätzung für 2013 insgesamt 1) 2) 3)	4. Vierteljahr			
	2012	2013	Veränderung gegenüber Vorjahr			2012	2013	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mrd €	Mrd €	in Mrd €	in %	in %	Mrd €	Mrd €	in Mrd €	in %
Steuereinnahmen insgesamt 2)	551,8	570,2	+ 18,4	+ 3,3	+ 3,4	148,4	153,8	+ 5,4	+ 3,6
darunter:									
Lohnsteuer	149,1	158,2	+ 9,1	+ 6,1	+ 5,9	42,2	44,9	+ 2,7	+ 6,3
Gewinnabhängige Steuern 4)	82,5	87,7	+ 5,2	+ 6,3	+ 5,9	18,1	19,9	+ 1,9	+ 10,3
davon:									
Veranlagte Einkommensteuer	37,3	42,3	+ 5,0	+ 13,5	+ 12,0	9,9	10,6	+ 0,7	+ 7,2
Körperschaftsteuer	16,9	19,5	+ 2,6	+ 15,2	+ 17,2	3,9	4,8	+ 0,8	+ 20,8
Kapitalertragsteuer 5)	28,3	25,9	- 2,4	- 8,4	- 9,0	4,2	4,6	+ 0,3	+ 7,6
Steuern vom Umsatz 6)	194,6	196,8	+ 2,2	+ 1,1	+ 1,4	49,9	50,5	+ 0,6	+ 1,2
Energiesteuer	39,3	39,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	15,2	15,1	- 0,1	- 0,4
Tabaksteuer	14,1	13,8	- 0,3	- 2,3	- 1,4	4,7	4,3	- 0,4	- 7,7

Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. 1 Laut offizieller Steuerschätzung vom November 2013. 2 Einschl. EU-Anteilen am deutschen Steueraufkommen, ohne Erträge aus Gemeindesteuern. 3 Für die Steuereinnahmen inkl. (noch geschätzter) Gemeindesteuern lag das Ergebnis 2,5 Mrd € über der Schätzung vom November 2012, die Basis für den Bundeshaushaltsplan 2013 von Ende 2012 war. Die Revision hätte ohne zwischenzeitliche Rechtsänderungen bei + 2,1 Mrd € gelegen. 4 Arbeitnehmererstattungen, Eigenheim- und Investitionszulage vom Aufkommen abgesetzt. 5 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 6 Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.

Deutsche Bundesbank

Einkommensabhängige Steuern mit überdurchschnittlichem Wachstum

damit weitgehend der November-Prognose des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“. Dabei legte das Aufkommen aus den einkommensabhängigen Steuern mit 6% überdurchschnittlich zu. Der kräftige Anstieg des Lohnsteueraufkommens wurde von stagnierenden Abzügen (Kindergeld und Altersvorsorgezulage) zwar unterstützt, geht aber vor allem auf die weiter stabile Entgeltentwicklung und darüber hinaus auch auf zunehmende Arbeitnehmerzahlen zurück. Die Steuerprogression spielte hier trotz Anhebung des Grundfreibetrages eine Rolle. Das Aufkommen aus den gewinnabhängigen Steuern wuchs weiterhin überdurchschnittlich (+ 6 1/2%). Der starke Zuwachs bei der veranlagten Einkommensteuer ist zwar zum Teil auf rückläufige Abzugsbeträge zurückzuführen (vor allem auslaufende Eigenheimzulage bei deutlich schwächer gestiegenen Erstattungen an Arbeitnehmer), reflektiert aber auch ein weiter dynamisches Wachstum des Bruttoaufkommens. Der ebenso starke Anstieg des Körperschaftsteueraufkommens war dagegen über-

wiegend auf Sonderfaktoren zurückzuführen, die gleichzeitig auch für den Aufkommensrückgang bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag verantwortlich waren.⁵⁾ Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge nahmen deutlich zu. Dagegen stieg das Aufkommen aus den verbrauchsabhängigen Steuern insgesamt nur schwach (+ 1/2%). Die Einnahmen aus der Tabaksteuer waren – trotz der nächsten Anhebung der Steuersätze zum Jahresbeginn 2013 – weiterhin rückläufig. Die Umsatzsteuererträge, bei denen es teilweise auch zwischen den Jahren zu Zahlungsverchiebungen kommt, wuchsen etwas schwächer als noch im November erwartet.

Nur schwacher Zuwachs bei verbrauchsabhängigen Steuern

⁵ Im Jahr 2012 hatten Steuerzahlungen auf Ausschüttungen im Konzernverbund das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag stark erhöht, während die diesen Zahlungen gegenüberstehenden Erstattungen das Aufkommen der Körperschaftsteuer in ähnlichem Umfang gesenkt hatten.

2014 weiter stabiler Einnahmenanstieg erwartet

Für das laufende Jahr wird gemäß der letzten offiziellen Steuerschätzung mit einem ähnlichen Aufkommensanstieg um gut 3% (inkl. Gemeindesteuern) gerechnet. Zwar beschleunigt sich das Wachstum der makroökonomischen Steuerbezugsgrößen spürbar, doch dämpft insbesondere die Erwartung, dass aufgrund von Gerichtsurteilen Steuerzahlungen zu erstatten sein werden, die prognostizierte Entwicklung. Außerdem fallen Ausfälle durch Steuerrechtsänderungen per saldo etwas größer aus als im Jahr 2013.⁶⁾

Bundeshaushalt

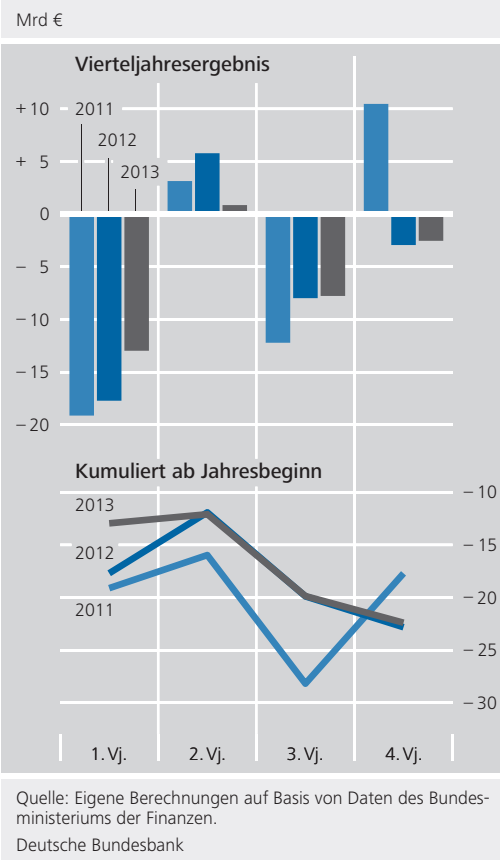
Trotz Belastung durch Fluthilfefonds-Finanzierung leichter Defizit-rückgang im Gesamtjahr 2013

Der Bundeshaushalt verzeichnete im vergangenen Jahr nach dem vorläufigen Haushaltsabschluss ein Defizit von 22 1/2 Mrd €. Gegenüber dem Ist 2012 stellt dies eine leichte Verringerung um 1/2 Mrd € dar. Das Steueraufkommen stieg auch wegen höherer Abführungen an den EU-Haushalt (+ 5 Mrd €) um lediglich 1% (+ 3 Mrd €), und die sonstigen Einnahmen gingen insbesondere wegen des entfallenen Eingliederungsbeitrags der Bundesagentur für Arbeit (BA) sogar um 2 Mrd € zurück. Auf der Ausgabenseite wurden die Zahlungen an die BA und den Gesundheitsfonds um insgesamt 10 Mrd € deutlich gekürzt. Negativ schlug insbesondere die Einmalbelastung durch die Vorfinanzierung des Fluthilfefonds mit 8 Mrd € zu Buche. Unter dem Strich stiegen die Ausgaben somit leicht an.

Ergebnis günstiger als im Nachtragshaushalt vom Sommer veranschlagt, ...

Gegenüber dem Nachtragshaushalt vom Sommer 2013 fiel das Defizit um insgesamt 3 Mrd € niedriger aus. Die Einnahmen übertrafen das Soll trotz der um 1 Mrd € geringeren Steuererträge. Bei den nichtsteuerlichen Einnahmen wurde die niedriger als veranschlagte Gewinnausschüttung der Bundesbank vor allem infolge höherer Mittel von der EU deutlich überkompensiert.⁷⁾ Trotz verschiedener nicht budgetierter Belastungen – wie nicht zuletzt des außerplanmäßig geleisteten Griechenland-Transfers von 1/2 Mrd € – blieben die Ausgaben um 2 Mrd € unter der Ermächtigung. Den größten

Finanzierungssalden des Bundes



Einzelbeitrag hierzu lieferten die Verteidigungsausgaben, wobei eine Fortschreibung der ausschlaggebenden geringeren Beschaffungszahlungen nicht zu erwarten sein dürfte. Unter den Ansätzen blieben außerdem nicht zuletzt die Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen sowie die Zinsausgaben.

Die nach den Vorschriften der Schuldenbremse vereinfacht bestimmte strukturelle Neuverschuldung des Kernhaushalts lag nur marginal unter dem im Nachtragshaushalt veranschlag-

... aber strukturelles Defizit in etwa wie geplant

⁶⁾ Dabei wird zwar unterstellt, dass das Wachstum des realen BIP sich im laufenden Jahr im Vergleich zum vergangenen Jahr spürbar von 0,5% auf 1,7% beschleunigt. Beim – für die Steuerprognose relevanteren – nominalen BIP wird dagegen eine geringere Beschleunigung erwartet (von 2,6% im Jahr 2013 auf 3,3% im Jahr 2014).

⁷⁾ Einnahmen des Bundes aus EU-Fonds werden im Zusammenhang mit unterschiedlichen Maßnahmen erzielt. Soweit diesbezügliche überplanmäßige Einnahmen im selben Jahr zusätzliche Ausgaben auslösen, erklären sie freilich keine Veränderung des Finanzierungssaldos gegenüber den Planungen.

ten Wert.⁹⁾ Für eine umfassende Bewertung sind freilich auch die strukturellen Salden der relevanten Extrahaushalte einzubeziehen. Hier fällt vor allem der Fluthilfefonds ins Gewicht, der aufgrund der Vorfinanzierung einen hohen Überschuss auswies. Insgesamt bezifferte das Bundesfinanzministerium die strukturelle Neuverschuldung auf 0,23% des BIP, womit die ab 2016 geltende dauerhafte Obergrenze von 0,35% (wie schon im Jahr 2012) eingehalten worden ist.⁹⁾ Mit dem Bundesbank-Verfahren zur Konjunkturbereinigung errechnet sich freilich eine spürbar niedrigere zyklische Belastung. Der strukturelle Saldo fällt dementsprechend ungünstiger aus und liegt in der Nähe des künftigen Grenzwertes.

Neue Regierung mit Ankündigung nennenswerter Budgetbelastungen, aber noch ohne Haushaltsentwurf für 2014

Da die neue Bundesregierung erst im Dezember 2013 gebildet wurde und für das Budget bedeutsame Ressortzuständigkeiten angepasst wurden, liegt noch kein neuer Entwurf für den Bundeshaushalt 2014 vor. Der Koalitionsvertrag beinhaltet die Zielvorgabe eines strukturell ausgeglichenen Budgets für das laufende Jahr. Allerdings wurden für den Bundeshaushalt für die gesamte Legislaturperiode zugleich Maßnahmen mit einer Gesamtbelastung von zusätzlich 23 Mrd € ohne Gegenfinanzierung angekündigt. Dazu zählen insbesondere Mittel für Zuweisungen für Forschung, Bildung und Kinderbetreuung von insgesamt 9 Mrd €, Verkehrsinfrastrukturinvestitionen von 5 Mrd €, Entlastungsmittel für die Gemeinden für die Eingliederungshilfe von 3 Mrd € und Zahlungen an die gesetzliche Rentenversicherung von 2 Mrd €, wobei Letztere nicht auf Belastungen durch den Verzicht auf die Senkung des Rentenbeitragsatzes im Jahr 2014 zurückzuführen sein dürften.¹⁰⁾ Allerdings ist nach wie vor unklar, wie sich diese auf die gesamte Legislaturperiode entfallenden Belastungen auf die einzelnen Jahre verteilen sollen.

Es ist davon auszugehen, dass die Zusatzkosten erst allmählich anfallen. Für den Haushalt 2014, für den sich die Ausgangssituation trotz des leicht günstigeren Jahresabschlusses 2013 wohl nicht verbessert hat, darf die geplante Neuver-

schuldung ohnehin nur wenig über die bisher angesetzten 6 Mrd € hinausgehen, um den zwischen den Koalitionsparteien vereinbarten strukturellen Ausgleich zu gewährleisten. Nach dem kürzlich vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht ergibt sich eine von dem Strukturdefizit abzusetzende Konjunkturlast von 5½ Mrd €.¹¹⁾ Aus finanziellen Transaktionen errechnete die alte Regierung per saldo Belastungen von 3½ Mrd €.¹²⁾ Angesichts der beim Fluthilfefonds im laufenden Jahr zu erwartenden deutlichen Mittelabflüsse setzt ein im Sinne der Schuldenbremse insgesamt strukturell ausgeglichener Bundeshaushalt letztlich einen dementsprechenden Überschuss im Kernhaushalt voraus. Vor diesem Hintergrund sind die Spielräume für nicht gegenfinanzierte Ausgaben

Zielvorgabe des strukturellen Haushaltsausgleichs 2014 lässt wenig Raum für nicht gegenfinanzierte Zusatzausgaben

8 Nach dem vereinfachten Verfahren wird dabei keine Neuschätzung des Produktionspotenzials gegenüber dem Stand vom Herbst 2012 (bei Verabschiedung des Haushalts) vorgenommen, sondern die damals berücksichtigte Konjunkturkomponente lediglich um Abweichungen des tatsächlichen nominalen BIP-Wachstums von der damaligen Schätzung korrigiert. Die konjunkturelle Belastung belief sich demnach auf 4 Mrd €. Nach Abzug der Nettobelastungen aus finanziellen Transaktionen von 4½ Mrd € (insbesondere durch die ESM-Einzahlungen von 8½ Mrd €) belief sich der strukturelle Saldo des Kernhaushalts auf –13½ Mrd € bzw. –0,5% des BIP.

9 Für die vorläufige Buchung auf dem Kontrollkonto Anfang März ergäbe sich mit den ersten VGR-Daten erneut eine hohe Guthchrift von über 27 Mrd €, womit die Summe der bisherigen Salden seit dem Haushaltsjahr 2011 die Marke von +80 Mrd € deutlich überschreiten würde. Da mit der Verabschiedung des Gesetzes zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpacts im Sommer 2013 beschlossen worden war, 2016 die umfangreichen Guthaben aus der Übergangszeit zu streichen, stehen diese danach nicht mehr zur Rechtfertigung einer höheren Bundesverschuldung zur Verfügung.

10 Für sich genommen führt ein höherer Rentenbeitragsatz zu einem höheren Bundeszuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung. Da die Planungen der alten Regierung auf einem konstanten Rentenbeitragsatz basierten, hat der inzwischen beschlossene Verzicht auf die Beitragssenkung 2014 im Vergleich zur früheren Planung keine zusätzliche Belastung zur Folge.

11 Mit dem standardisierten ESZB-Verfahren, das insbesondere auch die Wachstumsstruktur berücksichtigt, ergibt sich dagegen ein weitgehend neutraler Konjunktüreinfluss auf den Finanzierungssaldo. Insgesamt wird es im weiteren Verlauf vor dem Hintergrund der Symmetrievorgabe des Grundgesetzes zu überprüfen sein, ob sich in den Ergebnissen im Zeitverlauf die positiven und negativen Konjunktüreinflüsse ausgleichen oder ob eventuell eine Tendenz zur Ermittlung negativer Konjunktüreinflüsse besteht.

12 Einem ESM-Beitrag von 4½ Mrd € und Darlehensvergaben vornehmlich im Bereich der Entwicklungshilfe von ½ Mrd € standen Darlehensrückflüsse von 1 Mrd € und Privatisierungserlöse von nur noch ¼ Mrd € gegenüber.

gegenüber den Planungen vom Sommer 2013 eng begrenzt.

Risiken und demographische Lasten legen vorsichtige Haushaltspolitik nahe

Auch im Folgejahr, für das laut Koalitionsvertrag wie in der Finanzplanung vom Sommer 2013 ein Haushalt ohne Nettoneuverschuldung erreicht werden soll, ändert sich dieses Gesamtbild aus heutiger Sicht nicht. Dabei fallen Risiken wegen damals unterstellter Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer von 2 Mrd € und ausgeklammerter Entgeltanpassungen ins Gewicht. Darüber hinaus bestehen Unsicherheiten für den Bundeshaushalt im Zusammenhang mit der noch nicht überwundenen Schuldenkrise im Euro-Raum nicht zuletzt mit Blick auf Gewährleistungen für Hilfskredite und Rückwirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Sollen die demographiebedingt ohnehin zunehmenden Belastungen begrenzt werden, wären weitere Verzögerungen bei der Rückführung der hohen Staatsschulden kontraproduktiv. Deshalb sollten die zuvor angestrebten Überschüsse zum Schuldenabbau verwendet werden. Etwaige Leistungsausweitungen wären dann auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite gegenzufinanzieren.

Nach kräftigem Überschuss zum Jahresende 2013 im Gesamtjahr hohes Plus der Extrahaushalte

Die Extrahaushalte des Bundes (ohne Bad Banks und Verlustausgleichszuweisungen an diese) erzielten im Schlussquartal 2013 dank der Vorfinanzierung des Fluthilfefonds einen Überschuss von 8 Mrd €, nach einem leichten Defizit im Jahr davor. Im Gesamtjahr steht damit ein Überschuss von fast 11 Mrd € zu Buche (nach 4½ Mrd € im Jahr 2012). Der Anstieg ist per saldo vor allem der Vorfinanzierung des Fluthilfefonds zuzuschreiben, dessen Abflüsse mit ½ Mrd € noch recht begrenzt geblieben sind. Der Energie- und Klimafonds konnte trotz gegenüber den Planungen sehr niedriger Preise für CO₂-Emissionszertifikate wegen deutlich niedriger als geplanter Mittelabflüsse und einer Lastenübernahmezusage durch die KfW im Umfang von ¼ Mrd € noch annähernd ausgeglichen abschließen. Beim Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) schlug eine letzte Rückzahlung der Commerzbank von 1½ Mrd € zum Abbau der stillen Einlage zu Buche. Dem-

gegenüber stand die erste Tilgung eines inflationsindexierten Bundeswertpapiers, bei der zum Ausgleich der über den Ausgabekurs hinausgehenden Tilgungszahlung im Umfang von 1½ Mrd € auf das dafür gegründete Vorsorgesondervermögen zurückgegriffen wurde. Im laufenden Jahr zeichnet sich bisher keine Inanspruchnahme der – noch bis Jahresende zur Verfügung stehenden – Mittel für neue Finanzmarktstabilisierungsmaßnahmen des SoFFin ab. Nennenswerte Belastungen dürften dagegen durch voraussichtlich hohe Mittelabflüsse aus dem Fluthilfefonds anfallen, denen aber zumindest ähnlich hohe Überschüsse nicht zuletzt aus den Vorsorge-Sondervermögen für Pensionen und Tilgungen von inflationsindexierten Bundeswertpapieren gegenüberstehen könnten.

Länderhaushalte¹³⁾

Die Länder verzeichneten 2013 in ihren Kernhaushalten nur noch ein Defizit von ½ Mrd €, nach 5½ Mrd € im Jahr 2012. Der Einnahmewachstum betrug gut 4½% (14 Mrd €) und wurde zum überwiegenden Teil durch die robuste Steuerdynamik (+ 4½% bzw. gut 9 Mrd €) getragen. Gleichzeitig stiegen auch die empfangenen Zuweisungen stark (+ 5½% bzw. 3½ Mrd €), nicht zuletzt infolge der höheren an die Gemeinden durchgeleiteten Bundesmittel für die Grundsicherung im Alter. Erlöse aus Vermögensverwertungen gingen hingegen zurück (– 1 Mrd €). Die Ausgaben nahmen zwar etwas schwächer, aber immer noch um 3% zu (knapp 9 Mrd €). Dieser Zuwachs resultierte maßgeblich aus den geleisteten Zuweisungen (+ 7% bzw. gut 5 Mrd €) sowie den Personalausgaben (+ 3% bzw. 3 Mrd €), obwohl die Tarifierhöhung vielfach nur teilweise oder verzögert auf Beamte und Versorgungsempfänger übertragen wurde. Der Sachaufwand nahm ebenfalls kräftig zu (+ 4%

2013 nur noch sehr geringes Defizit dank robuster Steuereinnahmen

¹³ Die Entwicklung der Gemeindefinanzen im dritten Quartal 2013 wurde in den Kurzberichten des Monatsberichts Januar 2014 kommentiert. Neuere Daten liegen noch nicht vor.

bzw. 1 Mrd €), während sich der starke Rückgang bei den Zinsausgaben ($-5\frac{1}{2}\%$ bzw. -1 Mrd €) fortsetzte und die Investitionsausgaben auch nach Abzug der einmaligen Kapitalrückzahlung Nordrhein-Westfalens an den SoFFin im Jahr 2012 leicht zurückgingen.

Weiterhin große Unterschiede zwischen einzelnen Länderhaushalten

Bei einem in der Summe deutlich rückläufigen Defizit bestehen weiterhin große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Während Bayern, alle ostdeutschen Flächenländer sowie die Sanierungsprogrammländer Berlin und Schleswig-Holstein (Letzteres erstmals seit über 50 Jahren) Haushaltsüberschüsse erwirtschafteten und diese teilweise noch ausweiten konnten, wiesen insbesondere Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Hessen, Bremen und Saarland trotz der günstigen Rahmenbedingungen bei Steuern und Zinsausgaben zum Teil noch sehr hohe Fehlbeträge aus.

Weiter günstige Entwicklung erwartet, aber für Defizitländer anhaltender Konsolidierungsbedarf

Für das laufende Jahr wird für die Länder insgesamt mit einer leichten weiteren Verbesserung gerechnet. Dabei dürften sich die Steuern ähnlich robust wie im Vorjahr entwickeln, während der Ausgabendruck aus höheren Zahlungen an die Kommunen sowie weiteren Anpassungen bei Entgelten und Versorgungsleistungen anhält. Der Koalitionsvertrag sieht insgesamt für diese Legislaturperiode Entlastungen der Länder einschließlich ihrer Gemeinden von mindestens 6 Mrd € im Bereich Kindertagesbetreuung, Schulen und Hochschulen vor. Zumindest ein Teil dieser Bundesmittel dürfte zu einer weiteren Verbesserung der Finanzierungssalden beitragen. In einzelnen Ländern bestehen jedoch weiter erhebliche Konsolidierungsaufgaben. Letztlich bestehen Zweifel, ob der eingeschlagene Kurs ausreichen wird, die strikten Vorgaben der Schuldenbremse ab 2020 tatsächlich in jedem Land einzuhalten.

Stabilitätsrat sieht Entwicklung insbesondere in Bremen, aber auch im Saarland kritisch

Auf seiner Sitzung im Dezember wertete der Stabilitätsrat die Konsolidierungsanstrengungen in den Sanierungsprogrammländern Berlin und Schleswig-Holstein positiv. Dagegen bestanden – wie schon im Mai 2013 – Vorbehalte hinsichtlich der Haushaltsplanung in den be-

sonders hoch verschuldeten Ländern Bremen und Saarland. Für Bremen wird eine weitere Verringerung der Sicherheitsabstände zur vereinbarten Obergrenze für die Kreditaufnahme festgestellt, die auf zusätzlich geplante Ausgaben zurückgeführt wird. Da die bislang ergriffenen Maßnahmen unter Umständen nicht ausreichen könnten, um das Sanierungsprogramm erfolgreich zum Abschluss zu bringen, wird das Land erstmals nach § 5 Absatz 3 des Stabilitätsratsgesetzes aufgefordert, den Konsolidierungskurs zu verstärken und im April entsprechende Maßnahmen vorzulegen. Beim Saarland war für 2015 bis 2016 sogar noch ein zusätzlicher Handlungsbedarf ausgewiesen, der erst in einem Nachtragsdokument gedeckt wurde. Hier wird aber nur verlangt, die in der Ergänzung aufgeführten Maßnahmen genauer darzulegen und die zur Ausweitung des geringen Sicherheitsabstands zusätzlich geplanten Vorhaben zu konkretisieren. Da der Stabilitätsrat über keine echten Sanktionsmöglichkeiten bei als unzureichend eingestuften geplanten Sanierungsschritten verfügt, erscheint die geforderte Kurshärtung derzeit nicht gesichert.¹⁴⁾

Die vereinbarte allgemeine Haushaltsüberwachung berücksichtigt in der Regel keine Extrahaushalte und weist keine (nicht konkretisierten) Globaltitel oder Salden aus finanziellen Transaktionen aus.¹⁵⁾ Die Angaben sind bezüglich des Planungsstandes nur unvollständig harmonisiert. Insgesamt wird nur sehr begrenzt

Grundlegende Verbesserung der Haushaltsüberwachung ratsam

¹⁴ Ein Jahr nach einer Aufforderung zur Verstärkung der Sanierungsbemühungen muss der Stabilitätsrat prüfen, ob die notwendigen Maßnahmen ergriffen wurden. Ist dies nicht der Fall, erfolgt nur eine erneute Aufforderung. Erst bei Überschreitung der im Rahmen der Konsolidierungshilfen gesondert vereinbarten Kreditobergrenzen im Haushaltsvollzug bis 2019 können diese Mittel für das betreffende Jahr vom Stabilitätsrat gestrichen werden.

¹⁵ Im Falle der Konsolidierungshilfe- und Sanierungsprogrammländer werden finanzielle Transaktionen berücksichtigt, die Extrahaushalte zur Bewertung der Einhaltung der jährlichen Obergrenzen einbezogen und Globaltitel als Handlungsbedarf angezeigt. Für die anderen Länder werden trotz des Vorliegens einer breiten Datenbasis im Rahmen der allgemeinen Haushaltsüberwachung weiterhin lediglich im Falle einer Überschreitung der Schwellenwerte für die Haushaltskennziffern Extrahaushalte im Einzelfall geprüft. Bei umfangreicheren Defiziten in Nebenhaushalten im Falle einzelner Länder besteht mithin die Gefahr einer Fehlbewertung ihrer Haushaltslage.

Transparenz und Vergleichbarkeit der Länderergebnisse und -planungen geschaffen. Neben einem sensibler einzustellenden Warnsystem wäre hier eine entsprechend modifizierte harmonisierte Berichterstattung wünschenswert, um die Öffentlichkeit zielgerichtet zu informieren. Eine stringendere Haushaltsüberwachung scheint empfehlenswert, um sicherzustellen, dass frühzeitig auf Fehlentwicklungen hingewiesen wird.

■ Sozialversicherungen¹⁶⁾

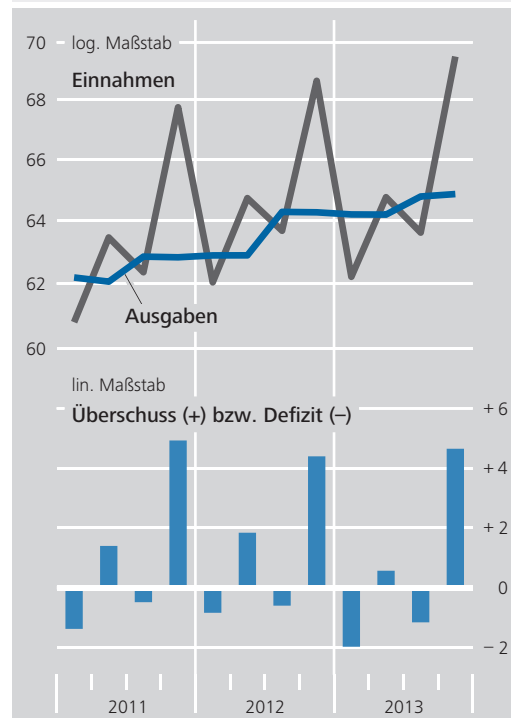
Rentenversicherung

Unerwartet hoher Überschuss 2013 aufgrund höherer Beitragseinnahmen und niedrigerer Ausgaben

Die gesetzliche Rentenversicherung verzeichnete im Jahr 2013 einen Überschuss von rund 2 Mrd €, während in der Planung noch mit einem Defizit in dieser Größenordnung gerechnet worden war. Ausschlaggebend für die positive Überraschung war zum einen, dass – vor allem aufgrund des unerwartet kräftigen Beschäftigungsanstiegs – die Beitragseinnahmen trotz der Senkung des Beitragssatzes von 19,6% auf 18,9% noch um fast ½% gestiegen sind. Bei unverändertem Beitragssatz hätte sich ein Zuwachs um 4% ergeben. Hinzu kam, dass die Rentenanpassung zur Jahresmitte in Westdeutschland mit 0,25% deutlich niedriger als veranschlagt ausfiel. Schließlich hat die Anzahl der ausgezahlten Renten im Jahresdurchschnitt nicht mehr zugenommen. Ursächlich hierfür waren die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters um einen weiteren Monat, das Entfallen der abgesenkten Altersgrenze für Frauen im Jahr 2012 sowie die derzeit relativ schwach besetzten Rentenzugangsjahrgänge. Letzteres wird sich in der zweiten Hälfte des laufenden Jahrzehnts ändern, wenn die ersten stärkeren Nachkriegsjahrgänge ihr Rentenalter erreichen werden. Insgesamt sind im Jahr 2013 die Einnahmen um knapp ½% und die Ausgaben um 1½% gestiegen. Der Überschuss des Jahres 2013 hat sich damit gegenüber dem Vorjahr zwar mehr als halbiert, doch haben die finanziellen Reserven mit 1,8 Monatsausgaben (32 Mrd €) einen neuen Höhepunkt seit 1993 erreicht.

Finanzen der Deutschen Rentenversicherung

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund.
 Deutsche Bundesbank

Zum Jahreswechsel hätte der Beitragssatz nach den gesetzlichen Vorgaben auf 18,3% gesenkt werden müssen, um die Rücklagen bis Ende 2014 auf ihre Obergrenze von 1,5 Monatsausgaben zurückzuführen. Die dazu notwendige Rechtsverordnung wurde von der Bundesregierung jedoch nicht vorgelegt. Stattdessen soll der Beitragssatz in diesem Jahr per Gesetz auf dem bisherigen Niveau festgeschrieben werden. Das Beitragssatzgesetz 2014 ist zwar noch nicht verabschiedet, doch wurde die Absicht der Bundesregierung unter Verweis auf die noch im vergangenen Dezember erfolgte erste Lesung im Bundestag im Bundesgesetzblatt bekannt gemacht. Die Vermeidung der Beitragssatzsenkung hat zur Folge, dass Mehreinnahmen von insgesamt 7½ Mrd € realisiert werden (6 Mrd € höhere Beitragseinnahmen und

Verzicht auf Beitragssatzsenkung verursacht hohe Mehreinnahmen, ...

¹⁶ Die Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung im dritten Quartal 2013 wurde in den Kurzberichten des Monatsberichts Dezember 2013 kommentiert. Neuere Daten liegen noch nicht vor.

... denen beträchtliche Mehrausgaben gegenüberstehen

gut 1½ Mrd € höhere Bundeszuschüsse, die zum größten Teil mit dem Beitragssatz fortgeschrieben werden). Dem stehen allerdings beträchtliche Mehrausgaben gegenüber, die im vom Bundeskabinett beschlossenen Entwurf zum Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetz im laufenden Jahr mit 4,4 Mrd € angesetzt sind, sich 2015 verdoppeln und bis 2030 rund 11 Mrd € pro Jahr erreichen sollen. So soll die Anrechnung von Erziehungszeiten bei Anwartschaften mit vor 1992 geborenen Kindern um ein Jahr ausgeweitet, zunächst 63-Jährigen¹⁷⁾ nach 45 Beitragsjahren (einschl. Zeiten der Arbeitslosigkeit mit Bezug von Sozialversicherungsleistungen) ein abschlagsfreier Renteneintritt ermöglicht und für Erwerbsminderungsrentner insbesondere die Zurechnungszeit um zwei Jahre ausgeweitet werden. Vor allem die fiskalischen Auswirkungen der erweiterten Möglichkeiten zur Frühverrentung sind allerdings mit einer großen Schätzunsicherheit verbunden. Sollten mehr Begünstigte als im Gesetzentwurf unterstellt durch die neuen Anreize vorzeitig in Rente gehen, würden sich sehr rasch höhere Mehrbelastungen für die Rentenkasse ergeben, weil unmittelbar zusätzliche Renten ausbezahlt werden müssen und Beitragseinnahmen entfallen.

Beitragssatzobergrenze von 22% bis 2030 ohne zusätzliche Bundesmittel nicht zu halten

Gemäß den aktuellen Prognosen wird erwartet, dass die Rücklagen im Laufe der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts bis auf 0,2 Monatsausgaben abgebaut sein werden. Der Beitragssatz muss dann so weit angehoben werden, dass die damit generierbaren laufenden Einnahmen die dann höheren laufenden Ausgaben decken. Der Anhebungsbedarf wird allerdings dadurch verringert, dass über die Stabilisierungsfaktoren der Rentenanpassungsformel die jährliche Rentenanpassung und damit auch das allgemeine Rentenniveau geringer ausfällt. Im Unterschied zu den zuletzt im Jahr 1998 in größerem Umfang beschlossenen allgemeinen Leistungsausweitungen, die freilich noch mit der Ankündigung weiterer Maßnahmen zur Sicherung der finanziellen Nachhaltigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung verbunden waren, soll nunmehr nicht das allgemeine Leistungsniveau

der gesetzlichen Rentenversicherung angehoben werden, sondern einzelne Versicherten- gruppen begünstigt werden. Für die hiervon nicht Begünstigten fällt daher das Leistungsniveau nicht nur relativ, sondern auch absolut niedriger aus.¹⁸⁾ Die beabsichtigten Maßnahmen verursachen im Ergebnis nicht nur eine Umverteilung zulasten der Beitragszahler, sondern auch zulasten der nicht begünstigten Rentner. Im Gesetzentwurf ist bereits anerkannt, dass die Beitragssatzobergrenze von 22% bis 2030 mit den Leistungsausweitungen nicht gehalten werden kann, ohne dass zusätzliche Mittel aus dem Bundeshaushalt fließen. Ob die deshalb ab 2019 eingerechneten Erhöhungen des Bundeszuschusses letztlich ausreichen werden, hängt insbesondere vom tatsächlichen Renteneintrittsverhalten ab. Insgesamt werden durch die beschlossenen Maßnahmen jüngere Generationen und nicht begünstigte Rentner belastet und das ohnehin vorhandene Problem eines rückläufigen Erwerbspersonenpotenzials und einer zunehmenden Belastung mit Sozialversicherungsabgaben verstärkt.

Bundesagentur für Arbeit

Bei der BA gingen im vergangenen Jahr die Einnahmen um fast 13% und die Ausgaben um 6½% zurück. Hierin kommt der finanzielle Verlust durch die Kappung der regelgebundenen Zahlungsströme zwischen BA und Bundeshaushalt (Bundeszuschuss und Eingliederungsbeitrag) zum Ausdruck. Um diese Effekte bereinigt

Per saldo Ergebnisverschlechterung durch Wegfall des regelgebundenen Bundeszuschusses und des Eingliederungsbeitrags

17 Der abschlagsfreie Rentenzugang wird nur bis Ende 2015 bei Vollendung des 63. Lebensjahres gewährt. Ab 2016 steigt das maßgebliche Alter jedes Jahr um 2 Monate. 1964 Geborene können wiederum erst ab 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen – allerdings weiterhin zusätzlich unter Berücksichtigung von Zeiten der Arbeitslosigkeit.

18 Die zusätzlichen Ausgaben machen einen für sich genommen stärkeren Beitragssatzanstieg notwendig. Außerdem steigt der rechnerische Rentnerquotient, weil die Zahl der dafür maßgeblichen „Äquivalenzrentner“ mittels Division der gesamten (höheren) Rentenausgaben durch die (nicht unmittelbar beeinflusste) Eckrente des Durchschnittsverdieners mit 45 Beitragsjahren ermittelt wird und bei früherem Renteneintritt zugleich die Zahl der Beitragszahler sinkt. Beides führt dazu, dass die allgemeinen Rentenanpassungen künftig geringer ausfallen.

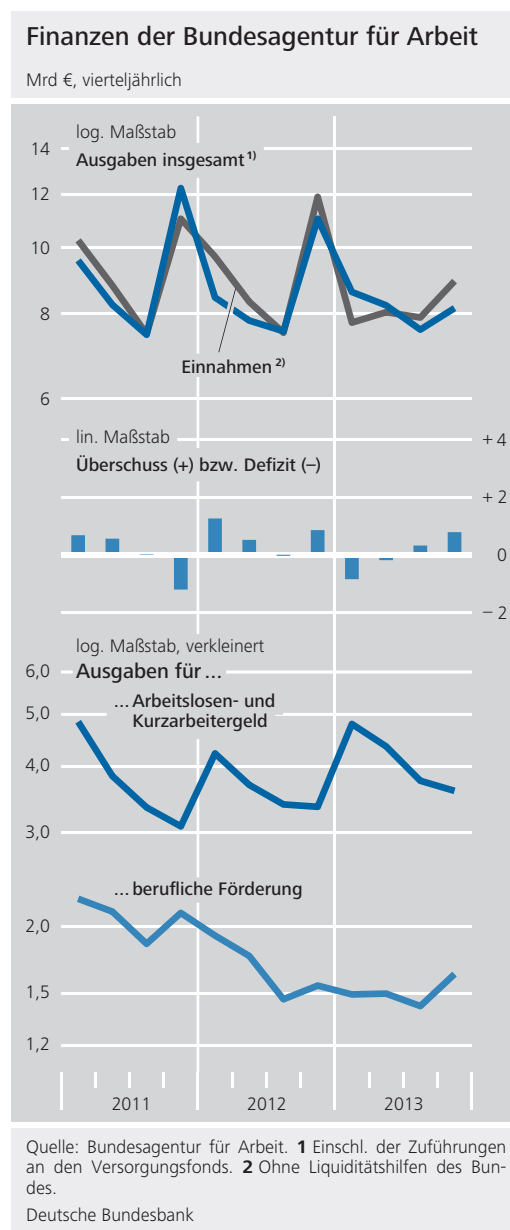
wuchsen die Einnahmen um 7½% und die Ausgaben um 5%. Während der Saldo nach einem Überschuss von 2½ Mrd € im Jahr 2012 nunmehr nur noch leicht positiv war, hätte sich ohne Veränderung der Finanzbeziehungen mit dem Bund eine finanzielle Verbesserung um gut ½ Mrd € ergeben.

*Ausgaben-
 zuwächse
 durch günstige
 Beitrags-
 entwicklung
 aufgefangen*

Die Beitragseinnahmen wuchsen im Jahr 2013 um fast 4% insbesondere aufgrund der günstigen Beschäftigungs- und Entgeltentwicklung. Hinzu kamen beträchtliche Mehreinnahmen aus der Insolvenzgeldumlage, deren Umlage-satz von 0,04% auf 0,15% angehoben worden war. Auf der Ausgabenseite wurden 11½% mehr für das Arbeitslosengeld I aufgewendet. Hierin spiegelt sich insbesondere der Anstieg der Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr wider. Im Jahresverlauf fielen die Vorjahresraten allerdings zunehmend kleiner aus. Dagegen kam es im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik noch einmal zu einem beträchtlichen Rückgang um fast 10%. Allerdings scheint hier die Talsohle erreicht oder sogar bereits durchschritten. So wurde im letzten Quartal 2013 für diese Maßnahmen 5% mehr aufgewendet als vor Jahresfrist.

*Leichter Über-
 schuss im Haus-
 haltsplan 2014,
 aber aus
 heutiger Sicht
 besseres Ergeb-
 nis möglich*

Im Haushaltsplan der BA ist für das Jahr 2014 ein leichter Überschuss ausgewiesen. Veranschlagt sind ein Einnahmenanstieg um 2½% und ein Zuwachs der Ausgaben um gut 2%. Dabei geht die BA von einer Zunahme der beitragspflichtigen Einnahmen von knapp 3% aus. Beim Arbeitslosengeld sind Minderausgaben von 4½% geplant, während die Aufwendungen für die aktive Arbeitsmarktpolitik um beachtliche 12% steigen sollen. Aus heutiger Sicht erscheint eine günstigere Entwicklung bei den Beitragseinnahmen nicht unrealistisch. Außerdem könnten die Ansätze für die berufliche Förderung ebenso wie in den Vorjahren wieder großzügig angesetzt sein. Ein günstiger als geplantes Finanzergebnis scheint daher nicht ausgeschlossen. Grundsätzlich ist aller-



dings die besonders starke Abhängigkeit von konjunkturellen Entwicklungen in Rechnung zu stellen. Auf mittlere Sicht ist die BA mit zusätzlichen Risiken aus dem Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetz konfrontiert. Sollten die erweiterten Möglichkeiten für einen abschlagsfreien Rentenzugang – wie in der Vergangenheit – zu Frühverrentungsmodellen genutzt werden, die einen bis zu zweijährigen Bezug von Arbeitslosengeld I mit dem vorzeitigen Renteneintritt kombinieren, steigen auch die BA-Ausgaben entsprechend an.

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39•
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40•

■ V. Mindestreserven

1. Reservesätze.....	42•
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998.....	42•
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	51•
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren.....	55•

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	56•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	56•

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)	57*
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)	57*
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen	58*
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	58*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern	59*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	59*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung	60*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	60*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	61*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	61*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	61*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten	62*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	63*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	64*
3. Auftragseingang in der Industrie	65*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	66*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen	66*
6. Arbeitsmarkt	67*
7. Preise	68*
8. Einkommen der privaten Haushalte	69*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	69*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	70*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	71*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	72*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	73*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland .	73*
6. Vermögensübertragungen	73*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	74*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998	75*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU	75*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	76*
11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	77*
12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU	77*
13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	78*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)				Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)	gleitender Dreimonats-durchschnitt	MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapital-bildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufs-rendite europäischer Staats-anleihen 8)	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2012 April	2,0	2,5	2,4	2,7	1,4	- 0,1	0,8	0,35	0,74	3,9	
Mai	3,3	2,8	2,9	2,8	1,5	- 0,3	- 0,1	0,34	0,68	4,0	
Juni	3,5	2,9	3,0	3,1	1,5	- 0,4	- 0,3	0,33	0,66	4,0	
Juli	4,6	3,4	3,5	3,1	1,3	- 0,6	- 1,1	0,18	0,50	3,8	
Aug.	4,9	3,1	2,8	3,0	0,8	- 1,0	- 1,2	0,11	0,33	3,7	
Sept.	5,2	3,1	2,8	3,1	0,9	- 0,9	- 1,3	0,10	0,25	3,5	
Okt.	6,4	4,3	3,9	3,5	0,6	- 1,3	- 1,8	0,09	0,21	3,3	
Nov.	6,4	4,4	3,8	3,7	0,5	- 1,3	- 1,8	0,08	0,19	3,2	
Dez.	6,4	4,5	3,5	3,6	0,7	- 0,5	- 1,5	0,07	0,19	3,0	
2013 Jan.	6,5	4,4	3,4	3,3	0,2	- 0,8	- 1,7	0,07	0,20	2,9	
Febr.	7,0	4,2	3,1	3,0	0,1	- 0,7	- 1,6	0,07	0,22	3,0	
März	7,1	4,1	2,5	2,9	0,3	- 0,5	- 1,2	0,07	0,21	2,9	
April	8,6	4,8	3,2	2,8	0,3	- 0,5	- 1,5	0,08	0,21	2,7	
Mai	8,3	4,6	2,8	2,8	0,2	- 0,6	- 1,0	0,08	0,20	2,6	
Juni	7,5	4,3	2,4	2,4	0,1	- 0,6	- 1,0	0,09	0,21	2,9	
Juli	7,0	4,0	2,1	2,3	- 0,4	- 1,1	- 1,0	0,09	0,22	3,0	
Aug.	6,7	4,0	2,3	2,1	- 0,3	- 0,9	- 1,2	0,08	0,23	3,0	
Sept.	6,6	3,8	2,0	1,9	- 0,7	- 1,0	- 1,3	0,08	0,22	3,1	
Okt.	6,5	3,2	1,4	1,6	- 0,9	- 1,3	- 0,9	0,09	0,23	3,0	
Nov.	6,5	3,0	1,5	1,3	- 1,1	- 1,3	- 0,9	0,10	0,22	2,8	
Dez.	5,8	2,5	1,0	...	- 1,8	- 2,0	- 1,2	0,17	0,27	2,9	
2014 Jan.	0,20	0,29	2,8	

1) Quelle: EZB. 2) Saisonbereinigt. 3) Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4) Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs.

5) Euro OverNight Index Average. 6) Euro Interbank Offered Rate. 7) Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43• 8) BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE,FR,NL,BE,AT,FI,IE,PT,ES,IT,GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz					Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €							1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100	
2012 April	+ 5 569	+ 4 244	- 504	+ 9 945	- 3 908	- 3 596	- 2 946	1,3162	99,5	97,1
Mai	- 1 912	+ 6 743	+ 3 701	+ 15 372	+ 12 736	- 22 952	- 1 456	1,2789	98,1	95,6
Juni	+ 22 512	+ 13 747	- 18 822	- 50 075	+ 72 340	- 36 583	- 4 504	1,2526	97,2	94,8
Juli	+ 21 529	+ 14 356	- 12 546	+ 15 659	- 9 596	- 19 106	+ 496	1,2288	95,4	93,1
Aug.	+ 9 708	+ 5 520	- 7 570	+ 22 197	- 12 242	- 15 962	- 1 564	1,2400	95,2	93,0
Sept.	+ 12 254	+ 9 945	- 19 623	- 6 910	- 3 794	- 9 895	+ 976	1,2856	97,2	94,9
Okt.	+ 13 665	+ 10 500	- 27 114	- 50 518	+ 69 534	- 43 485	- 2 644	1,2974	97,8	95,4
Nov.	+ 20 899	+ 13 415	- 34 527	+ 19 156	+ 23 613	- 76 312	- 985	1,2828	97,2	94,8
Dez.	+ 27 328	+ 11 064	- 38 519	+ 3 799	+ 5 186	- 48 284	+ 779	1,3119	98,7	96,2
2013 Jan.	- 6 820	- 2 695	+ 4 699	- 10 901	+ 31 457	- 11 058	- 4 799	1,3288	100,4	97,9
Febr.	+ 9 016	+ 11 220	- 11 069	+ 2 202	- 11 277	- 4 554	+ 2 560	1,3359	101,6	99,0
März	+ 22 401	+ 22 167	- 18 759	- 15 284	+ 4 712	- 10 437	+ 2 251	1,2964	100,2	97,8
April	+ 14 797	+ 16 341	- 20 663	- 18 550	- 5 845	+ 3 773	- 41	1,3026	100,5	97,8
Mai	+ 11 311	+ 16 906	- 12 709	- 16 578	+ 29 627	- 25 204	- 555	1,2982	100,5	98,0
Juni	+ 30 027	+ 18 008	- 25 457	- 20 481	+ 42 730	- 47 116	- 591	1,3189	101,6	98,8
Juli	+ 24 013	+ 18 837	- 25 781	+ 7 889	- 34 483	+ 574	+ 239	1,3080	101,5	98,8
Aug.	+ 10 180	+ 7 107	- 10 214	- 969	+ 23 776	- 31 053	- 1 968	1,3310	102,2	99,5
Sept.	+ 14 715	+ 13 516	- 22 270	- 34 690	+ 20 190	- 6 640	- 1 130	1,3348	102,0	99,0
Okt.	+ 26 611	+ 19 223	- 27 533	- 1 677	+ 4 849	- 31 560	+ 855	1,3635	102,8	p) 99,6
Nov.	+ 27 372	+ 18 786	- 29 325	- 12 600	+ 48 768	- 65 676	+ 183	1,3493	102,6	p) 99,4
Dez.	1,3704	103,9	p) 100,9
2014 Jan.	1,3610	103,4	p) 100,5

* Quelle: EZB. 1) Siehe auch Tab. XII.12 und 13, S. 77•/ 78• 2) Einschl. Finanzderivate. 3) Gegenüber den Währungen der EWK-20-Gruppe. 4) Abweichend vom Standard werden die realen effektiven Wechselkurse des Euro auf Basis der Verbraucherpreisindizes für die EWU ohne Lettland berechnet. Der Deflator HVPI(EWU-18) ist noch nicht verfügbar. Der (lettische) Lats ist im Währungskorb der Partnerländer enthalten.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾										
2011	1,6	1,8	3,3	9,6	2,8	2,0	- 7,1	2,2	0,5	5,3
2012	- 0,7	- 0,1	0,7	3,9	- 1,0	0,0	- 6,4	0,2	- 2,5	5,2
2013	0,4
2012 2.Vj.	- 0,5	- 0,1	0,6	2,5	- 0,7	- 0,3	- 6,4	0,4	- 3,0	4,9
3.Vj.	- 0,7	- 0,2	0,4	3,5	- 1,5	- 0,1	- 6,7	- 0,5	- 2,9	4,6
4.Vj.	- 1,0	- 0,6	0,0	4,9	- 2,4	- 0,2	- 5,7	- 1,0	- 2,8	4,6
2013 1.Vj.	- 1,2	- 0,5	- 1,6	1,3	- 3,3	- 0,9	- 5,5	- 1,8	- 2,8	3,8
2.Vj.	- 0,6	0,1	0,9	1,1	- 0,8	0,5	- 3,7	- 1,6	- 2,5	4,3
3.Vj.	- 0,3	0,4	1,1	0,7	- 1,0	0,5	- 3,0	1,7	- 1,6	4,5
Industrieproduktion ¹⁾³⁾										
2011	3,4	4,4	7,2	19,7	2,1	2,3	- 8,0	0,0	1,1	8,8
2012	- 2,5	- 3,3	4) - 0,3	0,3	- 1,5	- 2,7	- 3,7	- 1,3	- 6,5	6,2
2013	- 0,8	...	5)p) - 0,0	3,4	- 3,7	- 0,5	p) - 3,6	p) - 1,8	- 2,9	- 0,4
2012 3.Vj.	- 2,3	- 3,4	- 0,7	0,1	- 1,1	- 2,1	- 3,2	- 3,3	- 5,1	5,9
4.Vj.	- 3,3	- 1,8	- 2,1	1,7	- 0,2	- 3,2	- 0,5	- 6,6	- 7,0	5,7
2013 1.Vj.	- 2,2	- 3,2	- 2,0	5,0	- 3,7	- 1,7	- 3,2	- 2,9	- 4,3	- 1,0
2.Vj.	- 1,0	1,2	- 0,4	4,7	- 6,6	0,7	- 1,5	- 2,5	- 3,7	- 0,1
3.Vj.	- 1,1	0,8	- 0,2	2,6	- 1,8	- 1,4	- 6,0	- 0,6	- 3,8	0,2
4.Vj.	1,3	...	5)p) 2,6	1,5	- 2,6	0,4	p) - 3,5	p) - 1,1	0,1	- 0,6
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁶⁾										
2011	80,7	80,5	86,1	73,3	80,5	83,4	67,9	-	72,6	67,6
2012	78,9	77,7	83,5	70,2	78,8	82,2	64,9	-	70,1	70,8
2013	78,0	76,6	82,1	71,3	78,4	80,9	65,0	-	70,1	72,0
2012 4.Vj.	77,2	76,6	80,7	70,1	77,4	80,4	65,1	-	69,0	71,6
2013 1.Vj.	77,6	75,5	82,2	70,5	78,3	82,3	65,3	-	68,5	72,1
2.Vj.	77,5	76,4	81,5	70,8	77,4	80,9	64,0	-	68,4	72,0
3.Vj.	78,3	76,4	82,5	71,5	80,3	80,8	64,9	-	71,3	71,8
4.Vj.	78,4	78,2	82,3	72,5	77,5	79,6	65,9	-	72,2	72,2
2014 1.Vj.	80,0	79,5	83,3	72,3	79,1	81,5	65,9	-	72,5	72,1
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁷⁾⁸⁾										
2011	10,1	7,2	6,0	12,5	7,8	9,6	17,7	14,7	8,4	16,2
2012	11,4	7,6	5,5	10,2	7,7	10,2	24,3	14,7	10,7	15,0
2013	12,1	8,4	5,3	...	8,2	10,8	...	13,1
2013 Juli	12,1	8,5	5,2	8,1	8,1	10,9	27,6	13,1	12,1	12,1
Aug.	12,1	8,5	5,2	8,5	8,2	10,8	27,6	12,7	12,4	12,1
Sept.	12,1	8,4	5,4	8,9	8,2	10,9	27,7	12,6	12,5	12,1
Okt.	12,0	8,4	5,3	9,1	8,3	10,8	27,8	12,4	12,5	...
Nov.	12,0	8,4	5,2	9,3	8,4	10,8	...	12,3	12,8	...
Dez.	12,0	8,4	5,1	...	8,4	10,8	...	12,1	12,7	...
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
2011	9) 2,7	3,4	2,5	5,1	3,3	2,3	3,1	1,2	2,9	4,2
2012	2,5	2,6	2,1	4,2	3,2	2,2	1,0	1,9	3,3	2,3
2013	1,4	1,2	1,6	3,2	2,2	1,0	- 0,9	0,5	1,3	0,0
2013 Aug.	1,3	1,1	1,6	3,6	2,0	1,0	- 1,0	0,0	1,2	- 0,1
Sept.	1,1	1,0	1,6	2,6	1,8	1,0	- 1,0	0,0	0,9	- 0,4
Okt.	0,7	0,7	1,2	2,2	1,7	0,7	- 1,9	- 0,1	0,8	0,0
Nov.	0,9	0,9	1,6	2,1	1,8	0,8	- 2,9	0,3	0,7	- 0,3
Dez.	0,8	1,2	1,2	2,0	1,9	0,8	- 1,8	0,4	0,7	- 0,4
2014 Jan.	10)s) 0,7	...	1,2	s) 0,6	...
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹¹⁾										
2010	- 6,2	- 3,7	- 4,2	0,2	- 2,5	- 7,1	- 10,7	- 30,6	- 4,5	- 8,1
2011	- 4,1	- 3,7	- 0,8	1,1	- 0,7	- 5,3	- 9,5	- 13,1	- 3,8	- 3,6
2012	- 3,7	- 4,0	0,1	- 0,2	- 1,8	- 4,8	- 9,0	- 8,2	- 3,0	- 1,3
Staatliche Verschuldung ¹¹⁾										
2010	85,4	95,7	82,5	6,7	48,7	82,4	148,3	91,2	119,3	44,4
2011	87,3	98,0	80,0	6,1	49,2	85,8	170,3	104,1	120,7	41,9
2012	90,6	99,8	81,0	9,8	53,6	90,2	156,9	117,4	127,0	40,6

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig.
1 Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt der EWU aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und

Energie; arbeitstäglich bereinigt. **4** Positiv beeinflusst durch Nachmeldungen. **5** Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung sowie der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe. **6** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt;

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾									
1,9	1,7	0,9	2,8	1,2	3,0	0,7	0,1	0,4	2011
- 0,2	0,9	- 1,2	0,9	- 3,2	1,8	- 2,5	- 1,6	- 2,4	2012
...	2013
0,0	1,4	- 0,7	- 0,3	- 4,1	2,3	- 3,5	- 1,7	- 2,5	2012 2.Vj.
- 0,5	1,0	- 1,7	0,5	- 2,4	1,9	- 3,0	- 1,7	- 1,9	3.Vj.
0,4	1,9	- 1,5	1,3	- 5,5	0,4	- 3,3	- 1,9	- 3,6	4.Vj.
0,7	1,5	- 1,8	- 0,3	- 4,7	0,5	- 4,6	- 2,5	- 5,1	2013 1.Vj.
2,8	3,3	- 1,7	0,0	- 2,4	0,8	- 1,5	- 1,8	- 6,0	2.Vj.
2,7	1,9	- 0,4	0,5	- 1,7	0,9	- 0,6	- 0,7	- 5,3	3.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾³⁾									
2,0	-	- 0,7	6,8	1,0	5,5	1,9	- 1,7	- 8,5	2011
- 3,8	-	- 0,5	0,2	- 6,1	8,0	- 0,6	- 6,9	- 9,2	2012
...	-	p) 0,7	...	0,9	...	p) - 0,7	p) - 1,8	...	2013
- 4,3	-	- 2,3	0,0	- 3,8	11,6	0,4	- 6,8	- 5,0	2012 3.Vj.
- 3,6	-	0,4	- 0,9	- 5,2	4,3	- 2,3	- 7,3	- 10,6	4.Vj.
- 6,9	-	2,2	0,5	- 1,4	2,6	- 1,1	- 4,0	- 14,5	2013 1.Vj.
- 6,5	-	0,2	0,2	- 1,9	2,8	- 1,9	- 2,6	- 12,9	2.Vj.
- 2,3	-	- 0,4	0,3	- 1,4	4,8	- 1,7	- 0,9	- 11,3	3.Vj.
...	-	p) 0,4	...	4,5	...	p) 1,9	p) 0,8	...	4.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁶⁾									
83,2	78,7	80,3	85,4	74,4	61,6	80,4	73,3	61,4	2011
76,4	75,2	78,4	84,6	73,8	69,6	79,1	72,1	56,5	2012
64,5	77,0	76,7	83,6	73,5	60,6	78,3	73,3	49,3	2013
65,7	74,3	77,0	83,6	72,6	68,4	76,6	72,5	53,7	2012 4.Vj.
66,9	77,2	77,0	84,9	73,5	60,7	77,8	68,7	52,2	2013 1.Vj.
62,3	76,2	75,9	83,5	73,9	72,3	78,4	74,6	43,7	2.Vj.
63,1	76,1	76,6	83,5	73,2	55,2	78,2	76,2	50,5	3.Vj.
65,8	78,4	77,4	82,6	73,2	54,0	78,6	73,5	50,8	4.Vj.
67,7	80,2	79,7	84,1	76,3	57,6	79,7	77,0	52,5	2014 1.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁷⁾⁸⁾									
4,8	6,5	4,4	4,2	12,9	13,7	8,2	21,7	7,9	2011
5,1	6,4	5,3	4,3	15,9	14,0	8,9	25,0	11,9	2012
5,9	6,5	6,7	...	16,5	14,2	10,2	26,4	16,0	2013
6,0	6,5	7,0	4,8	16,2	14,3	10,0	26,5	16,1	2013 Juli
5,9	6,5	7,0	5,0	16,0	14,3	9,8	26,5	16,7	Aug.
6,0	6,6	7,0	4,9	15,8	14,3	9,7	26,4	16,9	Sept.
6,0	6,7	7,0	4,8	15,6	14,1	9,7	26,3	17,2	Okt.
6,1	6,5	6,9	4,8	15,5	14,0	9,9	26,1	17,3	Nov.
6,2	6,7	7,0	4,9	15,4	13,8	10,1	25,8	17,5	Dez.
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
3,7	2,5	2,5	3,6	3,6	4,1	2,1	3,1	3,5	2011
2,9	3,2	2,8	2,6	2,8	3,7	2,8	2,4	3,1	2012
1,7	1,0	2,6	p) 2,1	0,4	1,5	1,9	1,5	0,4	2013
1,7	0,7	2,8	2,0	0,2	1,4	2,2	1,6	0,1	2013 Aug.
1,5	0,6	2,4	1,8	0,3	1,1	1,5	0,5	0,3	Sept.
1,0	0,5	1,3	1,5	0,0	0,7	1,1	0,0	- 0,5	Okt.
1,1	0,3	1,2	1,5	0,1	0,5	1,2	0,3	- 0,8	Nov.
1,5	1,0	1,4	p) 2,0	0,2	0,4	0,9	0,3	- 1,3	Dez.
...	2014 Jan.
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹¹⁾									
- 0,8	- 3,5	- 5,1	- 4,5	- 9,8	- 7,7	- 5,9	- 9,6	- 5,3	2010
0,1	- 2,8	- 4,3	- 2,5	- 4,3	- 5,1	- 6,3	- 9,6	- 6,3	2011
- 0,6	- 3,3	- 4,1	- 2,5	- 6,4	- 4,5	- 3,8	- 10,6	- 6,4	2012
Staatliche Verschuldung ¹¹⁾									
19,5	66,8	63,4	72,3	94,0	41,0	38,7	61,7	61,3	2010
18,7	69,5	65,7	72,8	108,2	43,4	47,1	70,5	71,5	2011
21,7	71,3	71,3	74,0	124,1	52,4	54,4	86,0	86,6	2012

Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. EWU einschl. Lettland. **7** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. **8** Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungswerten des

Statistischen Bundesamtes. **9** Ab 2011 einschl. Estland. **10** Ab 2014 einschl. Lettland. **11** In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank (ESVG 1995), Mitgliedstaaten: Europäische Kommission (Maastricht-Definition).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *)

a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2012 Mai	23,3	- 7,4	- 10,2	30,7	29,0	13,8	27,3	13,5	- 41,8	- 32,5	- 0,9	- 23,2	14,8
Juni	8,3	- 35,3	- 59,6	43,6	18,3	20,6	- 82,0	- 102,6	10,9	- 12,4	- 1,0	- 13,0	37,4
Juli	- 33,9	- 17,7	- 42,4	- 16,2	- 15,4	9,6	6,3	- 3,3	- 33,3	- 53,4	- 1,1	6,5	14,6
Aug.	- 77,5	- 60,6	- 15,2	- 16,9	- 7,6	22,0	- 23,8	- 45,8	3,3	2,9	- 1,3	- 1,0	2,7
Sept.	65,4	32,4	- 3,6	33,0	30,7	- 6,6	- 41,2	- 34,5	- 0,4	- 7,6	- 1,4	- 3,7	12,3
Okt.	- 4,7	- 20,5	- 6,1	15,8	1,1	20,5	7,3	- 13,2	- 25,0	- 12,6	- 0,7	- 12,7	0,9
Nov.	13,9	- 3,7	- 0,5	17,7	27,2	64,5	- 12,4	- 76,8	- 2,5	- 4,6	- 0,7	- 1,4	4,2
Dez.	- 70,9	- 5,5	66,7	- 65,4	- 50,6	32,6	- 89,5	- 122,1	16,1	- 4,2	- 1,8	- 19,5	41,7
2013 Jan.	48,0	17,4	- 2,5	30,6	26,5	32,4	60,3	27,9	- 6,1	- 4,3	- 1,0	- 7,1	6,3
Febr.	- 5,0	- 9,6	- 3,4	4,6	43,8	- 10,5	- 10,6	- 0,1	- 4,6	- 8,4	- 2,0	- 1,0	6,9
März	65,7	30,4	24,1	35,4	29,8	11,4	- 42,1	- 53,6	- 6,0	16,7	- 1,5	- 32,4	11,2
April	10,1	8,9	33,9	1,2	- 8,8	- 6,0	58,9	65,0	- 25,0	- 7,6	- 1,9	- 15,8	0,3
Mai	9,9	- 16,6	0,3	26,4	52,0	77,7	0,1	- 77,6	- 5,5	4,6	- 2,1	- 19,5	11,5
Juni	- 2,4	- 30,8	- 25,0	28,4	36,4	35,9	- 56,6	- 92,5	13,4	- 0,8	- 1,3	- 22,4	37,9
Juli	- 122,8	- 85,6	- 12,4	- 37,3	- 39,6	- 1,9	- 27,9	- 26,0	- 34,6	- 4,3	- 1,0	- 26,6	- 2,7
Aug.	- 52,5	- 34,8	- 6,0	- 17,8	- 2,8	34,0	- 15,9	- 49,8	- 8,8	- 6,5	- 0,2	- 13,6	11,5
Sept.	0,4	16,5	- 2,0	- 16,1	- 16,3	22,9	- 31,9	- 54,8	- 10,0	- 3,9	- 2,1	- 2,1	- 1,8
Okt.	- 42,4	- 60,2	- 26,3	17,8	5,3	36,1	66,6	30,5	10,0	2,5	- 0,5	15,2	- 7,3
Nov.	- 27,4	- 0,6	- 1,7	- 26,8	- 8,2	52,1	7,6	- 44,6	- 2,5	1,7	- 0,3	- 2,3	- 1,6
Dez.	- 171,4	- 98,4	- 40,4	- 73,0	- 71,0	76,5	- 83,9	- 160,3	- 11,3	- 9,7	- 0,5	- 6,6	5,5

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2012 Mai	- 33,7	- 25,5	- 20,6	- 8,2	- 2,7	- 21,2	- 5,0	16,2	- 12,6	- 3,0	- 0,8	- 6,0	- 2,7
Juni	10,1	- 7,5	- 9,2	17,6	7,0	- 27,1	- 28,9	- 1,8	1,7	- 3,0	- 1,0	- 1,3	7,0
Juli	29,8	34,2	- 0,6	- 4,5	- 0,4	- 16,1	1,5	17,6	- 5,5	- 4,9	- 0,8	- 2,2	2,5
Aug.	- 4,1	0,6	1,6	- 4,7	2,1	- 7,0	13,2	20,2	- 5,0	- 1,9	- 1,4	- 2,4	0,7
Sept.	7,3	2,3	5,0	5,1	6,1	52,6	7,0	- 45,7	- 5,7	- 3,2	- 1,6	- 1,4	0,5
Okt.	18,7	8,2	- 5,0	10,5	3,2	10,1	0,9	- 9,2	- 14,0	- 8,9	- 0,7	- 3,8	- 0,6
Nov.	- 5,2	- 4,1	0,8	- 1,2	5,0	23,7	- 7,2	- 30,9	- 12,5	- 5,4	- 1,3	- 5,4	- 0,4
Dez.	- 50,5	- 32,0	- 2,8	- 18,5	- 7,0	53,7	- 20,2	- 73,9	- 12,5	- 1,0	- 1,6	- 10,6	0,8
2013 Jan.	34,9	34,0	10,6	0,9	- 1,0	- 13,7	- 2,1	11,6	- 7,9	- 2,0	- 1,8	- 4,9	0,8
Febr.	- 8,7	- 2,0	- 3,5	- 6,7	- 1,8	4,4	- 3,2	- 7,6	- 2,8	- 4,4	- 1,5	1,4	1,8
März	- 2,4	0,7	7,9	- 3,0	- 0,7	16,7	- 3,4	- 20,1	- 7,2	- 0,9	- 0,8	- 10,8	5,3
April	26,3	16,3	17,2	10,0	- 0,7	5,0	6,1	1,2	- 5,2	- 4,4	- 1,5	- 2,6	3,3
Mai	- 22,9	- 11,7	- 14,2	- 11,2	- 0,5	21,9	- 2,0	- 23,9	- 11,0	- 0,9	- 2,0	- 11,5	3,4
Juni	0,2	3,6	- 6,1	- 3,4	- 0,4	- 0,3	- 8,3	- 8,0	- 2,4	- 1,0	- 0,9	- 8,7	8,2
Juli	- 3,0	- 12,8	0,8	9,8	4,8	- 3,8	- 9,7	- 5,9	- 14,0	- 4,9	- 1,0	- 7,6	- 0,5
Aug.	- 13,5	- 9,5	- 2,0	- 4,1	1,9	1,2	- 13,4	- 14,6	- 10,1	- 4,3	- 0,9	- 5,1	0,2
Sept.	- 3,7	2,4	1,3	- 6,1	- 5,1	22,3	- 17,6	- 39,9	- 1,1	- 3,9	- 0,8	3,3	0,2
Okt.	9,4	- 0,6	0,3	10,1	2,3	22,3	25,8	3,5	- 4,2	- 3,4	- 0,1	- 0,6	- 0,1
Nov.	5,1	8,0	1,7	- 2,9	1,8	14,6	16,1	1,6	- 1,5	- 0,7	- 0,0	- 1,3	0,5
Dez.	- 16,8	- 8,1	- 6,1	- 8,7	- 2,2	40,7	- 25,4	- 66,0	- 6,3	- 1,5	- 0,2	- 5,5	0,9

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). 1 Quelle: EZB. 2 Abzüglich Bestand der MFIs. 3 Nach Abzug der Inter-

MFI-Beteiligungen. 4 Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). 6 In Deutschland nur Spareinlagen. 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. 8 Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)		
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)					
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
26,2	27,2	-	25,5	19,8	39,1	8,7	30,4	- 25,9	6,6	27,3	12,6	6,4	2012 Mai	
17,2	- 35,2	-	36,0	59,0	74,3	11,4	62,9	- 21,9	6,6	0,0	- 23,3	6,7	Juni	
- 32,6	15,6	-	26,0	20,3	22,7	3,8	19,0	- 8,0	5,6	4,6	- 1,3	2,0	Juli	
- 39,6	- 8,0	-	11,3	- 3,6	1,8	- 1,3	3,1	- 13,7	8,3	- 13,5	4,3	- 10,4	Aug.	
33,5	7,8	-	17,8	43,1	47,2	- 3,5	50,7	- 6,3	2,2	14,2	- 20,7	- 4,2	Sept.	
- 22,8	6,6	-	57,0	63,7	34,1	- 2,4	36,5	18,3	11,3	- 20,7	5,3	- 5,1	Okt.	
40,5	33,1	-	7,3	29,6	35,4	- 0,2	35,5	- 13,9	8,1	7,6	- 1,2	- 19,6	Nov.	
- 60,6	- 50,3	-	56,5	95,8	82,9	12,7	70,2	- 12,3	25,2	- 42,3	- 26,9	- 6,1	Dez.	
33,9	77,1	-	24,5	- 35,2	- 53,8	- 19,8	- 34,0	- 5,4	24,1	11,8	7,2	- 6,6	2013 Jan.	
5,7	- 18,1	-	1,4	10,0	5,2	- 1,2	6,4	- 3,4	8,2	28,0	6,3	- 13,3	Febr.	
10,6	27,9	-	44,6	57,9	47,1	11,7	35,4	5,1	5,6	24,2	- 5,9	- 5,4	März	
- 50,6	21,8	-	57,9	54,1	73,9	7,2	66,7	- 26,5	6,7	- 11,4	- 0,4	1,4	April	
62,6	29,5	-	1,0	11,4	25,6	4,9	20,8	- 17,2	3,0	10,9	- 3,4	- 7,4	Mai	
30,3	- 3,6	-	6,5	25,8	45,3	6,3	39,0	- 19,2	0,2	22,9	- 19,6	- 2,1	Juni	
- 26,1	- 57,5	-	6,5	- 7,2	- 8,5	6,9	- 15,4	- 2,1	3,5	- 47,5	- 1,1	- 6,7	Juli	
- 55,7	13,6	-	32,3	26,9	25,5	1,4	24,1	- 0,2	1,6	4,9	9,5	1,1	Aug.	
11,2	55,8	-	33,8	- 1,3	23,0	- 0,2	23,2	- 18,5	- 5,7	- 7,2	- 26,4	6,5	Sept.	
- 28,0	- 4,2	-	15,8	22,1	38,6	3,9	34,6	- 9,4	- 7,1	- 8,2	1,3	- 12,3	Okt.	
18,4	- 19,2	-	28,1	33,9	47,1	5,4	41,7	- 15,1	1,9	1,2	- 0,9	- 4,2	Nov.	
- 49,5	- 20,9	-	13,2	19,9	20,1	17,9	2,2	- 1,2	1,0	- 10,8	- 13,6	- 13,8	Dez.	

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
				Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)				
-	0,0	- 62,6	1,7	2,1	20,3	17,2	2,9	0,1	5,3	0,0	-	5,1	2012 Mai
1,7	- 36,9	1,7	2,8	16,5	18,0	6,6	0,1	- 9,4	0,2	-	1,0	1,0	Juni
- 5,2	- 5,9	3,5	1,7	30,3	20,4	- 0,8	0,8	7,6	0,0	2,3	1,6	2,3	Juli
- 1,1	- 15,8	3,9	- 0,9	10,8	12,4	- 2,1	0,9	1,7	- 0,4	-	1,6	1,6	Aug.
1,0	62,5	3,4	- 1,2	2,1	23,9	- 13,5	0,3	- 10,1	- 0,2	-	1,7	1,7	Sept.
- 2,1	- 11,2	2,8	- 0,3	56,1	55,8	- 11,1	0,2	9,9	0,4	1,1	1,1	1,1	Okt.
1,3	12,0	2,6	- 0,1	17,5	25,9	- 9,0	0,5	- 0,8	- 0,0	1,1	1,1	1,1	Nov.
- 2,6	71,8	3,0	2,0	- 53,4	- 7,0	- 24,2	6,3	- 26,5	0,2	-	2,2	2,2	Dez.
0,9	40,4	- 0,9	- 3,6	- 12,1	- 1,9	- 10,2	0,9	2,7	0,1	- 3,6	2013 Jan.		
- 2,9	- 12,4	2,0	- 0,6	13,8	2,5	- 8,3	1,4	16,6	0,3	1,5	1,5	Febr.	
- 1,7	35,1	2,4	2,5	- 11,8	- 10,3	3,6	- 1,4	- 2,7	0,1	- 1,1	1,1	März	
- 2,7	6,2	0,3	2,5	33,1	30,2	- 1,3	- 0,6	1,9	0,6	2,2	2,2	2,2	April
5,0	1,0	2,9	0,7	4,0	5,4	0,1	0,4	- 0,9	- 0,0	- 0,9	0,9	0,9	Mai
1,1	- 4,6	1,3	1,7	5,7	- 0,6	- 5,7	- 0,2	15,4	- 0,5	- 2,7	2,7	2,7	Juni
- 1,8	23,1	3,3	1,4	- 14,1	9,1	- 3,0	- 0,6	- 23,5	- 0,0	3,9	3,9	3,9	Juli
- 8,9	3,4	3,4	- 0,4	3,2	13,0	2,4	0,2	9,4	0,0	- 3,0	3,0	3,0	Aug.
1,1	14,2	3,2	0,2	4,5	12,9	- 6,5	- 0,3	0,7	- 0,5	- 1,8	1,8	1,8	Sept.
- 3,3	7,0	2,2	0,6	32,2	27,1	- 0,7	0,0	4,0	- 0,3	2,1	2,1	2,1	Okt.
0,5	18,8	1,5	1,4	1,8	10,4	- 1,9	- 0,0	- 3,5	- 0,1	- 3,0	3,0	3,0	Nov.
2,6	31,1	2,5	3,7	- 3,5	- 13,6	7,1	4,1	2,9	- 0,0	- 4,0	4,0	4,0	Dez.

9) Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10) Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11) Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva										Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Unternehmen und Privatpersonen						
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)		
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)										
841,4	10 536,4	9 961,3	10 007,8	3 722,8	1 437,6	312,5	2 509,9	1 915,2	109,8	2011 Nov.
857,5	10 626,2	10 052,5	10 119,6	3 800,1	1 446,8	310,5	2 524,5	1 928,2	109,4	Dez.
843,0	10 678,5	10 051,3	10 103,0	3 765,6	1 445,1	315,4	2 523,6	1 944,9	108,5	2012 Jan.
842,5	10 704,6	10 055,2	10 101,9	3 735,2	1 464,1	325,6	2 517,3	1 951,1	108,5	Febr.
844,9	10 731,4	10 103,4	10 128,0	3 775,3	1 469,1	323,2	2 491,4	1 960,9	108,1	März
847,6	10 689,9	10 094,3	10 126,9	3 783,4	1 468,8	312,1	2 489,2	1 965,2	108,2	April
856,3	10 707,2	10 079,2	10 101,9	3 811,1	1 440,0	312,0	2 459,7	1 971,8	107,4	Mai
867,7	10 754,8	10 113,1	10 103,6	3 869,9	1 411,5	304,0	2 433,6	1 978,1	106,6	Juni
871,5	10 686,7	10 067,8	10 064,9	3 886,4	1 405,2	302,9	2 381,5	1 983,4	105,5	Juli
870,2	10 643,2	10 063,2	10 071,1	3 896,1	1 391,5	301,5	2 384,1	1 993,5	104,4	Aug.
866,7	10 716,2	10 109,3	10 110,9	3 940,3	1 390,3	300,8	2 381,1	1 995,3	103,1	Sept.
864,3	10 745,5	10 155,5	10 153,9	3 965,2	1 405,5	306,6	2 368,1	2 005,9	102,5	Okt.
864,1	10 807,6	10 183,5	10 170,2	3 994,2	1 386,1	309,5	2 365,1	2 013,4	101,9	Nov.
876,8	10 810,1	10 247,7	10 270,3	4 061,9	1 392,7	312,8	2 359,7	2 042,8	100,5	Dez.
857,0	10 822,1	10 225,5	10 254,3	4 036,7	1 380,3	319,7	2 354,8	2 064,1	98,6	2013 Jan.
855,8	10 837,2	10 222,0	10 263,4	4 048,6	1 367,3	330,8	2 347,7	2 072,3	96,7	Febr.
867,5	10 916,1	10 288,9	10 326,7	4 091,0	1 357,1	339,8	2 365,2	2 078,3	95,3	März
874,7	10 895,6	10 325,7	10 355,2	4 148,2	1 320,3	350,5	2 358,6	2 084,1	93,5	April
879,6	10 967,2	10 332,7	10 351,8	4 160,8	1 285,3	363,8	2 363,4	2 087,1	91,5	Mai
885,9	11 011,1	10 339,9	10 357,0	4 192,1	1 256,1	371,2	2 360,0	2 087,3	90,4	Juni
892,8	10 958,4	10 321,6	10 341,9	4 181,9	1 243,1	383,2	2 354,1	2 090,2	89,4	Juli
894,2	10 923,1	10 336,7	10 362,4	4 208,9	1 240,8	385,7	2 346,5	2 091,3	89,2	Aug.
894,0	10 924,4	10 323,1	10 347,9	4 227,6	1 212,3	392,3	2 342,9	2 085,6	87,2	Sept.
897,9	10 915,7	10 342,9	10 373,1	4 264,1	1 193,2	405,4	2 344,7	2 078,9	86,8	Okt.
903,4	10 962,3	10 370,3	10 390,1	4 295,5	1 162,8	419,3	2 345,6	2 080,3	86,7	Nov.
921,2	10 895,4	10 347,9	10 396,4	4 307,6	1 153,6	430,4	2 334,6	2 083,8	86,4	Dez.
Deutscher Beitrag (Mrd €)										
209,1	3 030,2	2 954,6	2 858,9	1 128,2	272,4	44,5	801,4	510,4	102,0	2011 Nov.
212,6	3 038,9	2 962,5	2 867,9	1 130,2	276,1	44,9	799,8	515,8	101,2	Dez.
209,6	3 040,0	2 961,3	2 864,8	1 130,9	274,7	44,8	796,2	518,1	100,3	2012 Jan.
209,4	3 049,0	2 965,8	2 864,0	1 138,8	265,6	45,4	793,2	521,0	100,0	Febr.
209,3	3 041,1	2 968,3	2 857,2	1 143,7	259,8	44,8	788,4	521,4	99,2	März
210,3	3 054,1	2 981,2	2 867,5	1 156,8	260,2	44,1	787,2	520,2	98,9	April
212,3	3 072,2	2 998,5	2 874,4	1 170,8	257,5	43,8	784,0	520,2	98,1	Mai
215,2	3 094,3	3 019,5	2 863,0	1 182,2	252,1	43,4	768,1	520,1	97,1	Juni
216,9	3 104,4	3 034,0	2 878,4	1 205,8	249,6	43,0	763,1	520,7	96,2	Juli
215,9	3 111,3	3 040,9	2 888,5	1 220,9	247,7	42,4	761,2	521,5	94,8	Aug.
214,7	3 117,3	3 045,7	2 891,7	1 237,8	239,2	41,8	757,8	521,9	93,3	Sept.
214,4	3 150,2	3 077,3	2 926,3	1 291,6	229,9	41,2	749,0	522,0	92,5	Okt.
214,2	3 162,1	3 088,7	2 929,4	1 311,1	220,5	40,6	743,5	522,4	91,2	Nov.
216,3	3 131,3	3 060,2	2 930,4	1 307,2	222,8	40,0	742,2	528,6	89,6	Dez.
212,7	3 116,1	3 045,2	2 928,9	1 315,4	216,1	39,6	740,4	529,6	87,8	2013 Jan.
212,1	3 103,6	3 034,1	2 921,3	1 320,1	209,7	38,4	736,0	530,9	86,2	Febr.
214,7	3 093,1	3 026,7	2 905,9	1 311,8	207,3	37,1	734,8	529,5	85,4	März
217,1	3 112,2	3 047,8	2 928,5	1 340,3	208,8	36,1	730,7	528,9	83,8	April
217,9	3 120,7	3 051,1	2 925,7	1 343,8	205,7	35,4	730,0	529,0	81,8	Mai
219,6	3 113,0	3 041,2	2 911,2	1 340,2	198,5	34,3	728,4	528,8	81,0	Juni
221,0	3 110,3	3 040,5	2 916,4	1 353,3	198,9	33,3	722,9	528,2	79,9	Juli
220,7	3 111,9	3 051,4	2 924,9	1 365,3	200,3	32,8	719,1	528,4	79,0	Aug.
220,9	3 115,2	3 051,4	2 926,9	1 378,4	193,3	32,5	716,4	528,1	78,2	Sept.
221,5	3 134,5	3 075,3	2 955,7	1 408,4	195,1	32,9	713,0	528,1	78,1	Okt.
222,9	3 142,9	3 081,9	2 956,1	1 415,6	188,8	33,3	712,2	528,1	78,1	Nov.
226,6	3 140,9	3 075,9	2 955,8	1 403,8	197,6	33,6	710,9	532,2	77,8	Dez.

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosistem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosistem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	
Eurosystem 2)										
2013 Mai 31.	2 549,4	435,3	255,1	86,4	168,7	27,3	19,9	19,9	-	
Juni 7.	2 546,6	435,3	255,1	86,7	168,4	28,2	18,9	18,9	-	
14.	2 550,7	435,3	255,6	87,1	168,6	29,3	18,3	18,3	-	
21.	2 545,3	435,3	256,2	86,9	169,3	29,3	18,3	18,3	-	
28.	2 430,4	320,0	247,6	85,3	162,3	27,5	18,1	18,1	-	
Juli 5.	2 420,3	320,0	248,0	85,3	162,7	26,4	20,4	20,4	-	
12.	2 403,3	320,0	248,3	85,3	163,0	26,6	21,6	21,6	-	
19.	2 399,0	320,0	247,2	85,1	162,1	26,2	20,7	20,7	-	
26.	2 396,2	320,0	247,7	85,1	162,6	25,9	20,8	20,8	-	
Aug. 2.	2 391,1	320,0	247,3	85,3	162,0	25,8	21,7	21,7	-	
9.	2 379,3	320,0	250,1	85,6	164,5	24,2	20,8	20,8	-	
16.	2 368,5	320,0	250,1	84,7	165,4	22,7	21,9	21,9	-	
23.	2 360,8	320,0	250,4	84,7	165,8	22,8	22,3	22,3	-	
30.	2 360,6	320,0	249,6	84,6	165,1	24,0	22,3	22,3	-	
Sept. 6.	2 356,7	320,0	251,4	84,7	166,8	23,2	22,3	22,3	-	
13.	2 350,1	320,0	251,0	84,6	166,4	23,7	22,3	22,3	-	
20.	2 346,6	320,0	250,7	84,7	166,0	22,7	23,1	23,1	-	
27.	2 338,0	320,0	250,0	84,6	165,4	22,7	23,3	23,3	-	
Okt. 4.	2 350,6	343,9	245,4	83,5	161,9	21,5	23,6	23,6	-	
11.	2 340,4	343,9	245,7	83,5	162,2	20,9	22,8	22,8	-	
18.	2 328,0	343,9	244,7	83,3	161,4	21,2	21,5	21,5	-	
25.	2 318,7	343,9	245,4	83,1	162,3	21,3	21,7	21,7	-	
2013 Nov. 1.	2 314,4	343,9	244,8	83,2	161,6	22,2	21,5	21,5	-	
8.	2 305,4	343,9	243,9	82,7	161,2	22,4	18,7	18,7	-	
15.	2 299,0	343,9	244,2	82,5	161,7	22,5	19,1	19,1	-	
22.	2 293,6	343,9	244,9	82,5	162,4	22,8	19,4	19,4	-	
29.	2 291,0	343,9	244,3	82,5	161,8	23,4	19,3	19,3	-	
Dez. 6.	2 280,8	343,9	244,6	82,5	162,1	23,6	20,4	20,4	-	
13.	2 283,0	343,9	243,7	82,4	161,2	23,8	20,2	20,2	-	
20.	2 287,5	343,9	244,0	82,7	161,3	23,3	19,5	19,5	-	
27.	2 285,4	343,9	245,7	82,9	162,8	23,0	19,5	19,5	-	
2014 Jan. 3.	2 278,6	303,2	241,6	81,7	159,9	23,2	20,2	20,2	-	
10.	2 220,5	303,2	244,3	81,6	162,7	22,5	21,8	21,8	-	
17.	2 197,9	303,2	245,8	81,6	164,2	22,6	21,0	21,0	-	
24.	2 221,3	303,2	243,9	81,6	162,3	23,3	21,1	21,1	-	
31.	2 217,1	303,2	244,2	81,4	162,8	23,7	20,2	20,2	-	
Deutsche Bundesbank										
2012 März	1 002,8	135,8	50,9	22,2	28,7	8,9	-	-	-	
April	1 031,3	135,8	51,4	22,4	29,1	8,3	-	-	-	
Mai	1 087,0	135,8	51,6	22,3	29,3	6,9	-	-	-	
Juni	1 119,4	136,1	54,2	23,3	30,8	6,2	-	-	-	
Juli	1 112,9	136,1	54,1	23,3	30,8	3,2	-	-	-	
Aug.	1 135,4	136,1	54,5	23,5	31,0	1,7	-	-	-	
Sept.	1 090,9	150,4	53,0	23,3	29,7	1,5	-	-	-	
Okt.	1 110,0	150,2	53,1	23,3	29,8	1,8	-	-	-	
Nov.	1 098,6	150,2	52,8	23,0	29,8	2,3	-	-	-	
Dez.	1 026,0	137,5	51,1	22,3	28,8	3,3	-	-	-	
2013 Jan. 964,1	137,5	51,6	22,5	29,1	1,6	-	-	-	-	
Febr. 934,9	137,5	51,3	22,2	29,0	3,2	-	-	-	-	
März 906,7	136,5	52,0	22,4	29,6	3,4	-	-	-	-	
April 916,9	136,5	52,0	22,4	29,7	2,8	-	-	-	-	
Mai 891,6	136,5	52,0	22,3	29,7	0,8	-	-	-	-	
Juni 839,7	100,3	50,5	21,9	28,6	0,9	-	-	-	-	
Juli 838,1	100,3	49,9	21,9	28,0	0,7	-	-	-	-	
Aug. 832,2	100,3	50,3	21,5	28,8	0,2	-	-	-	-	
Sept. 835,0	107,8	48,6	21,3	27,3	0,4	-	-	-	-	
Okt. 823,5	107,7	48,4	21,1	27,3	0,1	-	-	-	-	
Nov. 806,9	107,7	48,8	21,0	27,8	0,1	-	-	-	-	
Dez. 800,7	94,9	48,9	20,8	28,1	0,1	-	-	-	-	
2014 Jan. 768,1	94,9	48,5	20,8	27,7	0,1	-	-	-	-	

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuersoperationsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
Eurosystem ²⁾														
824,1	103,2	720,9	-	-	0,0	-	91,5	605,6	259,0	346,6	29,0	261,5	2013 Mai	31.
821,9	103,0	717,8	-	-	1,1	-	90,2	604,3	256,6	347,6	29,0	263,7	Juni	7.
821,8	108,3	713,2	-	-	0,2	-	95,0	606,0	256,5	349,5	29,0	260,4		14.
815,6	102,0	710,1	-	-	3,5	-	92,4	606,9	256,5	350,4	29,0	262,1		21.
822,7	117,3	705,4	-	-	0,0	-	92,1	609,5	256,8	352,6	28,4	264,6		28.
811,4	107,7	703,3	-	-	0,4	-	91,8	608,4	256,4	352,0	28,4	265,5	Juli	5.
803,3	102,1	701,1	-	-	0,1	-	87,7	606,9	256,1	350,8	28,4	260,5		12.
804,4	104,4	699,9	-	-	0,0	-	88,3	606,6	255,7	350,9	28,4	257,2		19.
800,6	102,3	697,5	-	-	0,7	-	86,0	607,6	255,4	352,3	28,4	259,3		26.
804,9	109,2	695,7	-	-	0,0	0,0	86,8	600,7	252,5	348,2	28,4	255,5	Aug.	2.
793,6	99,4	694,0	-	-	0,2	-	84,3	602,7	252,5	350,2	28,4	255,2		9.
790,9	97,6	693,3	-	-	0,1	-	82,1	603,9	252,5	351,4	28,4	248,6		16.
790,3	97,7	692,6	-	-	0,0	-	80,8	602,5	250,6	351,9	28,4	243,3		23.
790,5	97,1	693,3	-	-	0,1	-	79,7	603,1	250,1	353,0	28,4	243,1		30.
786,5	95,6	688,6	-	-	2,2	-	75,2	604,2	250,1	354,1	28,4	245,6	Sept.	6.
779,5	97,2	682,3	-	-	0,1	-	77,1	604,3	250,1	354,2	28,4	243,9		13.
775,4	96,2	678,9	-	-	0,2	-	76,1	604,0	249,8	354,3	28,4	246,2		20.
767,3	97,0	670,2	-	-	0,1	-	81,3	600,1	246,7	353,4	28,4	245,1		27.
761,6	94,5	667,0	-	-	0,1	0,0	74,1	599,9	247,0	352,9	28,3	252,3	Okt.	4.
753,0	93,4	659,3	-	-	0,3	-	76,0	599,7	246,6	353,1	28,3	250,1		11.
749,7	91,2	658,5	-	-	-	0,0	73,5	599,6	246,6	353,0	28,3	245,6		18.
743,9	90,6	653,3	-	-	-	0,0	77,3	595,0	245,7	349,2	28,3	241,9		25.
740,2	89,3	650,8	-	-	0,0	0,0	80,4	593,4	241,6	351,7	28,3	239,8	2013 Nov.	1.
729,7	89,5	640,2	-	-	0,0	0,0	83,2	593,2	241,6	351,6	28,3	242,2		8.
721,9	87,7	634,1	-	-	-	0,0	84,0	592,2	241,6	350,7	28,3	242,9		15.
717,6	86,9	630,6	-	-	0,2	0,0	81,4	592,3	241,5	350,8	28,3	242,9		22.
719,0	97,2	621,7	-	-	0,1	0,0	77,2	592,2	241,4	350,8	28,3	243,3		29.
709,3	94,6	614,5	-	-	0,2	0,0	75,9	591,4	241,4	350,0	28,3	243,4	Dez.	6.
713,0	98,5	614,4	-	-	0,1	0,0	73,2	591,9	241,3	350,7	28,3	244,9		13.
723,3	118,9	604,1	-	-	0,3	0,0	74,2	585,3	235,4	349,9	28,3	245,7		20.
717,1	133,6	583,3	-	-	0,2	-	75,0	586,1	235,4	350,6	28,3	246,8		27.
752,3	168,7	583,3	-	-	0,3	0,0	73,5	591,2	235,9	355,3	28,3	245,1	2014 Jan.	3.
695,9	112,5	583,3	-	-	0,0	0,1	72,1	590,8	235,9	354,9	28,3	241,6		10.
672,6	94,7	577,7	-	-	0,1	0,0	73,1	588,7	234,0	354,7	28,3	242,6		17.
693,2	116,3	576,7	-	-	0,2	0,0	74,7	589,3	233,5	355,7	28,3	244,5		24.
691,9	115,6	576,0	-	-	0,3	0,0	72,9	587,4	231,3	356,1	28,3	245,3		31.
Deutsche Bundesbank														
74,6	1,2	73,2	-	-	0,1	-	9,4	73,5	68,7	4,8	4,4	645,3	2012 März	
74,9	1,2	73,7	-	-	0,0	-	10,1	73,5	68,7	4,8	4,4	672,8	April	
79,7	3,6	76,1	-	-	0,0	-	8,0	73,4	68,6	4,8	4,4	727,0	Mai	
79,5	2,5	77,0	-	-	0,1	-	8,8	73,1	68,7	4,3	4,4	757,2	Juni	
78,6	2,9	75,7	-	-	0,0	-	7,6	73,2	68,8	4,3	4,4	755,7	Juli	
76,8	1,7	75,1	-	-	0,0	-	9,4	72,8	68,4	4,3	4,4	779,6	Aug.	
76,1	1,7	73,9	-	-	0,5	-	8,9	68,8	68,8	-	4,4	727,8	Sept.	
76,6	1,6	73,9	-	-	1,1	-	5,0	67,9	67,9	-	4,4	751,0	Okt.	
72,4	1,9	69,7	-	-	0,8	-	2,5	67,4	67,4	-	4,4	746,6	Nov.	
73,1	2,9	69,7	-	-	0,6	-	1,4	67,5	67,5	-	4,4	687,5	Dez.	
49,5	0,3	49,1	-	-	0,0	-	4,9	66,2	66,2	-	4,4	648,3	2013 Jan.	
25,8	0,8	24,9	-	-	0,0	-	5,0	65,2	65,2	-	4,4	642,5	Febr.	
21,8	0,1	21,6	-	-	0,2	-	5,7	65,0	65,0	-	4,4	617,9	März	
14,8	0,5	14,3	-	-	0,0	-	5,8	63,8	63,8	-	4,4	636,7	April	
12,3	0,1	12,1	-	-	0,0	-	4,9	62,9	62,9	-	4,4	617,8	Mai	
12,8	0,9	11,8	-	-	0,0	-	4,8	61,9	61,9	-	4,4	604,1	Juni	
12,2	1,0	11,2	-	-	0,0	-	4,5	61,1	61,1	-	4,4	605,0	Juli	
10,8	0,2	10,6	-	-	0,0	-	4,6	59,5	59,5	-	4,4	602,1	Aug.	
10,8	0,2	9,9	-	-	0,7	-	4,9	58,6	58,6	-	4,4	599,5	Sept.	
9,3	0,2	8,7	-	-	0,4	-	5,0	57,6	57,6	-	4,4	591,0	Okt.	
9,2	0,7	8,4	-	-	0,1	-	5,1	57,0	57,0	-	4,4	574,5	Nov.	
52,1	38,2	13,8	-	-	0,1	-	4,7	55,8	55,8	-	4,4	539,8	Dez.	
31,3	20,3	11,0	-	-	-	-	5,1	54,2	54,2	-	4,4	529,5	2014 Jan.	

-preisen bewertet. **1** Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. **2** Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ³⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ²⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ⁴⁾										
151,6	2,5	6,0	6,0	–	55,1	235,7	–	406,6	88,8	2013 Mai 31.
153,1	1,3	7,7	7,7	–	55,1	234,5	–	406,6	89,8	Juni 7.
145,2	3,1	6,3	6,3	–	55,1	236,9	–	406,6	89,8	14.
146,8	4,2	6,0	6,0	–	55,1	230,7	–	406,6	90,8	21.
141,6	4,0	4,9	4,9	–	54,2	233,2	–	284,7	90,4	28.
145,0	2,6	5,6	5,6	–	54,2	236,0	–	284,7	90,4	Juli 5.
140,9	2,9	5,5	5,5	–	54,2	230,3	–	284,7	90,4	12.
136,4	1,7	5,3	5,3	–	54,2	231,0	–	284,7	90,4	19.
136,4	1,6	5,4	5,4	–	54,2	232,4	–	284,7	90,4	26.
135,9	1,4	4,8	4,8	–	54,2	235,7	–	284,7	90,4	Aug. 2.
135,8	1,9	5,2	5,2	–	54,2	233,0	–	284,7	90,4	9.
136,8	1,4	5,8	5,8	–	54,2	227,8	–	284,7	90,4	16.
131,8	1,6	5,9	5,9	–	54,2	222,4	–	284,7	90,4	23.
135,0	1,8	5,8	5,8	–	54,2	221,5	–	284,7	90,4	30.
136,4	1,7	6,6	6,6	–	54,2	221,8	–	284,7	90,4	Sept. 6.
132,0	3,0	5,5	5,5	–	54,2	222,5	–	284,7	90,4	13.
134,8	2,6	4,4	4,4	–	54,2	224,8	–	284,7	90,4	20.
134,9	2,5	3,8	3,8	–	54,2	221,8	–	284,7	90,4	27.
129,2	2,1	4,0	4,0	–	53,6	227,0	–	304,5	90,4	Okt. 4.
131,1	2,4	3,3	3,3	–	53,6	226,3	–	304,5	90,4	11.
124,2	1,8	3,4	3,4	–	53,6	221,6	–	304,5	90,4	18.
126,7	1,7	4,6	4,6	–	53,6	225,2	–	304,5	90,4	25.
123,5	1,2	5,0	5,0	–	53,6	228,5	–	304,5	90,4	2013 Nov. 1.
129,5	1,3	4,5	4,5	–	53,6	226,1	–	304,5	90,4	8.
122,7	1,3	4,9	4,9	–	53,6	227,4	–	304,5	90,4	15.
122,7	2,2	5,2	5,2	–	53,6	225,5	–	304,5	90,4	22.
114,3	2,3	5,1	5,1	–	53,6	224,6	–	304,5	90,4	29.
114,3	2,0	5,6	5,6	–	53,6	224,2	–	304,5	90,4	Dez. 6.
110,2	2,0	5,0	5,0	–	53,6	223,2	–	304,5	90,4	13.
109,6	2,4	4,0	4,0	–	53,6	224,5	–	304,5	90,4	20.
115,2	4,4	3,2	3,2	–	53,6	225,5	–	304,5	90,4	27.
114,2	4,8	3,2	3,2	–	52,7	220,9	–	262,9	90,7	2014 Jan. 3.
110,5	3,5	5,5	5,5	–	52,7	221,3	–	262,9	90,7	10.
106,1	2,7	5,9	5,9	–	52,7	221,6	–	262,9	90,6	17.
105,8	1,3	5,9	5,9	–	52,7	223,2	–	262,9	90,5	24.
106,1	2,9	5,1	5,1	–	52,7	222,0	–	262,9	90,6	31.
Deutsche Bundesbank										
15,9	0,0	0,2	0,2	–	14,0	16,9	175,5	130,8	5,0	2012 März
14,2	0,0	0,4	0,4	–	14,0	17,5	177,6	130,8	5,0	April
52,0	0,0	0,4	0,4	–	14,0	18,2	179,3	130,8	5,0	Mai
83,2	0,0	0,2	0,2	–	14,5	19,5	181,0	133,3	5,0	Juni
90,9	0,0	0,0	0,0	–	14,5	19,9	184,5	133,3	5,0	Juli
89,9	0,0	0,3	0,3	–	14,5	20,6	188,5	133,3	5,0	Aug.
86,3	0,0	–	–	–	14,4	21,6	191,9	146,5	5,0	Sept.
82,1	0,0	0,2	0,2	–	14,4	22,3	194,7	146,5	5,0	Okt.
81,8	0,0	0,3	0,3	–	14,4	22,8	197,3	146,5	5,0	Nov.
83,3	0,0	0,1	0,1	–	14,1	23,6	200,3	132,6	5,0	Dez.
83,0	0,0	0,5	0,5	–	14,1	23,5	199,4	132,6	5,0	2013 Jan.
74,4	0,0	0,7	0,7	–	14,1	24,5	201,4	132,6	5,0	Febr.
70,2	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,0	203,8	132,1	5,0	März
67,9	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,4	204,1	132,1	5,0	April
63,5	0,0	0,6	0,6	–	14,1	25,0	207,0	132,1	5,0	Mai
61,5	0,0	0,7	0,7	–	13,9	25,3	208,2	95,0	5,0	Juni
59,7	0,0	0,1	0,1	–	13,9	25,5	211,5	95,0	5,0	Juli
58,9	0,0	0,7	0,7	–	13,9	26,0	214,8	95,0	5,0	Aug.
54,7	0,0	0,2	0,2	–	13,7	26,6	218,0	101,6	5,0	Sept.
54,6	0,0	0,1	0,1	–	13,7	27,0	220,2	101,6	5,0	Okt.
52,1	0,0	0,7	0,7	–	13,7	27,4	221,7	101,6	5,0	Nov.
52,0	1,8	0,0	0,0	–	13,5	26,8	224,3	88,1	5,0	Dez.
45,3	0,4	0,8	0,8	–	13,5	27,2	234,7	88,1	5,0	2014 Jan.

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknoten-Umlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ³ Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ⁴ Quelle: EZB.

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
Privat-				an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern							insgesamt	darunter Buchkredite		
öffentliche Haushalte		Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte			insgesamt	darunter Buchkredite	Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit				
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)	zusammen	zusammen	darunter Buchkredite					zusammen	Buchkredite	Wertpapiere	insgesamt
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	2005	
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006	
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007	
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008	
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013	
295,0	569,8	359,9	209,9	405,8	279,9	159,9	125,9	31,5	94,3	1 004,1	782,1	1 227,4	2012 März	
308,5	574,8	365,3	209,6	405,7	282,6	163,2	123,1	31,4	91,7	1 008,5	786,8	1 262,6	April	
288,3	566,3	359,8	206,5	403,8	279,3	160,7	124,6	31,5	93,0	1 027,6	804,5	1 518,8	Mai	
260,4	604,5	370,2	234,3	402,2	278,2	160,3	124,0	31,8	92,2	992,6	772,1	1 362,8	Juni	
257,2	603,1	367,0	236,1	403,7	282,5	162,1	121,2	31,1	90,1	1 005,2	786,0	1 444,5	Juli	
258,9	598,1	359,6	238,4	403,4	281,3	161,0	122,1	31,7	90,4	1 007,4	787,3	1 408,9	Aug.	
262,1	601,7	359,8	241,9	407,8	283,5	161,4	124,3	31,4	92,9	1 005,3	788,1	1 352,2	Sept.	
256,9	611,8	366,5	245,3	408,0	282,2	160,0	125,8	31,9	93,9	1 003,5	784,8	1 295,6	Okt.	
257,2	612,2	360,2	252,0	407,1	282,8	160,3	124,3	32,0	92,3	996,2	778,1	1 274,5	Nov.	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	Dez.	
266,8	592,1	352,2	239,9	404,6	277,6	157,0	127,0	30,3	96,8	955,4	728,8	1 137,7	2013 Jan.	
260,8	588,7	347,3	241,4	404,6	280,2	157,0	124,4	30,3	94,1	959,5	739,4	1 140,0	Febr.	
264,8	586,8	345,2	241,6	408,1	284,8	157,6	123,4	30,1	93,2	965,3	740,5	1 141,2	März	
285,8	597,1	355,2	241,9	406,6	282,3	158,7	124,4	30,8	93,5	964,2	736,2	1 143,8	April	
268,9	581,6	344,6	237,0	411,8	282,3	155,8	129,5	30,7	98,8	962,8	733,7	1 048,1	Mai	
262,9	580,8	342,3	238,5	405,7	278,1	152,3	127,6	29,9	97,7	951,9	723,2	962,7	Juni	
261,7	589,2	347,3	241,9	408,2	279,2	151,0	129,0	29,9	99,1	937,8	706,4	942,0	Juli	
262,1	583,3	340,6	242,8	407,2	275,1	149,8	132,1	30,7	101,5	934,2	703,9	873,3	Aug.	
263,0	582,2	340,0	242,2	401,7	273,6	147,5	128,0	30,2	97,8	912,8	681,8	904,2	Sept.	
264,1	592,2	347,2	245,0	400,0	271,3	145,5	128,6	30,9	97,7	935,2	704,6	906,1	Okt.	
263,4	589,3	342,6	246,7	403,8	274,8	146,4	129,0	30,8	98,1	952,7	721,5	902,8	Nov.	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	Dez.	
Veränderungen 3)														
19,3	31,0	18,6	12,4	54,5	59,6	20,9	5,1	1,3	3,8	205,7	165,7	9,8	2006	
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,6	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	222,7	136,5	21,1	2007	
65,4	- 28,4	- 16,9	- 11,5	37,8	42,3	40,4	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,3	- 7,6	29,7	2008	
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,5	- 162,3	- 99,8	2009	
- 14,3	139,7	83,4	56,3	- 29,6	- 36,4	- 0,2	6,8	3,1	3,7	- 74,1	- 61,9	- 46,3	2010	
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	112,9	2011	
- 11,8	10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012	
2,0	- 6,9	- 10,9	3,9	- 2,8	- 3,3	- 9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,6	- 47,0	- 420,8	2013	
13,8	4,8	5,3	- 0,5	- 0,8	- 2,0	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 2,7	- 0,6	0,3	34,1	2012 April	
- 19,9	- 8,8	- 5,6	- 3,2	- 3,9	- 5,1	- 4,4	1,2	0,1	1,1	- 2,6	- 2,5	255,6	Mai	
- 8,0	18,2	10,4	7,8	- 0,9	- 0,9	0,2	- 0,0	0,2	- 0,3	- 29,4	- 27,1	- 158,0	Juni	
- 3,0	- 1,6	- 3,3	1,8	0,5	3,4	0,9	- 2,9	- 0,7	- 2,2	2,6	5,2	90,7	Juli	
1,9	- 5,1	- 7,4	2,3	0,4	- 0,5	- 0,2	1,0	0,6	0,3	12,0	10,2	- 35,6	Aug.	
3,4	2,8	- 0,6	3,4	5,1	2,9	1,3	2,2	- 0,4	2,6	6,7	9,1	- 57,7	Sept.	
- 5,2	9,5	6,7	2,8	0,7	- 0,9	- 1,1	1,6	0,6	1,0	0,9	- 0,8	- 57,3	Okt.	
0,4	0,3	- 6,3	6,6	- 0,7	0,8	0,4	- 1,5	0,1	- 1,6	- 6,8	- 6,3	- 2,8	Nov.	
2,7	- 18,3	- 9,9	- 8,5	- 7,3	- 7,2	- 1,6	- 0,2	- 1,6	1,4	- 19,8	- 27,4	- 35,8	Dez.	
7,1	- 1,6	2,0	- 3,5	6,6	3,6	0,1	3,0	- 0,1	3,1	- 3,1	- 4,8	- 103,9	2013 Jan.	
- 6,0	- 3,4	- 4,9	1,5	- 0,7	2,0	- 0,5	- 2,7	0,0	- 2,7	- 2,4	1,6	- 1,1	Febr.	
4,1	- 2,0	- 2,1	0,2	2,8	3,9	0,0	- 1,1	- 0,2	- 0,9	- 3,1	- 7,1	0,6	März	
20,9	10,3	10,1	0,2	- 0,8	- 1,8	1,9	0,9	0,7	0,3	5,7	2,1	2,5	April	
- 17,1	- 15,5	- 10,5	- 4,9	5,1	- 0,1	- 3,0	5,1	- 0,1	5,2	- 1,9	- 2,8	- 95,6	Mai	
- 5,6	- 0,7	- 2,3	1,6	- 5,6	- 3,8	- 3,3	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 8,4	- 8,8	- 87,3	Juni	
- 1,4	8,5	5,1	3,5	3,3	1,8	- 0,5	1,5	- 0,0	1,5	- 9,2	- 11,8	- 21,0	Juli	
0,5	- 5,7	- 6,7	1,0	- 0,5	- 3,5	- 1,7	3,1	0,8	2,3	- 14,4	- 13,3	- 69,9	Aug.	
0,5	- 1,1	- 0,6	- 0,5	- 5,0	- 0,9	- 1,1	- 4,1	- 0,5	- 3,6	- 16,8	- 17,6	11,4	Sept.	
0,7	10,0	7,1	2,8	- 1,2	- 1,9	- 1,5	0,6	0,7	- 0,1	26,1	26,6	2,1	Okt.	
- 0,8	- 2,7	- 4,6	1,9	4,3	3,9	1,5	0,3	- 0,1	0,4	15,8	15,5	- 3,4	Nov.	
- 0,9	- 3,1	- 3,4	0,3	- 10,9	- 6,5	- 1,3	- 4,4	- 3,1	- 1,3	- 26,9	- 26,7	- 55,2	Dez.	

Schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsförderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II, 1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
 Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Einlagen von Nicht-		
		insgesamt	von Banken		insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist			
			im Inland	in anderen Mitgliedsländern		zusammen	täglich fällig	zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten	zusammen			täglich fällig
Stand am Jahres- bzw. Monatsende															
2005	6 859,4	1 569,6	1 300,8	268,8	2 329,1	2 225,4	715,8	906,2	233,4	603,4	519,1	62,2	9,6		
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9		
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6		
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4		
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7		
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 089,1	1 110,3	304,6	618,2	512,5	68,4	19,3		
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9		
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2		
2013	7 529,0	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8		
2012 März	8 522,7	1 501,9	1 232,1	269,8	3 037,7	2 924,1	1 157,4	1 147,3	363,0	619,4	520,6	77,3	28,9		
April	8 599,6	1 501,9	1 222,4	279,5	3 052,2	2 938,9	1 170,0	1 151,0	368,0	617,9	519,4	77,4	28,3		
Mai	8 859,6	1 494,1	1 219,3	274,8	3 069,6	2 955,6	1 185,8	1 152,7	372,2	617,1	519,5	78,2	30,1		
Juni	8 636,4	1 469,5	1 207,6	262,0	3 091,1	2 975,0	1 203,3	1 155,7	378,1	616,0	519,4	78,9	30,3		
Juli	8 726,8	1 454,7	1 190,5	264,1	3 084,9	2 974,1	1 207,7	1 151,3	378,6	615,9	520,1	78,5	30,1		
Aug.	8 695,6	1 447,9	1 185,3	262,6	3 092,7	2 985,4	1 221,5	1 149,6	378,2	615,3	521,0	76,3	30,3		
Sept.	8 567,6	1 428,2	1 175,5	252,8	3 100,1	2 991,1	1 241,8	1 135,2	366,7	614,1	521,3	77,5	33,6		
Okt.	8 489,2	1 415,4	1 161,0	254,4	3 099,5	2 993,8	1 265,7	1 114,7	355,4	613,5	521,5	76,3	32,1		
Nov.	8 440,0	1 413,7	1 160,3	253,5	3 114,9	3 006,6	1 293,1	1 100,7	346,7	612,8	522,0	76,8	33,1		
Dez.	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2		
2013 Jan.	8 110,4	1 371,5	1 127,0	244,6	3 090,1	2 983,1	1 305,1	1 061,3	310,2	616,7	529,3	77,0	32,1		
Febr.	8 094,4	1 348,4	1 103,4	245,0	3 081,2	2 977,9	1 310,2	1 051,2	303,2	616,6	530,7	76,3	33,7		
März	8 063,0	1 333,9	1 093,6	240,3	3 082,3	2 979,7	1 310,5	1 054,7	307,1	614,4	529,3	77,2	35,3		
April	8 080,3	1 348,6	1 089,7	258,9	3 083,6	2 984,0	1 322,3	1 049,5	305,9	612,3	528,7	77,0	35,4		
Mai	7 937,6	1 320,9	1 071,5	249,4	3 100,0	2 998,0	1 337,7	1 049,6	306,6	610,7	529,1	74,3	32,7		
Juni	7 833,2	1 301,2	1 060,2	241,1	3 104,9	2 997,9	1 345,3	1 043,0	302,4	609,6	528,9	78,2	37,1		
Juli	7 752,9	1 292,8	1 050,1	242,7	3 097,8	2 994,5	1 351,7	1 034,7	298,3	608,1	528,3	76,3	34,9		
Aug.	7 684,9	1 292,8	1 050,1	242,7	3 097,8	2 994,5	1 351,7	1 034,7	298,3	607,4	528,6	76,5	34,0		
Sept.	7 682,1	1 387,4	1 147,4	240,0	3 101,7	3 005,5	1 375,9	1 023,3	293,7	606,3	528,2	78,5	36,9		
Okt.	7 670,3	1 375,2	1 141,5	233,7	3 101,5	3 011,3	1 387,4	1 017,6	291,1	606,3	528,3	75,1	32,0		
Nov.	7 704,8	1 391,9	1 161,9	230,0	3 123,8	3 030,2	1 409,9	1 014,1	289,9	606,3	528,3	77,8	33,8		
Dez.	7 529,0	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8		
Veränderungen 4)															
2006	356,8	105,6	81,5	24,1	122,9	118,6	30,4	105,0	77,1	- 16,8	- 31,7	0,4	4,4		
2007	518,3	148,4	134,8	13,6	185,1	177,3	24,5	183,9	167,8	- 31,1	- 41,4	13,6	5,6		
2008	313,3	65,8	121,7	- 55,8	162,3	173,1	38,7	154,6	123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,5	- 0,1		
2009	- 454,5	- 235,4	- 224,6	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	- 4,1		
2010	- 136,3	- 75,2	- 99,4	- 24,2	72,3	59,7	88,7	- 53,0	- 52,2	24,0	38,3	- 4,4	2,2		
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	- 47,6	- 58,8	- 2,6	1,3	- 4,8	6,5		
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	- 1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	1,5	14,1	- 1,4	5,4		
2013	- 703,3	- 106,2	- 73,9	- 32,4	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	- 7,3	4,0	2,6	3,3		
2012 April	68,9	1,8	- 7,6	9,4	14,0	12,1	12,5	1,1	2,4	- 1,5	- 1,2	0,0	- 0,6		
Mai	226,6	- 11,5	- 5,4	- 6,1	15,7	15,2	14,8	1,2	3,8	- 0,8	0,0	0,5	1,7		
Juni	- 214,5	- 23,7	- 11,2	- 12,5	21,9	19,8	17,7	3,2	6,0	- 1,1	- 0,1	0,8	0,2		
Juli	85,2	- 16,3	- 17,9	1,7	- 7,0	- 1,6	4,0	- 5,4	- 0,4	- 0,2	0,7	- 0,5	- 0,2		
Aug.	- 16,8	- 5,4	- 4,4	- 1,0	8,5	11,9	14,3	- 1,8	- 0,5	- 0,5	0,9	- 2,1	0,3		
Sept.	- 115,5	- 18,4	- 9,1	- 9,3	7,2	5,1	21,0	- 14,7	- 11,8	- 1,2	0,3	1,3	3,4		
Okt.	- 75,9	- 15,5	- 17,2	1,7	- 0,4	3,0	24,0	- 20,5	- 11,3	- 0,6	0,2	- 1,1	- 1,5		
Nov.	- 29,4	- 1,3	- 0,7	- 0,6	15,5	12,8	27,5	- 13,9	- 8,7	- 0,7	0,6	0,4	1,0		
Dez.	- 204,3	- 37,3	- 19,4	- 17,9	- 22,8	- 20,8	2,1	- 27,7	- 26,6	4,8	6,3	0,6	- 1,8		
2013 Jan.	- 97,7	2,3	- 7,4	9,8	- 0,2	- 1,2	10,9	- 11,2	- 9,7	- 0,8	1,0	- 0,1	1,0		
Febr.	- 27,1	- 24,8	- 24,6	- 0,2	- 9,8	- 5,9	4,5	- 10,3	- 7,2	- 0,1	1,4	- 0,9	1,5		
März	- 44,2	- 15,5	- 10,3	- 5,3	- 0,0	0,8	- 0,4	3,4	3,8	- 2,2	- 1,4	0,8	1,5		
April	27,6	15,8	- 3,2	19,1	1,9	4,9	12,5	- 5,4	- 1,4	- 2,1	- 0,6	- 0,2	0,1		
Mai	- 142,7	- 27,7	- 18,1	- 9,6	16,0	14,0	15,5	0,1	0,7	- 1,6	0,4	- 3,1	- 2,2		
Juni	- 102,1	- 19,8	- 11,6	- 8,2	5,4	0,3	7,6	- 6,2	- 4,6	- 1,1	- 0,2	4,0	4,5		
Juli	- 72,5	- 7,7	- 9,6	2,0	- 6,6	- 3,0	6,8	- 8,2	- 4,0	- 1,5	- 0,6	- 1,8	- 2,1		
Aug.	- 87,5	12,9	18,5	- 5,7	3,5	12,2	15,9	- 3,0	0,2	- 0,7	0,2	0,1	- 1,0		
Sept.	- 14,6	- 0,5	- 1,1	0,6	- 0,5	- 0,9	8,4	- 8,2	- 4,6	- 1,1	- 0,3	0,9	3,0		
Okt.	- 5,5	- 11,5	- 5,5	- 6,1	0,3	6,2	11,8	- 5,6	- 2,3	- 0,0	- 0,0	- 3,4	- 4,9		
Nov.	32,6	16,2	20,3	- 4,1	22,1	18,8	22,4	- 3,5	- 1,2	- 0,0	- 0,0	2,7	1,8		
Dez.	- 169,5	- 45,9	- 21,3	- 24,6	7,1	1,7	- 4,3	2,1	3,8	3,9	4,1	3,6	0,1		

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,9	324,5	2005
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,1	38,8	479,5	503,2	944,5	2013
44,9	16,0	3,5	2,6	36,3	35,6	93,1	5,5	1 305,7	72,7	772,9	476,9	1 329,2	2012 März
45,6	16,7	3,5	2,6	35,8	33,4	102,9	5,5	1 303,7	68,5	788,9	477,2	1 367,2	April
44,5	15,9	3,6	2,7	35,8	31,5	108,3	5,5	1 304,1	63,6	775,2	482,5	1 620,2	Mai
44,9	16,5	3,8	2,8	37,2	33,8	98,9	5,7	1 291,7	62,9	737,8	489,4	1 452,5	Juni
44,6	16,1	3,8	2,9	32,3	30,0	106,6	5,7	1 296,0	65,5	748,5	497,0	1 533,4	Juli
42,1	14,3	3,9	2,9	31,0	27,7	108,1	5,3	1 285,6	62,8	769,0	492,5	1 494,5	Aug.
40,0	12,5	3,9	2,9	31,5	26,7	98,0	5,1	1 277,2	61,0	726,4	487,8	1 444,8	Sept.
40,4	12,6	3,9	2,9	29,3	26,6	107,8	5,4	1 264,6	60,7	719,3	488,1	1 389,0	Okt.
39,9	12,3	3,8	2,9	31,5	26,6	107,0	5,4	1 255,2	60,8	685,8	490,6	1 367,4	Nov.
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	Dez.
41,2	14,2	3,7	2,8	30,0	24,0	83,1	7,4	1 212,4	52,0	613,2	489,8	1 242,9	2013 Jan.
38,9	13,1	3,7	2,8	27,1	23,6	99,7	6,8	1 215,9	51,7	612,0	499,8	1 230,6	Febr.
38,3	13,0	3,6	2,8	25,4	23,4	97,0	6,8	1 201,5	49,5	600,1	502,9	1 238,6	März
38,0	13,1	3,6	2,8	22,6	21,8	98,9	7,4	1 192,5	50,2	602,5	502,7	1 244,1	April
38,0	12,5	3,6	2,8	27,7	22,5	98,0	7,3	1 177,8	48,5	585,4	506,6	1 141,6	Mai
37,5	11,5	3,6	2,8	28,8	21,9	113,3	5,7	1 166,0	45,5	574,3	517,2	1 050,5	Juni
37,8	12,4	3,6	2,8	27,0	23,5	89,8	5,7	1 149,8	49,5	565,9	518,3	1 032,7	Juli
39,0	14,5	3,5	2,8	18,1	16,7	3,0	5,7	1 142,8	46,2	560,2	522,6	960,6	Aug.
38,1	12,7	3,5	2,8	17,6	15,4	3,7	5,3	1 139,7	43,9	523,1	521,3	999,8	Sept.
39,5	14,2	3,5	2,7	15,2	13,9	7,7	4,7	1 131,1	44,0	525,3	520,5	1 004,2	Okt.
40,5	13,6	3,5	2,7	15,8	14,3	3,9	4,6	1 129,7	42,4	535,2	515,2	1 000,6	Nov.
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,1	38,8	479,5	503,2	944,5	Dez.
Veränderungen 4)													
- 3,9	- 0,3	- 0,1	- 0,2	3,9	3,1	3,3	0,3	34,8	22,1	32,4	27,5	36,6	2006
8,0	12,9	0,0	- 0,1	- 5,8	- 4,3	8,1	- 3,4	20,9	49,3	48,7	42,3	68,3	2007
- 7,5	0,6	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	- 33,9	50,2	- 0,1	39,3	56,1	2008
- 5,7	- 7,7	0,1	- 0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	- 65,0	2009
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	- 16,5	6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	54,4	- 7,1	- 78,6	2010
- 2,2	1,7	0,5	0,3	- 0,1	- 0,7	10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	13,7	137,8	2011
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	- 7,9	- 9,2	- 19,6	- 1,2	- 107,0	- 18,6	54,2	21,0	- 68,5	2012
- 0,5	2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	4,1	- 3,2	- 105,0	- 17,7	- 134,0	19,0	- 417,0	2013
0,7	0,7	- 0,0	- 0,0	1,9	0,2	7,2	- 0,0	- 5,8	- 4,3	13,8	- 0,3	38,3	2012 April
- 1,3	- 0,9	0,1	0,1	0,0	- 1,9	5,3	0,0	- 13,8	- 5,4	- 24,4	2,8	252,6	Mai
0,4	0,7	0,2	0,1	1,3	2,3	- 9,4	0,2	- 8,7	- 0,6	- 34,7	7,6	- 167,7	Juni
- 0,3	- 0,4	0,1	0,0	- 4,9	- 3,8	7,6	0,1	- 2,7	- 2,4	6,3	6,3	90,8	Juli
- 2,4	- 1,8	0,0	0,0	- 1,3	- 2,3	1,7	- 0,4	- 4,1	- 2,5	25,2	- 3,3	- 39,0	Aug.
- 2,1	- 1,8	0,0	0,0	0,8	- 0,8	- 10,1	- 0,2	- 3,2	- 1,7	- 38,1	- 3,2	- 49,4	Sept.
0,4	0,1	0,0	0,0	- 2,3	- 0,0	9,9	0,4	- 10,5	- 0,2	- 5,8	0,7	- 54,6	Okt.
- 0,5	- 0,4	- 0,0	- 0,0	2,2	0,0	- 0,8	- 0,0	- 8,4	0,2	- 33,4	2,7	- 3,6	Nov.
2,5	2,5	- 0,1	- 0,1	- 2,6	- 0,7	- 26,5	1,9	- 17,6	- 3,7	- 71,5	- 2,5	- 28,1	Dez.
- 1,0	- 0,5	- 0,1	- 0,0	1,1	- 2,0	2,7	0,1	- 12,0	- 4,6	7,3	5,0	- 102,9	2013 Jan.
- 2,4	- 1,1	- 0,0	- 0,0	- 2,9	- 0,4	16,6	- 0,5	- 2,2	- 0,5	- 5,5	8,4	- 9,4	Febr.
- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,7	- 0,2	- 2,7	- 0,1	- 19,8	- 2,3	- 16,3	1,8	8,4	März
0,3	0,1	- 0,0	0,0	- 2,8	- 1,6	1,9	0,7	- 4,3	0,8	6,0	0,9	4,7	April
- 0,9	- 0,6	- 0,0	0,0	5,1	0,7	- 0,9	- 0,1	- 14,7	- 1,7	- 17,6	4,0	- 101,7	Mai
- 0,5	- 1,0	- 0,0	- 0,0	1,1	- 0,6	15,4	- 1,6	- 10,8	- 3,0	- 10,1	10,8	- 91,2	Juni
0,3	0,9	- 0,0	- 0,0	- 1,8	1,5	- 23,5	- 0,0	- 12,7	4,0	- 5,7	2,0	- 18,3	Juli
1,2	2,2	- 0,0	- 0,0	- 8,9	- 6,8	- 9,4	0,0	- 8,4	- 3,4	- 17,6	3,6	- 72,1	Aug.
- 2,2	- 1,8	- 0,0	- 0,0	- 0,5	- 1,3	0,7	- 0,5	- 0,2	- 2,2	- 34,5	- 0,5	21,4	Sept.
1,5	1,6	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 1,5	4,0	- 0,5	- 5,9	0,1	4,2	- 0,1	4,2	Okt.
1,0	- 0,7	- 0,0	- 0,0	0,6	0,4	- 3,5	- 0,1	- 2,1	- 1,6	9,3	- 5,5	- 3,8	Nov.
3,5	3,3	- 0,0	0,0	1,8	1,7	2,9	- 0,5	- 11,8	- 3,5	- 53,6	- 11,4	- 56,3	Dez.

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II, 1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel	Wertpapiere von Nichtbanken		
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2013 Juli	1 866	7 834,4	105,3	2 560,7	1 923,9	629,3	3 961,6	482,4	2 743,7	0,5	722,9	137,2	1 069,5
Aug.	1 864	7 764,1	108,1	2 669,3	2 031,3	630,9	3 850,8	376,2	2 740,6	0,5	718,9	137,4	998,5
Sept.	1 858	7 760,6	113,2	2 642,0	2 006,4	628,0	3 839,7	376,4	2 730,5	0,5	720,9	137,2	1 028,4
Okt.	1 849	7 747,9	76,8	2 658,2	2 029,0	622,1	3 847,3	380,0	2 731,3	0,5	723,2	137,2	1 028,4
Nov.	1 845	7 782,0	77,9	2 687,1	2 054,4	624,6	3 857,7	377,1	2 739,3	0,6	729,0	135,2	1 024,1
Dez.	1 846	7 604,2	104,4	2 565,5	1 935,5	621,0	3 832,5	367,4	2 730,0	0,7	725,0	131,3	970,5
Kreditbanken 6)													
2013 Nov.	276	2 888,4	44,9	994,4	903,6	88,4	1 058,5	187,1	656,7	0,3	206,3	69,7	721,0
Dez.	277	2 767,0	60,1	925,1	832,8	89,3	1 042,9	180,9	656,9	0,3	199,6	66,1	672,8
Großbanken 7)													
2013 Nov.	4	1 827,4	13,5	596,9	548,7	46,0	469,0	105,3	248,3	0,2	107,6	62,5	685,5
Dez.	4	1 719,9	24,1	545,7	496,1	47,0	452,6	99,5	246,8	0,3	101,2	58,6	639,0
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2013 Nov.	164	829,0	24,0	233,9	193,2	40,5	534,7	62,9	376,8	0,0	94,8	6,6	29,9
Dez.	164	816,8	24,0	221,7	180,9	40,3	536,1	63,1	378,5	0,0	94,3	6,9	28,1
Zweigstellen ausländischer Banken													
2013 Nov.	108	232,0	7,4	163,6	161,7	1,8	54,7	18,9	31,6	0,0	3,9	0,7	5,6
Dez.	109	230,3	11,9	157,7	155,7	2,0	54,3	18,3	31,7	0,0	4,1	0,7	5,7
Landesbanken													
2013 Nov.	9	1 127,5	5,4	404,0	293,2	108,9	567,1	71,5	377,9	0,1	115,0	14,5	136,5
Dez.	9	1 092,6	4,9	379,3	268,5	108,9	563,2	68,8	375,5	0,1	115,5	14,5	130,7
Sparkassen													
2013 Nov.	421	1 107,4	14,7	225,2	85,3	139,7	834,0	56,3	652,7	0,1	124,8	15,9	17,6
Dez.	421	1 110,8	18,1	224,5	85,6	138,2	834,0	56,5	651,8	0,1	125,6	15,7	18,6
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2013 Nov.	2	276,9	0,9	159,5	125,8	33,7	64,5	12,0	21,7	0,0	30,6	14,5	37,5
Dez.	2	272,9	1,1	158,1	124,2	33,6	64,1	11,6	21,5	0,0	30,8	14,5	35,2
Kreditgenossenschaften													
2013 Nov.	1 078	761,4	10,5	180,4	60,9	119,3	538,8	32,0	428,7	0,1	77,9	12,0	19,6
Dez.	1 078	761,7	11,8	177,2	59,5	117,5	540,8	32,6	429,1	0,1	79,0	12,1	19,9
Realkreditinstitute													
2013 Nov.	18	455,0	0,5	119,4	68,9	47,5	318,7	5,7	240,1	-	73,0	0,6	15,8
Dez.	17	444,6	4,5	114,3	64,9	46,4	308,6	5,7	230,1	-	72,9	0,6	16,6
Bausparkassen													
2013 Nov.	22	204,8	0,1	60,2	43,0	16,9	137,8	1,6	118,8	.	17,5	0,4	6,2
Dez.	22	205,2	0,5	60,0	43,2	16,9	138,1	1,6	118,9	.	17,6	0,4	6,3
Banken mit Sonderaufgaben													
2013 Nov.	19	960,6	0,9	544,1	473,6	70,3	338,2	10,8	242,7	-	83,9	7,5	69,9
Dez.	20	949,3	3,5	527,1	456,7	70,3	340,7	9,7	246,3	-	84,0	7,5	70,5
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2013 Nov.	145	861,0	26,6	348,8	306,7	40,0	396,0	61,7	238,3	0,1	93,7	5,4	84,2
Dez.	146	830,8	30,0	321,4	278,9	39,8	395,1	60,8	237,7	0,1	94,3	5,4	79,0
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2013 Nov.	37	629,0	19,2	185,3	145,0	38,2	341,2	42,8	206,6	0,1	89,8	4,7	78,6
Dez.	37	600,5	18,1	163,7	123,2	37,9	340,8	42,5	206,0	0,1	90,2	4,7	73,3

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beihft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Sparbriefe	Spareinlagen 4)				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)								
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)										
Alle Bankengruppen															
1 690,6	399,5	1 291,2	3 355,8	1 501,2	378,4	762,4	161,8	618,2	536,3	95,6	1 231,9	435,7	1 120,4	2013 Juli	
1 776,1	394,6	1 381,5	3 277,2	1 502,2	311,9	750,8	74,3	617,5	536,5	94,9	1 228,5	436,3	1 045,9	Aug.	
1 748,6	419,5	1 329,1	3 267,4	1 502,5	306,8	747,9	64,7	616,3	536,2	93,9	1 223,9	436,6	1 084,1	Sept.	
1 736,3	408,9	1 327,4	3 273,9	1 517,1	301,9	745,6	71,7	616,3	536,2	93,1	1 213,7	437,0	1 086,9	Okt.	
1 753,1	437,0	1 316,1	3 302,1	1 540,0	307,2	746,2	73,6	616,2	536,1	92,5	1 206,7	437,2	1 082,9	Nov.	
1 656,1	348,1	1 308,0	3 306,4	1 528,0	323,6	742,5	77,7	620,0	540,3	92,2	1 179,7	437,5	1 024,4	Dez.	
Kreditbanken 6)															
700,5	281,7	418,7	1 201,8	688,4	163,4	207,5	56,4	114,9	101,5	27,5	148,5	141,0	696,6	2013 Nov.	
629,6	222,7	406,9	1 201,5	685,2	167,5	206,2	60,8	115,0	101,9	27,6	146,5	142,1	647,2	Dez.	
Großbanken 7)															
460,1	215,1	245,0	537,9	290,7	81,0	83,6	56,3	72,3	70,0	10,3	110,7	80,4	638,4	2013 Nov.	
399,8	170,7	229,2	537,6	287,0	85,5	82,4	60,8	72,5	70,3	10,2	109,3	80,4	592,8	Dez.	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
139,2	42,4	96,9	549,1	325,2	65,4	100,1	0,2	42,4	31,4	16,0	37,2	52,2	51,3	2013 Nov.	
131,5	32,6	98,9	547,4	325,1	64,0	99,9	0,0	42,4	31,6	16,1	36,6	53,3	48,0	Dez.	
Zweigstellen ausländischer Banken															
101,1	24,2	76,9	114,8	72,6	17,0	23,8	-	0,1	0,1	1,2	0,7	8,4	7,0	2013 Nov.	
98,3	19,4	78,8	116,5	73,2	18,1	23,9	-	0,1	0,1	1,2	0,6	8,5	6,4	Dez.	
Landesbanken															
340,5	56,9	283,5	303,1	106,2	53,2	128,8	15,0	14,7	10,6	0,2	277,0	61,7	145,3	2013 Nov.	
315,0	38,0	277,0	307,4	103,1	61,4	127,9	16,2	14,7	10,6	0,2	274,3	61,7	134,2	Dez.	
Sparkassen															
151,7	13,1	138,6	807,9	416,7	28,9	15,7	-	298,6	256,7	47,9	16,4	84,3	47,1	2013 Nov.	
156,2	14,9	141,3	807,5	413,9	29,4	15,6	-	300,7	258,6	47,8	16,0	84,2	46,9	Dez.	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
136,2	35,0	101,2	34,4	10,0	10,7	11,4	1,4	-	-	2,2	57,6	13,8	34,9	2013 Nov.	
134,4	32,3	102,1	36,0	9,7	12,8	11,4	0,5	-	-	2,2	56,4	13,8	32,3	Dez.	
Kreditgenossenschaften															
100,1	6,4	93,7	560,4	299,2	37,5	22,7	-	187,4	166,8	13,6	11,7	54,7	34,5	2013 Nov.	
100,3	6,4	93,9	561,3	298,3	38,1	22,6	-	189,1	168,5	13,4	11,4	54,8	33,9	Dez.	
Realkreditinstitute															
119,6	6,7	112,9	158,2	8,3	8,1	141,5	0,0	0,2	0,2	.	139,9	17,5	19,8	2013 Nov.	
113,7	5,7	108,0	156,9	7,6	8,4	140,6	0,0	0,2	0,2	.	136,8	16,8	20,3	Dez.	
Bausparkassen															
23,2	2,2	21,0	152,1	0,5	0,6	149,8	-	0,3	0,3	0,9	4,2	9,0	16,3	2013 Nov.	
22,7	1,9	20,8	154,7	0,6	0,6	152,2	-	0,3	0,3	0,9	4,0	9,0	14,8	Dez.	
Banken mit Sonderaufgaben															
181,3	35,0	146,3	84,2	10,7	4,8	68,7	0,7	-	-	.	551,5	55,2	88,4	2013 Nov.	
184,2	26,1	158,1	81,0	9,5	5,4	66,1	0,1	-	-	.	534,4	55,1	94,7	Dez.	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
233,7	76,2	157,5	458,0	287,4	61,2	75,8	10,2	21,2	20,9	12,4	29,7	46,6	93,0	2013 Nov.	
206,7	57,8	148,9	460,3	288,3	62,9	75,4	10,7	21,4	21,1	12,3	29,1	46,8	87,9	Dez.	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
132,6	52,0	80,6	343,3	214,9	44,2	51,9	10,2	21,0	20,8	11,2	29,0	38,2	85,9	2013 Nov.	
108,5	38,4	70,1	343,7	215,1	44,8	51,5	10,7	21,3	21,0	11,1	28,5	38,4	81,5	Dez.	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Notenz und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsen-fähige Geldmarkt-papiere von Banken	Wert-papiere von Banken	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	insgesamt	Buch-kredite	Wechsel	Schatzwech-sel und börsen-fähige Geldmarkt-papiere von Nicht-banken	Wert-papiere von Nicht-banken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2004	14,9	41,2	1 676,3	1 075,8	0,0	7,4	592,9	2,1	3 001,3	2 644,0	2,7	2,6	351,0
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	-	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	-	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	-	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	-	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,7	2 692,7	0,5	1,2	437,2
2012 Juli	14,0	185,5	1 789,7	1 344,8	-	6,3	438,6	2,1	3 257,8	2 833,8	0,5	5,2	418,3
Aug.	14,6	203,4	1 788,0	1 343,7	-	5,4	438,8	2,1	3 252,3	2 824,1	0,5	5,1	422,7
Sept.	14,9	175,1	1 748,0	1 306,1	-	4,1	437,8	2,1	3 253,0	2 817,9	0,5	5,6	429,0
Okt.	15,0	178,6	1 713,5	1 277,5	-	3,6	432,3	2,1	3 271,1	2 837,5	0,5	6,5	426,7
Nov.	14,7	185,4	1 695,0	1 262,7	-	2,8	429,5	2,1	3 265,5	2 825,2	0,5	5,8	433,9
Dez.	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013 Jan.	14,4	131,5	1 629,0	1 206,0	-	2,0	421,0	2,4	3 243,1	2 806,0	0,5	2,1	434,4
Febr.	14,4	103,5	1 628,4	1 207,8	-	2,2	418,5	2,3	3 237,4	2 804,4	0,5	2,0	430,6
März	16,0	112,8	1 591,0	1 176,5	-	2,0	412,5	2,3	3 234,0	2 795,7	0,5	1,9	435,9
April	14,9	103,3	1 588,2	1 176,9	-	2,1	409,1	2,3	3 260,9	2 801,4	0,4	2,9	456,2
Mai	15,1	89,3	1 578,5	1 168,8	-	2,1	407,6	2,3	3 232,1	2 795,8	0,4	2,9	433,0
Juni	14,9	91,7	1 560,6	1 151,6	-	1,9	407,2	2,4	3 238,0	2 806,0	0,4	1,3	430,3
Juli	14,5	89,9	1 536,2	1 132,8	0,0	2,0	401,4	2,3	3 230,8	2 796,7	0,4	2,0	431,7
Aug.	15,1	91,5	1 637,1	1 235,3	-	1,9	399,9	2,3	3 127,2	2 691,9	0,4	1,9	433,1
Sept.	14,7	97,8	1 620,4	1 219,6	-	1,7	399,0	2,2	3 127,5	2 691,9	0,4	2,1	433,1
Okt.	15,6	60,7	1 617,5	1 222,3	-	1,5	393,6	2,2	3 138,2	2 698,4	0,4	1,6	437,7
Nov.	15,0	62,5	1 627,0	1 231,9	0,0	1,4	393,8	2,2	3 139,2	2 698,3	0,4	1,8	438,6
Dez.	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,7	2 692,7	0,5	1,2	437,2

Veränderungen *)													
2005	+ 0,2	+ 6,7	+ 8,4	+ 21,0	- 0,0	- 0,8	- 11,9	- 0,0	- 6,7	- 11,8	- 0,3	- 0,2	+ 6,6
2006	+ 0,9	+ 1,5	- 3,6	+ 24,5	- 0,0	+ 2,6	- 30,6	- 0,2	- 12,4	- 20,3	- 0,5	- 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	- 39,8	+ 0,4	- 15,9	+ 12,1	- 0,3	- 0,5	- 27,2
2008	- 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	- 0,8	+ 92,0	+ 47,3	- 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	- 0,5	- 23,6	- 147,2	- 157,3	- 0,0	- 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	- 11,2	- 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	- 0,9	+ 0,6	- 19,3	+ 61,5	± 0,0	- 24,0	- 56,8	- 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	- 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	-	- 0,4	- 32,8	- 0,1	- 30,6	- 3,2	+ 0,0	- 21,5	- 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	- 68,6	- 37,5	-	- 4,6	- 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	- 0,2	- 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	- 48,8	- 204,1	- 170,6	+ 0,0	- 0,7	- 32,7	- 0,2	+ 4,4	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 4,8
2012 Juli	- 0,6	+ 96,3	- 137,2	- 136,8	-	+ 0,3	- 0,7	- 0,0	+ 30,5	+ 32,0	+ 0,0	- 0,9	- 0,6
Aug.	+ 0,6	+ 17,9	- 1,7	- 1,1	-	- 0,9	+ 0,2	+ 0,1	- 5,5	- 9,7	- 0,0	- 0,2	+ 4,4
Sept.	+ 0,3	- 28,3	- 40,0	- 37,7	-	- 1,3	- 1,0	- 0,1	+ 0,5	- 6,4	+ 0,0	+ 0,5	+ 6,3
Okt.	+ 0,1	+ 3,6	- 35,7	- 30,3	-	- 0,5	- 4,9	+ 0,0	+ 17,4	+ 19,6	+ 0,0	+ 0,9	- 3,0
Nov.	- 0,3	+ 6,8	- 18,4	- 14,8	-	- 0,8	- 2,8	+ 0,0	- 5,5	- 12,0	- 0,0	- 0,7	+ 7,3
Dez.	+ 3,8	+ 51,2	- 40,0	- 33,7	-	- 0,4	- 6,0	+ 0,1	- 45,1	- 39,8	+ 0,2	- 3,7	- 1,8
2013 Jan.	- 4,0	- 2,8	- 26,1	- 23,1	-	- 0,4	- 2,6	- 0,0	+ 22,7	+ 20,5	- 0,1	- 0,0	+ 2,4
Febr.	- 0,0	- 27,9	+ 2,5	+ 4,8	-	+ 0,1	- 2,5	- 0,0	- 5,7	- 1,6	- 0,1	- 0,2	- 3,9
März	+ 1,6	+ 9,3	- 37,4	- 31,3	-	- 0,2	- 5,9	- 0,0	- 3,4	- 8,7	- 0,0	- 0,0	+ 5,4
April	- 1,1	- 9,5	- 2,8	+ 0,5	-	+ 0,2	- 3,4	- 0,0	+ 26,9	+ 5,7	- 0,0	+ 1,0	+ 20,3
Mai	+ 0,3	- 14,0	- 9,8	- 8,2	-	- 0,0	- 1,5	- 0,0	- 28,8	- 5,6	- 0,0	+ 0,0	- 23,2
Juni	- 0,2	+ 2,5	- 17,9	- 17,2	-	- 0,2	- 0,5	+ 0,0	+ 5,9	+ 10,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,1
Juli	- 0,4	- 1,8	- 24,5	- 18,8	+ 0,0	+ 0,1	- 5,8	- 0,1	- 7,2	- 9,3	- 0,0	+ 0,7	+ 1,4
Aug.	+ 0,6	+ 1,4	+ 3,4	+ 5,0	- 0,0	- 0,1	- 1,4	+ 0,0	- 10,7	- 12,0	- 0,0	- 0,2	+ 1,4
Sept.	- 0,4	+ 6,3	- 16,7	- 15,6	-	- 0,2	- 0,9	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0
Okt.	+ 0,9	- 37,0	- 2,9	+ 2,7	-	- 0,2	- 5,4	- 0,0	+ 10,8	+ 6,6	+ 0,0	- 0,5	+ 4,6
Nov.	- 0,6	+ 1,8	+ 9,5	+ 9,5	+ 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 1,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,8
Dez.	+ 3,5	+ 23,1	- 81,4	- 78,8	+ 0,0	+ 0,4	- 3,0	+ 0,0	- 7,5	- 5,6	+ 0,1	- 0,6	- 1,3

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

sreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs-forderungen 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an inländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit
			insgesamt	Sichteinlagen 4)	Termin-ein-lagen 4)	weiter-gegebene Wechsel 5)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichtein-lagen	Termin-ein-lagen 6)	Spar-ein-lagen 7)	Spar-briefe 8)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
1,0	61,8	99,6	1 271,2	119,7	1 151,4	0,1	30,3	2 200,0	646,9	851,2	603,5	98,4	43,7	2004
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013
-	34,9	91,4	1 190,1	128,0	1 062,0	0,0	36,4	3 105,8	1 235,4	1 154,2	615,9	100,3	35,1	2012 Juli
-	35,2	91,5	1 184,9	124,8	1 059,9	0,0	36,5	3 118,3	1 247,0	1 156,8	615,4	99,1	35,1	Aug.
-	35,0	90,6	1 175,0	129,2	1 045,5	0,0	36,1	3 112,2	1 262,9	1 137,3	614,1	97,9	35,0	Sept.
-	34,7	90,3	1 160,8	124,6	1 035,9	0,0	36,3	3 124,7	1 292,7	1 121,9	613,6	96,6	34,9	Okt.
-	35,0	90,2	1 160,0	136,1	1 023,7	0,0	36,4	3 137,0	1 317,7	1 111,8	612,8	94,6	35,2	Nov.
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	Dez.
-	34,5	90,8	1 126,1	125,9	1 000,2	0,0	35,4	3 087,3	1 326,2	1 053,6	616,8	90,7	35,0	2013 Jan.
-	34,5	90,5	1 102,3	129,5	972,8	0,0	35,6	3 097,1	1 336,2	1 055,8	616,6	88,5	34,9	Febr.
-	34,2	89,3	1 092,4	130,8	961,5	0,0	35,8	3 096,3	1 330,3	1 064,7	614,5	86,8	34,8	März
-	33,7	89,3	1 088,3	130,5	957,8	0,0	35,4	3 100,3	1 344,5	1 058,4	612,3	85,1	34,6	April
-	33,5	91,8	1 070,5	126,2	944,2	0,0	35,3	3 115,4	1 363,4	1 058,3	610,7	83,0	34,5	Mai
-	33,2	91,0	1 059,4	124,9	934,5	0,0	34,8	3 129,7	1 369,8	1 069,2	609,7	81,0	34,4	Juni
-	32,8	91,0	1 049,2	121,8	927,4	0,0	34,1	3 105,2	1 374,8	1 042,7	608,1	79,6	34,4	Juli
-	32,6	91,0	1 148,5	140,4	1 008,2	0,0	34,0	3 023,6	1 372,9	964,4	607,5	78,8	34,4	Aug.
-	31,9	91,1	1 147,2	146,3	1 000,9	0,0	33,9	3 020,6	1 379,4	956,9	606,4	78,0	33,5	Sept.
-	31,6	91,1	1 141,4	150,1	991,2	0,0	33,4	3 027,2	1 392,9	950,6	606,4	77,3	33,4	Okt.
-	31,6	91,0	1 161,7	162,1	999,7	0,0	33,7	3 044,4	1 413,4	947,8	606,3	76,9	33,3	Nov.
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	Dez.

Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)

Veränderungen *)

- 1,0	- 4,9	+ 8,9	+ 28,9	+ 0,8	+ 28,0	+ 0,0	- 3,5	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	- 1,2	- 5,4	- 1,2	2005
-	- 3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006
-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	- 2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	- 1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	- 1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	- 3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	- 0,2	+ 0,3	- 17,2	- 6,1	- 11,0	- 0,0	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,7	- 0,2	- 1,1	- 0,1	2012 Juli
-	+ 0,3	+ 0,1	- 5,2	- 3,2	- 2,0	-	+ 0,1	+ 12,5	+ 11,5	+ 2,6	- 0,5	- 1,1	- 0,0	Aug.
-	- 0,2	- 0,3	- 9,9	+ 5,3	- 15,2	+ 0,0	- 0,4	- 5,8	+ 16,2	- 19,6	- 1,2	- 1,2	- 0,1	Sept.
-	- 0,3	- 0,4	- 17,2	- 7,6	- 9,6	- 0,0	+ 0,2	+ 12,5	+ 29,8	- 15,4	- 0,6	- 1,3	- 0,2	Okt.
-	+ 0,3	- 0,1	- 0,8	+ 11,4	- 12,2	-	+ 0,1	+ 12,2	+ 25,0	- 10,0	- 0,7	- 2,0	+ 0,3	Nov.
-	+ 0,0	- 0,2	- 19,9	+ 1,4	- 21,1	-	- 0,1	- 46,5	- 11,2	- 39,1	+ 4,8	- 1,0	- 0,3	Dez.
-	- 0,3	+ 0,9	- 9,0	- 6,8	- 2,2	-	- 0,8	- 2,9	+ 19,7	- 18,8	- 0,8	- 2,9	- 0,0	2013 Jan.
-	- 0,0	- 0,4	- 23,9	+ 3,5	- 27,4	-	+ 0,2	+ 9,8	+ 10,0	+ 2,2	- 0,1	- 2,2	- 0,0	Febr.
-	- 0,3	- 1,2	- 9,6	+ 1,6	- 11,3	- 0,0	+ 0,2	- 1,2	- 6,2	+ 8,9	- 2,2	- 1,8	- 0,1	März
-	- 0,5	+ 0,1	- 4,1	- 0,8	- 3,3	+ 0,0	- 0,4	+ 4,1	+ 14,6	- 6,7	- 2,1	- 1,6	- 0,2	April
-	- 0,2	+ 2,5	- 17,8	- 5,1	- 12,7	+ 0,0	- 0,1	+ 15,0	+ 18,9	- 0,1	- 1,6	- 2,2	- 0,1	Mai
-	- 0,3	- 0,8	- 11,4	- 1,4	- 10,0	- 0,0	- 0,5	+ 14,6	+ 6,4	+ 11,3	- 1,1	- 2,0	- 0,1	Juni
-	- 0,5	- 0,1	- 10,2	- 3,0	- 7,1	+ 0,0	- 0,7	- 24,5	+ 5,0	- 26,5	- 1,5	- 1,5	- 0,0	Juli
-	- 0,2	+ 0,1	+ 15,0	+ 2,8	+ 12,2	-	- 0,1	+ 0,1	+ 13,3	- 11,8	- 0,7	- 0,7	+ 0,0	Aug.
-	- 0,7	+ 0,1	- 1,3	+ 5,9	- 7,3	+ 0,0	- 0,5	- 3,0	+ 6,4	- 7,5	- 1,1	- 0,9	- 0,5	Sept.
-	- 0,4	- 0,0	- 5,8	+ 3,9	- 9,7	- 0,0	- 0,5	+ 6,6	+ 13,5	- 6,3	- 0,0	- 0,6	- 0,1	Okt.
-	+ 0,0	- 0,1	+ 20,3	+ 11,9	+ 8,4	+ 0,0	+ 0,3	+ 17,3	+ 20,6	- 2,8	- 0,0	- 0,5	- 0,0	Nov.
-	- 0,0	+ 1,3	- 21,5	- 36,5	+ 15,0	+ 0,0	- 0,4	+ 4,3	- 3,5	+ 4,1	+ 3,9	- 0,2	- 0,4	Dez.

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
9,8	39,3	603,3	87,0	516,2	403,2	113,0	0,5	311,2	36,6	274,7	123,4	151,2	0,8	2004
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012
30,8	39,0	515,9	222,6	293,3	196,0	97,3	0,1	257,7	118,1	139,6	76,8	62,8	1,0	2013
33,1	48,1	852,0	402,5	449,5	325,8	123,7	0,1	247,6	115,4	132,2	68,9	63,3	1,3	2012 Juli
33,0	49,2	869,9	389,0	480,9	359,2	121,7	0,1	245,9	118,7	127,2	65,0	62,2	1,3	Aug.
32,7	48,9	816,2	369,2	446,9	323,2	123,8	0,1	249,4	122,8	126,6	64,9	61,7	1,3	Sept.
33,1	49,0	812,6	371,9	440,7	320,6	120,2	0,1	244,0	118,7	125,2	63,2	62,0	1,4	Okt.
33,1	49,0	780,0	353,5	426,5	307,5	119,0	0,1	244,5	120,2	124,3	62,7	61,6	1,3	Nov.
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	Dez.
32,1	49,6	702,8	318,1	384,7	268,8	115,9	0,1	241,9	116,4	125,5	65,5	60,0	1,2	2013 Jan.
32,3	46,7	695,3	306,3	389,0	280,1	109,0	0,1	246,6	122,9	123,8	64,4	59,3	1,2	Febr.
32,6	45,8	681,2	278,8	402,4	296,2	106,2	0,1	243,6	116,1	127,5	65,2	62,3	1,1	März
32,5	46,3	689,5	302,2	387,2	283,1	104,1	0,1	255,6	122,4	133,3	71,9	61,4	1,1	April
32,5	46,4	657,2	293,5	363,7	259,4	104,4	0,1	261,4	132,2	129,2	67,9	61,2	1,1	Mai
32,1	46,4	649,3	269,6	379,7	275,1	104,6	0,1	255,5	126,6	128,9	67,9	61,0	1,1	Juni
32,0	46,3	641,4	277,6	363,8	260,3	103,5	0,1	250,6	126,4	124,2	63,7	60,5	1,1	Juli
32,0	46,3	627,6	254,2	373,3	269,3	104,0	0,1	253,6	129,3	124,3	65,0	59,3	1,1	Aug.
31,7	46,1	601,4	273,2	328,2	225,5	102,7	0,1	246,8	123,1	123,7	63,6	60,0	1,1	Sept.
31,5	46,1	594,9	258,7	336,2	235,7	100,5	0,1	246,8	124,2	122,6	62,3	60,3	1,1	Okt.
31,8	44,1	591,4	274,9	316,4	216,2	100,2	0,1	257,7	126,6	131,1	68,7	62,4	1,1	Nov.
30,8	39,0	515,9	222,6	293,3	196,0	97,3	0,1	257,7	118,1	139,6	76,8	62,8	1,0	Dez.
Veränderungen *)														
+ 0,8	- 3,5	+ 28,6	+ 12,6	+ 16,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 0,1	- 4,9	+ 23,9	- 28,8	- 7,7	- 21,1	+ 0,4	2005
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007
+ 0,7	- 3,1	+ 50,1	+ 52,2	- 102,3	+ 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012
- 1,8	- 7,2	- 173,9	- 75,6	- 98,3	- 83,1	- 15,2	- 0,0	+ 13,4	+ 9,6	+ 3,8	+ 6,9	- 3,1	- 0,2	2013
+ 0,4	- 0,0	+ 0,6	+ 41,9	- 41,3	- 40,5	- 0,8	-	+ 8,3	+ 5,2	+ 3,0	+ 3,4	- 0,4	+ 0,2	2012 Juli
- 0,2	+ 1,2	+ 21,8	- 12,2	+ 33,9	+ 35,1	- 1,2	- 0,0	- 0,3	+ 4,0	- 4,3	- 3,5	- 0,8	+ 0,0	Aug.
- 0,3	- 0,2	- 50,1	- 17,8	- 32,4	- 35,1	+ 2,8	- 0,0	+ 4,8	+ 4,7	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	Sept.
+ 0,4	+ 0,1	- 2,5	+ 3,0	- 5,5	- 2,1	- 3,3	- 0,0	- 5,0	- 3,9	- 1,1	- 1,5	+ 0,4	+ 0,1	Okt.
+ 0,1	- 0,0	- 32,1	- 18,3	- 13,8	- 13,0	- 0,8	- 0,0	+ 0,6	+ 1,4	- 0,8	- 0,5	- 0,3	- 0,1	Nov.
- 0,5	- 2,5	- 86,4	- 63,2	- 23,2	- 21,8	- 1,4	- 0,0	- 6,1	- 12,5	+ 6,4	+ 6,6	- 0,2	- 0,1	Dez.
- 0,5	+ 3,2	+ 16,2	+ 30,1	- 13,9	- 14,1	+ 0,1	-	+ 5,9	+ 9,8	- 3,9	- 3,2	- 0,7	- 0,0	2013 Jan.
+ 0,1	- 2,9	- 11,5	- 13,4	+ 2,0	+ 9,9	- 7,9	-	+ 3,4	+ 5,9	- 2,5	- 1,5	- 1,0	- 0,0	Febr.
+ 0,4	- 1,0	- 14,6	- 29,0	+ 14,4	+ 14,5	- 0,1	- 0,0	- 7,8	- 7,4	- 0,4	+ 0,4	- 0,8	- 0,0	März
- 0,1	+ 0,6	+ 11,4	+ 24,6	- 13,1	- 11,6	- 1,5	-	+ 13,2	+ 6,8	+ 6,4	+ 7,0	- 0,6	- 0,0	April
- 0,0	+ 0,1	- 32,5	- 9,1	- 23,5	- 23,7	+ 0,2	-	+ 5,2	+ 10,3	- 5,1	- 4,0	- 1,1	- 0,0	Mai
- 0,4	- 0,0	- 7,0	- 23,5	+ 16,5	+ 16,1	+ 0,3	- 0,0	- 5,5	- 5,4	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	Juni
- 0,1	- 0,1	- 5,7	+ 8,9	- 14,6	- 13,9	- 0,6	-	- 4,0	+ 0,3	- 4,2	- 4,0	- 0,3	+ 0,0	Juli
- 0,0	+ 0,0	- 24,9	+ 34,0	+ 9,1	+ 8,8	+ 0,3	-	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 1,2	- 1,3	- 0,0	Aug.
- 0,3	- 0,2	- 23,9	+ 19,5	- 43,5	- 42,4	- 1,1	- 0,0	- 7,3	- 5,9	- 1,4	- 1,1	- 0,3	- 0,0	Sept.
- 0,2	+ 0,0	- 4,8	- 13,7	+ 8,9	+ 10,8	- 1,9	-	+ 0,6	+ 1,3	- 0,7	- 1,2	+ 0,5	+ 0,0	Okt.
+ 0,2	- 1,9	- 2,8	+ 15,7	- 18,5	- 18,1	- 0,4	-	+ 9,5	+ 2,6	+ 6,9	+ 4,8	+ 2,0	- 0,0	Nov.
- 0,9	- 5,1	- 73,8	- 51,7	- 22,1	- 19,5	- 2,6	- 0,0	+ 0,7	- 8,2	+ 8,9	+ 8,3	+ 0,7	- 0,1	Dez.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €		Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt									Mittel- und langfristige				
		Kurzfristige Kredite							an Unternehmen und Privatpersonen				an öffentliche Haushalte		
Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt	insgesamt	mit börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen	ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen	insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen		an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			
						zu-	Buchkredite und Wechsel	zu-	Buchkredite	Schatzwechsel			zu-	sammen	
						sammen	Börsenfähige Geldmarktpapiere	sammen	Buchkredite	Schatzwechsel			sammen	zu-	sammen
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2004	3 001,3	2 646,7			320,9	283,8	283,0	0,8	37,1	35,3	1,8	2 680,4	2 114,2		
2005	2 995,1	2 635,1			309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3		
2006	3 000,7	2 632,2			303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8		
2007	2 975,7	2 649,5			331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3		
2008	3 071,1	2 700,1			373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8		
2009	3 100,1	2 692,6			347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7		
2010	3 220,9	2 771,3			428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6		
2011	3 197,8	2 775,4			383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9		
2012	3 220,4	2 786,1			376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9		
2013	3 131,7	2 693,2			269,1	217,7	217,1	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6		
2012 Juli	3 257,8	2 834,2			429,4	351,6	351,2	0,4	77,8	72,9	4,8	2 828,4	2 304,6		
Aug.	3 252,3	2 824,5			415,9	344,6	344,2	0,4	71,3	66,6	4,7	2 836,4	2 310,8		
Sept.	3 253,0	2 818,4			413,9	340,9	340,4	0,4	73,1	67,9	5,2	2 839,1	2 311,5		
Okt.	3 271,1	2 838,0			430,6	351,1	350,6	0,5	79,6	73,6	6,0	2 840,5	2 309,7		
Nov.	3 265,5	2 825,7			410,4	338,2	337,8	0,4	72,1	66,8	5,4	2 855,1	2 316,4		
Dez.	3 220,4	2 786,1			376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9		
2013 Jan.	3 243,1	2 806,5			399,6	338,2	337,4	0,8	61,4	60,1	1,4	2 843,4	2 314,1		
Febr.	3 237,4	2 804,9			396,1	338,4	337,5	0,9	57,7	56,6	1,1	2 841,3	2 311,6		
März	3 234,0	2 796,2			387,5	332,7	331,7	1,0	54,8	53,9	0,9	2 846,5	2 315,9		
April	3 260,9	2 801,8			391,4	326,7	325,5	1,2	64,7	63,0	1,7	2 869,5	2 338,4		
Mai	3 232,1	2 796,2			380,3	325,9	324,9	1,1	54,3	52,5	1,9	2 851,9	2 325,8		
Juni	3 238,0	2 806,4			389,9	338,8	338,2	0,6	51,1	50,4	0,7	2 848,2	2 319,6		
Juli	3 230,8	2 797,1			376,1	319,9	319,3	0,6	56,1	54,7	1,4	2 854,8	2 323,0		
Aug.	3 127,2	2 692,3			269,9	220,6	220,1	0,6	49,3	48,0	1,3	2 857,3	2 324,5		
Sept.	3 127,5	2 692,3			276,7	226,0	225,3	0,8	50,7	49,4	1,3	2 850,8	2 320,5		
Okt.	3 138,2	2 698,8			279,4	220,9	220,3	0,6	58,5	57,5	1,0	2 858,7	2 326,0		
Nov.	3 139,2	2 698,7			270,3	216,8	216,2	0,6	53,5	52,3	1,2	2 868,8	2 334,0		
Dez.	3 131,7	2 693,2			269,1	217,7	217,1	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6		
Veränderungen *)															
2005	- 6,7	- 12,1			- 11,5	- 10,6	- 10,4	- 0,2	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 4,8	+ 26,8		
2006	- 12,4	- 20,8			- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 5,2	+ 23,6		
2007	- 15,9	+ 11,8			+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1		
2008	+ 92,0	+ 46,9			+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4		
2009	+ 25,7	- 11,6			- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6		
2010	+ 130,5	+ 78,7			+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9		
2011	- 30,6	- 3,2			- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4		
2012	+ 21,0	+ 9,6			- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9		
2013	+ 4,4	+ 0,2			- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6		
2012 Juli	+ 30,5	+ 32,0			+ 24,5	+ 27,3	+ 27,4	- 0,1	- 2,7	- 2,0	- 0,7	+ 6,0	+ 4,7		
Aug.	- 5,5	- 9,7			- 13,5	- 6,9	- 7,0	+ 0,0	- 6,5	- 6,3	- 0,2	+ 8,0	+ 6,2		
Sept.	+ 0,5	- 6,4			- 2,4	- 3,5	- 3,5	- 0,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 2,8	+ 1,1		
Okt.	+ 17,4	+ 19,6			+ 16,7	+ 10,2	+ 10,2	+ 0,0	+ 6,5	+ 5,7	+ 0,8	+ 0,7	- 1,9		
Nov.	- 5,5	- 12,1			- 20,3	- 12,8	- 12,8	- 0,0	- 7,4	- 6,8	- 0,6	+ 14,8	+ 6,9		
Dez.	- 45,1	- 39,6			- 34,3	- 21,4	- 21,4	+ 0,0	- 12,9	- 9,2	- 3,7	- 10,8	- 5,5		
2013 Jan.	+ 22,7	+ 20,4			+ 24,4	+ 22,3	+ 22,0	+ 0,3	+ 2,2	+ 2,5	- 0,3	- 1,7	+ 2,3		
Febr.	- 5,7	- 1,7			- 3,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 3,7	- 3,4	- 0,3	- 2,2	- 2,5		
März	- 3,4	- 8,7			- 8,6	- 5,7	- 5,8	+ 0,1	- 2,9	- 2,8	- 0,1	+ 5,3	+ 4,4		
April	+ 26,9	+ 5,7			+ 3,9	- 6,0	- 6,2	+ 0,2	+ 9,9	+ 9,1	+ 0,8	+ 23,0	+ 22,5		
Mai	- 28,8	- 5,6			- 11,1	- 0,7	- 0,6	- 0,1	- 10,4	- 10,5	+ 0,1	- 17,6	- 12,6		
Juni	+ 5,9	+ 10,2			+ 10,0	+ 13,2	+ 13,3	- 0,1	- 3,2	- 2,1	- 1,1	- 4,1	- 6,6		
Juli	- 7,2	- 9,3			- 13,8	- 18,8	- 18,8	+ 0,0	+ 5,1	+ 4,3	+ 0,7	+ 6,6	+ 3,3		
Aug.	- 10,7	- 12,0			- 16,4	- 9,6	- 9,5	- 0,1	- 6,8	- 6,7	- 0,1	+ 5,6	+ 4,7		
Sept.	+ 0,3	+ 0,1			+ 6,9	+ 5,6	+ 5,4	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,4	- 0,0	- 6,6	- 4,1		
Okt.	+ 10,8	+ 6,7			+ 2,9	- 4,8	- 4,6	- 0,2	+ 7,7	+ 8,0	- 0,3	+ 7,9	+ 5,5		
Nov.	+ 1,0	- 0,1			- 7,3	- 2,4	- 2,3	- 0,0	- 4,9	- 5,2	+ 0,3	+ 8,3	+ 6,2		
Dez.	- 7,5	- 5,5			- 1,2	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,0	- 2,2	- 1,5	- 0,6	- 6,2	- 5,4		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004	
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	-	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	-	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	-	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	-	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	-	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	-	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	-	3,6	2011	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	-	3,5	2012	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	-	2,7	2013	
2 116,0	249,7	1 866,3	188,6	31,4	523,8	294,1	39,7	254,4	229,7	-	3,6	2012 Juli	
2 120,7	249,6	1 871,1	190,1	31,6	525,6	293,0	39,3	253,7	232,6	-	3,5	Aug.	
2 118,1	249,0	1 869,1	193,4	31,5	527,6	291,9	39,1	252,8	235,7	-	3,5	Sept.	
2 120,9	249,8	1 871,1	188,7	31,2	530,8	292,9	39,9	253,0	237,9	-	3,5	Okt.	
2 127,7	251,3	1 876,4	188,7	31,5	538,7	293,4	40,1	253,4	245,2	-	3,5	Nov.	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	-	3,5	Dez.	
2 116,9	249,6	1 867,3	197,2	31,0	529,4	292,1	39,7	252,4	237,3	-	3,5	2013 Jan.	
2 120,1	249,3	1 870,8	191,5	31,0	529,7	290,6	39,3	251,4	239,1	-	3,4	Febr.	
2 119,3	249,6	1 869,7	196,6	30,8	530,6	291,3	40,5	250,8	239,3	-	3,4	März	
2 121,1	249,8	1 871,3	217,3	30,4	531,1	292,2	40,8	251,4	238,9	-	3,3	April	
2 126,7	252,0	1 874,7	199,1	30,3	526,1	292,2	40,3	251,8	233,9	-	3,2	Mai	
2 125,9	250,5	1 875,4	193,7	30,0	528,6	292,0	40,5	251,4	236,6	-	3,2	Juni	
2 130,5	252,0	1 878,5	192,4	29,6	531,8	292,6	41,2	251,4	239,2	-	3,1	Juli	
2 131,7	249,5	1 882,2	192,8	29,5	532,8	292,6	41,2	251,3	240,3	-	3,1	Aug.	
2 127,1	247,6	1 879,4	193,4	29,3	530,3	290,6	40,7	249,9	239,7	-	2,7	Sept.	
2 131,3	248,0	1 883,4	194,7	29,0	532,8	289,7	39,3	250,4	243,1	-	2,6	Okt.	
2 139,9	249,5	1 890,5	194,1	29,0	534,8	290,3	39,1	251,3	244,5	-	2,6	Nov.	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	-	2,7	Dez.	
Veränderungen *)													
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	- 3,0	- 22,1	- 13,4	+ 0,9	- 14,2	- 7,7	- 1,0	- 2,0	2005	
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	- 3,9	- 28,8	- 16,4	- 1,4	- 15,0	- 12,4	-	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	- 0,6	- 16,7	- 2,2	- 36,3	- 25,8	+ 0,1	- 26,0	- 10,5	-	- 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	- 5,3	- 34,5	- 23,2	- 2,3	- 20,8	- 11,4	-	- 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	- 3,9	+ 15,2	- 7,6	+ 2,5	- 10,2	+ 22,8	-	- 0,2	2009	
+ 18,6	- 4,0	+ 22,6	- 3,8	- 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	- 0,0	+ 31,7	-	- 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	- 13,2	- 1,0	+ 5,2	- 2,1	+ 4,9	- 7,0	+ 7,3	-	- 0,2	2011	
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	- 10,7	- 1,1	+ 19,8	- 6,6	- 1,9	- 4,7	+ 26,4	-	- 0,2	2012	
+ 17,7	- 0,1	+ 17,8	- 0,1	- 2,5	+ 0,6	- 4,3	- 0,7	- 3,6	+ 4,9	-	- 0,8	2013	
+ 7,8	+ 1,5	+ 6,3	- 3,2	- 0,2	+ 1,4	- 1,2	- 0,1	- 1,1	+ 2,6	-	- 0,1	2012 Juli	
+ 4,7	- 0,1	+ 4,8	+ 1,5	+ 0,3	+ 1,8	- 1,1	- 0,4	- 0,7	+ 2,9	-	- 0,0	Aug.	
- 2,2	- 0,9	- 1,3	+ 3,3	- 0,2	+ 1,8	- 1,3	- 0,4	- 0,9	+ 3,0	-	- 0,0	Sept.	
+ 2,8	+ 0,8	+ 2,0	- 4,6	- 0,2	+ 2,6	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,2	+ 1,6	-	- 0,0	Okt.	
+ 7,0	+ 1,5	+ 5,5	- 0,0	+ 0,3	+ 7,9	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 7,3	-	-	Nov.	
- 8,2	- 1,6	- 6,6	+ 2,7	+ 0,0	- 5,3	- 0,7	- 0,6	- 0,1	- 4,6	-	- 0,0	Dez.	
- 3,5	- 0,9	- 2,5	+ 5,7	- 0,3	- 4,0	- 0,6	+ 0,2	- 0,9	- 3,4	-	- 0,0	2013 Jan.	
+ 3,2	- 0,3	+ 3,5	- 5,7	- 0,0	+ 0,4	- 1,5	- 0,4	- 1,0	+ 1,8	-	- 0,0	Febr.	
- 0,8	+ 0,3	- 1,0	+ 5,1	- 0,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,3	- 0,6	+ 0,3	-	- 0,0	März	
+ 1,8	+ 0,2	+ 1,6	+ 20,7	- 0,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	- 0,4	-	- 0,2	April	
+ 5,6	+ 2,2	+ 3,3	- 18,2	- 0,2	- 5,1	- 0,0	- 0,5	+ 0,4	- 5,0	-	- 0,0	Mai	
- 0,8	- 1,5	+ 0,7	- 5,8	- 0,2	+ 2,5	- 0,2	+ 0,2	- 0,4	+ 2,7	-	- 0,0	Juni	
+ 4,5	+ 1,2	+ 3,3	- 1,2	- 0,4	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,7	- 0,0	+ 2,6	-	- 0,1	Juli	
+ 4,3	+ 0,6	+ 3,7	+ 0,4	- 0,1	+ 1,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 1,0	-	- 0,0	Aug.	
- 4,7	- 2,0	- 2,7	+ 0,6	- 0,2	- 2,5	- 2,0	- 0,5	- 1,4	- 0,6	-	- 0,5	Sept.	
+ 4,2	+ 0,4	+ 3,7	+ 1,3	- 0,3	+ 2,5	- 0,9	- 1,4	+ 0,6	+ 3,4	-	- 0,0	Okt.	
+ 6,8	+ 1,2	+ 5,7	- 0,6	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,6	- 0,2	+ 0,8	+ 1,4	-	+ 0,0	Nov.	
- 3,0	- 1,5	- 1,5	- 2,4	- 0,1	- 0,8	- 1,9	- 0,3	- 1,6	+ 1,1	-	+ 0,1	Dez.	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen						Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau			
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstückswesen	Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 3)	darunter:			Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten		
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt		
646,3	180,0	42,9	177,9	382,9	51,7	1 034,3	805,6	228,7	147,8	13,5	13,4	3,5	2011		
651,6	184,6	39,0	178,5	388,4	51,0	1 044,9	820,3	224,6	147,2	13,0	13,4	3,5	2012 Dez.		
649,4	184,6	38,5	178,7	387,3	51,3	1 043,6	821,3	222,3	146,5	12,6	13,3	3,5	2013 März		
651,2	186,7	38,5	178,1	388,0	51,1	1 048,6	825,8	222,9	147,7	12,4	13,5	3,6	Juni		
649,1	187,4	37,4	176,0	388,7	50,7	1 056,2	832,6	223,6	147,0	12,5	13,4	3,5	Sept.		
652,4	191,4	37,3	175,2	388,0	49,7	1 059,4	836,6	222,8	147,3	11,9	13,6	3,5	Dez.		
													Kurzfristige Kredite		
61,9	9,6	11,1	13,2	30,4	7,2	38,5	3,9	34,7	2,5	13,5	0,9	0,0	2011		
58,0	9,3	7,9	12,9	30,0	7,2	37,7	4,0	33,7	2,1	13,0	1,1	0,0	2012 Dez.		
57,3	9,0	8,2	12,8	30,1	7,8	35,9	3,9	32,0	2,0	12,6	1,0	0,0	2013 März		
57,1	9,4	7,8	12,5	29,9	7,6	35,8	4,0	31,8	1,9	12,4	1,0	0,0	Juni		
56,0	9,2	7,4	12,3	28,8	7,4	36,6	4,1	32,5	1,7	12,5	1,0	0,0	Sept.		
54,5	9,3	6,8	12,1	28,1	6,8	35,8	4,2	31,6	1,8	11,9	1,1	0,0	Dez.		
													Mittelfristige Kredite		
66,3	8,1	8,4	20,4	31,2	3,6	70,6	22,7	47,9	42,8	-	0,6	0,0	2011		
67,5	8,9	7,9	20,2	32,2	3,5	72,5	23,5	49,0	44,1	-	0,5	0,0	2012 Dez.		
65,9	8,6	7,2	19,9	31,9	3,6	72,6	23,3	49,3	43,8	-	0,5	0,0	2013 März		
66,2	8,7	7,1	19,8	32,0	3,7	73,4	23,3	50,0	44,7	-	0,5	0,0	Juni		
65,9	9,1	7,0	19,5	32,2	3,6	74,0	23,4	50,7	45,4	-	0,5	0,0	Sept.		
65,8	9,6	6,8	18,9	32,2	3,6	73,9	23,1	50,8	45,6	-	0,5	0,0	Dez.		
													Langfristige Kredite		
518,1	162,4	23,4	144,3	321,3	40,9	925,2	779,1	146,1	102,5	-	11,9	3,4	2011		
526,1	166,4	23,2	145,5	326,2	40,3	934,7	792,8	142,0	100,9	-	11,8	3,5	2012 Dez.		
526,3	167,0	23,1	146,0	325,3	39,9	935,1	794,1	141,0	100,7	-	11,9	3,5	2013 März		
527,9	168,6	23,6	145,7	326,1	39,8	939,4	798,4	141,0	101,1	-	12,0	3,5	Juni		
527,2	169,1	23,0	144,2	327,6	39,6	945,6	805,1	140,5	99,9	-	11,9	3,4	Sept.		
532,0	172,4	23,7	144,3	327,7	39,3	949,7	809,4	140,3	99,9	-	12,0	3,5	Dez.		
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt		
- 2,8	+ 1,8	- 3,3	- 0,7	+ 0,3	- 0,8	+ 3,8	+ 4,8	- 1,0	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,0	2012 4.Vj.		
- 2,2	- 0,0	- 0,6	+ 0,0	- 1,2	+ 0,3	- 1,3	+ 0,8	- 2,1	- 0,7	- 0,4	- 0,1	+ 0,0	2013 1.Vj.		
+ 1,8	+ 1,9	+ 0,0	- 0,6	+ 0,7	- 0,2	+ 5,1	+ 4,1	+ 1,0	+ 1,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,0	2.Vj.		
- 2,1	+ 1,0	- 1,1	- 2,2	+ 1,2	- 0,4	+ 7,8	+ 6,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	3.Vj.		
+ 2,7	+ 3,6	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 1,0	+ 3,3	+ 4,0	- 0,7	+ 0,2	- 0,7	+ 0,2	+ 0,0	4.Vj.		
													Kurzfristige Kredite		
- 3,4	- 0,2	- 3,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,5	- 0,4	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	- 0,4	- 0,2	+ 0,0	2012 4.Vj.		
- 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,6	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 0,1	- 0,4	- 0,1	-	2013 1.Vj.		
- 0,2	+ 0,5	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	2.Vj.		
- 1,0	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 1,0	- 0,2	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	- 0,2	+ 0,2	- 0,0	-	3.Vj.		
- 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,7	+ 0,1	- 0,0	4.Vj.		
													Mittelfristige Kredite		
+ 0,6	+ 0,5	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	-	- 0,0	- 0,0	2012 4.Vj.		
- 1,7	- 0,3	- 0,7	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 0,7	- 0,2	- 0,5	- 0,3	-	+ 0,0	-	2013 1.Vj.		
+ 0,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,9	-	- 0,0	+ 0,0	2.Vj.		
- 0,3	+ 0,4	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,4	-	+ 0,0	- 0,0	3.Vj.		
- 0,4	+ 0,4	- 0,2	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,3	-	-	- 0,0	4.Vj.		
													Langfristige Kredite		
+ 0,1	+ 1,5	- 0,1	- 0,9	+ 0,2	- 0,2	+ 3,9	+ 4,6	- 0,7	- 0,5	-	+ 0,0	- 0,0	2012 4.Vj.		
+ 0,2	+ 0,7	- 0,1	+ 0,3	- 0,9	- 0,4	+ 0,4	+ 1,1	- 0,6	- 0,2	-	+ 0,0	+ 0,0	2013 1.Vj.		
+ 1,6	+ 1,3	+ 0,5	- 0,3	+ 0,8	- 0,1	+ 4,4	+ 4,0	+ 0,4	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2.Vj.		
- 0,7	+ 0,8	- 0,6	- 1,7	+ 2,0	- 0,1	+ 6,7	+ 6,7	+ 0,0	+ 0,9	-	- 0,1	- 0,1	3.Vj.		
+ 3,4	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	- 0,3	+ 3,6	+ 4,3	- 0,6	- 0,3	-	+ 0,0	+ 0,0	4.Vj.		

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)				Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:					
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)				Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos			
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.						über 2 Jahre		
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	3 045,5	1 168,3	1 156,2	386,1	770,2	31,5	738,7	616,1	104,8	36,5	34,3	97,1		
2012	3 090,2	1 306,5	1 072,5	341,3	731,2	32,0	699,2	617,6	93,6	34,9	31,7	82,9		
2013	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4		
2013 Jan.	3 087,3	1 326,2	1 053,6	322,4	731,2	32,5	698,7	616,8	90,7	35,0	31,2	81,9		
Febr.	3 097,1	1 336,2	1 055,8	326,7	729,1	32,2	696,9	616,6	88,5	34,9	30,7	98,0		
März	3 096,3	1 330,3	1 064,7	335,4	729,3	32,2	697,2	614,5	86,8	34,8	30,4	94,3		
April	3 100,3	1 344,5	1 058,4	333,6	724,7	32,3	692,5	612,3	85,1	34,6	30,2	95,6		
Mai	3 115,4	1 363,4	1 058,3	332,0	726,2	32,9	693,4	610,7	83,0	34,5	30,1	96,8		
Juni	3 129,7	1 369,8	1 069,2	344,8	724,4	32,2	692,3	609,7	81,0	34,4	30,1	110,9		
Juli	3 105,2	1 374,8	1 042,7	322,8	719,9	31,2	688,8	608,1	79,6	34,4	30,4	88,5		
Aug.	3 023,6	1 372,9	964,4	254,9	709,5	29,2	680,3	607,5	78,8	34,4	30,4	1,2		
Sept.	3 020,6	1 379,4	956,9	251,2	705,7	29,0	676,7	606,4	78,0	33,5	30,2	1,2		
Okt.	3 027,2	1 392,9	950,6	247,6	703,0	29,4	673,6	606,4	77,3	33,4	30,1	3,1		
Nov.	3 044,4	1 413,4	947,8	246,4	701,4	29,6	671,7	606,3	76,9	33,3	30,1	1,0		
Dez.	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4		
Veränderungen *)														
2012	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	- 47,7	- 39,0	+ 0,6	- 39,6	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	- 2,6	+ 16,8		
2013	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 22,8	- 31,1	- 0,2	- 30,8	- 7,4	- 17,0	- 1,7	- 2,7	+ 3,6		
2013 Jan.	- 2,9	+ 19,7	- 18,8	- 19,0	+ 0,2	+ 0,5	- 0,2	- 0,8	- 2,9	- 0,0	- 0,5	- 1,0		
Febr.	+ 9,8	+ 10,0	+ 2,2	+ 4,3	- 2,1	- 0,3	- 1,8	- 0,1	- 2,2	- 0,0	- 0,5	+ 16,1		
März	- 1,2	- 6,2	+ 8,9	+ 8,7	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	- 2,2	- 1,8	- 0,1	- 0,3	- 3,7		
April	+ 4,1	+ 14,6	- 6,7	- 2,1	- 4,6	+ 0,1	- 4,7	- 2,1	- 1,6	- 0,2	- 0,2	+ 1,3		
Mai	+ 15,0	+ 18,9	- 0,1	- 1,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,9	- 1,6	- 2,2	- 0,1	- 0,1	+ 1,2		
Juni	+ 14,6	+ 6,4	+ 11,3	+ 12,2	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 1,1	- 2,0	- 0,1	- 0,0	+ 14,1		
Juli	- 24,5	+ 5,0	- 26,5	- 21,9	- 4,6	- 1,0	- 3,6	- 1,5	- 1,5	- 0,0	+ 0,3	- 22,5		
Aug.	+ 0,1	+ 13,3	- 11,8	- 3,3	- 8,4	- 0,2	- 8,2	- 0,7	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,0	- 6,1		
Sept.	- 3,0	+ 6,4	- 7,5	- 3,7	- 3,8	- 0,2	- 3,6	- 1,1	- 0,9	- 0,5	- 0,2	- 0,0		
Okt.	+ 6,6	+ 13,5	- 6,3	- 3,4	- 2,9	+ 0,5	- 3,4	- 0,0	- 0,6	- 0,1	- 0,1	+ 1,9		
Nov.	+ 17,3	+ 20,6	- 2,8	- 1,2	- 1,6	+ 0,3	- 1,9	- 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,0	- 2,0		
Dez.	+ 4,3	- 3,5	+ 4,1	+ 8,3	- 4,2	+ 0,0	- 4,2	+ 3,9	- 0,2	- 0,4	- 1,1	+ 4,4		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	168,5	46,2	118,4	69,5	48,8	3,8	45,0	2,4	1,5	34,0	5,9	3,1		
2012	186,2	50,8	130,7	73,0	57,7	4,5	53,1	3,1	1,6	32,7	5,9	3,1		
2013	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7		
2013 Jan.	179,1	50,6	124,0	67,1	56,9	4,6	52,3	3,1	1,3	32,7	5,9	1,1		
Febr.	179,0	50,6	124,0	67,0	57,0	4,5	52,4	3,2	1,3	32,6	5,9	2,2		
März	185,9	49,5	131,9	74,1	57,8	5,0	52,8	3,3	1,2	32,6	5,8	1,3		
April	184,1	51,5	128,1	71,7	56,4	5,2	51,2	3,3	1,2	32,3	5,8	2,3		
Mai	190,2	52,1	133,4	76,0	57,4	5,5	51,9	3,5	1,2	32,3	5,8	2,1		
Juni	194,8	54,0	135,9	78,9	57,1	5,5	51,5	3,5	1,3	32,0	5,8	0,5		
Juli	189,8	49,2	135,7	78,5	57,2	5,1	52,1	3,6	1,3	32,0	5,8	0,3		
Aug.	185,1	50,7	129,3	77,9	51,4	5,1	46,3	3,7	1,4	32,1	5,8	0,2		
Sept.	184,4	49,5	129,9	77,9	51,0	5,1	45,9	3,7	1,4	31,2	5,8	0,8		
Okt.	177,5	46,8	125,5	74,4	51,2	5,4	45,8	3,7	1,4	31,1	5,8	1,5		
Nov.	184,7	49,6	130,0	78,6	51,3	5,4	46,0	3,7	1,5	31,1	5,8	0,5		
Dez.	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7		
Veränderungen *)														
2012	+ 2,2	+ 2,9	- 1,6	+ 2,7	- 4,3	+ 0,7	- 5,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,4	- 0,1	+ 0,1		
2013	- 3,8	- 2,9	- 1,4	+ 7,6	- 9,0	+ 0,8	- 9,8	+ 0,5	+ 0,1	- 1,6	- 1,1	+ 1,6		
2013 Jan.	- 7,1	- 0,1	- 6,7	- 6,1	- 0,6	+ 0,0	- 0,6	+ 0,0	- 0,3	- 0,0	- 0,0	- 2,0		
Febr.	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 1,1		
März	+ 5,6	- 1,5	+ 7,0	+ 6,9	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,9		
April	- 1,7	+ 2,1	- 3,8	- 2,4	- 1,4	+ 0,2	- 1,6	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 1,0		
Mai	+ 6,1	+ 0,6	+ 5,3	+ 4,3	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,2		
Juni	+ 4,6	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,8	- 0,3	+ 0,0	- 0,3	+ 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 1,6		
Juli	- 5,0	- 4,9	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 0,4	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,2		
Aug.	- 4,0	+ 1,6	- 5,7	- 0,6	- 5,1	- 0,0	- 5,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1		
Sept.	- 0,7	- 1,2	+ 0,6	+ 1,0	- 0,4	- 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	+ 0,6		
Okt.	- 7,0	- 2,7	- 4,3	- 4,5	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	-	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,7		
Nov.	+ 7,2	+ 2,8	+ 4,4	+ 4,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,0		
Dez.	- 1,7	- 1,4	- 0,4	+ 2,5	- 2,9	+ 0,3	- 3,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,4	- 1,0	+ 4,2		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrach-

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €												
Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)				Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:			
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)				Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos	
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.						über 2 Jahre
Inländische Unternehmen und Privatpersonen												
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2011	2 877,0	1 122,0	1 037,9	316,5	721,3	27,7	693,7	613,8	103,3	2,5	28,4	94,0
2012	2 904,0	1 255,7	941,7	268,3	673,5	27,5	646,0	614,5	92,0	2,2	25,8	79,8
2013	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7
2013 Jan.	2 908,2	1 275,5	929,6	255,3	674,3	27,9	646,4	613,6	89,5	2,3	25,3	80,9
Febr.	2 918,2	1 285,6	931,9	259,7	672,1	27,7	644,5	613,4	87,3	2,3	24,8	95,8
März	2 910,4	1 280,8	932,9	261,3	671,5	27,2	644,4	611,2	85,5	2,3	24,6	93,0
April	2 916,2	1 293,0	930,2	261,9	668,4	27,1	641,3	609,0	83,9	2,3	24,4	93,3
Mai	2 925,1	1 311,3	924,8	256,0	668,8	27,3	641,5	607,3	81,7	2,3	24,4	94,7
Juni	2 934,9	1 315,7	933,3	265,9	667,4	26,6	640,7	606,2	79,7	2,3	24,3	110,4
Juli	2 915,4	1 325,6	907,0	244,3	662,7	26,1	636,7	604,5	78,2	2,3	24,6	88,2
Aug.	2 838,5	1 322,2	835,1	177,0	658,1	24,1	634,0	603,8	77,5	2,3	24,6	1,1
Sept.	2 836,2	1 329,9	827,0	172,3	654,7	23,9	630,7	602,7	76,6	2,3	24,5	0,4
Okt.	2 849,7	1 346,0	825,0	173,3	651,8	24,0	627,8	602,7	75,9	2,3	24,3	1,6
Nov.	2 859,7	1 363,8	817,8	167,8	650,0	24,3	625,8	602,7	75,4	2,2	24,3	0,5
Dez.	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7
Veränderungen *)												
2012	+ 40,1	+ 135,8	- 85,1	- 50,4	- 34,7	- 0,1	- 34,6	+ 0,8	- 11,3	- 0,3	- 2,6	- 16,8
2013	+ 43,9	+ 121,3	- 52,5	- 30,4	- 22,1	- 1,1	- 21,0	- 7,9	- 17,1	- 0,1	- 1,6	+ 2,0
2013 Jan.	+ 4,2	+ 19,8	- 12,1	- 12,9	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,4	- 0,9	- 2,6	- 0,0	- 0,5	+ 1,0
Febr.	+ 9,9	+ 10,1	+ 2,2	+ 4,4	- 2,2	- 0,3	- 1,9	- 0,2	- 2,2	- 0,0	- 0,5	+ 15,0
März	- 6,8	- 4,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	- 2,3	- 1,7	- 0,0	- 0,2	- 2,8
April	+ 5,8	+ 12,5	- 2,9	+ 0,2	- 3,1	- 0,0	- 3,1	- 2,2	- 1,6	+ 0,0	- 0,2	+ 0,2
Mai	+ 8,9	+ 18,3	- 5,4	+ 5,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 1,8	- 2,2	- 0,0	- 0,1	+ 1,4
Juni	+ 10,1	+ 4,4	+ 8,8	+ 9,4	- 0,6	- 0,6	- 0,0	- 1,1	- 2,1	+ 0,1	- 0,0	+ 15,7
Juli	- 19,5	+ 9,8	- 26,2	- 21,5	- 4,7	- 0,5	- 4,2	- 1,6	- 1,5	+ 0,0	+ 0,3	- 22,2
Aug.	+ 4,1	+ 11,7	- 6,1	- 2,7	- 3,3	- 0,2	- 3,1	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 0,0	- 6,0
Sept.	- 2,4	+ 7,6	- 8,0	- 4,6	- 3,4	- 0,2	- 3,2	- 1,1	- 0,9	- 0,0	- 0,2	- 0,7
Okt.	+ 13,5	+ 16,2	- 2,0	+ 1,1	- 3,0	+ 0,2	- 3,2	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,1	+ 1,2
Nov.	+ 10,0	+ 17,8	- 7,2	+ 5,4	- 1,7	+ 0,3	- 2,0	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 1,1
Dez.	+ 5,9	- 2,2	+ 4,5	+ 5,8	- 1,3	- 0,2	- 1,1	+ 4,0	- 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,2
darunter: inländische Unternehmen												
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2011	1 156,5	374,8	758,9	222,9	536,0	9,4	526,7	5,6	17,3	2,5	20,3	94,0
2012	1 105,3	414,2	668,5	185,9	482,5	10,4	472,2	6,5	16,1	2,2	18,2	79,8
2013	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7
2013 Jan.	1 109,2	428,0	658,5	175,7	482,8	10,7	472,2	6,6	16,0	2,3	17,8	80,9
Febr.	1 112,0	427,9	661,5	181,0	480,5	10,9	469,6	6,8	15,9	2,3	17,3	95,8
März	1 104,5	418,0	664,0	184,3	479,7	10,7	469,0	6,8	15,7	2,3	17,2	93,0
April	1 108,9	424,0	662,5	185,6	476,8	11,1	465,8	6,9	15,5	2,3	17,0	93,3
Mai	1 110,2	430,2	657,4	180,5	476,9	11,5	465,4	7,1	15,5	2,3	17,1	94,7
Juni	1 116,9	426,8	667,6	192,0	475,6	11,4	464,2	7,2	15,3	2,3	17,1	110,4
Juli	1 096,9	430,4	644,1	172,1	472,0	11,6	460,4	7,3	15,2	2,3	17,4	88,2
Aug.	1 013,2	417,2	573,4	106,0	467,4	10,0	457,4	7,4	15,3	2,3	17,5	1,1
Sept.	1 013,2	424,3	566,4	102,4	464,0	10,1	453,9	7,4	15,2	2,3	17,3	0,4
Okt.	1 017,9	430,3	565,0	104,3	460,8	10,2	450,5	7,5	15,1	2,2	17,2	1,6
Nov.	1 007,5	427,8	557,4	99,3	458,0	10,4	447,7	7,4	15,0	2,2	17,3	0,5
Dez.	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7
Veränderungen *)												
2012	- 37,3	+ 42,6	- 79,6	- 39,2	- 40,4	+ 1,1	- 41,5	+ 0,9	- 1,2	- 0,2	- 2,1	- 16,8
2013	- 12,0	+ 30,3	- 42,3	- 16,4	- 25,9	+ 1,9	- 27,8	+ 0,8	- 0,8	- 0,1	- 1,0	+ 2,0
2013 Jan.	+ 3,7	+ 13,8	- 10,1	- 10,3	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,4	+ 1,0
Febr.	+ 2,8	- 0,1	+ 3,0	+ 5,3	- 2,3	+ 0,2	- 2,5	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,4	+ 15,0
März	- 6,5	+ 9,9	+ 3,4	+ 3,6	- 0,1	+ 0,2	- 0,3	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 2,8
April	+ 4,4	+ 6,3	- 1,9	+ 1,0	- 2,9	+ 0,3	- 3,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	+ 0,2
Mai	+ 1,3	+ 6,2	- 5,1	+ 5,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 1,4
Juni	+ 7,0	- 3,4	+ 10,5	+ 11,0	- 0,4	+ 0,0	- 0,5	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 15,7
Juli	- 20,0	+ 3,6	- 23,5	- 19,8	- 3,7	+ 0,2	- 3,8	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,3	- 22,2
Aug.	- 2,6	+ 1,9	- 4,8	- 1,6	- 3,2	+ 0,2	- 3,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 6,0
Sept.	- 0,2	+ 7,0	- 7,1	- 3,5	- 3,6	+ 0,1	- 3,7	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,7
Okt.	+ 4,7	+ 6,0	- 1,3	+ 1,9	- 3,2	+ 0,2	- 3,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 1,2
Nov.	- 10,4	- 2,5	- 7,7	- 4,9	- 2,7	+ 0,1	- 2,9	- 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 1,1
Dez.	+ 3,8	+ 1,3	+ 2,2	+ 6,2	- 4,0	- 0,3	- 3,7	- 0,1	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,2

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen					inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2011	1 720,4	747,3	724,9	131,5	490,4	103,0	22,4	278,9	261,1	23,3	218,5	19,3
2012	1 798,7	841,5	816,5	147,1	548,6	120,8	25,0	273,3	256,6	18,8	219,3	18,6
2013	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6
2013 Juli	1 818,5	895,2	867,4	155,4	582,9	129,2	27,9	263,0	247,8	16,7	213,6	17,5
Aug.	1 825,3	905,0	876,8	158,4	588,8	129,7	28,1	261,7	246,6	16,6	212,8	17,2
Sept.	1 822,9	905,6	877,3	156,7	593,1	127,4	28,3	260,6	245,5	16,4	212,9	16,2
Okt.	1 831,8	915,7	887,2	161,4	597,0	128,9	28,5	260,0	244,7	16,4	212,4	15,9
Nov.	1 852,2	936,0	908,4	163,0	614,3	131,1	27,7	260,5	245,5	16,4	213,2	15,9
Dez.	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6
Veränderungen *)												
2012	+ 77,3	+ 93,2	+ 90,5	+ 14,0	+ 57,2	+ 19,3	+ 2,7	- 5,6	- 4,4	- 4,5	- 0,4	+ 0,5
2013	+ 56,0	+ 91,0	+ 89,7	+ 14,2	+ 62,1	+ 13,5	+ 1,3	- 10,1	- 9,4	- 2,4	- 4,5	- 2,6
2013 Juli	+ 0,5	+ 6,2	+ 6,5	+ 5,4	+ 0,0	+ 1,1	- 0,2	- 2,7	- 2,6	- 0,2	- 2,1	- 0,3
Aug.	+ 6,8	+ 9,8	+ 9,5	+ 3,0	+ 5,9	+ 0,5	+ 0,3	- 1,3	- 1,3	- 0,1	- 0,8	- 0,3
Sept.	- 2,2	+ 0,6	+ 0,4	- 1,6	+ 1,9	+ 0,2	+ 0,1	- 0,9	- 1,0	- 0,2	- 0,4	- 0,5
Okt.	+ 8,8	+ 10,2	+ 9,9	+ 4,7	+ 4,0	+ 1,2	+ 0,2	- 0,7	- 0,8	- 0,1	- 0,5	- 0,3
Nov.	+ 20,4	+ 20,3	+ 21,1	+ 1,6	+ 17,3	+ 2,2	- 0,8	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,0
Dez.	+ 2,2	- 3,5	- 2,1	- 1,7	- 1,3	+ 1,0	- 1,4	+ 2,3	+ 1,7	+ 0,1	+ 1,9	- 0,3

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)					Länder						
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2011	168,5	37,9	6,2	9,4	22,2	0,1	16,9	34,8	11,4	10,7	12,5	0,2	16,8
2012	186,2	25,9	3,7	6,0	16,2	0,1	16,4	47,2	9,1	13,7	24,2	0,2	15,9
2013	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6
2013 Juli	189,8	23,5	3,8	5,2	14,4	0,1	16,2	48,1	11,0	13,7	23,1	0,2	15,5
Aug.	185,1	16,7	4,3	3,3	9,0	0,1	16,2	44,7	8,8	12,6	23,1	0,2	15,5
Sept.	184,4	15,4	3,1	3,6	8,5	0,1	16,2	49,0	11,0	14,7	23,0	0,2	14,6
Okt.	177,5	13,9	2,9	2,7	8,2	0,1	16,2	45,9	11,1	11,7	22,9	0,2	14,6
Nov.	184,7	14,3	3,1	2,8	8,3	0,1	16,2	43,2	10,1	10,0	22,9	0,2	14,5
Dez.	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6
Veränderungen *)													
2012	+ 2,2	- 9,2	- 2,5	- 0,7	- 6,0	+ 0,0	- 0,5	- 2,3	- 3,9	+ 2,7	- 1,1	- 0,0	- 0,9
2013	- 3,8	- 9,8	- 0,8	+ 1,8	- 10,8	- 0,0	- 0,7	- 4,2	+ 0,8	- 3,8	- 1,1	+ 0,0	- 0,9
2013 Juli	- 5,0	+ 1,5	- 0,1	+ 1,7	- 0,1	-	- 0,0	- 2,6	- 1,3	- 1,2	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Aug.	- 4,0	- 6,8	+ 0,5	- 1,9	- 5,4	+ 0,0	+ 0,0	- 3,4	- 2,2	- 1,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Sept.	- 0,7	- 1,3	- 1,2	+ 0,4	- 0,5	-	+ 0,0	+ 4,3	+ 2,2	+ 2,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,5
Okt.	- 7,0	- 1,5	- 0,2	- 1,0	- 0,3	- 0,0	-	- 3,1	+ 0,0	- 3,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1
Nov.	+ 7,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 2,7	- 0,9	- 1,8	- 0,0	- 0,0	- 0,0
Dez.	+ 1,7	+ 1,7	- 0,2	+ 4,8	- 2,9	+ 0,0	- 0,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:				Zeit
nach Befristung					insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos	
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		darunter:								
		zusammen	bis 2 Jahre einschl.									über 2 Jahre
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
17,8	93,6	185,3	18,3	167,0	608,2	599,0	9,2	86,1	0,1	8,1	–	2011
16,7	82,3	190,9	17,1	173,8	608,0	597,8	10,2	76,0	0,0	7,6	–	2012
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	–	2013
15,2	72,2	190,8	14,5	176,3	597,3	587,1	10,2	63,1	0,0	7,2	–	2013 Juli
15,1	71,0	190,6	14,1	176,5	596,4	586,2	10,2	62,2	0,0	7,1	–	Aug.
15,1	69,9	190,7	13,9	176,8	595,3	585,2	10,1	61,4	0,0	7,2	–	Sept.
15,3	69,0	191,0	13,7	177,2	595,2	585,2	10,1	60,8	0,0	7,1	–	Okt.
15,0	68,5	192,0	13,9	178,1	595,2	585,5	9,7	60,4	0,0	7,0	–	Nov.
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	–	Dez.
Veränderungen ^{*)}												
– 1,1	– 11,2	+ 5,6	– 1,3	+ 6,9	– 0,2	– 1,1	+ 1,0	– 10,1	– 0,0	– 0,5	–	2012
– 0,7	– 14,0	+ 3,9	– 3,0	+ 6,8	– 8,7	– 8,3	– 0,4	– 16,2	– 0,0	– 0,6	–	2013
– 0,1	– 1,7	– 1,0	– 0,7	– 0,3	– 1,7	– 1,6	– 0,1	– 1,3	+ 0,0	– 0,1	–	2013 Juli
– 0,0	– 1,2	– 0,1	– 0,4	+ 0,2	– 0,9	– 0,8	– 0,0	– 0,8	+ 0,0	– 0,0	–	Aug.
+ 0,1	– 1,1	+ 0,2	– 0,3	+ 0,4	– 1,1	– 1,0	– 0,1	– 0,8	– 0,0	+ 0,0	–	Sept.
+ 0,2	– 0,8	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	– 0,1	– 0,0	– 0,0	– 0,6	– 0,0	– 0,1	–	Okt.
– 0,3	– 0,5	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,4	– 0,4	– 0,4	– 0,0	– 0,1	–	Nov.
+ 0,6	– 0,4	+ 2,7	+ 0,1	+ 2,6	+ 4,0	+ 4,0	+ 0,0	– 0,7	– 0,0	– 0,1	–	Dez.

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
39,3	18,1	13,0	5,0	3,2	0,4	56,5	10,5	36,4	9,1	0,4	0,0	2011
43,8	23,0	11,3	5,9	3,6	0,4	69,3	15,0	42,0	11,4	0,8	0,0	2012
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	2013
41,9	20,4	11,2	6,3	4,0	0,4	76,4	14,0	48,4	13,3	0,7	0,0	2013 Juli
46,1	23,6	11,9	6,5	4,1	0,4	77,7	14,0	50,1	12,8	0,7	0,0	Aug.
43,2	21,5	11,2	6,5	4,1	0,4	76,9	13,9	49,3	13,0	0,7	0,0	Sept.
41,7	20,1	10,9	6,6	4,1	0,4	75,9	12,7	49,0	13,4	0,7	0,0	Okt.
44,2	22,4	11,1	6,7	4,1	0,4	83,0	14,0	54,7	13,5	0,8	0,0	Nov.
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	Dez.
Veränderungen ^{*)}												
+ 4,3	+ 4,8	– 1,7	+ 0,7	+ 0,4	– 0,0	+ 9,4	+ 4,5	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,4	– 0,0	2012
+ 1,1	+ 0,5	– 0,6	+ 0,7	+ 0,5	– 0,0	+ 9,1	– 3,4	+ 10,1	+ 2,3	+ 0,1	– 0,0	2013
– 1,6	– 1,5	– 0,2	+ 0,1	+ 0,1	– 0,0	– 2,4	– 2,0	– 0,7	+ 0,3	+ 0,0	–	2013 Juli
+ 4,2	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	–	+ 1,9	+ 0,1	+ 1,7	+ 0,2	+ 0,0	–	Aug.
– 2,9	– 2,1	– 0,7	– 0,0	– 0,0	– 0,0	– 0,8	– 0,1	– 0,8	+ 0,1	+ 0,0	– 0,0	Sept.
– 1,5	– 1,3	– 0,3	+ 0,1	– 0,0	–	– 1,0	– 1,2	– 0,3	+ 0,5	+ 0,0	–	Okt.
+ 2,5	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	–	+ 7,1	+ 1,3	+ 5,7	+ 0,1	+ 0,0	–	Nov.
+ 0,6	+ 1,1	– 0,4	– 0,1	– 0,0	–	– 4,3	– 2,4	– 2,0	– 0,1	+ 0,1	– 0,0	Dez.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an				
Zeit	von Inländern					von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Nicht-banken insgesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht-banken
	insgesamt	zu-sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu-sammen	darunter mit drei-monatiger Kündigungs-frist	zu-sammen			zu-sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zu-sammen	darunter Sonder-spar-formen 2)	zu-sammen	darunter Sonder-spar-formen 2)								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2011	626,3	616,1	515,3	413,7	100,8	91,3	10,2	7,8	10,0	122,5	104,8	74,6	17,7	
2012	628,2	617,6	528,4	418,1	89,2	77,7	10,6	8,1	9,8	110,5	93,6	68,6	16,9	
2013	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	7,5	92,2	76,6	59,3	15,6	
2013 Aug.	617,5	607,5	528,6	413,0	78,9	66,6	10,0	7,9	0,2	94,9	78,8	60,8	16,0	
Sept.	616,3	606,4	528,3	412,4	78,1	65,8	9,9	7,9	0,2	93,9	78,0	60,4	15,9	
Okt.	616,3	606,4	528,3	411,5	78,0	65,6	9,9	7,8	0,3	93,1	77,3	60,1	15,8	
Nov.	616,2	606,3	528,3	411,2	78,0	65,7	9,9	7,8	0,3	92,5	76,9	59,7	15,6	
Dez.	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	4,4	92,2	76,6	59,3	15,6	
Veränderungen *)														
2012	+ 1,9	+ 1,5	+ 14,1	+ 5,6	- 12,6	- 14,6	+ 0,4	+ 0,3	.	- 12,0	- 11,2	- 6,1	- 0,7	
2013	- 8,0	- 7,4	+ 4,0	- 4,4	- 11,3	- 12,4	- 0,7	- 0,2	.	- 18,4	- 17,0	- 9,3	- 1,4	
2013 Aug.	- 0,8	- 0,7	+ 0,2	- 0,1	- 0,9	- 1,0	- 0,1	- 0,0	.	- 0,8	- 0,7	- 0,2	- 0,0	
Sept.	- 1,1	- 1,1	- 0,3	- 0,6	- 0,8	- 0,9	- 0,0	- 0,0	.	- 1,0	- 0,9	- 0,5	- 0,1	
Okt.	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,8	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,0	.	- 0,8	- 0,6	- 0,3	- 0,2	
Nov.	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,3	-	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	.	- 0,6	- 0,5	- 0,4	- 0,1	
Dez.	+ 3,9	+ 3,9	+ 4,1	+ 2,5	- 0,2	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	.	- 0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,1	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene		
Zeit	insgesamt	darunter:								insgesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsenfähige Schuldverschreibungen	nicht börsenfähige Schuldverschreibungen	
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungs-anleihen 3) 4)	Certificats of Deposit	mit Laufzeit								
						zu-sammen	darunter ohne Nominalbetrags-garantie 5)	zu-sammen	darunter ohne Nominalbetrags-garantie 5)					über 2 Jahre
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2011	1 375,4	352,6	37,2	373,9	75,3	95,2	3,0	53,6	4,5	1 226,6	0,6	0,4	43,2	1,5
2012	1 265,1	346,8	31,6	362,3	58,9	76,4	3,0	51,3	4,4	1 137,4	0,3	0,3	38,6	1,1
2013	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
2013 Aug.	1 191,1	324,9	29,5	353,7	78,9	91,9	2,8	40,1	4,7	1 059,1	0,2	0,2	37,4	1,1
Sept.	1 185,6	322,9	28,6	350,8	74,5	89,2	2,6	39,1	4,5	1 057,3	0,2	0,2	38,3	1,1
Okt.	1 176,3	319,2	29,8	347,5	72,1	88,9	2,7	38,0	4,7	1 049,5	0,6	0,2	37,4	1,1
Nov.	1 169,1	318,1	28,3	341,0	67,6	83,4	2,6	36,2	4,8	1 049,5	0,6	0,2	37,6	1,1
Dez.	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
Veränderungen *)														
2012	- 111,0	- 7,4	- 6,3	- 12,0	- 16,4	- 19,5	- 0,0	- 2,3	- 0,3	- 89,2	+ 0,3	- 0,1	- 4,6	- 0,5
2013	- 122,4	- 31,0	- 5,3	- 41,2	- 4,1	- 7,4	- 0,4	- 16,6	+ 0,1	- 98,4	+ 0,3	- 0,0	- 1,6	- 0,0
2013 Aug.	- 3,6	- 0,6	- 1,0	+ 1,7	+ 2,4	+ 1,6	- 0,2	- 1,3	- 0,1	- 3,9	- 0,0	- 0,0	+ 0,2	-
Sept.	- 5,5	- 1,9	- 1,0	- 3,0	- 4,5	- 2,8	- 0,2	- 1,0	- 0,2	- 1,8	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,9	- 0,0
Okt.	- 9,3	- 3,7	+ 1,2	- 3,3	- 2,4	- 0,3	+ 0,1	- 1,2	+ 0,2	- 7,8	+ 0,3	+ 0,0	- 0,9	-
Nov.	- 7,2	- 1,1	- 1,4	- 6,5	- 4,5	- 5,5	- 0,1	- 1,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	- 0,0
Dez.	- 26,4	- 2,3	- 2,1	- 19,8	- 12,8	- 14,4	- 0,1	- 1,5	- 0,4	- 10,5	-	+ 0,0	- 0,6	-

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats-ende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bun-gen 3)	Baudarlehen			Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schät-ze) 4)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)			
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite	sonstige Baudar-lehen								
Alle Bausparkassen																
2011	23	197,5	41,4	0,0	17,6	27,1	74,2	15,9	13,0	0,7	22,8	136,7	6,9	5,4	8,3	99,2
2012	22	200,6	42,2	0,0	17,5	24,0	78,3	16,0	14,5	1,3	21,0	141,9	6,4	4,9	8,7	101,8
2013 Okt.	22	204,1	43,2	0,0	17,3	21,4	81,8	16,9	16,9	1,5	21,6	146,0	5,7	4,2	9,0	8,5
Nov.	22	204,8	43,1	0,0	17,2	21,2	82,2	16,9	17,5	1,5	21,6	146,5	5,6	4,2	9,0	8,1
Dez.	22	205,2	43,6	0,0	16,9	21,0	82,5	17,0	17,6	1,6	21,1	149,0	5,7	4,0	9,0	9,2
Private Bausparkassen																
2013 Okt.	12	144,1	25,8	0,0	10,7	14,7	64,6	14,5	8,1	1,1	18,0	96,6	5,5	4,2	6,0	5,5
Nov.	12	144,5	25,8	0,0	10,6	14,6	64,8	14,6	8,5	1,1	18,0	97,0	5,5	4,2	6,0	5,3
Dez.	12	144,8	26,1	0,0	10,2	14,5	65,1	14,7	8,6	1,1	17,7	98,7	5,6	4,0	6,0	6,1
Öffentliche Bausparkassen																
2013 Okt.	10	60,0	17,5	0,0	6,6	6,7	17,2	2,3	8,7	0,5	3,6	49,4	0,1	-	3,0	2,9
Nov.	10	60,3	17,4	0,0	6,6	6,6	17,3	2,3	9,0	0,5	3,6	49,5	0,1	-	3,0	2,8
Dez.	10	60,5	17,5	0,0	6,6	6,5	17,4	2,3	9,1	0,5	3,5	50,3	0,1	-	3,0	3,2

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen-de Auszahlungs-verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar-darlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohn-ungs-bau-prämien 12)	
	eingezahlte Bauspar-be-träge 9)	Zinsgut-schriften auf Bauspar-einlagen	Rückzah-lungen von Bauspar-einlagen aus nicht zuge-teilten Ver-trägen	ins-gesamt	darunter Netto-Zutei-lun-gen 11)	Zuteilungen			neu ge-währte Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite und sonstige Bau-darlehen	ins-gesamt	dar-unter aus Zutei-lungen	ins-gesamt	darunter Til-gungen im Quartal			
						Bauspareinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ab-lösung von Vor- und Zwi-schenfinan-zierungs-krediten								
Alle Bausparkassen																
2011	27,6	2,5	6,1	46,2	31,0	40,9	18,1	4,4	8,2	4,1	14,6	12,1	7,5	11,0	9,3	0,5
2012	28,5	2,6	6,8	48,3	31,0	40,8	18,3	4,1	6,8	3,7	15,7	13,2	7,7	12,1	10,1	0,4
2013 Okt.	2,3	0,0	0,6	3,9	2,5	3,6	1,5	0,4	0,6	0,3	1,6	14,5	8,2	0,9		0,0
Nov.	2,3	0,0	0,5	3,5	2,3	3,2	1,3	0,3	0,5	0,3	1,4	14,4	8,2	1,0		0,0
Dez.	2,5	2,2	0,6	3,4	2,4	3,5	1,6	0,3	0,5	0,3	1,4	13,9	8,0	0,9	...	0,0
Private Bausparkassen																
2013 Okt.	1,5	0,0	0,3	2,8	1,8	2,7	1,1	0,3	0,4	0,3	1,2	9,7	4,5	0,7		0,0
Nov.	1,5	0,0	0,2	2,5	1,5	2,4	0,9	0,3	0,4	0,2	1,1	9,5	4,5	0,7		0,0
Dez.	1,7	1,5	0,2	2,5	1,7	2,6	1,2	0,3	0,4	0,2	1,0	9,2	4,4	0,7	...	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2013 Okt.	0,8	0,0	0,3	1,1	0,8	0,9	0,4	0,1	0,2	0,1	0,4	4,8	3,7	0,3		0,0
Nov.	0,8	0,0	0,3	1,1	0,8	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,8	3,7	0,2		0,0
Dez.	0,8	0,8	0,3	1,0	0,7	0,9	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,6	3,6	0,3	...	0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7 Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zuge teilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	Kredite an Banken (MFIs)					Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)	
				insgesamt	Guthaben und Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	insgesamt	Buchkredite			insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands	
zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken	zusammen		an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken	Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)								
Auslandsfilialen															
2010	55	212	2 226,3	591,4	564,8	232,0	332,8	26,6	696,7	532,5	27,5	505,0	164,2	938,2	633,9
2011	56	209	2 316,6	603,9	584,9	199,1	385,8	19,0	642,5	504,3	23,2	481,0	138,2	1 070,2	885,0
2012	55	210	2 042,7	552,1	537,9	179,5	358,4	14,2	550,2	427,1	16,9	410,2	123,1	940,4	671,8
2013 Febr.	55	209	2 052,3	547,0	531,9	165,9	366,0	15,1	578,8	456,2	14,6	441,7	122,5	926,5	650,9
März	55	209	2 007,7	541,0	525,3	162,4	362,9	15,7	580,6	454,3	14,7	439,6	126,3	886,2	636,8
April	55	207	2 034,7	537,8	522,2	163,0	359,1	15,6	578,8	458,2	13,7	444,6	120,6	918,1	656,3
Mai	55	208	2 003,3	534,1	518,7	160,6	358,2	15,3	595,4	468,8	13,0	455,7	126,6	873,8	613,0
Juni	55	207	1 909,3	528,0	512,8	162,1	350,6	15,2	563,0	446,7	12,8	433,9	116,3	818,3	605,9
Juli	54	206	1 845,8	511,4	497,0	156,7	340,3	14,5	540,5	431,2	12,0	419,2	109,3	793,9	544,3
Aug.	54	206	1 812,6	506,8	492,3	147,6	344,6	14,6	533,5	422,8	12,2	410,6	110,7	772,3	508,3
Sept.	55	206	1 720,0	471,0	457,5	143,2	314,3	13,6	560,5	449,8	12,1	437,7	110,7	688,4	492,6
Okt.	55	204	1 779,4	475,8	462,5	145,6	317,0	13,2	549,2	439,7	10,7	429,0	109,5	754,4	487,0
Nov.	55	206	1 787,6	485,8	472,0	146,7	325,3	13,8	540,5	428,9	10,3	418,6	111,6	761,4	494,0
Veränderungen *)															
2011	+ 1	- 3	+ 56,9	- 4,6	+ 3,2	- 32,9	+ 36,2	- 7,9	- 68,9	- 40,9	- 4,3	- 36,7	- 28,0	+ 130,4	+ 251,0
2012	- 1	+ 1	- 261,8	- 45,7	- 41,0	- 19,6	- 21,4	- 4,7	- 86,9	- 73,0	- 6,4	- 66,7	- 13,9	- 129,3	- 213,2
2013 März	-	-	- 61,2	- 13,7	- 14,1	- 3,5	- 10,6	+ 0,4	- 6,1	- 8,5	+ 0,1	- 8,7	+ 2,5	- 41,5	- 14,1
April	-	- 2	+ 41,3	+ 4,1	+ 4,1	+ 0,6	+ 3,5	+ 0,0	+ 4,4	+ 9,0	- 1,0	+ 10,1	- 4,6	+ 32,7	+ 19,5
Mai	-	+ 1	- 31,5	- 4,0	- 3,8	- 2,5	- 1,3	+ 0,3	+ 16,8	+ 10,7	- 0,6	+ 11,3	+ 6,1	- 44,3	- 43,3
Juni	-	- 1	- 89,8	- 4,0	- 3,9	+ 1,6	- 5,4	- 0,1	- 30,5	- 20,6	- 0,2	- 20,4	- 9,9	- 55,3	- 7,1
Juli	- 1	- 1	- 54,0	- 12,0	- 11,4	- 5,4	- 6,0	- 0,6	- 17,9	- 11,7	- 0,8	- 10,9	- 6,3	- 24,0	- 61,6
Aug.	-	-	- 36,5	- 5,8	- 5,8	- 9,1	+ 3,2	+ 0,0	- 8,9	- 10,0	+ 0,2	- 10,3	+ 1,1	- 21,8	- 36,0
Sept.	+ 1	-	- 82,9	- 30,1	- 29,2	- 4,4	- 24,7	- 0,9	+ 30,3	+ 29,6	- 0,1	+ 29,8	+ 0,7	- 83,1	- 15,7
Okt.	-	- 2	+ 67,0	+ 7,8	+ 8,1	+ 2,4	+ 5,8	- 0,3	- 7,2	- 6,7	- 1,4	- 5,2	- 0,5	+ 66,3	- 5,6
Nov.	-	+ 2	+ 7,1	+ 9,9	+ 9,3	+ 1,1	+ 8,2	+ 0,5	- 9,9	- 11,8	- 0,4	- 11,3	+ 1,9	+ 7,1	+ 7,1
Auslandstöchter															
2010	37	93	495,1	220,9	178,7	98,8	79,9	42,1	218,3	168,8	37,7	131,2	49,5	55,9	-
2011	35	87	478,6	210,3	172,8	95,3	77,5	37,5	210,5	165,1	35,6	129,5	45,5	57,7	-
2012	35	83	458,7	199,5	166,3	94,5	71,8	33,2	204,7	162,1	30,6	131,5	42,5	54,6	-
2013 Febr.	35	83	444,4	194,1	161,2	93,6	67,7	32,9	197,3	154,2	29,7	124,5	43,1	53,0	-
März	35	83	455,7	194,6	161,8	95,4	66,4	32,8	205,8	163,0	29,4	133,6	42,9	55,3	-
April	35	83	444,6	188,8	156,6	91,1	65,5	32,1	201,5	158,3	28,5	129,8	43,3	54,3	-
Mai	35	83	438,4	193,0	161,6	96,5	65,1	31,4	196,2	154,3	28,9	125,4	41,9	49,2	-
Juni	34	81	436,5	189,5	158,7	94,8	63,9	30,8	193,9	153,7	28,4	125,3	40,1	53,1	-
Juli	33	78	430,7	190,0	159,2	97,3	61,9	30,8	187,8	148,6	28,6	119,9	39,3	52,8	-
Aug.	33	78	435,0	193,9	163,3	97,8	65,5	30,6	187,4	148,2	28,5	119,7	39,2	53,7	-
Sept.	32	77	430,6	190,9	159,9	97,8	62,2	31,0	187,8	149,6	28,3	121,3	38,2	51,9	-
Okt.	33	77	427,3	190,3	160,1	97,5	62,6	30,2	187,1	148,8	27,9	120,9	38,3	50,0	-
Nov.	33	76	425,6	189,4	160,0	95,1	64,9	29,4	184,0	146,8	27,7	119,1	37,2	52,2	-
Veränderungen *)															
2011	- 2	- 6	- 20,1	- 12,2	- 7,2	- 3,5	- 3,7	- 5,0	- 9,6	- 5,5	- 2,1	- 3,4	- 4,0	+ 1,6	-
2012	-	- 4	- 18,2	- 9,9	- 5,9	- 0,8	- 5,1	- 4,1	- 5,2	- 2,3	- 5,0	+ 2,7	- 2,9	- 3,1	-
2013 März	-	-	+ 9,4	- 0,4	- 0,3	+ 1,8	- 2,1	- 0,1	+ 7,5	+ 8,0	- 0,3	+ 8,3	- 0,5	+ 2,3	-
April	-	-	- 9,3	- 4,9	- 4,5	- 4,3	- 0,2	- 0,4	- 3,4	- 3,8	- 0,9	- 2,9	+ 0,4	- 1,0	-
Mai	-	-	- 6,2	+ 4,2	+ 4,9	+ 5,4	- 0,5	- 0,7	- 5,3	- 3,9	+ 0,4	- 4,3	- 1,4	- 5,1	-
Juni	- 1	- 2	- 1,6	- 3,3	- 2,7	- 1,7	- 1,0	- 0,6	- 2,2	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	- 1,8	+ 3,8	-
Juli	- 1	- 3	- 4,6	+ 1,1	+ 1,0	+ 2,5	- 1,5	+ 0,2	- 5,5	- 4,6	+ 0,2	- 4,8	- 0,9	- 0,2	-
Aug.	-	-	+ 4,0	+ 3,7	+ 4,0	+ 0,6	+ 3,4	- 0,3	- 0,6	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 0,1	+ 0,9	-
Sept.	- 1	- 1	- 3,2	- 2,2	- 2,7	- 0,1	- 2,7	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,7	- 0,2	+ 2,0	- 0,9	- 1,8	-
Okt.	+ 1	-	- 2,2	- 0,1	+ 0,6	- 0,3	+ 0,8	- 0,7	- 0,3	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	+ 0,0	- 1,8	-
Nov.	-	- 1	- 2,0	- 1,0	- 0,2	- 2,4	+ 2,2	- 0,9	- 3,2	- 2,2	- 0,2	- 2,0	- 1,0	+ 2,2	-

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslands-töchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite										Sonstige Passivpositionen ^{6) 7)}		Zeit	
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Geldmarkt-papiere und Schuldverschreibungen im Umlauf ⁵⁾	Betriebskapital bzw. Eigenkapital	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands		
	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken	insgesamt	deutsche Nichtbanken ⁴⁾								ausländische Nichtbanken
					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig						
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ³⁾												Auslandsfilialen	
1 131,3	751,9	398,2	353,7	379,4	44,9	39,2	5,7	334,5	187,1	34,7	873,3	648,7	2010
1 179,6	814,0	406,6	407,4	365,6	35,9	30,3	5,6	329,7	141,2	38,6	957,2	880,2	2011
1 054,8	727,7	371,2	356,5	327,1	34,7	26,9	7,8	292,4	127,0	39,9	821,1	670,8	2012
1 081,6	706,5	347,4	359,1	375,1	29,4	21,7	7,8	345,7	140,1	40,9	789,7	657,4	2013 Febr.
1 054,5	711,5	340,1	371,4	343,0	30,5	23,0	7,5	312,5	137,3	41,2	774,7	653,1	März
1 067,1	702,0	332,0	370,0	365,1	30,3	23,1	7,2	334,8	135,3	41,0	791,2	663,1	April
1 079,0	692,0	338,8	353,2	387,0	28,7	21,6	7,1	358,3	140,3	41,0	743,0	614,7	Mai
1 012,4	675,9	351,9	324,0	336,5	27,8	21,2	6,5	308,7	133,5	40,7	722,8	603,3	Juni
1 008,1	651,8	323,6	328,2	356,4	27,8	21,4	6,4	328,6	134,3	40,1	663,2	544,5	Juli
1 010,3	652,1	324,2	327,8	358,3	24,2	19,0	5,2	334,1	125,7	40,1	636,4	528,9	Aug.
940,7	603,9	315,4	288,5	336,8	26,4	21,7	4,7	310,4	125,1	39,9	614,3	502,5	Sept.
1 004,8	649,5	329,4	320,1	355,4	27,7	23,2	4,5	327,6	127,0	39,9	607,6	498,5	Okt.
1 010,6	674,3	347,7	326,6	336,2	28,1	23,4	4,7	308,1	126,8	39,4	610,9	501,1	Nov.
Veränderungen ⁴⁾												Auslandstöchter	
+ 27,0	+ 50,1	+ 8,4	+ 41,7	- 23,1	- 9,0	- 8,9	- 0,0	- 14,2	- 45,8	+ 3,9	+ 71,9	+ 231,5	2011
- 114,6	- 80,1	- 35,3	- 44,8	- 34,5	- 1,3	- 3,4	+ 2,1	- 33,2	- 14,3	+ 1,4	- 134,3	- 209,4	2012
- 39,0	- 0,6	- 7,3	+ 6,7	- 38,4	+ 1,1	+ 1,3	- 0,3	- 39,4	- 2,9	+ 0,3	- 19,7	- 4,3	2013 März
+ 22,1	- 4,0	- 8,1	+ 4,1	+ 26,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 26,2	- 1,9	- 0,2	+ 21,3	+ 9,9	April
+ 11,4	- 10,5	+ 6,8	- 17,3	+ 21,8	- 1,7	- 1,6	- 0,1	+ 23,5	+ 5,0	- 0,1	- 47,8	- 48,4	Mai
- 63,8	- 14,6	+ 13,0	- 27,7	- 49,2	- 0,9	- 0,3	- 0,6	- 48,3	- 6,8	- 0,3	- 18,9	- 11,4	Juni
+ 1,9	- 20,8	- 28,3	+ 7,5	+ 22,7	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 22,6	+ 0,8	- 0,5	- 56,1	- 58,8	Juli
+ 0,2	- 0,6	+ 0,6	- 1,3	+ 0,8	- 3,6	- 2,4	- 1,2	+ 4,4	- 8,6	- 0,0	- 28,2	- 15,6	Aug.
- 62,6	- 44,1	- 8,8	- 35,3	- 18,5	+ 2,2	+ 2,7	- 0,5	- 20,7	- 0,6	- 0,2	- 19,4	- 26,4	Sept.
+ 69,0	+ 48,0	+ 14,0	+ 34,1	+ 21,0	+ 1,3	+ 1,5	- 0,2	+ 19,7	+ 1,9	- 0,0	- 3,9	- 4,1	Okt.
+ 4,9	+ 24,5	+ 18,3	+ 6,2	- 19,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	- 20,1	- 0,2	- 0,5	+ 3,0	+ 2,6	Nov.
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ³⁾												Auslandstöchter	
387,4	221,1	136,4	84,7	166,3	31,0	23,6	7,3	135,3	28,9	31,8	46,9	-	2010
377,5	229,6	142,4	87,2	147,9	26,7	19,8	6,9	121,2	25,1	30,8	45,2	-	2011
356,8	207,7	120,4	87,2	149,2	22,0	17,8	4,2	127,1	24,9	32,1	44,9	-	2012
345,1	194,6	113,1	81,5	150,4	22,3	18,2	4,1	128,1	24,6	32,9	41,9	-	2013 Febr.
355,7	200,6	115,7	84,9	155,1	22,3	18,2	4,1	132,8	24,5	32,4	43,1	-	März
345,1	194,6	114,3	80,4	150,5	22,3	18,2	4,1	128,2	23,9	32,7	42,8	-	April
340,1	189,5	111,0	78,6	150,6	22,0	17,7	4,3	128,6	23,7	32,6	41,9	-	Mai
341,5	190,0	108,8	81,2	151,4	20,5	16,2	4,3	130,9	23,1	32,1	39,8	-	Juni
336,8	188,4	109,8	78,6	148,4	21,4	17,3	4,1	127,1	22,5	31,8	39,6	-	Juli
341,8	191,8	112,4	79,3	150,0	22,5	18,4	4,1	127,6	22,4	32,0	38,8	-	Aug.
337,3	195,4	114,8	80,6	141,9	21,2	17,2	4,0	120,7	22,1	32,0	39,1	-	Sept.
337,9	193,3	111,5	81,8	144,6	22,7	18,7	4,0	121,9	21,9	30,1	37,4	-	Okt.
336,6	193,7	109,7	84,0	142,9	23,0	19,0	4,0	119,9	21,6	29,9	37,5	-	Nov.
Veränderungen ⁴⁾												Auslandstöchter	
- 12,5	+ 7,1	+ 6,0	+ 1,1	- 19,6	- 4,2	- 3,8	- 0,4	- 15,3	- 3,8	- 1,0	- 2,8	-	2011
- 19,6	- 21,3	- 22,0	+ 0,7	+ 1,7	- 4,7	- 2,0	- 2,7	+ 6,4	- 0,2	+ 1,3	+ 0,3	-	2012
+ 9,1	+ 5,2	+ 2,6	+ 2,6	+ 3,9	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 3,9	- 0,0	- 0,5	+ 0,9	-	2013 März
- 9,1	- 5,2	- 1,4	- 3,8	- 3,9	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 3,9	- 0,6	+ 0,3	+ 0,1	-	April
- 5,1	- 5,2	- 3,3	- 1,8	+ 0,1	- 0,2	- 0,4	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,8	-	Mai
+ 1,7	+ 0,7	- 2,1	+ 2,8	+ 1,0	- 1,5	- 1,5	- 0,0	+ 2,5	- 0,6	- 0,5	- 2,1	-	Juni
- 3,6	- 1,2	+ 1,0	- 2,2	- 2,4	+ 0,9	+ 1,1	- 0,2	- 3,3	- 0,6	- 0,3	- 0,1	-	Juli
+ 4,7	+ 3,3	+ 2,7	+ 0,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,1	- 0,0	+ 0,3	- 0,1	+ 0,3	- 0,9	-	Aug.
- 3,4	+ 4,2	+ 2,4	+ 1,8	- 7,6	- 1,3	- 1,3	- 0,0	- 6,3	- 0,3	- 0,1	+ 0,5	-	Sept.
+ 1,4	- 1,7	- 3,3	+ 1,6	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,5	- 0,0	+ 1,6	- 0,2	- 1,9	- 1,5	-	Okt.
- 1,5	+ 0,3	- 1,8	+ 2,1	- 1,8	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	- 2,1	- 0,3	- 0,2	+ 0,0	-	Nov.

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schul-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2
2012 18. Januar	1

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998

– gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). 3 Durchschnittliche Guthaben der

reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion

– ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungsperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2013 Juni	10 554,5	105,5	0,5	105,1	286,5	181,4	0,0
Juli	10 494,9	104,9	0,5	104,5	269,6	165,1	0,0
Aug.	10 541,8	105,4	0,5	104,9	274,5	169,6	0,0
Sept.	10 422,7	104,2	0,5	103,8	268,4	164,7	0,0
Okt.	10 423,3	104,2	0,5	103,8	244,9	141,1	0,0
Nov.	10 379,0	103,8	0,5	103,3	220,2	116,9	0,0
Dez. 8)	10 385,9	103,9	0,5	103,4	248,1	144,8	0,0
2014 Jan. p)	10 408,1	104,1	0,5	103,6
Febr.
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2013 Juni	2 767 670	27 677	180	27 496	96 958	69 462	0
Juli	2 754 066	27 541	180	27 361	87 020	59 659	1
Aug.	2 758 601	27 586	179	27 407	88 737	61 330	0
Sept.	2 749 459	27 495	178	27 317	92 920	65 603	20
Okt.	2 759 639	27 596	178	27 419	78 384	50 965	0
Nov.	2 741 870	27 419	177	27 241	67 149	39 908	0
Dez.	2 743 933	27 439	177	27 262	75 062	47 800	2
2014 Jan. p)	2 772 133	27 721	178	27 544
Febr. p)	2 733 718	27 337	178	27 159

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptfinanzierungsgeschäfts, das auf auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreserve-

pflicht. 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 8 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive des Reserve-Solls von Lettland in Höhe von 0,187 Mrd €. Das Reserve-Soll in der Europäischen Währungsunion bis zum 31. Dezember 2013 betrug 103,2 Mrd €.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinan- zierungsgeschäfte		Spitzen- refi- nanzie- rungs- fazilität	Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinan- zierungsgeschäfte		Spitzen- refi- nanzie- rungs- fazilität
		Festsatz	Mindest- bietungs- satz				Festsatz	Mindest- bietungs- satz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00
					11. März	0,50	1,50	–	2,50
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	8. April	0,25	1,25	–	2,25
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	13. Mai	0,25	1,00	–	1,75
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25					
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75					
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2008 1. Jan.	3,32
1. Juli	2,47	1. Juli	3,19
2003 1. Jan.	1,97	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	1,22	1. Juli	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,13	2012 1. Jan.	0,12
2005 1. Jan.	1,21	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,38
2006 1. Jan.	1,37	2014 1. Jan.	–0,63
1. Juli	1,95		
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		Laufzeit
		Festsatz	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
Gutschriftstag	Mio €	% p.a.				Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte						
2014 8. Jan.	112 458	112 458	0,25	–	–	7
15. Jan.	94 737	94 737	0,25	–	–	7
22. Jan.	116 281	116 281	0,25	–	–	7
29. Jan.	115 635	115 635	0,25	–	–	7
5. Febr.	95 146	95 146	0,25	–	–	7
12. Febr.	93 282	93 282	0,25	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte						
2013 19. Dez.	20 914	20 914	2) ...	–	–	98
2014 15. Jan.	7 092	7 092	0,25	–	–	28
30. Jan.	4 955	4 955	2) ...	–	–	92
12. Febr.	6 480	6 480	0,25	–	–	28

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA Swap Index 2)					EURIBOR 3)					
	EONIA 1)	Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld	Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld
2013 Juli	0,09	0,09	0,10	0,10	0,11	0,14	0,10	0,13	0,22	0,34	0,53
Aug.	0,08	0,09	0,10	0,10	0,11	0,16	0,10	0,13	0,23	0,34	0,54
Sept.	0,08	0,08	0,09	0,10	0,11	0,16	0,10	0,13	0,22	0,34	0,54
Okt.	0,09	0,09	0,09	0,11	0,13	0,17	0,10	0,13	0,23	0,34	0,54
Nov.	0,10	0,11	0,11	0,11	0,11	0,12	0,11	0,13	0,22	0,33	0,51
Dez.	0,17	0,16	0,18	0,16	0,15	0,15	0,17	0,21	0,27	0,37	0,54
2014 Jan.	0,20	0,18	0,18	0,17	0,17	0,16	0,19	0,22	0,29	0,40	0,56

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes, der EURIBOR Sätze und der EONIA Swap Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro Overnight Index Average; Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnitts-

satz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2 EONIA Swap Index: Seit 20. Juni 2005 von Reuters veröffentlichter Referenzzinssatz für Eurogeldmarktderivate, der als Spot-Wert (T+2) auf der Zinsmethode act/360 basiert. 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *) a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2012 Dez.	1,57	121 482	2,16	228 742	0,78	81 845	3,33	21 289
2013 Jan.	1,51	118 094	2,13	227 465	0,72	79 925	3,31	21 296
Febr.	1,47	115 772	2,11	226 984	0,69	79 483	3,30	21 367
März	1,43	112 731	2,10	226 940	0,64	79 303	3,30	21 000
April	1,38	110 618	2,09	226 550	0,60	80 849	3,25	20 869
Mai	1,35	108 839	2,06	225 847	0,58	78 814	3,23	20 652
Juni	1,30	106 091	2,04	225 027	0,57	77 887	3,23	20 352
Juli	1,22	103 026	2,03	224 111	0,55	79 887	3,16	20 464
Aug.	1,16	101 003	2,02	223 993	0,52	80 986	3,14	20 406
Sept.	1,12	99 322	2,01	223 867	0,53	79 626	3,11	20 467
Okt.	1,07	97 939	2,00	223 989	0,50	80 517	3,11	20 505
Nov.	1,05	97 422	1,98	224 581	0,49	79 894	3,10	20 486
Dez.	1,03	96 912	1,97	226 744	0,48	81 898	3,07	20 531

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2012 Dez.	3,43	5 411	3,41	29 153	4,26	957 142	7,77	63 468	5,13	75 716	5,25	310 974
2013 Jan.	3,35	5 441	3,39	29 130	4,23	956 829	7,64	60 580	5,22	76 521	5,22	310 092
Febr.	3,32	5 358	3,37	28 985	4,21	957 811	7,56	60 776	5,22	75 576	5,21	310 001
März	3,32	5 380	3,34	28 892	4,19	959 296	7,59	61 732	5,19	75 792	5,19	308 862
April	3,35	5 429	3,31	28 943	4,17	960 434	7,57	60 887	5,17	76 405	5,17	309 418
Mai	3,34	5 513	3,28	28 887	4,15	962 645	7,51	60 234	5,15	76 791	5,15	309 610
Juni	3,33	5 484	3,26	28 964	4,12	965 019	7,56	61 368	5,13	76 634	5,14	308 931
Juli	3,28	5 653	3,22	28 977	4,09	968 047	7,53	59 608	5,12	77 021	5,12	309 175
Aug.	3,25	5 525	3,20	28 947	4,07	971 598	7,49	58 961	5,10	77 302	5,10	309 848
Sept.	3,29	5 599	3,18	29 073	4,05	973 595	7,64	61 183	5,08	77 444	5,08	308 292
Okt.	3,23	5 786	3,15	29 061	4,02	976 282	7,64	59 053	5,07	77 656	5,06	308 891
Nov.	3,17	5 644	3,13	29 027	4,01	979 253	7,55	56 483	5,03	77 800	5,05	309 729
Dez.	3,29	5 683	3,12	28 778	3,98	978 742	7,61	59 489	5,01	77 625	5,01	307 842

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2012 Dez.	3,17	134 186	3,03	126 718	3,41	579 210
2013 Jan.	3,10	133 611	3,02	126 056	3,36	579 904
Febr.	3,11	136 265	3,01	125 664	3,34	581 316
März	3,14	138 467	3,00	125 754	3,33	580 544
April	3,13	135 048	2,96	125 073	3,32	582 836
Mai	3,09	135 366	2,93	125 949	3,31	583 258
Juni	3,14	136 903	2,92	124 651	3,30	582 718
Juli	3,10	133 507	2,89	125 709	3,29	583 497
Aug.	3,05	132 912	2,87	125 631	3,28	581 882
Sept.	3,12	135 674	2,87	123 701	3,28	580 155
Okt.	3,08	132 962	2,86	124 612	3,27	581 133
Nov.	3,07	133 346	2,85	124 895	3,26	584 312
Dez.	3,13	131 319	2,86	124 093	3,24	585 810

* Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedsstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen. ^o Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. ¹ Die Effektivzinssätze werden

entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. ² Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. ³ Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. ⁴ Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. ⁵ Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. ⁶ Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47*).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2012 Dez.	0,57	841 703	0,79	8 557	1,74	1 212	1,67	1 463	1,03	528 458	1,50	89 519
2013 Jan.	0,54	847 786	0,92	8 877	1,80	1 616	1,77	1 715	0,96	529 365	1,43	87 663
Febr.	0,51	857 813	0,94	7 887	1,45	745	1,68	1 605	0,93	530 687	1,38	86 114
März	0,50	862 900	0,79	7 753	1,37	620	1,52	1 501	0,96	529 260	1,33	85 257
April	0,47	869 149	0,80	7 655	1,37	796	1,38	1 567	0,90	528 646	1,26	83 717
Mai	0,46	881 098	0,82	7 485	1,47	868	1,53	1 545	0,90	528 835	1,21	81 737
Juni	0,44	888 922	0,77	6 939	1,41	633	1,46	1 345	0,87	528 594	1,18	80 868
Juli	0,43	895 155	0,74	8 578	1,26	765	1,37	1 475	0,86	527 971	1,14	79 828
Aug.	0,42	904 740	0,75	7 310	1,17	546	1,36	1 130	0,85	528 142	1,12	78 869
Sept.	0,41	905 457	0,73	7 130	1,16	586	1,45	1 237	0,85	527 842	1,09	78 103
Okt.	0,40	915 399	0,71	7 583	1,06	883	1,44	1 553	0,82	527 870	1,06	78 030
Nov.	0,39	935 789	0,74	7 097	1,09	869	1,58	1 750	0,83	527 862	1,02	77 998
Dez.	0,39	931 980	0,66	7 630	1,06	700	1,48	1 406	0,79	532 012	0,99	77 698

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2012 Dez.	0,22	311 043	0,15	20 225	0,74	546	1,74	381
2013 Jan.	0,22	306 757	0,20	22 534	0,95	364	1,09	315
Febr.	0,21	301 494	0,21	16 085	0,97	413	1,65	218
März	0,20	298 710	0,19	19 875	0,77	507	1,30	266
April	0,19	305 231	0,22	16 608	0,77	417	1,17	526
Mai	0,18	308 618	0,19	23 572	0,74	508	1,53	202
Juni	0,17	300 393	0,21	14 370	0,60	408	1,21	247
Juli	0,16	305 708	0,20	15 631	0,96	460	1,60	538
Aug.	0,16	312 892	0,17	16 639	0,73	516	1,62	191
Sept.	0,16	318 355	0,17	17 489	0,72	463	1,38	224
Okt.	0,16	321 180	0,15	18 642	0,71	381	1,48	277
Nov.	0,16	322 015	0,16	17 258	0,72	383	1,46	232
Dez.	0,16	328 268	0,23	23 419	0,79	367	1,63	427

Kredite an private Haushalte												
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)												
variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen 10)						
						variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2012 Dez.	1,84	4 698	3,78	916	2,77	2 376	2,03	2 888	3,98	676	2,71	1 530
2013 Jan.	1,97	5 099	3,77	1 171	2,96	2 735	2,27	2 973	3,87	818	2,87	1 602
Febr.	1,84	4 102	3,54	920	2,96	2 125	2,05	2 452	3,73	657	2,91	1 248
März	1,90	4 698	3,80	900	2,88	2 574	2,10	2 636	3,95	717	2,88	1 432
April	1,99	5 235	3,57	1 181	2,95	2 815	2,33	2 916	3,70	882	2,88	1 734
Mai	1,80	3 726	3,62	864	2,91	2 318	2,04	2 255	3,80	670	2,88	1 325
Juni	1,84	4 485	3,65	886	2,81	2 651	2,01	2 768	3,85	657	2,76	1 497
Juli	1,92	5 623	3,30	1 332	3,01	3 583	2,20	3 201	3,41	999	3,00	2 019
Aug.	1,93	4 052	3,55	961	3,03	2 398	2,04	2 464	3,75	628	2,97	1 568
Sept.	1,93	4 695	3,56	900	3,03	2 472	2,08	2 756	3,67	669	2,96	1 331
Okt.	1,85	5 116	3,48	1 047	3,09	2 141	2,05	2 979	3,62	760	3,04	1 271
Nov.	1,89	3 676	3,61	909	2,99	2 024	2,11	2 160	3,78	666	2,92	1 275
Dez.	1,88	6 118	3,45	1 098	2,87	2 943	2,01	3 261	3,57	858	2,85	1 729

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvingierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvingierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Juni 2010 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte

Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)

Erhebungszeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt									
2012 Dez.	5,99	5,73	3 747	3,88	556	4,90	1 766	7,48	1 425
2013 Jan.	6,72	6,47	5 140	4,85	508	5,22	2 314	8,08	2 318
Febr.	6,54	6,23	4 781	4,61	620	5,10	2 161	7,95	2 000
März	6,33	6,15	5 186	4,56	488	5,00	2 503	7,81	2 195
April	6,30	6,18	5 658	4,89	554	4,94	2 725	7,91	2 379
Mai	6,39	6,29	5 325	5,60	697	5,00	2 401	7,89	2 227
Juni	6,41	6,29	5 396	5,46	618	5,03	2 399	7,77	2 379
Juli	6,52	6,42	5 990	5,28	480	5,15	2 708	7,84	2 802
Aug.	6,44	6,34	5 253	5,40	554	5,09	2 288	7,73	2 411
Sept.	6,40	6,32	4 759	5,79	379	5,02	2 195	7,71	2 185
Okt.	6,40	6,33	5 232	5,95	504	5,02	2 417	7,77	2 311
Nov.	6,31	6,22	4 766	5,78	592	5,01	2 218	7,73	1 956
Dez.	5,97	5,87	4 327	5,32	588	5,00	2 254	7,41	1 485
darunter: besicherte Kredite 12)									
2012 Dez.	.	3,81	294	2,92	100	5,01	103	3,40	91
2013 Jan.	.	4,00	271	3,06	57	5,01	111	3,42	103
Febr.	.	3,56	426	2,90	239	4,93	116	3,56	71
März	.	4,10	278	3,43	49	4,70	140	3,52	89
April	.	3,92	316	2,96	60	4,55	165	3,40	91
Mai	.	3,95	273	3,19	41	4,57	141	3,32	91
Juni	.	4,15	274	3,65	43	4,66	155	3,41	76
Juli	.	4,09	334	3,27	60	4,74	171	3,48	103
Aug.	.	4,16	259	3,49	44	4,69	137	3,60	78
Sept.	.	4,28	246	3,47	33	4,67	143	3,87	70
Okt.	.	4,37	250	3,63	38	4,70	146	4,07	66
Nov.	.	4,40	221	3,64	35	4,71	133	4,12	53
Dez.	.	4,24	247	3,48	42	4,63	149	3,79	56

noch: Kredite an private Haushalte

Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)

Erhebungszeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt											
2012 Dez.	2,91	2,82	14 190	2,88	2 222	2,55	1 747	2,78	5 776	2,94	4 445
2013 Jan.	2,86	2,79	17 268	2,79	3 178	2,51	2 236	2,75	7 138	3,00	4 716
Febr.	2,86	2,79	14 470	2,80	2 124	2,44	1 802	2,74	6 100	3,00	4 444
März	2,87	2,81	15 659	2,75	2 291	2,54	2 045	2,77	6 235	2,99	5 088
April	2,90	2,83	18 191	2,87	2 887	2,50	2 364	2,74	7 590	3,08	5 350
Mai	2,79	2,71	15 740	2,91	2 281	2,38	2 004	2,64	6 498	2,84	4 957
Juni	2,71	2,64	16 804	2,79	2 317	2,31	2 054	2,57	6 758	2,78	5 675
Juli	2,78	2,71	21 404	2,80	3 304	2,39	2 727	2,67	9 161	2,85	6 212
Aug.	2,87	2,79	16 749	2,81	2 302	2,45	2 166	2,74	7 027	2,97	5 254
Sept.	2,92	2,86	15 567	2,86	2 266	2,46	2 017	2,82	6 594	3,07	4 690
Okt.	2,97	2,89	17 153	2,75	3 065	2,53	2 373	2,91	7 044	3,14	4 671
Nov.	2,98	2,90	14 279	2,82	2 106	2,51	1 912	2,91	5 686	3,09	4 575
Dez.	2,90	2,83	14 896	2,75	2 436	2,45	2 119	2,85	6 169	3,04	4 172
darunter: besicherte Kredite 12)											
2012 Dez.	.	2,72	6 729	2,65	976	2,40	888	2,71	2 777	2,90	2 088
2013 Jan.	.	2,71	7 856	2,63	1 244	2,44	1 153	2,68	3 320	2,97	2 139
Febr.	.	2,73	6 711	2,58	824	2,34	919	2,71	2 873	2,98	2 095
März	.	2,71	7 343	2,56	929	2,34	1 012	2,70	2 980	2,95	2 422
April	.	2,79	8 545	2,73	1 170	2,39	1 181	2,66	3 591	3,16	2 603
Mai	.	2,61	7 361	2,69	907	2,23	998	2,58	3 117	2,80	2 339
Juni	.	2,53	8 137	2,49	958	2,18	1 039	2,51	3 326	2,70	2 814
Juli	.	2,60	10 324	2,65	1 236	2,27	1 392	2,58	4 435	2,76	3 261
Aug.	.	2,69	7 910	2,51	979	2,33	1 045	2,68	3 307	2,91	2 579
Sept.	.	2,76	7 391	2,65	860	2,36	1 045	2,76	3 193	2,99	2 293
Okt.	.	2,84	8 293	2,64	1 219	2,49	1 268	2,87	3 471	3,09	2 335
Nov.	.	2,83	6 718	2,68	801	2,45	969	2,85	2 709	3,03	2 239
Dez.	.	2,74	6 812	2,55	895	2,34	1 066	2,80	2 849	2,95	2 002

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 12 s. S. 47*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €
2012 Dez.	9,73	47 253	9,62	40 409	14,62	4 615	4,35	69 303	4,36	69 044		
2013 Jan.	9,62	44 805	9,60	39 081	14,64	3 708	4,19	68 528	4,21	68 280		
Febr.	9,54	44 964	9,61	38 999	14,68	3 698	4,22	70 639	4,24	70 383		
März	9,55	45 946	9,60	39 869	14,69	3 774	4,24	72 271	4,26	72 031		
April	9,52	45 107	9,62	38 827	14,70	3 846	4,25	69 020	4,26	68 777		
Mai	9,50	45 021	9,60	38 709	14,70	3 891	4,18	69 112	4,20	68 890		
Juni	9,50	46 126	9,52	39 588	14,65	4 127	4,32	69 789	4,34	69 530		
Juli	9,55	44 772	9,51	38 381	14,58	4 136	4,30	66 621	4,31	66 406		
Aug.	9,44	44 307	9,49	37 586	14,60	4 183	4,22	66 681	4,24	66 472		
Sept.	9,48	46 647	9,54	39 833	14,63	4 254	4,31	69 234	4,33	68 982		
Okt.	9,43	44 775	9,44	38 011	14,63	4 258	4,26	66 570	4,28	66 316		
Nov.	9,35	42 848	9,30	36 099	14,64	4 288	4,21	67 193	4,23	66 944		
Dez.	9,30	45 730	9,41	38 334	14,62	4 358	4,28	66 825	4,30	66 572		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften											
	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)						Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)					
	variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
			Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €			Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt												
2012 Dez.	2,94	6 940	3,56	1 665	2,75	1 361	1,89	43 968	2,54	4 465	2,70	7 203
2013 Jan.	2,84	7 381	3,50	1 484	2,83	1 177	1,88	43 240	2,94	1 212	2,76	4 860
Febr.	2,92	6 264	3,58	1 204	2,87	926	1,72	32 114	3,16	1 111	2,89	4 347
März	2,92	7 360	3,58	1 322	2,88	1 144	1,83	38 944	2,63	2 000	2,81	4 220
April	2,92	7 813	3,50	1 509	2,85	1 170	1,80	37 523	2,85	1 491	2,77	4 495
Mai	3,00	7 028	3,51	1 197	2,67	1 076	1,68	33 009	2,77	1 239	2,52	4 020
Juni	2,97	7 849	3,62	902	2,67	1 260	1,75	41 928	2,58	2 153	2,80	5 651
Juli	2,95	8 387	3,57	1 131	2,80	1 489	1,71	43 328	2,84	2 497	3,00	6 045
Aug.	2,80	6 715	3,66	830	2,80	1 275	1,70	32 698	2,51	1 386	2,83	4 394
Sept.	2,97	7 696	3,69	822	2,82	1 074	1,80	38 460	2,84	1 757	2,87	4 817
Okt.	2,92	8 264	3,61	992	2,95	1 181	1,79	42 301	2,86	2 872	3,03	4 462
Nov.	2,99	6 860	3,69	903	2,85	1 022	1,70	32 900	2,43	1 180	2,70	5 032
Dez.	3,01	7 750	3,59	1 033	2,74	1 380	1,86	44 537	2,62	3 368	2,75	8 317
darunter: besicherte Kredite 12)												
2012 Dez.	2,79	1 060	2,88	189	2,54	346	2,12	8 861	2,20	2 043	2,82	1 963
2013 Jan.	2,68	1 329	2,93	157	2,68	351	2,01	9 850	2,91	334	2,98	1 146
Febr.	2,81	960	3,08	128	2,83	245	2,07	5 702	3,63	362	2,86	1 752
März	2,86	1 027	3,04	127	2,78	319	2,04	7 793	2,45	861	2,70	1 161
April	2,70	1 305	3,03	175	2,71	337	2,19	7 219	2,61	560	2,98	1 458
Mai	2,85	961	2,79	134	2,48	321	2,04	5 488	2,82	474	2,78	1 322
Juni	2,82	948	2,82	124	2,50	336	2,10	6 829	2,51	1 058	2,55	1 344
Juli	2,83	1 301	2,85	184	2,63	468	2,20	7 145	2,98	985	2,95	1 621
Aug.	2,82	799	3,08	130	2,61	404	2,14	4 994	2,60	459	2,86	1 245
Sept.	2,87	904	2,80	138	2,65	318	2,10	5 972	3,08	926	2,71	1 439
Okt.	2,67	1 133	2,88	153	2,79	326	2,22	8 531	2,99	1 523	2,92	1 288
Nov.	2,88	746	2,97	114	2,77	274	2,11	4 596	2,75	415	2,65	1 445
Dez.	2,83	912	2,74	155	2,55	449	2,24	6 744	2,35	1 542	2,73	3 019

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. 12 Ab Juni 2010 erhoben. Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Ab Juni 2010 einschl. revolvingender Kredite, die alle folgenden Eigenschaften besitzen: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert.

Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Ab Juni 2010 einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Von Januar 2003 bis Mai 2010 geschätzt. Der von den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wurde mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Ab Juni 2010 basieren die Angaben auf der monatlichen Bilanzstatistik. 17 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	Finanzielle Aktiva									Nichtfinan- zielle Aktiva
	insgesamt	insgesamt	Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) 1)	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttoreück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva	
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)										
2005	1 696,9	1 634,5	486,8	152,7	240,8	240,3	357,5	79,6	76,9	62,3
2006	1 781,9	1 719,7	524,1	149,8	244,8	261,6	385,5	74,5	79,2	62,3
2007	1 840,0	1 781,6	558,3	156,5	248,6	275,4	409,5	70,2	63,1	58,5
2008	1 769,2	1 713,5	574,5	159,4	242,7	228,9	379,2	65,6	63,2	55,8
2009	1 836,2	1 779,1	588,9	173,9	259,3	210,6	426,9	58,5	61,1	57,1
2010	1 958,8	1 897,4	570,9	210,2	267,0	221,0	501,2	59,9	67,3	61,4
2011	2 008,7	1 945,4	576,2	230,7	271,8	223,8	515,2	62,2	65,5	63,3
2012	2 151,4	2 085,2	560,0	297,7	277,9	224,8	597,1	61,8	65,8	66,3
2011 2.Vj.	1 988,3	1 926,8	578,5	218,9	270,8	223,8	507,4	61,0	66,5	61,4
3.Vj.	1 999,2	1 937,4	581,7	225,8	272,1	222,6	507,3	61,5	66,4	61,7
4.Vj.	2 008,7	1 945,4	576,2	230,7	271,8	223,8	515,2	62,2	65,5	63,3
2012 1.Vj.	2 056,8	1 992,9	572,3	254,7	275,4	224,0	538,9	62,1	65,4	63,9
2.Vj.	2 075,4	2 010,6	568,8	266,6	275,4	222,9	549,4	62,0	65,5	64,9
3.Vj.	2 120,7	2 055,2	565,9	285,2	276,7	225,0	574,7	61,9	65,7	65,5
4.Vj.	2 151,4	2 085,2	560,0	297,7	277,9	224,8	597,1	61,8	65,8	66,3
2013 1.Vj.	2 191,6	2 124,4	559,8	312,2	279,9	226,7	615,0	63,7	67,0	67,2
2.Vj.	2 186,4	2 118,5	554,1	314,5	280,2	226,5	612,6	63,5	67,0	67,9
3.Vj.	2 204,7	2 135,6	546,8	319,2	283,1	227,2	628,7	63,4	67,1	69,1
Versicherungen										
2005	1 436,9	1 391,5	384,8	130,5	221,3	234,2	272,0	78,6	70,2	45,3
2006	1 499,8	1 455,2	410,3	127,5	224,7	254,2	292,7	73,1	72,6	44,6
2007	1 528,2	1 487,5	432,9	131,9	226,7	267,2	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 453,5	1 415,2	436,7	133,7	221,2	221,4	283,9	63,2	55,1	38,2
2009	1 489,8	1 451,7	440,4	146,2	236,0	202,9	317,6	55,5	53,1	38,1
2010	1 550,3	1 510,0	419,9	170,7	243,0	208,2	356,4	56,4	55,4	40,3
2011	1 580,3	1 538,7	419,6	190,6	245,9	210,3	361,2	58,4	52,7	41,6
2012	1 691,7	1 648,5	402,0	249,2	251,2	210,6	425,1	57,7	52,5	43,3
2011 2.Vj.	1 572,6	1 532,5	426,9	178,2	245,5	210,8	359,6	57,3	54,2	40,1
3.Vj.	1 579,5	1 539,3	428,4	184,2	246,7	209,5	358,9	57,8	53,8	40,2
4.Vj.	1 580,3	1 538,7	419,6	190,6	245,9	210,3	361,2	58,4	52,7	41,6
2012 1.Vj.	1 620,1	1 578,2	414,7	212,0	249,3	210,3	381,3	58,2	52,4	41,9
2.Vj.	1 634,3	1 591,7	411,4	221,7	249,2	209,0	390,0	58,0	52,5	42,7
3.Vj.	1 669,3	1 626,3	408,0	238,1	250,3	210,9	408,6	57,9	52,6	43,0
4.Vj.	1 691,7	1 648,5	402,0	249,2	251,2	210,6	425,1	57,7	52,5	43,3
2013 1.Vj.	1 723,9	1 680,2	400,4	263,2	253,2	212,1	438,2	59,5	53,6	43,8
2.Vj.	1 718,1	1 673,8	395,5	263,9	253,5	211,9	436,2	59,3	53,5	44,3
3.Vj.	1 730,1	1 684,9	388,2	267,9	255,8	212,4	448,0	59,2	53,4	45,3
Pensionseinrichtungen 4)										
2005	260,0	243,0	102,0	22,2	19,5	6,1	85,5	1,0	6,6	17,0
2006	282,2	264,5	113,8	22,3	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	311,9	294,1	125,4	24,6	21,9	8,2	105,5	1,9	6,6	17,8
2008	315,8	298,2	137,8	25,7	21,5	7,4	95,2	2,4	8,1	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,6	387,4	151,0	39,5	24,0	12,8	144,8	3,5	11,9	21,1
2011	428,4	406,7	156,6	40,1	25,9	13,4	154,1	3,8	12,8	21,7
2012	459,7	436,7	158,0	48,5	26,7	14,2	171,9	4,1	13,3	23,0
2011 2.Vj.	415,7	394,3	151,6	40,6	25,3	13,1	147,8	3,6	12,3	21,4
3.Vj.	419,7	398,1	153,3	41,6	25,4	13,2	148,4	3,7	12,6	21,5
4.Vj.	428,4	406,7	156,6	40,1	25,9	13,4	154,1	3,8	12,8	21,7
2012 1.Vj.	436,7	414,7	157,7	42,7	26,2	13,7	157,6	3,9	13,0	22,0
2.Vj.	441,1	418,9	157,4	44,9	26,2	13,9	159,4	3,9	13,0	22,2
3.Vj.	451,4	428,9	158,0	47,1	26,4	14,1	166,0	4,0	13,2	22,5
4.Vj.	459,7	436,7	158,0	48,5	26,7	14,2	171,9	4,1	13,3	23,0
2013 1.Vj.	467,6	444,2	159,4	49,0	26,8	14,6	176,8	4,2	13,5	23,4
2.Vj.	468,3	444,7	158,6	50,6	26,7	14,7	176,5	4,2	13,5	23,6
3.Vj.	474,6	450,7	158,6	51,4	27,3	14,8	180,7	4,3	13,7	23,9

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. 1 Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensions-

kassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva				Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Ver- bindlichkeiten	Reinvermögen 4)
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Ansprüche pri- vater Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungsf- fälle		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)									
2005	1 696,9	6,7	89,8	186,0	1 263,8	989,0	274,8	83,9	66,6
2006	1 781,9	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	71,9
2007	1 840,0	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	68,6
2008	1 769,2	14,7	75,1	136,0	1 394,8	1 141,2	253,6	74,6	74,0
2009	1 836,2	16,2	71,5	136,2	1 459,5	1 211,6	248,0	72,7	80,0
2010	1 958,8	17,8	71,8	137,6	1 573,2	1 319,1	254,1	71,3	87,1
2011	2 008,7	17,0	72,1	111,8	1 626,5	1 362,1	264,4	71,5	109,8
2012	2 151,4	22,1	77,3	158,9	1 699,4	1 432,0	267,4	71,2	122,5
2011 2.Vj.	1 988,3	18,1	71,7	137,8	1 610,4	1 348,8	261,7	71,8	78,5
3.Vj.	1 999,2	17,5	71,6	108,3	1 621,5	1 358,6	262,8	71,8	108,5
4.Vj.	2 008,7	17,0	72,1	111,8	1 626,5	1 362,1	264,4	71,5	109,8
2012 1.Vj.	2 056,8	19,2	73,1	134,6	1 652,5	1 384,1	268,4	71,8	105,5
2.Vj.	2 075,4	18,5	75,6	123,0	1 666,9	1 399,3	267,6	71,5	119,9
3.Vj.	2 120,7	18,9	77,5	141,1	1 682,7	1 415,7	267,0	71,3	129,2
4.Vj.	2 151,4	22,1	77,3	158,9	1 699,4	1 432,0	267,4	71,2	122,5
2013 1.Vj.	2 191,6	21,0	78,4	169,7	1 736,2	1 461,5	274,7	72,7	113,6
2.Vj.	2 186,4	17,8	79,0	172,1	1 748,9	1 474,6	274,3	73,0	95,6
3.Vj.	2 204,7	16,5	79,7	177,0	1 763,0	1 488,9	274,1	73,3	95,2
Versicherungen									
2005	1 436,9	6,7	88,4	178,9	1 025,7	751,3	274,4	82,0	55,2
2006	1 499,8	8,4	89,8	202,1	1 061,3	792,0	269,2	79,1	59,1
2007	1 528,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,4	75,7	57,6
2008	1 453,5	14,7	72,3	130,7	1 094,5	841,3	253,2	72,2	69,0
2009	1 489,8	16,2	68,3	130,7	1 135,4	887,8	247,5	70,8	68,3
2010	1 550,3	17,8	68,2	131,8	1 190,9	937,3	253,7	69,2	72,3
2011	1 580,3	17,0	68,3	107,0	1 224,0	960,1	263,9	69,6	94,3
2012	1 691,7	22,1	73,2	151,9	1 276,1	1 009,2	266,9	69,3	99,0
2011 2.Vj.	1 572,6	18,1	68,0	132,1	1 218,3	957,1	261,2	69,7	66,5
3.Vj.	1 579,5	17,5	67,8	103,7	1 224,6	962,3	262,4	69,7	96,1
4.Vj.	1 580,3	17,0	68,3	107,0	1 224,0	960,1	263,9	69,6	94,3
2012 1.Vj.	1 620,1	19,2	69,2	128,8	1 243,8	975,9	267,9	69,9	89,1
2.Vj.	1 634,3	18,5	71,7	117,7	1 254,3	987,2	267,2	69,6	102,6
3.Vj.	1 669,3	18,9	73,5	134,9	1 265,5	999,0	266,6	69,4	107,1
4.Vj.	1 691,7	22,1	73,2	151,9	1 276,1	1 009,2	266,9	69,3	99,0
2013 1.Vj.	1 723,9	21,0	74,2	162,2	1 305,3	1 031,0	274,3	70,8	90,4
2.Vj.	1 718,1	17,8	74,8	164,4	1 314,4	1 040,6	273,8	71,0	75,6
3.Vj.	1 730,1	16,5	75,5	169,1	1 323,9	1 050,2	273,6	71,3	73,9
Pensionseinrichtungen 5)									
2005	260,0	-	1,3	7,2	238,1	237,7	0,4	2,0	11,4
2006	282,2	-	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,8
2007	311,9	-	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,0
2008	315,8	-	2,8	5,3	300,3	299,9	0,4	2,4	5,0
2009	346,5	-	3,2	5,5	324,2	323,7	0,4	1,9	11,6
2010	408,6	-	3,6	5,8	382,2	381,8	0,4	2,1	14,8
2011	428,4	-	3,8	4,8	402,4	402,0	0,5	1,9	15,4
2012	459,7	-	4,1	7,0	423,3	422,8	0,5	1,9	23,4
2011 2.Vj.	415,7	-	3,7	5,8	392,2	391,7	0,5	2,1	12,0
3.Vj.	419,7	-	3,7	4,6	396,8	396,4	0,5	2,1	12,4
4.Vj.	428,4	-	3,8	4,8	402,4	402,0	0,5	1,9	15,4
2012 1.Vj.	436,7	-	3,9	5,8	408,7	408,2	0,5	1,9	16,4
2.Vj.	441,1	-	3,9	5,4	412,6	412,1	0,5	1,9	17,3
3.Vj.	451,4	-	4,0	6,2	417,2	416,7	0,5	1,9	22,2
4.Vj.	459,7	-	4,1	7,0	423,3	422,8	0,5	1,9	23,4
2013 1.Vj.	467,6	-	4,1	7,5	430,9	430,4	0,5	1,9	23,2
2.Vj.	468,3	-	4,2	7,6	434,5	434,0	0,5	2,0	20,0
3.Vj.	474,6	-	4,2	7,9	439,1	438,7	0,5	2,0	21,4

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2013 sind teilweise geschätzt. 1 Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2 Einschl. Genuss-Scheine. 3 Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4 Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt sich danach aus der Sum-

me aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere										
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb				
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand 3)	aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 4)	zu- sammen 5)	Kredit- institute einschließlich Bauspar- kassen 6)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)	Aus- länder 8)
2002	175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	.	46 940	114 920
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	.	69 809	79 122
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	13 723	125 772
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	32 978	157 940
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	56 530	116 583
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	26 762	96 476	.	123 238	244 560
2008	76 490	66 139	45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	49 813	58 254
2009	71 224	538	114 902	22 709	91 655	71 763	91 170	12 973	8 645	69 552	19 945
2010	147 209	1 212	7 621	24 044	17 635	148 420	97 342	103 271	22 967	177 646	49 867
2011	36 526	13 575	46 796	850	59 521	22 952	17 872	94 793	36 805	40 117	54 398
2012	53 791	21 419	98 820	8 701	86 103	75 208	8 821	42 017	3 573	54 409	44 970
2013	12 581	101 616	117 187	153	15 415	89 034	21 716	25 778	12 708	60 202	34 297
2013 Febr.	22 401	17 420	869	7 068	9 483	4 981	866	5 501	1 773	8 140	21 535
März	10 100	15 782	19 212	5 979	2 549	5 682	1 617	6 735	511	5 629	8 483
April	7 750	917	5 520	2 476	3 960	6 833	12 671	2 027	1 400	16 098	4 921
Mai	17 315	2 884	9 809	421	6 504	20 199	2 426	3 962	1 050	7 438	14 890
Juni	14 964	17 431	9 542	5 473	2 416	2 466	9 797	3 451	1 280	7 626	24 761
Juli	19 328	28 318	12 903	2 594	12 821	8 990	3 087	3 106	796	815	16 241
Aug.	810	6 470	12 968	70	6 428	7 280	2 162	1 447	1 568	2 041	2 972
Sept.	4 587	4 784	560	1 743	2 481	198	6 311	6 077	351	117	1 724
Okt.	7 218	5 582	5 401	5 716	5 266	1 636	6 195	3 717	751	10 663	1 023
Nov.	18 985	4 316	8 410	1 251	13 977	14 669	6 311	7 717	167	1 239	12 674
Dez.	39 233	39 871	24 847	4 973	10 051	638	6 739	4 647	1 215	877	32 494

Mio €

Zeit	Aktien						
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb		
		inländische Aktien 9)	ausländische Aktien 10)	aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 4)	zu- sammen 11)	Kredit- institute 6)	übrige Sektoren 12)
2002	39 338	9 232	30 106	18 398	23 236	41 634	20 941
2003	11 896	16 838	4 946	15 121	7 056	22 177	27 016
2004	3 317	10 157	13 474	7 432	5 045	2 387	10 748
2005	32 364	13 766	18 597	1 036	10 208	9 172	31 329
2006	26 276	9 061	17 214	7 528	11 323	3 795	18 748
2007	5 009	10 053	15 062	62 308	6 702	55 606	57 299
2008	29 452	11 326	40 778	2 743	23 079	25 822	32 194
2009	35 980	23 962	12 018	30 496	8 335	38 831	5 484
2010	36 448	20 049	16 398	41 347	7 340	34 007	4 900
2011	25 549	21 713	3 835	39 081	670	38 411	13 533
2012	18 808	5 120	13 688	17 663	10 259	7 404	1 144
2013	29 624	10 106	19 517	24 793	11 991	12 802	4 832
2013 Febr.	1 675	306	1 981	5 405	5 352	53	3 730
März	5 921	40	5 881	9 432	7 851	1 581	3 511
April	34	93	59	22 020	18 391	3 629	21 986
Mai	10 665	5 560	5 105	3 214	10 712	7 498	13 879
Juni	2 369	1 544	825	7 533	8 772	1 239	9 902
Juli	7 449	109	7 340	6 177	4 697	1 480	1 272
Aug.	918	158	760	271	855	584	1 189
Sept.	1 602	188	1 414	242	3 053	2 811	1 360
Okt.	1 374	181	1 193	5 119	242	5 361	3 745
Nov.	1 316	153	1 469	4 625	347	4 972	3 309
Dez.	2 396	1 042	3 438	7 489	257	5 232	5 094

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig; Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen ¹⁾						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) ²⁾	Anleihen der öffentlichen Hand ³⁾	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortiaführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekenspanndbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Brutto-Absatz ⁴⁾									
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	–
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 891	–
2013 Mai	124 909	77 880	2 159	919	54 712	20 090	5 770	41 259	–
Juni	116 746	74 753	3 072	1 595	57 201	12 885	7 268	34 725	–
Juli	135 973	93 607	1 571	1 292	73 092	17 652	5 442	36 923	–
Aug.	112 069	71 290	2 809	2 970	50 358	15 153	3 725	37 054	–
Sept.	110 040	61 322	1 038	644	45 215	14 426	3 476	45 242	–
Okt.	128 631	81 762	1 466	1 003	67 675	11 617	7 351	39 518	–
Nov.	128 109	79 061	1 435	1 276	63 765	12 585	7 094	41 954	–
Dez.	87 498	64 466	2 593	83	52 602	9 189	3 694	19 338	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren ⁵⁾									
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	–
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765	–
2013 Mai	33 273	16 385	1 140	619	6 906	7 719	3 763	13 125	–
Juni	33 900	16 014	2 823	1 270	6 479	5 442	5 659	12 228	–
Juli	28 732	10 135	791	767	2 816	5 761	4 382	14 215	–
Aug.	28 577	11 793	1 891	2 931	1 909	5 062	1 789	14 996	–
Sept.	31 256	13 633	474	401	6 944	5 814	2 127	15 496	–
Okt.	37 193	15 712	894	1 003	9 319	4 496	5 682	15 799	–
Nov.	34 143	9 962	995	1 266	2 947	4 754	3 910	20 271	–
Dez.	15 389	5 600	1 003	83	1 140	3 375	3 013	6 775	–
Netto-Absatz ⁶⁾									
2002	131 976	56 393	7 936	– 26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	– 44 546
2003	124 556	40 873	2 700	– 42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	– 54 990
2004	167 233	81 860	1 039	– 52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	– 22 124
2005	141 715	65 798	– 2 151	– 34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	– 35 963
2006	129 423	58 336	– 12 811	– 20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	– 19 208
2007	86 579	58 168	– 10 896	– 46 629	42 567	73 127	– 3 683	32 093	– 29 750
2008	119 472	8 517	15 052	– 65 773	25 165	34 074	82 653	28 302	– 31 607
2009	76 441	– 75 554	858	– 80 646	25 579	– 21 345	48 508	103 482	– 21 037
2010	21 566	– 87 646	– 3 754	– 63 368	28 296	– 48 822	23 748	85 464	– 10 904
2011	22 518	– 54 582	1 657	– 44 290	32 904	– 44 852	– 3 189	80 289	– 5 989
2012	– 85 298	– 100 198	– 4 177	– 41 660	– 3 259	– 51 099	– 6 401	21 298	– 2 605
2013	– 140 017	– 125 932	– 17 364	– 37 778	– 4 027	– 66 760	1 394	– 15 479	– 3 057
2013 Mai	5 999	– 8 363	– 2 268	– 2 090	– 3 310	– 695	– 2 038	16 400	–
Juni	– 25 069	– 12 488	375	– 873	– 2 120	– 9 869	– 3 102	– 9 479	– 9
Juli	– 23 544	– 11 919	– 1 224	– 1 029	– 5 673	– 3 993	– 2 324	– 9 301	– 201
Aug.	– 1 865	– 11 635	– 2 962	– 1 543	– 423	– 7 552	– 346	13 154	–
Sept.	– 5 438	– 3 138	– 1 208	– 1 649	– 5 047	– 5 328	– 1 167	– 1 134	– 994
Okt.	– 491	– 6 757	– 1 376	– 2 986	– 5 398	– 7 793	– 5 348	– 918	–
Nov.	13 485	– 6 268	– 452	– 1 779	– 1 315	– 2 722	– 1 779	18 127	– 15
Dez.	– 38 645	– 26 745	– 258	– 2 089	– 14 217	– 10 180	– 3 261	– 8 639	– 264

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. ¹ Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. ² Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. ³ Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. ⁴ Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. ⁵ Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. ⁶ Brutto-Absatz minus Tilgung.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 878
2010	3 348 201 2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517 2)	645 491	250 774 2)	1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012	3 285 422 2)	1 414 349	145 007	147 070	574 163 2)	548 109 2)	220 456 2)	1 650 617	13 481
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2013 Juni	3 198 173	1 354 878	135 122	120 366	580 473	518 917	221 281	1 622 013	11 898
Juli	3 174 629	1 342 959	133 898	119 337	574 800	514 925	218 958	1 612 712	11 697
Aug.	3 176 418	1 331 248	130 935	117 794	575 223	507 296	219 303	1 625 866	11 697
Sept.	3 170 979	1 328 110	129 728	116 145	580 270	501 968	218 137	1 624 732	10 702
Okt.	3 170 488	1 321 353	128 352	113 159	585 668	494 175	223 485	1 625 650	10 702
Nov.	3 183 974	1 315 085	127 900	111 379	584 353	491 453	225 112	1 643 777	10 687
Dez.	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Dezember 2013

bis unter 2	1 178 917	554 755	50 939	55 597	226 878	221 341	52 280	571 883	3 875
2 bis unter 4	718 870	348 530	39 927	28 416	148 569	131 618	36 977	333 361	2 991
4 bis unter 6	412 377	164 224	20 539	14 426	83 422	45 838	31 313	216 839	278
6 bis unter 8	286 886	91 338	10 702	4 044	54 069	22 524	21 315	174 233	156
8 bis unter 10	217 739	51 518	3 955	4 001	23 868	19 694	14 525	151 695	523
10 bis unter 15	75 366	18 088	1 470	2 154	7 285	7 178	5 726	51 552	1 602
15 bis unter 20	47 168	16 062	11	278	10 313	5 460	3 004	28 102	30
20 und darüber	208 004	43 822	100	373	15 731	27 618	56 708	107 474	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichts- zeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichts- zeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von								Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitali- sierung) Stand am Ende des Berichts- zeitraums 2)
			Barein-zahlung und Umtausch von Wandel-schuld-verschrei-bungen 1)	Ausgabe von Kapital-berichti-gungsaktien	Einbringung von Forde-rungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-An-teilen u.Ä.	Verschmel-zung und Vermögens-übertragung	Umwand-lung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalher-absetzung und Auflösung		
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	868	2 152	2 224	647 492	
2003	162 131	6 585	4 482	923	211	513	322	10 806	1 584	851 001	
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	1 760	2 286	887 217	
2005	163 071	1 733	2 470	1 040	694	268	1 443	3 060	1 703	1 058 532	
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	1 868	1 256	3 761	1 279 638	
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	682	1 847	1 636	1 481 930	
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	428	608	1 306	830 622	
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	-	3 741	1 269	974	927 256	
2010	174 596	1 096	3 265	497	178	10	486	993	3 569	1 091 220	
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	552	762	3 532	924 214	
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	-	478	594	2 411	1 150 188	
2013	171 741	6 879	2 971	718	476	-	1 432	619	8 992	1 432 658	
2013 Juni	171 830	851	667	248	332	-	7	163	225	1 202 614	
Juli	171 798	33	101	19	1	-	1	79	73	1 242 630	
Aug.	171 488	310	153	43	9	-	1	7	522	1 237 272	
Sept.	171 651	163	149	113	1	-	56	24	20	1 291 028	
Okt.	171 643	8	88	8	-	-	60	18	26	1 358 708	
Nov.	171 811	167	63	5	127	-	2	13	16	1 410 435	
Dez.	171 741	70	280	-	0	-	8	317	27	1 432 658	

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierten Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungsegmente in den Amtlichen und Regierten Markt aufge-

hoben) oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 27. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
		zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)							
% p.a.						Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000		
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	117,56	97,80	188,46	2 892,63
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2013 Aug.	1,5	1,5	1,5	1,7	1,4	2,2	3,5	132,71	106,92	398,50	8 103,15
Sept.	1,6	1,6	1,6	1,9	1,5	2,3	3,9	133,66	107,48	421,41	8 594,40
Okt.	1,5	1,5	1,5	1,8	1,4	2,2	3,8	134,19	107,74	443,20	9 033,92
Nov.	1,4	1,4	1,4	1,7	1,3	2,1	3,6	133,97	107,47	460,21	9 405,30
Dez.	1,5	1,5	1,5	1,8	1,4	2,2	3,5	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014 Jan.	1,5	1,5	1,5	1,8	1,4	2,3	3,4	134,32	108,06	455,15	9 306,48

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Mio €													
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz							Erwerb					
		inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							Inländer					
		zu-sammen	zu-sammen	darunter	darunter	darunter	Spezial-fonds	aus-ländi-sche Fonds 4)	zu-sammen	zu-sammen	darunter ausländische Anteile	übrige Sektoren 3)	darunter ausländische Anteile	Aus-länder 5)
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	680
2003	47 754	43 943	20 079	924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	2 658	734	52 205	3 077	1 793
2004	14 435	1 453	3 978	6 160	1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168
2005	85 268	41 718	6 400	124	7 001	3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016
2006	47 264	19 535	14 257	490	9 362	8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	8 258
2007	55 778	13 436	7 872	4 839	12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	229	4 240	51 538	38 102	4 469
2008	2 598	7 911	14 409	12 171	11 149	799	6 498	10 509	11 315	16 625	9 252	27 940	19 761	8 717
2009	49 929	43 747	10 966	5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	14 995	8 178	53 127	14 361	11 796
2010	106 464	84 906	13 381	148	8 683	1 897	71 345	21 558	102 867	3 873	6 290	98 994	15 270	3 598
2011	47 064	45 221	1 340	379	2 037	1 562	46 561	1 843	40 416	7 576	694	47 992	2 538	6 647
2012	111 502	89 942	2 084	1 036	97	3 450	87 859	21 560	115 372	3 062	1 562	118 434	23 122	3 869
2013	122 010	91 337	9 184	574	5 596	3 376	82 153	30 673	115 952	771	100	115 181	30 572	6 057
2013 Juni	4 279	4 779	497	175	474	772	4 282	499	4 941	803	982	5 744	483	661
Juli	17 120	12 845	3 863	2	2 556	631	8 983	4 274	16 515	141	232	16 656	4 506	605
Aug.	3 262	1 764	1 122	22	524	608	2 885	1 498	3 312	1 227	1 316	4 539	2 814	50
Sept.	6 137	4 206	498	88	419	19	3 708	1 931	5 476	14	435	5 490	1 496	660
Okt.	12 590	5 849	1 824	105	2 156	470	4 025	6 740	10 450	1 332	1 608	9 118	5 132	2 139
Nov.	9 706	8 784	2 882	94	3 139	313	11 666	922	6 775	737	418	6 038	504	2 931
Dez.	14 442	13 930	520	15	140	398	13 410	512	13 941	1 662	1 537	15 603	2 049	501

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Mrd €

Position	2010	2011	2012	2012				2013		
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
Private Haushalte 1)										
I. Geldvermögensbildung										
Bargeld und Einlagen	72,7	66,7	86,4	21,1	22,2	19,9	23,3	8,3	17,9	11,4
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	- 11,4	- 1,9	- 17,0	- 2,8	- 2,4	- 4,7	- 7,2	- 4,6	- 5,5	- 1,0
Aktien	13,4	16,1	- 3,4	- 1,0	0,5	- 0,5	- 2,5	2,6	- 0,6	- 4,3
Sonstige Anteilsrechte	3,0	3,0	3,1	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Investmentzertifikate	10,0	- 14,5	0,2	- 1,6	- 2,1	- 1,1	5,0	10,5	3,9	2,8
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)										
kurzfristige Ansprüche	- 1,3	0,6	2,3	0,6	0,6	0,6	0,5	0,8	0,7	0,6
längerfristige Ansprüche	72,7	45,2	68,8	23,9	16,0	12,3	16,5	24,0	16,3	11,8
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	7,8	11,1	11,9	2,9	3,0	2,9	3,0	2,9	3,0	2,9
Sonstige Forderungen 4)	- 12,6	17,5	0,3	5,9	- 0,1	- 0,3	- 5,3	1,6	0,4	6,6
Insgesamt	154,3	143,8	152,5	49,9	38,5	30,0	34,1	47,0	36,9	31,7
II. Finanzierung										
Kredite	5,1	11,5	15,0	- 1,1	6,7	6,1	3,2	- 3,7	5,8	8,6
kurzfristige Kredite	- 2,3	- 2,1	- 1,0	- 0,1	0,8	- 0,9	- 0,8	- 1,5	- 0,3	- 0,0
längerfristige Kredite	7,3	13,6	16,0	- 1,0	5,9	7,0	4,0	- 2,1	6,1	8,7
Sonstige Verbindlichkeiten	0,2	1,6	1,0	0,4	0,1	0,1	0,4	- 0,1	0,1	0,0
Insgesamt	5,3	13,1	16,0	- 0,6	6,8	6,2	3,6	- 3,7	5,9	8,7
Unternehmen										
I. Geldvermögensbildung										
Bargeld und Einlagen	7,3	14,1	17,9	- 21,6	- 10,0	15,2	34,3	- 42,0	- 9,8	43,7
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	- 0,1	4,9	- 2,6	0,2	- 0,0	- 0,6	- 2,2	1,4	- 2,1	1,2
Finanzderivate	27,8	14,7	10,1	- 0,3	4,2	2,2	4,0	1,5	3,2	1,3
Aktien	24,9	17,1	19,9	4,8	- 7,2	6,5	15,8	10,6	5,7	5,6
Sonstige Anteilsrechte	54,1	29,3	24,4	7,5	11,2	9,7	- 4,1	11,6	3,0	6,5
Investmentzertifikate	8,8	8,2	- 0,2	- 5,2	1,0	0,7	3,3	4,5	- 1,0	2,1
Kredite	32,5	11,0	- 6,5	3,5	0,4	- 8,9	- 1,4	5,1	- 1,4	4,2
kurzfristige Kredite	12,2	9,1	- 8,9	1,7	2,0	- 9,5	- 3,0	10,0	- 2,1	2,8
längerfristige Kredite	20,2	1,9	2,4	1,8	- 1,6	0,6	1,7	- 5,0	0,7	1,5
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)										
kurzfristige Ansprüche	- 0,6	0,6	1,4	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4
längerfristige Ansprüche	- 0,6	0,6	1,4	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4
Sonstige Forderungen	38,2	23,2	31,3	4,9	- 30,0	32,1	24,3	24,0	- 1,3	46,3
Insgesamt	192,7	123,1	95,6	- 6,0	- 30,1	57,4	74,3	17,0	- 3,3	111,1
II. Finanzierung										
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	4,2	7,6	18,7	3,1	3,9	7,1	4,7	9,1	3,2	- 0,5
Finanzderivate
Aktien	7,2	7,4	2,9	0,6	1,0	0,4	1,0	0,6	0,1	- 0,3
Sonstige Anteilsrechte	13,1	13,8	2,2	2,1	1,3	- 5,1	3,9	1,8	2,3	2,0
Kredite	7,6	33,4	- 12,4	- 6,8	3,1	16,4	- 25,1	24,7	14,2	- 17,2
kurzfristige Kredite	- 10,4	18,0	- 17,7	- 3,9	- 1,6	- 3,9	- 8,3	11,8	10,1	- 16,3
längerfristige Kredite	18,0	15,3	5,3	- 3,0	4,7	20,3	- 16,8	12,9	4,1	- 0,8
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	2,6	5,8	6,6	1,6	1,6	1,6	1,7	1,6	1,6	1,6
Sonstige Verbindlichkeiten	66,1	42,0	8,7	- 13,2	1,7	9,6	10,7	- 0,6	- 16,0	17,1
Insgesamt	100,8	109,9	26,7	- 12,7	12,5	30,0	- 3,1	37,2	5,4	2,9

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.
 3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Position	2010	2011	2012	2012				2013		
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
Private Haushalte 1)										
I. Geldvermögen										
Bargeld und Einlagen	1 860,8	1 927,5	2 014,9	1 948,6	1 971,4	1 991,4	2 014,9	2 023,0	2 040,9	2 052,1
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	254,1	247,1	238,2	249,6	245,4	244,8	238,2	231,7	221,9	220,0
Aktien	243,5	221,5	259,2	252,4	229,9	250,0	259,2	267,8	264,4	279,5
Sonstige Anteilsrechte	182,3	189,0	198,7	190,5	196,9	197,9	198,7	199,6	196,9	196,4
Investmentzertifikate	435,4	394,9	420,1	410,9	401,7	414,8	420,1	435,0	430,8	439,7
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	1 358,1	1 401,1	1 475,7	1 420,7	1 437,7	1 455,2	1 475,7	1 500,5	1 517,4	1 529,8
Kurzfristige Ansprüche	70,8	71,4	73,7	72,0	72,6	73,2	73,7	74,5	75,2	75,8
Längerfristige Ansprüche	1 287,3	1 329,6	1 401,9	1 348,6	1 365,1	1 382,0	1 401,9	1 425,9	1 442,2	1 453,9
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	284,3	295,4	307,3	298,3	301,4	304,3	307,3	310,2	313,3	316,2
Sonstige Forderungen 4)	39,0	38,4	37,1	38,3	38,2	37,9	37,1	37,0	37,0	36,7
Insgesamt	4 657,6	4 714,8	4 951,0	4 809,2	4 822,7	4 896,3	4 951,0	5 004,8	5 022,5	5 070,4
II. Verbindlichkeiten										
Kredite	1 523,1	1 538,6	1 552,5	1 536,7	1 543,0	1 549,0	1 552,5	1 548,9	1 554,7	1 562,6
Kurzfristige Kredite	75,6	73,9	72,6	73,8	74,4	73,1	72,6	70,2	69,9	69,8
Längerfristige Kredite	1 447,5	1 464,7	1 479,9	1 463,0	1 468,7	1 475,9	1 479,9	1 478,6	1 484,7	1 492,8
Sonstige Verbindlichkeiten	11,7	13,4	14,8	15,3	15,1	15,0	14,8	16,0	15,6	16,1
Insgesamt	1 534,8	1 551,9	1 567,4	1 552,0	1 558,1	1 564,1	1 567,4	1 564,9	1 570,3	1 578,7
Unternehmen										
I. Geldvermögen										
Bargeld und Einlagen	450,1	460,5	506,5	452,6	453,1	468,3	506,5	461,8	452,7	492,0
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	48,1	52,6	51,9	53,9	53,6	53,9	51,9	53,0	50,3	51,9
Finanzderivate
Aktien	917,0	811,8	952,3	906,4	841,6	898,4	952,3	986,1	948,7	1 005,1
Sonstige Anteilsrechte	352,7	389,8	428,0	398,8	422,0	432,2	428,0	439,9	435,3	438,9
Investmentzertifikate	119,3	123,1	129,0	120,5	119,6	123,9	129,0	134,1	131,9	135,6
Kredite	376,6	387,6	381,2	391,1	391,5	382,5	381,2	386,2	384,8	389,0
Kurzfristige Kredite	255,6	264,6	255,8	266,3	268,3	258,8	255,8	265,8	263,7	266,5
Längerfristige Kredite	121,0	123,0	125,4	124,8	123,2	123,7	125,4	120,4	121,1	122,6
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	41,3	41,9	43,3	42,2	42,6	42,9	43,3	43,6	44,0	44,3
Kurzfristige Ansprüche	41,3	41,9	43,3	42,2	42,6	42,9	43,3	43,6	44,0	44,3
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	766,1	814,6	832,3	818,5	814,4	826,3	832,3	864,4	844,3	855,4
Insgesamt	3 071,1	3 082,1	3 324,4	3 184,0	3 138,3	3 228,4	3 324,4	3 369,3	3 292,1	3 412,2
II. Verbindlichkeiten										
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	134,8	110,7	130,9	115,6	117,2	124,6	130,9	139,6	141,3	137,5
Finanzderivate
Aktien	1 301,8	1 110,5	1 373,6	1 282,5	1 166,3	1 294,9	1 373,6	1 430,9	1 389,6	1 503,6
Sonstige Anteilsrechte	716,9	730,7	732,9	732,8	734,1	729,0	732,9	734,7	737,0	739,0
Kredite	1 338,0	1 385,3	1 382,6	1 378,9	1 381,3	1 391,5	1 382,6	1 402,1	1 416,5	1 411,0
Kurzfristige Kredite	419,1	433,3	414,6	429,0	426,7	422,7	414,6	426,0	436,2	432,2
Längerfristige Kredite	918,9	952,0	968,0	949,8	954,5	968,8	968,0	976,1	980,3	978,8
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	229,2	235,0	241,5	236,6	238,2	239,9	241,5	243,2	244,8	246,5
Sonstige Verbindlichkeiten	871,6	879,7	891,4	877,6	891,2	896,9	891,4	905,5	871,9	889,7
Insgesamt	4 592,3	4 451,9	4 752,9	4 623,9	4 528,4	4 676,8	4 752,9	4 855,9	4 801,0	4 927,3

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere. 3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich angesamelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2007	+ 5,8	- 18,6	+ 2,5	+ 11,1	+ 10,8	+ 0,2	- 0,8	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4
2008	- 1,9	- 16,6	- 1,2	+ 9,0	+ 6,9	- 0,1	- 0,7	- 0,0	+ 0,4	+ 0,3
2009	- 73,7	- 38,6	- 18,4	- 2,5	- 14,3	- 3,1	- 1,6	- 0,8	- 0,1	- 0,6
2010 2) p)	- 104,2	- 82,9	- 20,1	- 5,2	+ 4,1	- 4,2	- 3,3	- 0,8	- 0,2	+ 0,2
2011 p)	- 22,0	- 27,3	- 11,3	+ 1,4	+ 15,2	- 0,8	- 1,0	- 0,4	+ 0,1	+ 0,6
2012 p)	+ 2,4	- 14,4	- 6,8	+ 5,2	+ 18,3	+ 0,1	- 0,5	- 0,3	+ 0,2	+ 0,7
2013 ts)	- 1,9	- 8,5	- 3,4	+ 4,0	+ 6,0	- 0,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2
2011 2.Hj. p)	- 17,7	- 11,4	- 10,2	- 0,4	+ 4,3	- 1,3	- 0,9	- 0,8	- 0,0	+ 0,3
2012 1.Hj. p)	+ 8,1	- 8,0	- 0,0	+ 4,3	+ 11,8	+ 0,6	- 0,6	- 0,0	+ 0,3	+ 0,9
2.Hj. p)	- 5,8	- 6,5	- 6,7	+ 1,0	+ 6,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,1	+ 0,5
2013 1.Hj. ts)	+ 10,3	- 2,7	+ 2,6	+ 6,4	+ 4,0	+ 0,8	- 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3
Schuldenstand ³⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2007	1 583,7	978,1	497,8	123,4	1,6	65,2	40,3	20,5	5,1	0,1
2008	1 652,8	1 007,8	536,7	123,6	1,5	66,8	40,7	21,7	5,0	0,1
2009	1 769,9	1 075,9	578,5	130,0	1,3	74,5	45,3	24,4	5,5	0,1
2010 p)	2 057,3	1 313,6	625,1	135,1	1,3	82,5	52,7	25,1	5,4	0,1
2011 p)	2 086,8	1 323,6	640,2	139,3	1,3	80,0	50,7	24,5	5,3	0,1
2012 p)	2 160,2	1 368,8	664,2	142,9	1,2	81,0	51,3	24,9	5,4	0,0
2012 1.Vj. p)	2 116,7	1 344,5	646,8	142,6	1,3	80,5	51,1	24,6	5,4	0,1
2.Vj. p)	2 162,6	1 373,5	665,8	141,9	1,3	81,9	52,0	25,2	5,4	0,0
3.Vj. p)	2 153,3	1 356,9	671,9	141,3	1,3	81,1	51,1	25,3	5,3	0,1
4.Vj. p)	2 160,2	1 368,8	664,2	142,9	1,2	81,0	51,3	24,9	5,4	0,0
2013 1.Vj. ts)	2 148,3	1 368,8	656,3	144,0	1,2	80,5	51,3	24,6	5,4	0,0
2.Vj. ts)	2 146,8	1 376,4	645,7	142,2	1,1	79,8	51,1	24,0	5,3	0,0
3.Vj. ts)	2 126,8	1 360,4	638,7	143,1	1,1	78,4	50,1	23,5	5,3	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinsströme aufgrund von Swapvereinbarungen und Forward Rate Agreements berechnet. Die Angaben zu den Halbjahren entsprechen dem Finanzierungssaldo gemäß VGR. Im Zusammenhang mit der Bekanntgabe der Jahreswerte für 2013 wurden kei-

ne revidierten Werte für das erste Halbjahr veröffentlicht. Deshalb sind die ausgewiesenen Halbjahreswerte für 2013 nicht direkt mit den Jahreswerten vergleichbar. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €. **3** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ^{*)}

Zeit	Einnahmen				Ausgaben					Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾	
	insgesamt	davon:			insgesamt	davon:						
	Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Zinsen	Bruttoinvestitionen	sonstige				
Mrd €												
2007	1 062,3	558,4	400,9	103,0	1 056,8	579,4	178,2	68,5	36,0	194,6	+ 5,5	971,3
2008	1 088,6	572,6	408,3	107,7	1 090,5	590,3	182,6	68,3	38,9	210,5	- 1,8	993,8
2009	1 072,7	548,1	410,8	113,8	1 146,3	623,6	191,0	63,5	41,6	226,6	- 73,6	969,1
2010 p)	1 089,8	549,9	421,2	118,7	2) 1 194,1	633,2	195,7	63,5	41,6	2) 260,2	2) - 104,3	981,3
2011 p)	1 157,2	592,8	437,0	127,4	1 178,7	633,2	199,5	65,7	43,6	236,7	- 21,5	1 040,3
2012 p)	1 193,8	617,7	448,9	127,1	1 191,5	643,4	203,8	63,8	41,4	239,1	+ 2,3	1 077,3
2013 ts)	1 223,1	636,9	458,6	127,6	1 224,8	664,5	208,3	60,0	42,5	249,5	- 1,7	1 106,2
in % des BIP												
2007	43,7	23,0	16,5	4,2	43,5	23,9	7,3	2,8	1,5	8,0	+ 0,2	40,0
2008	44,0	23,1	16,5	4,4	44,1	23,9	7,4	2,8	1,6	8,5	- 0,1	40,2
2009	45,2	23,1	17,3	4,8	48,3	26,3	8,0	2,7	1,8	9,5	- 3,1	40,8
2010 p)	43,7	22,0	16,9	4,8	2) 47,9	25,4	7,8	2,5	1,7	2) 10,4	2) - 4,2	39,3
2011 p)	44,3	22,7	16,7	4,9	45,2	24,3	7,6	2,5	1,7	9,1	- 0,8	39,9
2012 p)	44,8	23,2	16,8	4,8	44,7	24,1	7,6	2,4	1,6	9,0	+ 0,1	40,4
2013 ts)	44,7	23,3	16,8	4,7	44,8	24,3	7,6	2,2	1,6	9,1	- 0,1	40,4
Zuwachsraten in %												
2007	+ 5,1	+ 8,9	+ 0,1	+ 5,4	+ 0,7	- 0,2	+ 0,6	+ 3,6	+ 6,7	+ 1,5	.	+ 5,0
2008	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,8	+ 4,6	+ 3,2	+ 1,9	+ 2,5	- 0,4	+ 7,9	+ 8,2	.	+ 2,3
2009	- 1,5	- 4,3	+ 0,6	+ 5,6	+ 5,1	+ 5,6	+ 4,6	- 6,9	+ 7,2	+ 7,7	.	- 2,5
2010 p)	+ 1,6	+ 0,3	+ 2,5	+ 4,3	+ 4,2	+ 1,6	+ 2,5	- 0,1	- 0,2	+ 14,8	.	+ 1,3
2011 p)	+ 6,2	+ 7,8	+ 3,7	+ 7,3	- 1,3	± 0,0	+ 1,9	+ 3,5	+ 4,9	- 9,0	.	+ 6,0
2012 p)	+ 3,2	+ 4,2	+ 2,7	- 0,2	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,2	- 2,8	- 5,2	+ 1,0	.	+ 3,6
2013 ts)	+ 2,5	+ 3,1	+ 2,2	+ 0,3	+ 2,8	+ 3,3	+ 2,2	- 6,0	+ 2,9	+ 4,3	.	+ 2,7

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 1995. In den Monatsberichten bis Dezember 2006 wurden die Zölle, der Mehrwertsteueranteil und die Subventionen der EU in die VGR-Daten mit eingerechnet (ohne Einfluss auf den Finanzierungssaldo). Entsprechende Angaben werden auf den Internetseiten der Deutschen

Bundesbank weiterhin zur Verfügung gestellt. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Mehrwertsteueranteil der EU. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €, die in den VGR von den sonstigen Ausgaben abgesetzt werden.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2005	568,9	452,1	31,3	620,6	172,1	245,3	64,0	33,0	14,3	- 51,7	467,8	471,3	- 3,4	947,4	1 002,5	- 55,1
2006	589,9	488,4	18,8	626,2	169,7	252,1	64,4	33,7	11,6	- 36,4	486,3	466,6	+ 19,7	987,2	1 003,8	- 16,6
2007	643,1	538,2	18,1	644,0	176,5	256,5	66,0	33,7	9,5	- 1,0	475,3	466,5	+ 8,8	1 023,9	1 016,0	+ 7,8
2008	665,9	561,2	13,9	674,7	180,2	272,7	67,2	35,0	18,5	- 8,8	485,5	479,0	+ 6,5	1 055,3	1 057,6	- 2,3
2009	623,0	524,0	7,1	712,9	187,1	286,5	63,4	38,6	34,8	- 89,9	492,0	506,0	- 14,0	1 013,4	1 117,3	- 103,9
2010 ts)	635,0	530,6	7,9	713,6	190,7	308,6	57,7	39,7	11,4	- 78,7	516,5	512,8	+ 3,7	1 034,0	1 109,0	- 75,0
2011 ts)	712,8	573,4	30,6	737,4	208,3	283,2	60,0	42,4	22,9	- 24,6	526,3	511,3	+ 15,0	1 127,3	1 137,0	- 9,7
2012 ts)	745,1	600,0	14,6	771,1	218,9	285,5	70,4	43,3	25,5	- 26,0	535,5	519,2	+ 16,3	1 170,6	1 180,3	- 9,8
2011 1.Vj. p)	162,4	134,9	4,1	183,1	49,7	73,8	21,2	6,3	4,6	- 20,7	127,3	127,2	+ 0,1	260,5	281,0	- 20,5
2.Vj. p)	189,5	145,6	18,6	172,6	50,0	68,0	10,9	8,7	8,7	+ 16,9	130,3	126,2	+ 4,1	292,4	271,4	+ 21,0
3.Vj. p)	162,6	136,6	2,7	182,6	50,9	67,2	18,8	10,8	4,5	- 20,0	127,9	125,8	+ 2,0	264,3	282,2	- 17,9
4.Vj. p)	196,1	156,3	5,0	196,6	55,8	72,6	8,9	15,3	5,0	- 0,6	140,1	132,0	+ 8,1	307,6	300,1	+ 7,6
2012 1.Vj. p)	174,0	142,9	2,5	192,5	51,7	75,6	28,0	6,9	3,4	- 18,5	129,1	128,5	+ 0,7	274,8	292,6	- 17,8
2.Vj. p)	190,4	150,4	2,7	179,8	52,8	68,0	17,2	8,2	3,2	+ 10,6	132,2	128,0	+ 4,2	296,2	281,5	+ 14,7
3.Vj. p)	178,1	147,5	4,3	182,4	53,7	63,6	17,7	10,4	3,9	- 4,3	130,2	128,9	+ 1,3	282,6	285,6	- 3,0
4.Vj. p)	200,3	159,4	4,9	213,8	58,7	76,6	7,2	16,5	14,9	- 13,6	143,4	133,3	+ 10,1	314,5	318,0	- 3,5
2013 1.Vj. p)	177,8	149,0	2,6	187,2	53,5	74,8	20,6	5,9	2,9	- 9,3	128,5	132,3	- 3,8	281,2	294,3	- 13,1
2.Vj. p)	193,5	155,0	4,8	184,0	54,4	68,6	11,4	8,4	8,0	+ 9,5	133,1	132,6	+ 0,5	301,8	291,7	+ 10,1

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2010. Die Vierteljahresangaben enthalten zwar nicht die in den Rechnungsergebnissen einbezogenen Zweckverbände, dafür aber zahlreiche weitere Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen darüber hinaus von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzte-

rens stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabe-seite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2005	250,0	281,5	- 31,5	237,4	259,6	- 22,2	151,3	153,2	- 1,9
2006	254,6	282,8	- 28,2	250,3	260,1	- 9,8	160,1	157,4	+ 2,7
2007	278,1	292,8	- 14,7	273,1	265,6	+ 7,6	169,7	161,5	+ 8,2
2008	292,8	304,6	- 11,8	276,2	275,7	+ 0,5	176,4	168,0	+ 8,4
2009	282,6	317,1	- 34,5	260,1	287,1	- 26,9	170,8	178,3	- 7,5
2010	288,7	333,1	- 44,3	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011 ts)	307,1	324,8	- 17,7	304,0	315,3	- 11,3	185,6	187,0	- 1,4
2012 ts)	312,5	335,3	- 22,8	312,0	321,3	- 9,3	199,8	198,6	+ 1,2
2011 1.Vj. p)	65,4	84,5	- 19,1	74,1	75,6	- 1,5	37,1	42,5	- 5,3
2.Vj. p)	76,6	73,5	+ 3,1	76,0	75,8	+ 0,2	45,4	44,3	+ 1,1
3.Vj. p)	72,6	84,8	- 12,2	71,9	75,1	- 3,2	46,4	46,6	- 0,2
4.Vj. p)	92,5	82,0	+ 10,5	81,2	87,5	- 6,3	54,7	51,9	+ 2,8
2012 1.Vj. p)	65,4	83,1	- 17,7	74,6	76,2	- 1,7	39,6	44,6	- 4,9
2.Vj. p)	78,0	72,2	+ 5,8	75,8	74,4	+ 1,4	48,8	47,0	+ 1,8
3.Vj. p)	77,1	85,1	- 8,0	77,5	78,7	- 1,2	50,7	48,9	+ 1,8
4.Vj. p)	91,9	94,9	- 2,9	83,2	90,7	- 7,5	58,7	56,5	+ 2,3
2013 1.Vj. p)	67,3	80,2	- 13,0	77,4	77,9	- 0,5	42,1	46,4	- 4,3
2.Vj. p)	78,4	77,5	+ 0,9	81,5	78,1	+ 3,3	51,7	48,3	+ 3,3
3.Vj. p)	77,4	85,2	- 7,8	78,7	78,9	- 0,2	51,5	52,0	- 0,5

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Für Länder ab 2011, für Gemeinden ab 2012 Quartalsdaten der Kern- und der

zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte, ohne Zweckverbände. Jahresangaben bis einschl. 2010 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
		zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)				
2007	538 243	465 554	251 747	191 558	22 249	72 551	+ 138	21 643	
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	- 190	21 510	
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	- 34	24 846	
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	- 28	28 726	
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+ 43	28 615	
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	- 101	28 498	
2013	...	535 173	287 641	216 430	31 101	27 775	
2012 1.Vj.	143 334	122 846	62 467	50 558	9 821	13 945	+ 6 543	6 831	
2.Vj.	150 393	129 545	72 573	51 679	5 293	20 978	- 131	6 878	
3.Vj.	147 755	127 189	70 803	50 981	5 404	20 522	+ 44	7 643	
4.Vj.	158 564	139 383	78 958	54 628	5 798	25 739	- 6 558	7 145	
2013 1.Vj.	148 936	126 532	63 351	52 078	11 103	15 051	+ 7 353	6 494	
2.Vj.	155 507	133 820	72 708	54 570	6 542	21 933	- 246	6 914	
3.Vj.	151 348	130 589	71 238	52 601	6 750	20 901	- 142	7 554	
4.Vj.	...	144 230	80 343	57 181	6 706	6 813	
2012 Dez.	.	67 793	38 437	26 796	2 560	.	.	2 382	
2013 Dez.	.	69 982	38 079	28 090	3 813	.	.	2 271	

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteuerertrag, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. 2 Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bun-

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. 5 Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern									Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
		Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)							
		zu-sammen	Lohn-steuer 3)	Ver-anlagte Ein-kommen-steuer	Körper-schaft-steuer	Kapital-ertrag-steuer 4)	zu-sammen	Umsatz-steuer	Einfuhr-umsatz-steuer	Ge-werb-steuer-umla-gen 6)				
2007	493 817	204 698	131 774	25 027	22 929	24 969	169 636	127 522	42 114	6 975	85 690	22 836	3 983	28 263
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040
2012 1.Vj.	130 623	56 569	34 106	8 456	5 471	8 537	48 966	36 340	12 626	275	20 059	3 629	1 126	7 777
2.Vj.	137 597	59 832	36 148	10 010	4 995	8 679	46 600	32 871	13 730	1 661	25 235	3 255	1 013	8 052
3.Vj.	135 170	54 841	36 582	8 877	2 532	6 850	49 147	36 232	12 915	1 841	24 423	3 718	1 200	7 981
4.Vj.	148 394	60 313	42 230	9 919	3 936	4 228	49 922	36 995	12 926	3 360	30 077	3 600	1 123	9 011
2013 1.Vj.	135 026	59 835	36 468	10 750	6 014	6 603	49 167	37 466	11 701	125	20 971	3 889	1 039	8 493
2.Vj.	142 450	64 448	38 827	11 084	5 427	9 110	47 136	35 052	12 083	1 799	24 355	3 762	950	8 630
3.Vj.	138 958	56 791	38 008	9 815	3 309	5 659	50 033	37 661	12 372	1 875	25 011	4 111	1 137	8 369
4.Vj.	153 779	64 834	44 896	10 631	4 757	4 551	50 507	38 136	12 372	3 254	30 116	3 961	1 106	9 548
2012 Dez.	72 749	38 150	19 572	10 735	5 706	2 137	17 130	12 886	4 243	1 609	14 387	1 127	346	4 955
2013 Dez.	75 248	40 672	20 756	11 517	6 207	2 193	17 250	13 324	3 925	1 567	14 137	1 290	332	5 266

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. 1 Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. 3 Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2013: 53,4/44,6/2,0. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. 6 Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2013: 22,3/77,7. 7 Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherungs- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer	Grund- steuern
2007	38 955	14 254	12 349	10 331	.	6 355	1 959	1 488	8 898	6 952	4 203	2 783	51 401	40 116	10 713
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	13 820	14 378	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	.	8 394	4 633	2 696
2012 1.Vj.	4 406	2 305	3 308	5 180	2 328	1 714	576	241	.	1 876	1 057	696	12 986	9 981	2 717
2.Vj.	9 707	3 550	3 644	2 011	2 258	1 966	490	1 610	.	1 683	972	601	14 457	11 166	3 048
3.Vj.	10 015	3 610	3 183	2 161	2 005	1 567	506	1 376	.	1 913	1 210	594	14 426	10 545	3 604
4.Vj.	15 177	4 678	3 489	1 785	1 852	1 727	549	820	.	1 917	1 066	617	13 529	10 652	2 648
2013 1.Vj.	4 672	2 141	3 473	5 429	2 304	1 797	580	575	.	2 144	1 007	738	14 035	10 912	2 803
2.Vj.	9 472	3 504	3 843	2 050	2 284	2 009	471	721	.	1 942	1 137	683	14 856	11 377	3 205
3.Vj.	10 101	3 858	3 314	2 255	2 053	1 602	507	1 320	.	2 203	1 261	647	14 265	10 312	3 656
4.Vj.	15 119	4 316	3 748	1 818	1 849	1 600	545	1 121	.	2 106	1 227	628
2012 Dez.	8 381	1 839	2 111	499	540	574	219	224	.	605	315	207	.	.	.
2013 Dez.	8 281	1 649	2 244	513	567	428	216	239	.	650	444	196	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Für die Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 5)					
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- piere	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)							
2007	236 642	162 225	72 928	235 459	201 642	13 665	+ 1 183	12 196	11 270	765	46	115	4 819
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013 p)	260 076	181 981	77 044	258 010	219 877	15 521	+ 2 066	33 667	29 201	4 251	114	101	4 290
2011 1.Vj.	60 804	41 608	18 902	62 188	53 176	3 742	- 1 384	18 063	17 069	819	74	101	4 482
2.Vj.	63 452	44 307	18 855	62 058	52 920	3 731	+ 1 394	19 704	18 507	1 019	78	100	4 475
3.Vj.	62 354	43 109	18 902	62 844	53 341	3 761	- 490	19 959	19 266	519	79	94	4 445
4.Vj.	67 748	48 391	19 030	62 823	53 371	3 774	+ 4 925	25 339	22 226	2 919	79	114	4 410
2012 1.Vj.	62 038	42 411	19 318	62 883	53 747	3 779	- 845	24 261	21 839	2 219	88	116	4 366
2.Vj.	64 721	45 318	19 086	62 885	53 532	3 772	+ 1 836	26 026	23 950	1 869	92	115	4 356
3.Vj.	63 669	44 188	19 193	64 275	54 788	3 866	- 606	25 968	23 265	2 509	94	100	4 328
4.Vj.	68 656	49 337	19 059	64 262	54 683	3 858	+ 4 394	30 935	28 483	2 256	95	101	4 336
2013 1.Vj.	62 211	42 779	19 173	64 193	54 940	3 871	- 1 982	28 616	26 044	2 356	106	110	4 292
2.Vj.	64 751	45 399	19 090	64 188	54 660	3 858	+ 563	29 380	26 938	2 221	111	110	4 294
3.Vj.	63 610	44 194	19 154	64 775	55 169	3 898	- 1 165	28 647	25 262	3 161	113	110	4 291
4.Vj.	69 503	49 609	19 626	64 855	55 108	3 894	+ 4 648	33 667	29 201	4 251	114	101	4 290

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher

Geldleistungen. 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. 6 Einschl. Barmittel. 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ^{*)}

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes	
	ins-gesamt ¹⁾	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld ²⁾	Kurz-arbeiter-geld ³⁾	berufliche Förderung ⁴⁾	Ein-gliederungs-beitrag ⁵⁾	Insolvenz-geld			Ver-waltungs-ausgaben ⁶⁾
2007	42 838	32 264	674	6 468	36 196	16 934	533	8 259	1 945	696	3 896	+ 6 642	-
2008	38 289	26 452	673	7 583	39 407	13 864	544	8 586	5 000	654	4 495	- 1 118	-
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2011 1.Vj.	10 259	5 853	46	3 666	9 583	4 157	685	2 255	-	186	1 205	+ 676	-
2.Vj.	8 802	6 358	- 5	1 605	8 246	3 477	353	2 134	-	175	1 213	+ 556	-
3.Vj.	7 467	6 205	- 4	305	7 450	3 177	168	1 857	26	187	1 229	+ 17	-
4.Vj.	11 036	7 017	- 1	2 470	12 245	2 965	119	2 122	4 484	134	1 443	- 1 210	-
2012 1.Vj.	9 709	6 175	69	2 693	8 452	3 773	449	1 924	- 0	211	1 185	+ 1 257	-
2.Vj.	8 331	6 620	78	872	7 816	3 457	229	1 762	0	329	1 191	+ 515	-
3.Vj.	7 501	6 508	80	70	7 539	3 307	82	1 462	368	218	1 249	- 37	-
4.Vj.	11 888	7 267	86	3 603	11 035	3 286	68	1 551	3 454	223	1 493	+ 853	-
2013 1.Vj.	7 762	6 429	276	245	8 612	4 301	494	1 493	.	194	1 193	- 850	-
2.Vj.	8 041	6 870	310	-	8 230	3 969	384	1 498	.	204	1 266	- 189	-
3.Vj.	7 898	6 708	303	-	7 580	3 644	109	1 420	.	228	1 284	+ 318	-
4.Vj.	8 935	7 587	335	-	8 153	3 497	96	1 630	.	287	1 606	+ 782	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Ohne Versorgungsfonds. **1** Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich bzw. Darlehen des Bundes. **2** Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. **3** Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. **4** Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Re-

habilitation, Entgeltssicherung und Förderung von Existenzgründungen. **5** Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbetrag. **6** Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundversicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen ¹⁾			Ausgaben ¹⁾						Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge ²⁾	Bundes-mittel ³⁾		Kranken-haus-behand-lung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung ⁴⁾	Heil- und Hilfsmittel		Kranken-geld	Ver-waltungs-ausgaben ⁵⁾
2007	156 058	149 964	2 500	154 314	50 850	27 791	24 788	10 687	8 692	6 017	8 472	+ 1 744
2008	162 516	155 883	2 500	161 334	52 623	29 145	25 887	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 182
2009	169 758	158 594	7 200	170 823	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 947	- 1 065
2010 ⁶⁾	179 524	160 792	15 700	175 803	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 553	+ 3 721
2011	189 034	170 860	15 300	179 597	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 486	+ 9 437
2012	193 291	176 366	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 002
2011 1.Vj.	45 339	40 871	3 825	44 392	15 075	7 158	7 361	2 893	2 528	2 210	2 173	+ 947
2.Vj.	46 887	42 370	3 825	44 955	14 601	7 239	7 372	3 001	2 834	2 106	2 263	+ 1 931
3.Vj.	46 865	42 298	3 825	44 432	14 594	7 236	7 160	2 768	2 762	2 069	2 292	+ 2 433
4.Vj.	49 866	45 291	3 825	45 878	14 418	7 382	7 161	2 997	3 117	2 125	2 682	+ 3 988
2012 1.Vj.	46 433	42 249	3 500	45 971	15 579	7 424	7 502	2 971	2 664	2 336	2 195	+ 462
2.Vj.	47 942	43 739	3 500	46 178	15 115	7 419	7 515	3 015	2 874	2 281	2 244	+ 1 764
3.Vj.	47 653	43 648	3 499	45 842	15 049	7 221	7 342	2 843	2 872	2 220	2 283	+ 1 811
4.Vj.	51 162	46 727	3 501	46 576	14 548	7 305	7 465	2 989	3 065	2 333	2 936	+ 4 586
2013 1.Vj.	47 115	43 645	2 875	48 030	15 955	7 445	8 258	3 139	2 786	2 518	2 256	- 915
2.Vj.	48 604	45 199	2 875	48 577	15 815	7 486	8 227	3 142	3 007	2 465	2 336	+ 26
3.Vj.	48 337	44 917	2 875	48 435	15 839	7 456	8 149	3 070	3 043	2 356	2 378	- 98

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. **1** Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostruktur-ausgleichs. **2** Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. **3** Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. **4** Einschl. Zahnersatz. **5** Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. **6** Angaben zu einzelnen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur begrenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2007	18 036	17 858	18 385	2 475	8 831	4 050	861	896	-	350
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2011 1.Vj.	5 306	5 269	5 457	750	2 408	1 165	216	277	-	150
2.Vj.	5 519	5 496	5 396	713	2 417	1 173	210	263	+	123
3.Vj.	5 513	5 486	5 551	774	2 442	1 191	221	255	-	38
4.Vj.	5 904	5 877	5 526	742	2 442	1 216	223	240	+	378
2012 1.Vj.	5 493	5 450	5 700	774	2 469	1 248	223	283	-	207
2.Vj.	5 713	5 686	5 656	758	2 478	1 254	217	276	+	57
3.Vj.	5 726	5 694	5 774	783	2 507	1 269	219	262	-	49
4.Vj.	6 113	6 087	5 811	791	2 511	1 310	225	265	+	302
2013 1.Vj.	5 907	5 871	5 916	805	2 489	1 359	212	294	-	9
2.Vj.	6 229	6 207	6 037	827	2 498	1 436	217	289	+	192
3.Vj.	6 183	6 166	6 205	868	2 534	1 441	223	290	-	21

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige

Angaben handelt. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2007	+ 214 995	+ 6 996	+ 1 086	- 4 900
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2011 1.Vj.	+ 76 394	+ 15 958	- 607	- 5 206
2.Vj.	+ 77 158	+ 10 392	- 49	+ 26 625
3.Vj.	+ 59 256	- 8 152	- 4 177	- 22 608
4.Vj.	+ 51 764	- 12 308	- 42	- 7 847
2012 1.Vj.	+ 72 603	+ 12 524	+ 8 251	- 2 380
2.Vj.	+ 68 851	+ 13 623	+ 2 836	+ 19 969
3.Vj.	+ 60 504	- 8 627	- 8 281	- 14 911
4.Vj.	+ 61 376	+ 14 208	+ 3 376	+ 10 697
2013 1.Vj.	+ 62 030	+ 9 538	+ 1 303	- 11 879
2.Vj.	+ 73 126	+ 8 483	+ 11 024	+ 9 979
3.Vj.	+ 48 764	- 11 984	- 13 555	- 18 090
4.Vj.	+ 62 862	+ 13 436	+ 8 521	+ 15 389

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute ts)	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2007	1 540 381	4 440	456 900	68	317 473	761 500
2008	1 564 590	4 440	435 600	62	314 588	809 900
2009	1 657 842	4 440	438 700	59	317 743	896 900
2010	1 732 531	4 440	400 100	21	385 070	942 900
2011	1 752 476	4 440	356 800	102	411 934	979 200
2012	1 791 406	4 440	426 900	70	290 596	1 069 400
2011 1.Vj.	1 750 580	4 440	413 000	87	370 453	962 600
2.Vj.	1 763 413	4 440	405 100	82	361 391	992 400
3.Vj.	1 759 638	4 440	388 600	82	380 316	986 200
4.Vj.	1 752 476	4 440	356 800	102	411 934	979 200
2012 1.Vj.	1 766 324	4 440	399 000	91	353 793	1 009 000
2.Vj.	1 780 408	4 440	410 800	92	324 176	1 040 900
3.Vj.	1 772 573	4 440	430 300	92	284 242	1 053 500
4.Vj.	1 791 406	4 440	426 900	70	290 596	1 069 400
2013 1.Vj. p)	1 801 773	4 440	430 100	20	261 013	1 106 200
2.Vj. p)	1 805 465	4 440	424 400	23	286 303	1 090 300
3.Vj. ts)	1 793 211	4 440	422 700	28	274 343	1 091 700

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anlei- hen 2)	Tages- anlei- he	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2007	1 540 381	39 510	329 108	177 394	10 287	574 512	.	329 588	68	75 396	4 443	76
2008	1 564 590	44 620	337 511	172 037	9 649	584 144	3 174	325 648	62	83 229	4 443	73
2009	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	59	103 462	4 442	71
2010	1 732 531	87 042	391 851	195 534	8 704	628 757	1 975	302 596	21	111 609	4 440	2
2011	1 752 476	60 272	414 250	214 211	8 208	644 694	2 154	292 379	102	111 765	4 440	2
2012 3.Vj.	1 772 573	53 325	409 957	237 746	7 110	654 313	1 893	287 023	92	116 673	4 440	2
4.Vj.	1 791 406	57 172	417 469	234 355	6 818	666 998	1 725	288 993	70	113 364	4 440	2
2013 1.Vj. p)	1 801 773	56 911	416 586	248 589	6 354	666 722	1 580	289 055	20	111 515	4 440	2
2.Vj. p)	1 805 465	57 919	415 548	234 612	5 890	679 194	1 516	294 688	23	111 634	4 440	2
3.Vj. ts)	1 793 211	54 808	417 120	247 942	4 970	671 915	1 464	278 637	28	111 886	4 440	2
Bund 7) 8) 9) 10) 11)												
2007	939 988	37 385	102 083	177 394	10 287	574 156	.	22 829	-	11 336	4 443	75
2008	966 197	40 795	105 684	172 037	9 649	583 930	3 174	35 291	-	11 122	4 443	72
2009	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	-	11 148	4 442	70
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	-	10 743	4 440	2
2011	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	-	9 450	4 440	2
2012 3.Vj.	1 098 824	51 638	120 240	237 746	7 110	654 132	1 893	12 646	-	8 979	4 440	2
4.Vj.	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	-	8 784	4 440	2
2013 1.Vj.	1 122 570	54 962	113 866	248 589	6 354	666 499	1 580	17 469	-	8 811	4 440	2
2.Vj.	1 131 053	56 494	111 826	234 612	5 890	678 971	1 516	28 735	-	8 568	4 440	2
3.Vj.	1 119 069	54 539	110 074	247 942	4 970	671 692	1 464	15 246	-	8 702	4 440	2
4.Vj.	1 132 505	50 004	110 029	245 372	4 488	684 305	1 397	23 817	-	8 652	4 440	2
Länder												
2007	484 373	2 125	227 025	194 956	2	60 264	.	1
2008	483 875	3 825	231 827	179 978	3	68 241	.	1
2009	505 359	1 561	248 091	167 310	8	88 389	.	1
2010	528 619	1 176	265 631	167 353	1	94 459	.	1
2011	537 491	1 975	283 601	154 465	62	97 387	.	1
2012 3.Vj.	537 827	1 687	289 717	143 606	52	102 764	.	1
4.Vj.	540 822	950	299 750	138 684	52	101 386	.	1
2013 1.Vj. p)	541 322	1 949	302 720	137 141	2	99 510	.	1
2.Vj. p)	538 301	1 425	303 722	133 278	5	99 871	.	1
3.Vj. p)	537 836	270	307 046	130 521	10	99 989	.	1
Gemeinden 12)												
2007	115 920	.	-	.	.	256	.	111 803	66	3 796	.	.
2008	114 518	.	-	.	.	214	.	110 379	60	3 866	.	.
2009	119 466	.	-	.	.	219	.	115 270	52	3 925	.	.
2010	128 497	.	-	.	.	175	.	121 895	20	6 407	.	.
2011	133 681	.	-	.	.	181	.	128 531	40	4 929	.	.
2012 3.Vj.	135 922	.	-	.	.	181	.	130 771	40	4 930	.	.
4.Vj.	137 552	.	-	.	.	223	.	134 116	18	3 195	.	.
2013 1.Vj. p)	137 881	.	-	.	.	223	.	134 445	18	3 195	.	.
2.Vj. p)	136 111	.	-	.	.	223	.	132 675	18	3 195	.	.
3.Vj. ts)	136 306	.	-	.	.	223	.	132 870	18	3 195	.	.
Sondervermögen 7) 8) 13)												
2007	100	.	-	-	.	100	.	-	-	-	-	.
2008	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	-	.
2009	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	-	.
2010	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	-	.
2011	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	-	.
2012 3.Vj.	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	-	.
4.Vj.	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	-	.
2013 1.Vj.	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	-	.
2.Vj.	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	-	.
3.Vj.	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	-	.
4.Vj.	-	.	-	-	.	-	.	-	-	-	-	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschuldenweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuld-scheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Wäh-rung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Alt-verbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eige-nen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundes-wertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktsta-

tistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Son-dervermögen nachgewiesen. 8 Zum 1. Juli 2007 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des ERP-Sondervermögens durch den Bund. Das genannte Sonderver-mögen wird danach nur noch beim Bund ausgewiesen. 9 Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“. 10 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungs-fonds“. 11 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungs-fonds für Kreditinstitute“. 12 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckver-bände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. 13 ERP-Sonderver-mögen (bis einschl. Juni 2007), Fonds „Deutsche Einheit“ (bis einschl. 2004) und Entschä-digungsfonds.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2011			2012			2012				2013		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
	Index 2005 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	112,8	112,3	112,3	5,5	- 0,4	- 0,0	2,2	- 0,8	- 1,4	- 1,7	- 4,3	0,5	0,8
Baugewerbe	106,7	104,2	102,9	4,6	- 2,4	- 1,2	1,6	- 2,4	- 2,1	- 6,4	- 9,0	- 0,6	1,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	104,0	104,6	105,5	2,7	0,6	0,9	2,8	1,1	- 0,9	- 0,3	- 2,5	1,2	2,6
Information und Kommunikation	146,9	149,9	151,6	8,4	2,0	1,1	2,8	2,2	2,7	0,5	1,8	2,1	0,9
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	117,9	120,0	114,2	2,2	1,8	- 4,9	- 0,5	0,3	1,1	6,5	1,2	- 5,2	- 5,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	110,8	112,6	113,5	3,5	1,6	0,9	1,4	1,8	1,8	1,2	1,0	1,5	1,5
Unternehmensdienstleister 1)	107,0	110,1	113,8	3,1	2,9	3,4	3,4	3,0	3,1	2,0	1,6	3,9	3,8
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	110,5	111,5	111,6	1,5	0,9	0,2	0,8	1,0	1,0	0,6	0,0	0,5	0,4
Sonstige Dienstleister	105,2	106,7	105,6	0,2	1,4	- 1,0	2,2	2,0	1,7	- 0,1	- 2,0	- 0,7	- 1,1
Bruttowertschöpfung	111,1	112,0	112,4	3,3	0,8	0,4	1,9	0,8	0,4	- 0,0	- 1,5	0,8	1,1
Bruttoinlandsprodukt 2)	110,4	111,1	111,5	3,3	0,7	0,4	1,8	0,6	0,4	0,0	- 1,6	0,9	1,1
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 3)	105,7	106,5	107,5	2,3	0,8	0,9	1,7	0,8	0,0	0,5	- 0,4	1,2	1,5
Konsumausgaben des Staates	111,3	112,3	113,6	1,0	1,0	1,1	1,8	0,5	1,1	0,6	0,3	0,6	0,4
Ausrüstungen	114,2	109,6	107,1	5,8	- 4,0	- 2,2	1,6	- 4,1	- 6,6	- 6,2	- 8,9	- 0,4	1,0
Bauten	112,3	110,8	110,5	7,8	- 1,4	- 0,3	0,6	- 1,9	- 0,8	- 3,1	- 8,0	0,5	2,2
Sonstige Anlagen 4)	129,7	134,1	138,1	5,1	3,4	3,0	3,0	3,6	3,9	3,3	2,1	3,1	3,3
Vorratsveränderungen 5) 6)	.	.	.	- 0,1	- 0,5	0,0	- 0,3	- 0,9	- 0,6	- 0,3	0,3	- 0,1	0,2
Inländische Verwendung	108,9	108,6	109,3	2,8	- 0,3	0,7	1,3	- 0,8	- 0,9	- 0,7	- 1,1	0,9	1,7
Außenbeitrag 6)	.	.	.	0,7	0,9	- 0,3	0,5	1,3	1,3	0,8	- 0,5	0,1	- 0,5
Exporte	136,0	140,3	141,2	8,0	3,2	0,6	4,6	4,6	3,2	0,5	- 2,9	1,1	0,7
Importe	135,8	137,8	139,6	7,4	1,4	1,3	4,0	2,2	0,7	- 1,0	- 2,2	1,2	1,9
Bruttoinlandsprodukt 2)	110,4	111,1	111,5	3,3	0,7	0,4	1,8	0,6	0,4	0,0	- 1,6	0,9	1,1
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 3)	1 498,4	1 533,9	1 572,0	4,4	2,4	2,5	3,5	2,1	1,7	2,2	1,2	3,0	3,3
Konsumausgaben des Staates	499,6	514,4	534,6	2,5	3,0	3,9	3,3	2,4	3,1	3,1	3,5	3,7	3,2
Ausrüstungen	181,2	175,0	171,3	6,2	- 3,4	- 2,2	2,1	- 3,5	- 5,9	- 5,5	- 8,7	- 0,4	1,0
Bauten	263,3	266,1	270,2	11,1	1,1	1,5	3,5	0,6	1,5	- 0,9	- 6,3	2,4	4,2
Sonstige Anlagen 4)	28,6	29,4	30,0	4,5	2,6	2,1	1,9	2,7	2,8	2,8	1,9	2,1	2,2
Vorratsveränderungen 5)	3,2	- 10,3	- 8,9
Inländische Verwendung	2 474,3	2 508,5	2 569,1	5,1	1,4	2,4	3,0	0,7	0,8	1,1	0,6	2,8	3,4
Außenbeitrag	135,7	157,9	166,7
Exporte	1 321,4	1 381,0	1 382,4	11,2	4,5	0,1	6,0	6,0	4,5	1,7	- 2,9	0,8	- 0,2
Importe	1 185,8	1 223,1	1 215,7	13,1	3,1	- 0,6	6,3	3,9	2,3	0,3	- 2,9	- 0,7	- 0,5
Bruttoinlandsprodukt 2)	2 609,9	2 666,4	2 735,8	4,6	2,2	2,6	3,1	1,9	1,9	1,8	0,4	3,4	3,3
IV. Preise (2005 = 100)													
Privater Konsum	108,4	110,2	111,9	2,1	1,6	1,6	1,8	1,3	1,6	1,7	1,5	1,7	1,7
Bruttoinlandsprodukt	106,3	107,9	110,3	1,2	1,5	2,2	1,2	1,3	1,5	1,8	2,0	2,5	2,2
Terms of Trade	97,3	96,9	98,2	- 2,3	- 0,4	1,4	- 0,9	- 0,3	- 0,3	- 0,1	0,8	1,6	1,4
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 325,9	1 377,6	1 417,1	4,4	3,9	2,9	3,8	4,1	3,9	3,8	3,1	2,7	2,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	686,1	676,6	695,3	5,3	- 1,4	2,8	1,5	- 1,5	- 1,9	- 4,0	- 4,1	7,2	5,5
Volkseinkommen	2 012,0	2 054,3	2 112,3	4,7	2,1	2,8	2,9	2,3	1,8	1,5	0,4	4,1	3,6
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 668,9	2 730,1	2 798,7	4,7	2,3	2,5	3,0	2,3	2,0	1,9	0,5	3,5	3,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: November 2013. Erste Jahresergebnisse für 2013; Rechenstand Januar 2014. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen). **3** Einschl. Pri-

vate Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ¹⁾

Arbeitstäglich bereinigt ²⁾

	davon:												
	Produzierendes Gewerbe ¹⁾	Baugewerbe ²⁾	Energie ³⁾	Industrie									
				zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
					Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
2010=100													
Gewicht in % ⁴⁾	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62	
Zeit													
2010	99,5	99,3	100,1	99,4	99,5	99,3	99,4	99,5	99,4	99,3	99,3	99,2	
2011	106,7	107,0	95,6	108,1	107,0	111,9	104,2	101,3	109,2	110,2	113,2	112,6	
2012	106,2	105,8	97,3	107,5	104,6	113,3	100,5	99,8	107,3	107,8	115,2	112,8	
2013	x)	106,2	105,4	95,4	107,7	104,5	113,8	100,2	100,2	108,3	106,0	113,2	115,1
2012 4.Vj.	107,8	116,3	100,1	107,6	100,1	116,3	100,5	104,0	104,7	106,6	120,3	108,2	
2013 1.Vj.	101,0	77,0	101,6	104,3	102,3	108,8	100,7	97,2	105,6	103,8	105,9	113,6	
2.Vj.	106,0	108,6	89,3	107,7	105,6	113,8	97,9	97,9	109,2	105,0	113,6	116,0	
3.Vj.	107,3	117,2	91,4	108,0	106,2	112,8	98,9	100,8	109,4	106,6	112,1	114,1	
4.Vj.	x)	110,5	118,6	99,4	110,8	119,9	103,1	104,8	109,2	108,3	121,1	116,6	
2012 Dez.	100,8	109,9	100,7	99,5	85,8	113,5	87,1	98,4	91,2	97,0	129,8	87,7	
2013 Jan.	93,5	64,6	101,5	96,7	98,0	95,5	93,8	97,2	99,5	97,7	92,1	96,8	
Febr.	98,0	73,3	96,2	101,7	98,8	107,8	98,3	92,6	102,6	99,6	104,4	114,9	
März	111,4	93,1	107,1	114,5	110,2	123,2	109,9	101,9	114,6	114,2	121,1	129,2	
April	104,9	104,7	92,2	106,5	103,8	113,0	97,6	97,2	107,4	101,7	111,5	118,4	
Mai	103,6	107,2	87,3	105,1	105,2	108,4	91,7	98,1	107,1	103,0	106,9	110,9	
Juni	109,4	113,9	88,3	111,4	107,7	119,9	104,5	98,4	113,0	110,4	122,3	118,8	
Juli	107,6	119,5	92,5	107,9	107,8	111,6	96,9	99,8	110,6	105,0	113,1	109,3	
Aug.	101,8	112,9	89,1	101,9	101,7	104,4	85,6	98,6	102,9	102,7	102,8	105,0	
Sept.	112,5	119,3	92,5	114,1	109,0	122,5	114,3	104,0	114,8	112,2	120,3	128,0	
Okt.	x)	112,1	120,3	98,5	112,7	111,2	116,5	107,5	107,1	115,6	110,7	120,3	
Nov.	x)	116,1	121,3	99,5	117,5	110,7	127,6	112,1	108,2	117,8	115,9	134,0	
Dez.	x)p)	103,4	114,1	100,2	102,2	90,1	115,6	89,7	99,2	94,2	129,6	95,6	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
2010	+ 10,3	.	+ 3,3	+ 11,7	+ 14,8	+ 12,8	+ 9,2	+ 1,8	+ 16,3	+ 16,4	+ 10,2	+ 24,8	
2011	+ 7,2	+ 7,8	- 4,5	+ 8,8	+ 7,5	+ 12,7	+ 4,8	+ 1,8	+ 9,9	+ 11,0	+ 14,0	+ 13,5	
2012	- 0,5	- 1,1	+ 1,8	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	- 1,5	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,2	
2013	x)	± 0,0	- 0,4	- 2,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,4	- 0,3	+ 0,4	+ 0,9	- 1,7	+ 2,0	
2012 4.Vj.	- 2,3	- 3,9	± 0,0	- 2,3	- 3,4	- 2,1	- 7,1	+ 0,7	- 3,6	- 5,6	- 1,7	- 4,3	
2013 1.Vj.	- 2,3	- 5,6	- 3,6	- 1,8	- 2,4	- 2,0	- 1,9	+ 0,2	- 1,1	- 2,8	- 5,1	- 2,9	
2.Vj.	- 0,3	- 0,5	- 2,9	- 0,2	- 1,3	+ 0,6	- 1,3	+ 1,0	- 0,3	- 2,4	- 1,2	+ 1,8	
3.Vj.	- 0,1	+ 0,9	- 0,5	- 0,2	- 0,3	± 0,0	- 0,6	- 0,3	+ 1,0	- 3,2	- 1,8	+ 1,9	
4.Vj.	x)	+ 2,5	+ 1,9	- 0,7	+ 2,9	+ 3,1	+ 2,6	+ 0,8	+ 4,3	+ 1,6	+ 0,7	+ 7,8	
2012 Dez.	- 1,3	- 5,0	- 2,4	- 0,5	- 2,7	+ 0,5	- 4,9	+ 2,3	- 0,8	- 4,9	+ 1,2	- 2,3	
2013 Jan.	- 2,7	- 6,2	- 4,4	- 2,0	- 2,5	- 3,3	- 3,9	+ 3,6	- 1,8	- 2,8	- 4,8	- 7,6	
Febr.	- 1,4	+ 6,2	- 8,3	- 1,4	- 2,6	- 0,8	- 1,8	- 0,1	- 1,7	- 4,4	- 1,9	- 2,5	
März	- 2,8	- 12,9	+ 1,8	- 2,1	- 2,0	- 2,1	- 0,3	- 2,6	+ 0,1	- 1,5	- 7,8	+ 0,5	
April	+ 0,4	- 0,1	- 3,0	+ 0,8	- 1,8	+ 2,6	- 0,6	+ 2,7	+ 0,6	- 2,5	+ 0,5	+ 4,1	
Mai	- 2,0	- 1,2	- 4,9	- 2,0	- 1,4	- 3,0	- 7,4	+ 0,6	- 2,1	- 3,0	- 5,1	- 1,7	
Juni	+ 0,6	- 0,3	- 0,7	+ 0,7	- 0,8	+ 2,1	+ 4,0	- 0,2	+ 0,7	- 1,9	+ 1,0	+ 2,9	
Juli	- 1,5	+ 0,8	+ 1,5	- 2,1	- 1,3	- 3,5	- 0,8	± 0,0	- 0,5	- 6,6	- 4,2	- 5,4	
Aug.	+ 0,6	+ 1,9	- 2,7	+ 0,8	- 0,5	+ 2,4	- 2,7	- 0,1	+ 1,2	- 2,2	- 1,1	+ 9,0	
Sept.	+ 0,7	+ 0,3	- 0,2	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,2	- 0,8	+ 2,2	- 0,8	± 0,0	+ 3,1	
Okt.	x)	+ 1,1	+ 0,4	- 0,9	+ 1,4	+ 2,5	+ 1,6	± 0,0	- 1,0	+ 3,2	± 0,0	+ 3,9	
Nov.	x)	+ 3,8	+ 1,7	- 0,8	+ 4,6	+ 4,3	+ 5,6	+ 4,9	+ 2,6	+ 6,3	+ 3,5	+ 10,7	
Dez.	x)p)	+ 2,6	+ 3,8	- 0,5	+ 2,7	+ 5,0	+ 1,9	+ 3,0	+ 0,8	+ 3,3	+ 1,3	+ 9,0	

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Bis Dezember 2009 ohne, ab Januar 2010 einschl. Ausbaugewerbe. 2 Daten erst ab Januar 2010 verfügbar. 3 Ab Januar 2010 Entwicklung einschl. Stromerzeugung aus erneuerbaren Ener-

gie (Wind- und Photovoltaikanlagen). 4 Gewicht für die Angaben ab 2010: Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2010. x Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung sowie der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitsmäßig bereinigt ◻

Zeit	davon:											
	Industrie		Vorleistungsgüter-produzenten		Investitionsgüter-produzenten		Konsumgüter-produzenten		davon: Gebrauchsgüter-produzenten		Verbrauchsgüter-produzenten	
	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %
insgesamt												
2009	79,8	- 24,4	77,8	- 26,3	79,4	- 24,5	94,6	- 12,2	86,8	- 14,5	97,2	- 11,7
2010	99,5	+ 24,7	99,5	+ 27,9	99,5	+ 25,3	99,6	+ 5,3	99,5	+ 14,6	99,6	+ 2,5
2011	109,9	+ 10,5	109,1	+ 9,6	111,2	+ 11,8	103,8	+ 4,2	105,3	+ 5,8	103,3	+ 3,7
2012	106,9	- 2,7	104,2	- 4,5	109,2	- 1,8	103,8	± 0,0	99,4	- 5,6	105,3	+ 1,9
2013 p)	108,9	+ 1,9	102,8	- 1,3	113,8	+ 4,2	104,8	+ 1,0	99,7	+ 0,3	106,5	+ 1,1
2012 Dez.	102,0	- 1,0	89,7	- 3,3	112,1	+ 0,4	92,5	+ 1,0	83,4	- 5,0	95,6	+ 2,9
2013 Jan.	103,4	- 1,9	103,9	- 5,6	103,3	+ 0,9	100,9	- 1,2	95,9	- 3,8	102,6	- 0,4
Febr.	106,2	- 0,1	101,7	- 4,1	109,3	+ 2,6	106,4	+ 0,6	93,1	- 2,0	111,0	+ 1,3
März	119,2	- 0,3	114,3	+ 0,3	123,9	- 0,3	109,1	- 3,5	109,1	- 2,7	109,0	- 3,9
April	105,9	- 0,6	102,7	- 3,6	108,6	+ 0,6	101,7	+ 6,5	98,6	- 0,3	102,8	+ 9,0
Mai	104,9	- 2,3	103,0	- 3,8	106,9	- 1,7	100,6	+ 0,2	95,7	- 3,3	102,3	+ 1,3
Juni	115,6	+ 4,8	104,2	- 1,7	125,5	+ 9,7	102,2	± 0,0	106,0	+ 5,3	100,9	- 1,8
Juli	108,9	+ 1,6	104,0	- 1,4	112,3	+ 3,8	109,6	- 0,1	97,3	- 2,8	113,8	+ 0,6
Aug.	99,9	+ 2,1	95,9	- 1,7	102,3	+ 5,7	103,4	- 1,6	90,9	- 1,8	107,7	- 1,6
Sept.	111,9	+ 6,9	101,9	+ 1,3	119,4	+ 11,4	109,2	+ 2,0	108,7	- 2,6	109,4	+ 3,6
Okt.	109,5	+ 1,3	105,1	+ 1,2	112,6	+ 1,4	109,8	+ 1,9	106,1	+ 3,6	111,0	+ 1,2
Nov.	114,3	+ 6,6	106,4	+ 3,2	120,5	+ 9,0	109,6	+ 5,4	105,5	+ 7,9	111,0	+ 4,6
Dez. p)	107,3	+ 5,2	89,9	+ 0,2	121,3	+ 8,2	94,8	+ 2,5	88,9	+ 6,6	96,8	+ 1,3
aus dem Inland												
2009	83,8	- 22,2	77,2	- 26,2	88,0	- 19,5	98,2	- 15,9	95,1	- 16,1	99,2	- 15,9
2010	99,5	+ 18,7	99,5	+ 28,9	99,5	+ 13,1	99,6	+ 1,4	99,4	+ 4,5	99,6	+ 0,4
2011	109,8	+ 10,4	109,7	+ 10,3	110,8	+ 11,4	103,5	+ 3,9	110,2	+ 10,9	101,1	+ 1,5
2012	104,0	- 5,3	103,3	- 5,8	105,4	- 4,9	99,2	- 4,2	101,9	- 7,5	98,2	- 2,9
2013 p)	104,0	± 0,0	101,8	- 1,5	107,0	+ 1,5	99,2	± 0,0	97,9	- 3,9	99,6	+ 1,4
2012 Dez.	92,6	- 3,6	86,5	- 2,0	100,4	- 4,7	81,8	- 6,0	80,4	- 9,5	82,3	- 4,7
2013 Jan.	101,9	- 3,7	103,9	- 4,8	100,6	- 2,8	97,1	- 2,3	97,6	- 8,1	96,9	- 0,1
Febr.	103,3	- 1,1	101,3	- 1,9	105,1	- 0,3	104,1	- 2,5	96,9	- 5,6	106,6	- 1,6
März	115,4	- 0,9	113,2	+ 0,3	119,2	- 1,7	105,4	- 2,8	109,2	- 6,2	104,0	- 1,5
April	102,5	- 3,6	101,2	- 6,0	105,0	- 1,8	94,6	+ 0,6	97,3	- 3,0	93,6	+ 2,0
Mai	100,2	- 4,4	101,6	- 4,3	99,7	- 5,1	94,4	- 0,7	91,2	- 5,4	95,5	+ 0,8
Juni	106,3	+ 0,9	102,6	- 1,3	111,6	+ 2,9	96,4	+ 2,0	98,1	+ 3,7	95,8	+ 1,4
Juli	106,0	+ 0,3	103,8	- 1,1	108,6	+ 1,5	104,0	+ 1,4	94,5	- 4,0	107,3	+ 3,1
Aug.	100,2	+ 3,9	96,6	- 1,0	103,8	+ 10,0	100,8	- 0,5	90,1	- 6,8	104,6	+ 1,7
Sept.	105,7	+ 3,3	100,8	- 0,1	111,1	+ 7,2	103,2	+ 0,3	106,8	- 6,9	101,9	+ 3,2
Okt.	104,1	+ 0,9	103,1	+ 0,4	105,3	+ 1,8	103,4	- 1,1	108,9	- 2,9	101,4	- 0,4
Nov.	108,2	+ 3,9	105,8	+ 1,8	111,5	+ 6,1	102,7	+ 4,1	102,4	- 1,2	102,8	+ 6,0
Dez. p)	93,9	+ 1,4	87,4	+ 1,0	102,1	+ 1,7	84,3	+ 3,1	81,6	+ 1,5	85,2	+ 3,5
aus dem Ausland												
2009	76,7	- 26,0	78,5	- 26,5	74,1	- 27,7	91,5	- 8,7	79,5	- 12,8	95,6	- 7,5
2010	99,6	+ 29,9	99,6	+ 26,9	99,6	+ 34,4	99,6	+ 8,9	99,5	+ 25,2	99,6	+ 4,2
2011	109,9	+ 10,3	108,4	+ 8,8	111,4	+ 11,8	104,1	+ 4,5	101,0	+ 1,5	105,2	+ 5,6
2012	109,2	- 0,6	105,2	- 3,0	111,6	+ 0,2	107,7	+ 3,5	97,3	- 3,7	111,3	+ 5,8
2013 p)	112,9	+ 3,4	103,9	- 1,2	118,1	+ 5,8	109,5	+ 1,7	101,2	+ 4,0	112,4	+ 1,0
2012 Dez.	109,7	+ 1,0	93,5	- 4,7	119,3	+ 3,2	101,6	+ 6,3	86,0	- 1,0	106,9	+ 8,5
2013 Jan.	104,6	- 0,4	103,9	- 6,6	105,0	+ 3,1	104,1	- 0,4	94,5	+ 0,4	107,4	- 0,6
Febr.	108,5	+ 0,6	102,1	- 6,8	111,9	+ 4,4	108,3	+ 3,1	89,7	+ 1,6	114,7	+ 3,6
März	122,2	+ 0,2	115,6	+ 0,3	126,8	+ 0,5	112,2	- 4,2	109,0	+ 0,6	113,3	- 5,7
April	108,6	+ 1,9	104,4	- 0,6	110,8	+ 2,0	107,8	+ 11,4	99,8	+ 2,1	110,6	+ 14,6
Mai	108,8	- 0,7	104,7	- 3,1	111,3	+ 0,3	105,9	+ 0,9	99,6	- 1,6	108,0	+ 1,5
Juni	123,1	+ 7,7	106,0	- 2,2	134,0	+ 13,5	107,1	- 1,6	112,9	+ 6,4	105,2	- 4,1
Juli	111,3	+ 2,6	104,3	- 1,7	114,6	+ 5,2	114,3	- 1,3	99,7	- 1,9	119,4	- 1,1
Aug.	99,7	+ 0,8	95,1	- 2,7	101,3	+ 3,1	105,6	- 2,6	91,6	+ 2,8	110,4	- 4,0
Sept.	117,0	+ 9,8	103,1	+ 2,9	124,6	+ 13,8	114,3	+ 3,3	110,3	+ 1,3	115,7	+ 3,9
Okt.	113,9	+ 1,6	107,5	+ 2,0	117,1	+ 1,2	115,2	+ 4,1	103,6	+ 10,2	119,2	+ 2,3
Nov.	119,3	+ 8,7	107,0	+ 4,7	126,1	+ 10,6	115,5	+ 6,5	108,2	+ 16,6	118,0	+ 3,6
Dez. p)	118,2	+ 7,7	92,9	- 0,6	133,1	+ 11,6	103,8	+ 2,2	95,2	+ 10,7	106,7	- 0,2

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14 bis II.16. ◻ Mit

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitsmäßig bereinigt 0)

Zeit	Gliederung nach Bauarten												Gliederung nach Bauherren 1)			
	Hochbau															
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber	
	Veränderung gegen Vorjahr %		Veränderung gegen Vorjahr %		Veränderung gegen Vorjahr %		Veränderung gegen Vorjahr %		Veränderung gegen Vorjahr %		Veränderung gegen Vorjahr %		Veränderung gegen Vorjahr %		Veränderung gegen Vorjahr %	
2010 = 100		2010 = 100		2010 = 100		2010 = 100		2010 = 100		2010 = 100		2010 = 100		2010 = 100		
2009	98,4 - 5,2	94,1 - 12,3	90,9 - 0,4	95,3 - 21,3	97,0 - 1,1	102,5 + 2,2	94,3 - 14,9	105,4 + 3,6								
2010	99,7 + 1,3	99,7 + 6,0	99,6 + 9,6	99,7 + 4,6	99,9 + 3,0	99,7 - 2,7	99,7 + 5,7	99,8 - 5,3								
2011	107,2 + 7,5	112,2 + 12,5	120,5 + 21,0	113,5 + 13,8	91,8 - 8,1	102,2 + 2,5	112,8 + 13,1	96,0 - 3,8								
2012	114,5 + 6,8	121,4 + 8,2	132,4 + 9,9	124,2 + 9,4	91,6 - 0,2	107,6 + 5,3	118,5 + 5,1	103,3 + 7,6								
2012 Nov.	91,4 - 6,1	101,0 - 5,7	122,0 + 2,8	98,7 - 7,4	66,7 - 22,4	81,8 - 6,4	94,1 - 10,6	76,4 - 5,1								
Dez.	93,4 - 3,0	108,1 + 2,2	122,6 + 2,5	113,5 + 9,6	63,8 - 25,0	78,7 - 9,3	105,2 - 0,7	69,6 - 9,7								
2013 Jan.	82,2 + 0,5	90,4 - 0,2	102,0 + 2,4	92,6 + 1,3	61,0 - 13,6	73,9 + 1,1	86,6 - 6,7	69,7 + 9,8								
Febr.	98,2 + 2,1	100,8 - 1,3	108,3 - 3,6	104,3 + 3,2	75,6 - 10,7	95,6 + 5,8	104,3 + 5,2	87,9 + 1,3								
März	130,9 - 3,6	133,1 - 9,8	151,2 + 2,5	131,2 - 17,7	103,2 - 7,7	128,7 + 3,7	129,8 - 8,2	123,9 - 1,1								
April	123,6 - 0,5	130,2 + 2,8	145,2 + 2,2	125,5 - 4,1	114,5 + 37,0	117,1 - 3,9	117,8 - 3,6	120,9 + 1,6								
Mai	125,5 + 5,6	135,3 + 14,0	142,1 + 9,5	140,4 + 16,6	106,7 + 16,1	115,7 - 2,9	127,2 + 6,4	117,0 + 2,8								
Juni	145,9 + 11,7	157,6 + 15,3	182,0 + 12,0	158,1 + 22,0	108,0 + 0,8	134,2 + 7,8	151,3 + 18,5	125,9 + 4,2								
Juli	142,5 + 14,5	142,0 + 14,7	158,2 + 14,1	142,4 + 12,4	108,9 + 26,8	143,0 + 14,3	133,1 + 9,5	145,8 + 19,7								
Aug.	123,8 - 1,2	124,1 - 11,8	144,8 + 5,8	121,1 - 19,3	92,3 - 23,5	123,4 + 12,2	119,3 - 10,8	119,9 + 7,1								
Sept.	125,9 + 5,0	135,7 + 4,9	152,8 + 10,2	132,8 + 1,3	110,8 + 4,5	116,1 + 5,1	130,5 + 3,0	110,4 + 4,6								
Okt.	117,6 - 11,0	128,7 - 2,4	141,5 + 4,0	134,7 - 2,1	85,6 - 19,2	106,5 - 19,7	125,4 - 9,2	100,0 - 19,7								
Nov.	106,6 + 16,6	119,6 + 18,4	122,9 + 0,7	132,4 + 34,1	75,0 + 12,4	93,6 + 14,4	123,1 + 30,8	83,2 + 8,9								

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen,

Tabelle II.21. 0 Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauaufträge.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *)

Kalenderbereinigt 0)

Zeit	Einzelhandel														Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen 3)
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen 1):														
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln				
	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in Preisen von 2010	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	
2010 = 100		2010 = 100		2010 = 100		2010 = 100		2010 = 100		2010 = 100		2010 = 100		2010 = 100	
2010	100,0 + 2,2	100,0 + 1,2	100,2 + 0,8	99,8 + 4,4	99,9 + 3,0	100,0 + 2,5	100,2 + 3,8	99,3 - 4,7							
2011	102,6 + 2,6	101,1 + 1,1	102,5 + 2,3	101,6 + 1,8	99,4 - 0,5	103,7 + 3,7	100,5 + 0,3	107,0 + 7,8							
2012	104,5 + 1,9	100,9 - 0,2	105,1 + 2,5	102,3 + 0,7	99,0 - 0,4	104,5 + 0,8	100,4 - 0,1	105,9 - 1,0							
2013	106,3 + 1,7	101,4 + 0,5	109,0 + 3,7	103,6 + 1,3	95,5 - 3,5	102,5 - 1,9	103,9 + 3,5	...							
2012 Dez.	121,3 - 1,1	116,8 - 3,1	122,2 + 0,8	122,1 - 2,2	147,8 - 4,4	106,6 - 6,0	108,2 - 6,3	93,8 - 5,0							
2013 Jan.	97,8 + 4,4	94,5 + 2,8	99,9 + 5,6	88,2 + 2,2	101,1 - 1,3	89,4 + 0,1	101,1 + 3,8	85,6 - 4,1							
Febr.	93,4 + 2,1	89,7 + 1,0	98,0 + 4,0	77,3 + 0,7	85,5 - 1,4	88,5 + 0,3	96,7 + 2,5	90,8 - 5,5							
März	108,2 + 0,9	103,0 - 0,4	111,7 + 4,7	98,0 - 10,1	96,3 + 0,6	107,9 - 6,3	106,0 + 1,5	114,2 - 8,2							
April	107,2 + 1,8	101,8 + 0,4	108,5 + 1,7	110,7 + 5,4	85,6 - 5,4	108,4 - 1,4	102,6 + 1,0	111,7 - 0,6							
Mai	107,8 + 2,8	102,3 + 1,4	110,4 + 3,0	103,9 + 2,1	83,3 - 3,4	107,8 + 0,9	102,0 + 1,3	110,3 + 0,1							
Juni	104,7 + 1,6	99,4 - 0,3	110,1 + 4,5	100,8 + 5,9	84,9 - 10,7	101,7 ± 0,0	99,5 + 0,9	110,7 - 0,1							
Juli	106,3 + 2,2	101,5 + 0,4	111,8 + 6,7	102,9 + 0,3	86,7 - 6,5	103,3 - 1,5	106,7 + 3,9	106,7 - 1,2							
Aug.	103,4 + 1,8	98,9 + 0,6	108,0 + 4,1	97,9 + 4,8	88,7 - 2,0	98,0 - 5,9	99,8 + 3,7	98,1 + 0,6							
Sept.	105,0 + 1,5	99,9 + 0,6	103,7 + 1,3	115,5 + 2,0	95,2 + 2,1	102,3 - 1,4	102,2 + 6,6	105,5 - 0,4							
Okt.	109,8 + 1,2	104,2 + 0,3	110,9 + 3,8	118,2 ± 0,0	95,9 - 3,0	109,1 - 2,6	107,2 + 5,1	116,1 + 3,0							
Nov.	111,9 + 2,4	106,3 + 1,4	112,0 + 4,8	110,7 + 6,8	105,7 - 2,5	110,3 - 1,4	107,1 + 3,7	113,0 + 3,6							
Dez.	120,6 - 0,6	115,1 - 1,5	123,2 + 0,8	119,6 - 2,0	136,6 - 7,6	103,4 - 3,0	115,4 + 6,7	...							

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. 0 Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 In Verkaufsräumen. 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3 Ab Januar 2011 basierend

auf Daten aus Umsatzsteuer-Voranmeldungen und Primärerhebungen, davor Stichprobenbefragung. 4 Ergebnisse ab Januar 2012 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2) 3)					Ausschl. gering- ent- lohnte Beschäftigte 2)	Kurzarbeiter 4)		Arbeitslose 5)		Arbeits- losen- quote 5) 6)	Offene Stellen 5) 7)
	Tsd	Ver- ände- rung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	konjunk- turell bedingt	insgesamt	darunter:		
			Tsd	Ver- ände- rung gegen Vorjahr in %	Produ- zieren- des Ge- werbe	Dienst- leis- tungs- bereich ohne Arbeit- nehmer- überlas- sung	Arbeit- nehmer- überlas- sung							
2009	40 372	+ 0,1	27 493	- 0,1	8 521	18 210	549	4 905	1 144	1 078 ⁸⁾	3 415 ⁸⁾	1 190 ⁸⁾	8,1	301
2010	40 587	+ 0,5	27 757	+ 1,0	8 426	18 438	679	4 883	503	429	3 238	1 075	7,7	359
2011	41 152	+ 1,4	28 440	+ 2,5	8 583	18 836	798	4 865	148	100	2 976	892	7,1	466
2012	41 607	+ 1,1	28 991	+ 1,9	8 731	19 250	775	4 805	112	67	2 897	902	6,8	478
2013	41 840 ⁹⁾	+ 0,6	2 950	970	6,9	434
2010 4.Vj.	41 058	+ 1,1	28 242	+ 1,9	8 548	18 710	767	4 905	242	188	2 959	920	7,0	392
2011 1.Vj.	40 588	+ 1,4	27 944	+ 2,3	8 428	18 578	740	4 852	291	158	3 290	1 088	7,8	412
2011 2.Vj.	41 064	+ 1,4	28 266	+ 2,4	8 535	18 721	786	4 867	121	107	2 977	850	7,1	470
2011 3.Vj.	41 343	+ 1,4	28 566	+ 2,4	8 638	18 862	836	4 865	76	64	2 893	843	6,9	497
2011 4.Vj.	41 611	+ 1,3	28 983	+ 2,6	8 732	19 184	830	4 874	102	72	2 743	787	6,5	486
2012 1.Vj.	41 145	+ 1,4	28 638	+ 2,5	8 623	19 036	760	4 797	201	82	3 074	998	7,3	472
2012 2.Vj.	41 545	+ 1,2	28 860	+ 2,1	8 696	19 149	773	4 798	77	65	2 876	847	6,8	499
2012 3.Vj.	41 779	+ 1,1	29 077	+ 1,8	8 770	19 265	799	4 803	56	43	2 856	885	6,7	493
2012 4.Vj.	41 961	+ 0,8	29 391	+ 1,4	8 835	19 550	767	4 823	113	76	2 782	878	6,6	446
2013 1.Vj.	41 398	+ 0,6	29 016	+ 1,3	8 689	19 405	702	4 765	234	102	3 131	1 109	7,4	427
2013 2.Vj.	41 765	+ 0,5	29 214	+ 1,2	8 737	19 508	726	4 779	99	87	2 941	945	6,8	438
2013 3.Vj.	41 995	+ 0,5	29 429 ¹¹⁾	+ 1,2	8 803 ¹¹⁾	19 607 ¹¹⁾	771 ¹¹⁾	4 791 ¹¹⁾	2 903	934	6,7	445
2013 4.Vj.	42 204 ⁹⁾	+ 0,6	57	2 827	891	6,6	428
2010 Sept.	40 971	+ 0,9	28 269	+ 1,7	8 573	18 700	766	4 859	237	214	3 026	948	7,2	398
2010 Okt.	41 116	+ 1,0	28 296	+ 1,8	8 566	18 738	769	4 886	231	209	2 941	907	7,0	401
2010 Nov.	41 128	+ 1,1	28 277	+ 2,0	8 562	18 723	779	4 932	215	194	2 927	903	6,9	395
2010 Dez.	40 931	+ 1,1	28 033	+ 2,0	8 460	18 635	743	4 931	279	162	3 011	949	7,1	380
2011 Jan.	40 527	+ 1,3	27 863	+ 2,3	8 399	18 540	732	4 842	322	177	3 345	1 146	7,9	375
2011 Febr.	40 559	+ 1,5	27 912	+ 2,5	8 416	18 560	738	4 831	305	155	3 313	1 107	7,9	418
2011 März	40 679	+ 1,5	28 080	+ 2,5	8 477	18 632	759	4 836	246	143	3 211	1 010	7,6	442
2011 April	40 908	+ 1,5	28 214	+ 2,4	8 518	18 703	771	4 857	133	117	3 078	907	7,3	461
2011 Mai	41 092	+ 1,4	28 354	+ 2,5	8 559	18 768	798	4 880	122	107	2 960	839	7,0	470
2011 Juni	41 192	+ 1,4	28 381	+ 2,4	8 580	18 753	821	4 894	110	96	2 893	804	6,9	480
2011 Juli	41 209	+ 1,4	28 357	+ 2,4	8 591	18 712	831	4 890	81	68	2 939	859	7,0	492
2011 Aug.	41 303	+ 1,4	28 658	+ 2,4	8 660	18 922	843	4 840	71	59	2 945	867	7,0	497
2011 Sept.	41 518	+ 1,3	28 984	+ 2,5	8 746	19 149	845	4 833	76	65	2 796	802	6,6	502
2011 Okt.	41 656	+ 1,3	29 039	+ 2,6	8 750	19 206	839	4 851	81	70	2 737	778	6,5	500
2011 Nov.	41 679	+ 1,3	29 024	+ 2,6	8 744	19 207	835	4 901	85	76	2 713	769	6,4	492
2011 Dez.	41 498	+ 1,4	28 787	+ 2,7	8 655	19 128	784	4 909	140	72	2 810	813	6,6	467
2012 Jan.	41 140	+ 1,5	28 580	+ 2,6	8 613	18 995	758	4 813	206	82	3 084	1 011	7,3	452
2012 Febr.	41 091	+ 1,3	28 580	+ 2,4	8 601	19 012	752	4 743	230	87	3 110	1 028	7,4	473
2012 März	41 203	+ 1,3	28 719	+ 2,3	8 653	19 077	758	4 763	167	78	3 027	955	7,2	491
2012 April	41 395	+ 1,2	28 836	+ 2,2	8 687	19 144	765	4 784	83	71	2 963	893	7,0	499
2012 Mai	41 584	+ 1,2	28 924	+ 2,0	8 713	19 185	780	4 812	77	65	2 855	831	6,7	499
2012 Juni	41 655	+ 1,1	28 921	+ 1,9	8 723	19 163	792	4 834	71	58	2 809	817	6,6	499
2012 Juli	41 689	+ 1,2	28 910	+ 2,0	8 730	19 137	806	4 829	54	42	2 876	885	6,8	500
2012 Aug.	41 740	+ 1,1	29 154	+ 1,7	8 789	19 321	802	4 777	47	34	2 905	910	6,8	493
2012 Sept.	41 908	+ 0,9	29 414	+ 1,5	8 863	19 512	789	4 775	66	54	2 788	862	6,5	485
2012 Okt.	42 044	+ 0,9	29 470	+ 1,5	8 863	19 579	782	4 803	85	70	2 753	846	6,5	468
2012 Nov.	42 034	+ 0,9	29 424	+ 1,4	8 840	19 580	767	4 851	98	85	2 751	864	6,5	451
2012 Dez.	41 804	+ 0,7	29 143	+ 1,2	8 739	19 471	715	4 854	156	72	2 840	924	6,7	421
2013 Jan.	41 383	+ 0,6	28 965	+ 1,3	8 678	19 372	699	4 762	234	104	3 138	1 121	7,4	405
2013 Febr.	41 371	+ 0,7	28 981	+ 1,4	8 674	19 387	700	4 736	245	104	3 156	1 132	7,4	431
2013 März	41 440	+ 0,6	29 062	+ 1,2	8 692	19 439	700	4 740	222	98	3 098	1 072	7,3	444
2013 April	41 618	+ 0,5	29 201	+ 1,3	8 735	19 505	719	4 761	113	100	3 020	1 001	7,1	441
2013 Mai	41 809	+ 0,5	29 277	+ 1,2	8 752	19 542	734	4 796	86	74	2 937	935	6,8	437
2013 Juni	41 867	+ 0,5	29 269	+ 1,2	8 757	19 517	748	4 819	99	86	2 865	897	6,6	437
2013 Juli	41 910	+ 0,5	29 266	+ 1,2	8 765	19 484	773	4 829	81	68	2 914	943	6,8	444
2013 Aug.	41 948	+ 0,5	29 495 ¹¹⁾	+ 1,2	8 819 ¹¹⁾	19 654 ¹¹⁾	776 ¹¹⁾	4 758 ¹¹⁾	2 946	956	6,8	445
2013 Sept.	42 126	+ 0,5	29 782 ¹¹⁾	+ 1,3	8 894 ¹¹⁾	19 850 ¹¹⁾	784 ¹¹⁾	4 751 ¹¹⁾	2 849	904	6,6	446
2013 Okt.	42 277	+ 0,6	29 819 ¹¹⁾	+ 1,2	8 892 ¹¹⁾	19 895 ¹¹⁾	781 ¹¹⁾	4 781 ¹¹⁾	2 801	870	6,5	439
2013 Nov.	42 276 ⁹⁾	+ 0,6	29 760 ¹¹⁾	+ 1,1	8 879 ¹¹⁾	19 867 ¹¹⁾	774 ¹¹⁾	4 834 ¹¹⁾	2 806	881	6,5	431
2013 Dez.	42 059 ⁹⁾	+ 0,6	2 873	923	6,7	414
2014 Jan.	3 136	1 104	7,3	401

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Ab Januar 2012 ohne Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. 4 Anzahl innerhalb eines Monats. 5 Stand zur Monatsmitte. 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 8 Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren

Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden. 9 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. 10 Ab Mai 2013 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. 11 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2011 und 2012 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,2 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 1,0 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 30,8 % von den endgültigen Angaben ab.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex						Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 4)	
	insgesamt	darunter:				Ausfuhr				Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)	
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 2)								Wohnungsmieten 2)
2010 = 100													
Indexstand													
2009	98,9	98,6	99,4	96,2	99,5	98,8	99,1	98,5	.	97,0	93,4	72,8	74,5
2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2011	7) 102,1	102,2	100,8	110,1	101,0	101,3	102,9	105,3	113,0	103,3	106,4	132,2	113,5
2012	7) 104,1	105,7	102,0	116,4	102,4	102,5	105,7	107,0	119,0	104,9	108,7	141,9	110,4
2013	105,7	110,4	103,0	118,0	103,8	103,8	107,9	106,9	p) 120,8	104,3	105,9	133,1	101,0
2012 März	104,1	106,0	102,1	117,2	102,2	102,1		107,1	116,6	104,8	110,0	155,0	110,5
April	103,9	105,7	102,1	117,7	101,3	102,2		107,3	117,1	105,1	109,7	148,6	110,2
Mai	103,9	105,4	102,3	115,9	101,7	102,3	105,5	107,0	114,9	105,0	109,2	140,5	110,1
Juni	103,7	105,8	101,9	114,2	102,0	102,4		106,6	113,3	104,8	107,7	124,5	108,9
Juli	104,1	105,2	101,2	115,4	103,6	102,5		106,6	114,4	105,0	108,2	136,5	116,8
Aug.	104,5	105,1	101,6	118,0	103,5	102,6	106,0	107,0	117,9	105,2	109,2	149,1	114,2
Sept.	104,6	105,0	102,5	119,3	102,6	102,7		107,3	121,4	105,2	108,5	143,2	111,9
Okt.	104,6	105,7	103,0	118,1	102,4	102,8		107,4	122,7	105,0	108,0	139,9	108,7
Nov.	104,7	107,0	102,8	116,7	102,7	102,9	106,3	107,4	125,2	105,1	108,0	138,5	107,0
Dez.	105,0	108,0	102,7	115,5	104,0	102,9		107,1	124,4	104,8	107,4	136,2	106,5
2013 Jan.	104,5	109,0	101,7	118,1	101,9	103,2		107,7	123,9	104,8	107,3	138,6	106,2
Febr.	105,1	108,9	102,2	119,5	103,0	103,3	107,1	107,5	124,4	104,7	107,6	141,7	106,9
März	105,6	109,9	103,2	117,8	103,7	103,4		107,2	124,0	104,9	107,6	136,3	107,7
April	105,1	110,0	103,3	118,2	101,8	103,5		107,1	124,9	104,7	106,4	127,8	104,0
Mai	105,5	111,1	103,2	117,7	103,2	103,6	107,7	106,8	125,2	104,5	106,0	129,0	103,3
Juni	105,6	111,5	102,9	117,6	103,7	103,7		106,7	123,0	104,1	105,3	127,1	100,7
Juli	106,1	111,2	102,4	118,8	105,1	103,9		106,6	120,6	104,2	105,4	133,7	99,9
Aug.	106,1	110,3	102,4	118,6	105,3	104,0	108,2	106,5	120,3	104,2	105,5	135,3	98,1
Sept.	106,1	109,9	103,4	119,1	104,3	104,1		106,8	121,3	104,2	105,5	135,7	97,3
Okt.	105,9	110,1	103,9	117,5	103,6	104,1		106,6	p) 120,4	103,9	104,8	130,1	95,3
Nov.	106,1	110,4	103,9	116,4	104,3	104,4	108,4	106,5	p) 120,7	103,9	104,9	130,3	96,3
Dez.	106,5	112,1	103,3	116,8	105,5	104,5		106,6	p) 121,1	103,8	104,9	131,5	96,6
2014 Jan.	105,9	112,9	102,8	116,0	104,1	104,7		129,4	96,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
2009	+ 0,3	- 1,3	+ 1,3	- 5,4	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	- 4,2	.	- 2,2	- 8,5	- 33,6	- 19,0
2010	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,6	+ 4,0	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,5	.	+ 3,1	+ 7,1	+ 37,4	+ 34,2
2011	7) + 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,3	+ 13,0	+ 3,3	+ 6,4	+ 32,2	+ 13,5
2012	7) + 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 5,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 7,3	- 2,7
2013	+ 1,5	+ 4,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,1	- 0,1	p) + 1,5	- 0,6	- 2,6	- 6,2	- 8,5
2012 März	+ 2,2	+ 3,7	+ 1,4	+ 6,7	+ 1,4	+ 1,2		+ 2,6	+ 0,5	+ 1,7	+ 2,8	+ 14,4	- 6,1
April	+ 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,8	+ 1,0	+ 1,2		+ 1,9	- 0,4	+ 1,8	+ 2,4	+ 5,4	- 6,5
Mai	+ 2,0	+ 2,6	+ 1,5	+ 5,1	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,8	+ 1,6	- 2,9	+ 1,5	+ 2,4	+ 6,0	- 4,8
Juni	+ 1,7	+ 3,5	+ 1,4	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,2		+ 1,1	- 3,2	+ 1,5	+ 1,6	- 4,6	- 4,5
Juli	+ 1,9	+ 3,1	+ 1,2	+ 4,3	+ 1,4	+ 1,2		+ 0,6	- 0,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,6
Aug.	+ 2,2	+ 3,2	+ 1,1	+ 7,6	+ 1,3	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,1	+ 3,7	+ 1,7	+ 3,0	+ 16,9	+ 1,2
Sept.	+ 2,0	+ 2,8	+ 1,0	+ 7,1	+ 1,4	+ 1,2		+ 1,2	+ 7,0	+ 1,6	+ 2,0	+ 5,5	- 1,9
Okt.	+ 2,0	+ 3,3	+ 1,4	+ 5,6	+ 1,5	+ 1,2		+ 1,1	+ 9,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 6,0	+ 3,4
Nov.	+ 1,9	+ 4,3	+ 1,1	+ 3,8	+ 1,8	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,2	+ 10,2	+ 1,5	+ 1,0	+ 3,0	+ 3,9
Dez.	+ 2,0	+ 4,7	+ 1,4	+ 3,6	+ 1,9	+ 1,1		+ 1,4	+ 10,9	+ 1,1	± 0,0	+ 1,0	+ 2,7
2013 Jan.	+ 1,7	+ 4,5	+ 0,9	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,2		+ 1,5	+ 11,1	+ 0,4	- 1,3	- 1,8	- 2,9
Febr.	+ 1,5	+ 3,1	+ 1,0	+ 3,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,2	+ 0,9	+ 9,1	± 0,0	- 1,7	- 4,5	- 2,2
März	+ 1,4	+ 3,7	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,3		+ 0,1	+ 6,3	+ 0,1	- 2,2	- 12,1	- 2,5
April	+ 1,2	+ 4,1	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,2		- 0,2	+ 6,7	- 0,4	- 3,0	- 14,0	- 5,6
Mai	+ 1,5	+ 5,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,1	- 0,2	+ 9,0	- 0,5	- 2,9	- 8,2	- 6,2
Juni	+ 1,8	+ 5,4	+ 1,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,3		+ 0,1	+ 8,6	- 0,7	- 2,2	+ 2,1	- 7,5
Juli	+ 1,9	+ 5,7	+ 1,2	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,4		± 0,0	+ 5,4	- 0,8	- 2,6	- 2,1	- 14,5
Aug.	+ 1,5	+ 4,9	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,1	- 0,5	+ 2,0	- 1,0	- 3,4	- 9,3	- 14,1
Sept.	+ 1,4	+ 4,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,7	+ 1,4		- 0,5	- 0,1	- 1,0	- 2,8	- 5,2	- 13,0
Okt.	+ 1,2	+ 4,2	+ 0,9	- 0,5	+ 1,2	+ 1,3		- 0,7	p) - 1,9	- 1,0	- 3,0	- 7,0	- 12,3
Nov.	+ 1,3	+ 3,2	+ 1,1	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,0	- 0,8	p) - 3,6	- 1,1	- 2,9	- 5,9	- 10,0
Dez.	+ 1,4	+ 3,8	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6		- 0,5	p) - 2,7	- 1,0	- 2,3	- 3,5	- 9,3
2014 Jan.	+ 1,3	+ 3,6	+ 1,1	- 1,8	+ 2,2	+ 1,5		- 6,6	- 9,6

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. 2 Netto-

mieten. 3 Ohne Mehrwertsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. 5 Kohle und Rohöl (Brent). 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe. 7 Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2005	922,1	- 0,3	625,5	- 0,4	359,8	0,1	985,3	- 0,2	1 463,9	2,0	156,9	3,3	10,7
2006	935,0	1,4	627,8	0,4	358,5	- 0,4	986,3	0,1	1 502,0	2,6	162,5	3,6	10,8
2007	965,9	3,3	646,2	2,9	353,6	- 1,4	999,8	1,4	1 524,8	1,5	168,1	3,4	11,0
2008	1 002,6	3,8	664,0	2,7	356,2	0,7	1 020,1	2,0	1 569,9	3,0	180,3	7,3	11,5
2009	1 003,8	0,1	667,7	0,6	384,1	7,8	1 051,8	3,1	1 562,9	- 0,4	170,3	- 5,5	10,9
2010	1 033,2	2,9	696,7	4,4	387,8	1,0	1 084,5	3,1	1 609,9	3,0	174,9	2,7	10,9
2011	1 081,7	4,7	723,4	3,8	384,2	- 0,9	1 107,6	2,1	1 672,0	3,9	173,6	- 0,7	10,4
2012	1 126,6	4,2	751,9	3,9	389,2	1,3	1 141,1	3,0	1 710,3	2,3	176,5	1,6	10,3
2012 2.Vj.	275,5	4,4	180,1	4,2	96,6	1,4	276,7	3,2	423,9	2,2	42,5	2,6	10,0
3.Vj.	277,9	4,1	189,1	3,8	97,4	1,7	286,6	3,1	431,3	1,6	37,9	1,1	8,8
4.Vj.	311,7	4,0	207,9	3,7	97,3	1,6	305,2	3,0	429,5	1,9	38,0	- 1,1	8,8
2013 1.Vj.	270,0	3,2	180,2	3,0	100,1	2,4	280,3	2,8	428,1	0,6	56,3	- 3,1	13,1
2.Vj.	283,5	2,9	183,9	2,1	98,9	2,4	282,8	2,2	434,3	2,4	41,5	- 2,6	9,5
3.Vj.	285,7	2,8	194,3	2,8	99,2	1,8	293,6	2,4	444,1	3,0	37,8	- 0,2	8,5

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: November 2013. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene

monetäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
	2005 = 100	% gegen Vorjahr	insgesamt	% gegen Vorjahr	insgesamt ohne Einmalzahlungen	% gegen Vorjahr	Grundvergütungen 2)	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr
2006	101,0	1,0	101,2	1,2	100,8	0,8	100,8	0,8	100,8	0,8
2007	102,2	1,2	102,5	1,3	102,2	1,5	102,2	1,4	102,2	1,4
2008	105,0	2,7	105,4	2,8	105,3	3,0	105,5	3,2	104,6	2,3
2009	107,1	2,0	107,5	2,0	107,7	2,2	108,1	2,4	104,5	- 0,0
2010	108,8	1,6	109,4	1,7	109,4	1,7	110,0	1,8	106,9	2,3
2011	110,7	1,8	111,4	1,8	111,5	1,9	112,0	1,8	110,4	3,3
2012	113,7	2,7	114,3	2,6	114,7	2,9	115,2	2,9	113,6	2,9
2013	116,4	2,4	117,0	2,4	117,4	2,4	117,9	2,4	.	.
2012 3.Vj.	116,1	2,9	116,7	2,8	117,0	2,9	115,9	3,0	111,8	2,9
4.Vj.	127,2	3,0	127,8	2,9	128,2	3,0	116,1	2,9	124,3	3,0
2013 1.Vj.	107,8	2,8	108,4	2,9	108,8	2,9	117,0	2,9	109,1	2,3
2.Vj.	109,0	2,1	109,6	2,1	109,9	2,1	117,3	2,1	113,7	2,0
3.Vj.	118,7	2,3	119,4	2,3	119,8	2,4	118,6	2,3	114,0	2,0
4.Vj.	130,1	2,3	130,8	2,4	131,3	2,4	118,8	2,3	.	.
2013 Juni	108,3	1,8	108,9	1,8	109,2	1,8	117,5	1,8	.	.
Juli	137,4	2,1	138,1	2,1	138,6	2,2	118,3	2,2	.	.
Aug.	109,4	2,5	110,0	2,5	110,4	2,5	118,7	2,4	.	.
Sept.	109,4	2,4	110,0	2,4	110,4	2,4	118,7	2,4	.	.
Okt.	109,4	2,4	110,0	2,4	110,4	2,4	118,8	2,3	.	.
Nov.	168,7	2,3	169,5	2,3	170,1	2,3	118,8	2,3	.	.
Dez.	112,3	2,3	112,9	2,4	113,3	2,6	118,9	2,3	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: November 2013.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2010	2011	2012	2013					
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	Sept.	Okt.	Nov.
A. Leistungsbilanz	+ 5 277	+ 8 178	+ 126 214	+ 24 597	+ 56 135	+ 48 908	+ 14 715	+ 26 611	+ 27 372
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 576 077	1 789 051	1 919 530	470 550	489 671	479 176	162 496	176 107	166 736
Einfuhr (fob)	1 560 473	1 786 705	1 824 602	439 859	438 416	439 717	148 980	156 884	147 950
Saldo	+ 15 605	+ 2 348	+ 94 931	+ 30 692	+ 51 255	+ 39 460	+ 13 516	+ 19 223	+ 18 786
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	544 361	584 312	626 637	144 873	164 448	174 982	59 090	56 653	51 786
Ausgaben	483 984	511 598	537 926	127 324	135 658	143 531	47 917	46 719	44 096
Saldo	+ 60 380	+ 72 717	+ 88 713	+ 17 550	+ 28 790	+ 31 450	+ 11 173	+ 9 934	+ 7 689
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 38 040	+ 39 416	+ 49 331	+ 18 498	+ 6 843	+ 12 755	+ 1 293	+ 6 160	+ 6 385
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	88 210	94 829	97 330	27 751	20 039	17 498	6 006	6 178	8 423
eigene Leistungen	196 951	201 131	204 089	69 892	50 794	52 254	17 272	14 884	13 911
Saldo	- 108 740	- 106 302	- 106 757	- 42 141	- 30 754	- 34 755	- 11 266	- 8 706	- 5 488
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 5 478	+ 11 019	+ 4 971	+ 1 780	+ 5 473	+ 4 495	+ 460	+ 2 270	+ 1 739
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	+ 6 025	- 44 168	- 140 949	- 25 129	- 58 829	- 58 265	- 22 270	- 27 533	- 29 325
1. Direktinvestitionen	- 79 021	- 85 790	- 3 557	- 23 983	- 55 609	- 27 770	- 34 690	- 1 677	- 12 600
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 352 585	- 524 034	- 329 878	- 56 721	- 61 963	- 31 804	- 4 789	- 21 799	- 19 515
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 273 565	+ 438 247	+ 326 321	+ 32 738	+ 6 355	+ 4 033	- 29 901	+ 20 122	+ 6 915
2. Wertpapieranlagen	+ 109 200	+ 231 074	+ 72 346	+ 16 530	+ 67 107	+ 3 875	+ 18 482	+ 2 089	+ 53 514
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 130 909	+ 53 205	- 186 367	- 104 486	- 21 822	- 63 382	- 39 379	- 6 664	- 12 507
Aktien	- 75 169	+ 66 024	- 57 583	- 62 696	- 13 892	- 42 881	- 28 054	- 9 529	- 201
Anleihen	- 100 391	+ 21 357	- 126 480	- 34 418	- 8 793	- 18 319	- 7 497	- 564	- 8 274
Geldmarktpapiere	+ 44 653	- 34 176	- 2 303	- 7 373	+ 863	- 2 183	- 3 828	+ 3 429	- 4 032
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 240 109	+ 177 871	+ 258 717	+ 121 015	+ 88 930	+ 67 256	+ 57 861	+ 8 753	+ 66 021
Aktien	+ 125 362	+ 73 770	+ 144 102	+ 57 395	+ 83 855	+ 45 386	+ 15 907	+ 14 396	+ 19 738
Anleihen	+ 161 104	+ 151 685	+ 119 276	+ 27 271	+ 5 258	- 17 102	+ 22 282	+ 13 429	+ 47 920
Geldmarktpapiere	- 46 358	- 47 583	- 4 662	+ 36 349	- 185	+ 38 973	+ 19 673	- 19 072	- 1 638
3. Finanzderivate	+ 10 327	- 5 330	+ 3 413	+ 8 362	- 595	+ 5 608	+ 1 708	+ 2 760	- 4 746
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	- 23 962	- 173 855	- 199 237	- 26 049	- 68 547	- 37 119	- 6 640	- 31 560	- 65 676
Eurosysteem	+ 12 297	+ 137 729	+ 13 824	- 25 456	- 10 623	- 16 508	- 8 955	- 4 992	- 4 140
Staat	+ 23 377	+ 69 721	- 970	+ 9 899	+ 4 318	+ 6 212	+ 2 444	- 5 523	- 6 161
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	- 18 793	- 339 639	- 112 181	- 12 301	- 105 614	- 35 561	- 10 100	- 23 840	- 33 411
langfristig	+ 47 197	- 15 876	+ 12 599	- 2 085	+ 21 309	+ 4 158	+ 2 054	- 2 607	- 10 041
kurzfristig	- 65 993	- 323 763	- 124 777	- 10 216	- 126 923	- 39 719	- 12 155	- 21 233	- 23 370
Unternehmen und Privatpersonen	- 40 843	- 41 664	- 99 910	+ 1 809	+ 43 373	+ 8 740	+ 9 972	+ 2 794	- 21 964
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosysteems (Zunahme: -)	- 10 516	- 10 266	- 13 921	+ 12	- 1 187	- 2 859	- 1 130	+ 855	+ 183
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 16 783	+ 24 966	+ 9 759	- 1 248	- 2 778	+ 4 860	+ 7 094	- 1 347	+ 214

* Quelle: Europäische Zentralbank.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern	Kapitalbilanz			Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen
	Saldo der Leistungsbilanz	Außenhandel 1)	Ergänzungen zum Außenhandel 2)	Dienstleistungen 3)	Erwerbs- und Vermögens-einkommen	laufende Übertragungen		insgesamt 4)	darunter Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten 5)		
	Mio DM										
2000	- 69 351	+ 115 645	- 17 742	- 95 848	- 16 956	- 54 450	+ 13 345	+ 66 863	+ 11 429	- 10 857	
2001	- 23	+ 186 771	- 14 512	- 97 521	- 22 557	- 52 204	- 756	- 23 068	+ 11 797	+ 23 847	
	Mio €										
1999	- 25 834	+ 65 211	- 8 153	- 46 035	- 12 457	- 24 401	- 154	- 10 396	+ 12 535	+ 36 384	
2000	- 35 459	+ 59 128	- 9 071	- 49 006	- 8 670	- 27 840	+ 6 823	+ 34 187	+ 5 844	- 5 551	
2001	- 12	+ 95 495	- 7 420	- 49 862	- 11 533	- 26 692	- 387	+ 11 794	+ 6 032	+ 12 193	
2002	+ 42 669	+ 132 788	- 8 552	- 35 728	- 18 888	- 26 951	- 212	- 38 448	+ 2 065	- 4 010	
2003	+ 40 525	+ 129 921	- 11 148	- 34 506	- 15 677	- 28 064	+ 311	- 61 758	+ 445	+ 20 921	
2004	+ 102 368	+ 156 096	- 16 470	- 29 375	+ 19 681	- 27 564	+ 435	- 122 984	+ 1 470	+ 20 181	
2005	+ 112 591	+ 158 179	- 14 057	- 27 401	+ 24 391	- 28 522	- 1 369	- 129 635	+ 2 182	+ 18 413	
2006	+ 144 739	+ 159 048	- 12 888	- 17 346	+ 44 460	- 28 536	- 258	- 175 474	+ 2 934	+ 30 992	
2007	+ 180 914	+ 195 348	- 9 816	- 14 852	+ 42 918	- 32 685	+ 104	- 210 151	- 953	+ 29 133	
2008	+ 153 633	+ 178 297	- 13 628	- 10 258	+ 32 379	- 33 157	- 210	- 173 910	- 2 008	+ 20 487	
2009	+ 141 537	+ 138 697	- 16 020	- 7 220	+ 59 025	- 32 944	+ 28	- 158 391	+ 3 200	+ 16 826	
2010	+ 155 992	+ 154 863	- 12 397	- 2 062	+ 53 877	- 38 289	- 575	- 140 144	- 1 613	- 15 273	
2011	+ 161 196	+ 158 702	- 20 520	- 2 279	+ 59 016	- 33 723	+ 673	- 162 610	- 2 836	+ 740	
2012	+ 187 206	+ 189 841	- 27 313	- 2 873	+ 64 373	- 36 822	+ 40	- 233 829	+ 1 297	+ 46 583	
2013 p)	+ 201 038	+ 198 910	- 26 093	- 207	+ 67 482	- 39 054	+ 1 793	- 245 332	- 838	+ 42 502	
2011 1.Vj.	+ 45 384	+ 40 902	- 2 257	+ 2 887	+ 17 445	- 13 592	+ 950	- 67 319	- 1 393	+ 20 985	
2.Vj.	+ 32 308	+ 38 562	- 4 927	+ 1 372	+ 4 755	- 4 710	+ 282	- 50 687	- 438	+ 18 660	
3.Vj.	+ 35 723	+ 39 609	- 6 551	- 5 658	+ 17 960	- 9 637	+ 103	- 13 513	- 639	- 22 313	
4.Vj.	+ 47 781	+ 39 630	- 6 784	+ 1 864	+ 18 856	- 5 784	- 98	- 31 091	- 366	- 16 592	
2012 1.Vj.	+ 46 622	+ 46 229	- 3 550	+ 957	+ 18 019	- 15 034	+ 191	- 42 769	- 963	- 4 044	
2.Vj.	+ 41 431	+ 48 058	- 8 897	+ 1 391	+ 7 301	- 6 422	+ 394	- 49 203	- 769	+ 7 377	
3.Vj.	+ 45 383	+ 50 775	- 7 710	+ 7 227	+ 18 983	- 9 437	+ 67	- 62 092	- 59	+ 16 642	
4.Vj.	+ 53 770	+ 44 780	- 7 155	+ 2 005	+ 20 069	- 5 929	- 613	- 79 765	+ 494	+ 26 608	
2013 1.Vj.	+ 45 166	+ 49 289	- 6 720	- 227	+ 18 659	- 15 836	+ 345	- 40 684	- 86	- 4 827	
2.Vj. r)	+ 45 929	+ 48 633	- 3 791	+ 351	+ 8 310	- 7 575	+ 341	- 65 241	- 72	+ 18 971	
3.Vj. r)	+ 44 358	+ 49 784	- 7 467	- 6 034	+ 18 400	- 10 325	+ 95	- 66 744	+ 784	+ 22 291	
4.Vj. p)	+ 65 586	+ 51 203	- 8 116	+ 5 704	+ 22 112	- 5 317	+ 1 011	- 72 664	- 1 464	+ 6 066	
2011 Juli	+ 9 447	+ 10 555	- 1 541	- 1 997	+ 5 900	- 3 470	- 144	+ 4 546	- 428	- 13 850	
Aug.	+ 8 404	+ 11 740	- 2 347	- 3 923	+ 5 982	- 3 049	+ 380	- 13 078	+ 109	+ 4 294	
Sept.	+ 17 872	+ 17 314	- 2 663	+ 262	+ 6 078	- 3 118	- 133	- 4 982	- 320	- 12 757	
Okt.	+ 10 828	+ 11 000	- 2 131	- 955	+ 6 414	- 3 500	- 181	- 16 424	+ 55	+ 5 777	
Nov.	+ 16 922	+ 16 110	- 1 947	+ 330	+ 6 055	- 3 626	+ 120	- 7 177	+ 263	- 9 865	
Dez.	+ 20 031	+ 12 520	- 2 706	+ 2 489	+ 6 387	+ 1 342	- 37	- 7 490	- 684	- 12 504	
2012 Jan.	+ 11 370	+ 13 536	- 1 346	- 1 605	+ 5 039	- 4 254	- 32	- 12 275	- 140	+ 938	
Febr.	+ 14 103	+ 15 418	- 1 736	+ 1 204	+ 6 503	- 7 286	+ 211	- 7 423	- 547	- 6 891	
März	+ 21 149	+ 17 275	- 468	+ 1 359	+ 6 477	- 3 494	+ 12	- 23 071	- 276	+ 1 909	
April	+ 11 843	+ 14 358	- 3 209	+ 1 658	+ 1 735	- 2 698	+ 310	- 17 917	- 581	+ 5 764	
Mai	+ 10 102	+ 15 702	- 3 017	- 660	- 495	- 1 429	+ 239	- 18 277	- 207	+ 7 936	
Juni	+ 19 486	+ 17 998	- 2 672	+ 393	+ 6 062	- 2 295	- 155	- 13 009	+ 19	- 6 323	
Juli	+ 14 703	+ 17 169	- 2 870	- 3 297	+ 6 240	- 2 539	- 223	- 6 612	+ 48	- 7 868	
Aug.	+ 13 658	+ 16 747	- 2 529	- 3 072	+ 6 195	- 3 683	+ 168	- 22 050	- 389	+ 8 224	
Sept.	+ 17 022	+ 16 859	- 2 311	- 859	+ 6 548	- 3 215	+ 123	- 33 431	+ 281	+ 16 286	
Okt.	+ 15 531	+ 15 967	- 2 523	- 1 592	+ 6 918	- 3 240	- 195	- 21 997	- 176	+ 6 662	
Nov.	+ 17 817	+ 16 872	- 2 657	+ 224	+ 6 509	- 3 131	+ 165	- 27 569	+ 308	+ 9 588	
Dez.	+ 20 422	+ 11 941	- 1 975	+ 3 373	+ 6 642	+ 441	- 582	- 30 198	+ 362	+ 10 359	
2013 Jan.	+ 9 684	+ 13 622	- 2 071	- 1 583	+ 5 504	- 5 789	+ 26	+ 6 080	- 493	- 15 790	
Febr.	+ 15 030	+ 16 809	- 1 668	+ 343	+ 6 426	- 6 880	- 26	- 16 265	+ 321	+ 1 261	
März	+ 20 452	+ 18 858	- 2 981	+ 1 013	+ 6 729	- 3 167	+ 346	- 30 499	+ 86	+ 9 701	
April r)	+ 16 720	+ 17 995	- 1 103	+ 787	+ 1 595	- 2 554	+ 184	- 24 547	- 56	+ 7 643	
Mai r)	+ 11 274	+ 13 622	- 952	- 657	+ 1 409	- 2 147	+ 111	- 14 317	+ 23	+ 2 932	
Juni r)	+ 17 935	+ 17 016	- 1 735	+ 222	+ 5 307	- 2 875	+ 46	- 26 377	- 38	+ 8 397	
Juli r)	+ 14 244	+ 16 252	- 2 548	- 2 093	+ 6 099	- 3 465	+ 39	- 12 216	+ 654	- 2 066	
Aug. r)	+ 10 097	+ 13 256	- 2 451	- 3 574	+ 6 610	- 3 745	- 76	- 29 147	- 425	+ 19 127	
Sept. r)	+ 20 018	+ 20 276	- 2 468	- 367	+ 5 691	- 3 115	+ 132	- 25 380	+ 556	+ 5 230	
Okt. r)	+ 18 820	+ 17 867	- 1 792	- 816	+ 6 649	- 3 088	+ 527	- 18 188	+ 212	- 1 159	
Nov.	+ 23 260	+ 19 114	- 2 815	+ 2 433	+ 7 281	- 2 754	+ 263	- 22 687	- 407	- 836	
Dez. p)	+ 23 506	+ 14 222	- 3 509	+ 4 086	+ 8 182	+ 14 222	+ 221	- 31 789	- 1 269	+ 8 062	

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. Ab Januar 2007 ohne Warenlieferungen zur bzw. nach Reparatur/Wartung, die bis Dezember 2006 über die Ergänzungen zum Außenhandel abgesetzt wurden. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absatzung der Rückwaren.

3 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. 4 Saldo der Kapitalbilanz einschließlich Veränderung der Währungsreserven. Kapitalexport: -. 5 Zunahme: -.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2010	2011	2012	2013					
					Jan. / Nov. 1)	August 2)	September 2)	Oktober 2)	November 2)	Dezember 2)
Alle Länder 1)	Ausfuhr	951 959	1 061 225	1 095 766	1 011 707	84 977	94 576	99 118	94 670	82 214
	Einfuhr	797 097	902 523	905 925	827 020	71 721	74 300	81 251	75 556	67 992
	Saldo	+ 154 863	+ 158 702	+ 189 841	+ 184 688	+ 13 256	+ 20 276	+ 17 867	+ 19 114	+ 14 222
I. Europäische Länder	Ausfuhr	675 024	752 295	751 071	693 944	56 724	64 956	68 397	64 348	...
	Einfuhr	541 720	622 870	629 305	584 018	49 534	52 434	57 835	53 924	...
	Saldo	+ 133 305	+ 129 425	+ 121 766	+ 109 926	+ 7 189	+ 12 521	+ 10 562	+ 10 425	...
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr	572 919	629 953	622 674	576 727	46 766	54 620	57 378	53 459	...
	Einfuhr	445 090	506 211	504 494	474 003	39 395	42 722	47 787	43 521	...
	Saldo	+ 127 829	+ 123 742	+ 118 180	+ 102 724	+ 7 371	+ 11 898	+ 9 591	+ 9 939	...
EWU-Länder (17)	Ausfuhr	388 103	420 522	406 232	372 348	29 051	35 271	36 781	34 374	...
	Einfuhr	300 135	338 330	338 393	316 006	25 787	27 896	31 612	28 520	...
	Saldo	+ 87 968	+ 82 192	+ 67 839	+ 56 342	+ 3 263	+ 7 375	+ 5 168	+ 5 854	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	50 545	53 161	49 424	44 238	3 529	4 035	4 159	3 889	...
	Einfuhr	36 026	41 302	40 528	38 721	3 272	3 561	3 874	3 618	...
	Saldo	+ 14 519	+ 11 859	+ 8 896	+ 5 517	+ 257	+ 474	+ 285	+ 272	...
Frankreich	Ausfuhr	89 582	101 444	102 911	93 013	6 773	9 046	9 445	8 652	...
	Einfuhr	60 673	65 948	64 035	59 277	4 567	4 651	6 321	5 390	...
	Saldo	+ 28 909	+ 35 496	+ 38 875	+ 33 736	+ 2 206	+ 4 396	+ 3 124	+ 3 262	...
Italien	Ausfuhr	58 589	62 044	55 529	49 575	3 363	4 686	4 829	4 556	...
	Einfuhr	41 977	47 844	47 957	43 721	3 248	3 936	4 353	3 934	...
	Saldo	+ 16 611	+ 14 200	+ 7 572	+ 5 854	+ 115	+ 750	+ 476	+ 623	...
Niederlande	Ausfuhr	62 978	69 423	70 381	65 476	5 542	6 190	6 380	6 048	...
	Einfuhr	67 205	81 804	85 738	81 346	7 178	7 287	7 836	6 766	...
	Saldo	- 4 227	- 12 382	- 15 357	- 15 870	- 1 636	- 1 096	- 1 456	- 718	...
Österreich	Ausfuhr	52 156	57 671	56 591	52 047	4 544	4 992	5 187	4 825	...
	Einfuhr	33 013	37 028	36 419	33 941	2 884	3 061	3 352	3 121	...
	Saldo	+ 19 144	+ 20 643	+ 20 172	+ 18 106	+ 1 660	+ 1 931	+ 1 835	+ 1 705	...
Spanien	Ausfuhr	34 222	34 811	31 047	29 055	2 031	2 616	2 940	2 744	...
	Einfuhr	21 955	22 491	23 206	21 912	1 516	1 871	2 169	2 000	...
	Saldo	+ 12 267	+ 12 320	+ 7 841	+ 7 143	+ 514	+ 746	+ 771	+ 745	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	184 816	209 430	216 442	204 379	17 715	19 349	20 597	19 085	...
	Einfuhr	144 955	167 881	166 100	157 997	13 608	14 827	16 174	15 001	...
	Saldo	+ 39 860	+ 41 550	+ 50 341	+ 46 382	+ 4 107	+ 4 522	+ 4 423	+ 4 085	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	58 666	65 570	73 283	69 867	5 871	6 567	6 869	6 424	...
	Einfuhr	37 923	44 741	42 820	38 739	3 402	3 286	3 791	3 595	...
	Saldo	+ 20 743	+ 20 829	+ 30 462	+ 31 128	+ 2 468	+ 3 281	+ 3 078	+ 2 828	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	102 105	122 342	128 398	117 217	9 958	10 336	11 019	10 889	...
	Einfuhr	96 630	116 660	124 811	110 015	10 140	9 712	10 048	10 403	...
	Saldo	+ 5 476	+ 5 683	+ 3 586	+ 7 203	- 181	+ 624	+ 971	+ 486	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	41 659	47 875	48 933	44 066	3 706	3 860	4 250	4 216	...
	Einfuhr	32 507	36 996	37 775	35 595	2 913	3 191	3 528	3 415	...
	Saldo	+ 9 152	+ 10 879	+ 11 158	+ 8 471	+ 794	+ 669	+ 722	+ 801	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	276 635	308 193	340 980	315 513	27 980	29 218	30 408	30 097	...
	Einfuhr	255 377	279 653	276 620	243 002	22 187	21 866	23 416	21 632	...
	Saldo	+ 21 258	+ 28 541	+ 64 360	+ 72 511	+ 5 794	+ 7 352	+ 6 991	+ 8 465	...
1. Afrika	Ausfuhr	19 968	20 717	21 920	20 289	1 720	1 692	1 745	1 642	...
	Einfuhr	17 040	21 944	24 145	21 303	2 101	1 536	1 900	1 698	...
	Saldo	+ 2 929	- 1 227	- 2 224	- 1 014	- 381	+ 156	- 155	- 56	...
2. Amerika	Ausfuhr	99 464	110 424	128 703	121 600	10 675	11 312	12 082	11 897	...
	Einfuhr	71 680	80 568	80 549	69 476	5 834	5 938	6 994	6 387	...
	Saldo	+ 27 784	+ 29 856	+ 48 154	+ 52 124	+ 4 840	+ 5 374	+ 5 088	+ 5 511	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	65 574	73 776	86 971	81 944	7 316	7 938	8 449	7 974	...
	Einfuhr	45 241	48 531	51 070	45 070	3 965	3 914	4 357	4 199	...
	Saldo	+ 20 333	+ 25 244	+ 35 901	+ 36 874	+ 3 351	+ 4 024	+ 4 092	+ 3 775	...
3. Asien	Ausfuhr	148 231	167 574	179 630	164 348	14 756	15 340	15 733	15 735	...
	Einfuhr	163 523	173 115	167 873	149 078	13 957	14 168	14 318	13 326	...
	Saldo	- 15 293	- 5 541	- 11 757	- 15 270	- 799	+ 1 173	+ 1 415	+ 2 409	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	28 138	28 711	32 503	29 640	2 600	2 706	2 928	3 349	...
	Einfuhr	6 878	8 874	8 134	7 881	806	679	834	663	...
	Saldo	+ 21 260	+ 19 837	+ 24 369	+ 21 759	+ 1 794	+ 2 027	+ 2 094	+ 2 685	...
Japan	Ausfuhr	13 149	15 115	17 138	15 685	1 464	1 585	1 588	1 515	...
	Einfuhr	22 475	23 595	21 910	18 103	1 533	1 732	1 706	1 700	...
	Saldo	- 9 326	- 8 480	- 4 772	- 2 418	- 69	- 146	- 118	- 185	...
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	53 791	64 863	66 746	61 654	5 680	5 737	5 936	5 890	...
	Einfuhr	77 270	79 528	78 529	67 768	6 515	6 469	6 631	6 123	...
	Saldo	- 23 479	- 14 665	- 11 783	- 6 114	- 836	- 733	- 695	- 234	...
Südostasiatische Schwellenländer 3)	Ausfuhr	38 183	41 569	45 651	42 323	3 711	4 007	3 936	3 760	...
	Einfuhr	39 562	39 546	37 428	34 015	2 955	3 244	3 274	3 057	...
	Saldo	- 1 379	+ 2 023	+ 8 223	+ 8 308	+ 756	+ 763	+ 662	+ 703	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	8 972	9 479	10 727	9 275	830	873	849	823	...
	Einfuhr	3 134	4 026	4 054	3 144	295	224	205	221	...
	Saldo	+ 5 838	+ 5 453	+ 6 672	+ 6 131	+ 536	+ 649	+ 644	+ 602	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. EU einschl. Kroatien. 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen							zusammen	übrige Dienstleistungen		Erwerbsein- kommen 5)	Vermögens- einkommen (Kapital- erträge)
	insgesamt	Reise- verkehr 1)	Transport 2)	Finanz- dienst- leistungen	Patente und Lizenzen	Regierungs- leistungen 3)	darunter:					
							Entgelte für selb- ständige Tätigkeit 4)		Bauleistungen, Montagen, Ausbes- serungen			
2009	- 7 220	- 33 341	+ 7 048	+ 4 320	+ 154	+ 2 644	+ 11 955	- 1 261	+ 3 062	+ 541	+ 58 484	
2010	- 2 062	- 32 775	+ 8 092	+ 4 281	+ 1 225	+ 2 863	+ 14 252	- 1 154	+ 3 500	+ 1 564	+ 52 314	
2011	- 2 279	- 33 762	+ 8 562	+ 3 891	+ 1 189	+ 2 939	+ 14 903	- 1 201	+ 3 413	+ 1 885	+ 57 131	
2012	- 2 873	- 35 278	+ 8 733	+ 5 096	+ 1 290	+ 3 070	+ 14 217	- 1 350	+ 2 015	+ 1 940	+ 62 433	
2013	- 207	- 33 685	+ 8 059	+ 4 796	+ 6 222	+ 3 170	+ 11 231	- 630	+ 1 338	+ 1 967	+ 65 515	
2012 2.Vj.	+ 1 391	- 8 338	+ 2 572	+ 1 042	+ 177	+ 821	+ 5 118	- 256	+ 472	+ 401	+ 6 901	
3.Vj.	- 7 227	- 15 569	+ 2 387	+ 1 975	+ 752	+ 767	+ 2 461	- 412	+ 493	- 118	+ 19 101	
4.Vj.	+ 2 005	- 6 075	+ 1 975	+ 1 041	+ 768	+ 727	+ 3 569	- 326	+ 455	+ 678	+ 19 391	
2013 1.Vj.	- 227	- 5 058	+ 1 736	+ 837	+ 758	+ 796	+ 704	- 288	+ 229	+ 988	+ 17 671	
2.Vj.	+ 351	- 8 107	+ 2 225	+ 709	+ 1 301	+ 921	+ 3 302	- 308	+ 375	+ 408	+ 7 902	
3.Vj.	- 6 034	- 15 250	+ 2 134	+ 1 761	+ 1 511	+ 760	+ 3 050	- 72	+ 220	- 113	+ 18 513	
4.Vj.	+ 5 704	- 5 270	+ 1 964	+ 1 489	+ 2 652	+ 694	+ 4 175	+ 39	+ 514	+ 683	+ 21 429	
2013 Febr.	+ 343	- 1 266	+ 668	+ 269	+ 275	+ 256	+ 142	- 45	+ 4	+ 328	+ 6 097	
März	+ 1 013	- 2 189	+ 527	+ 150	+ 198	+ 273	+ 2 054	- 125	+ 140	+ 329	+ 6 400	
April	+ 787	- 1 687	+ 759	+ 285	+ 512	+ 271	+ 646	- 126	+ 134	+ 136	+ 1 459	
Mai	- 657	- 2 737	+ 765	+ 188	+ 403	+ 311	+ 414	- 74	+ 127	+ 135	+ 1 274	
Juni	+ 222	- 3 683	+ 702	+ 236	+ 386	+ 338	+ 2 242	- 108	+ 114	+ 137	+ 5 170	
Juli	- 2 093	- 3 968	+ 800	+ 272	+ 487	+ 261	+ 54	- 30	+ 77	- 37	+ 6 136	
Aug.	- 3 574	- 6 198	+ 568	+ 461	+ 724	+ 235	+ 636	- 23	- 5	- 38	+ 6 649	
Sept.	- 367	- 5 084	+ 766	+ 1 027	+ 300	+ 264	+ 2 360	- 19	+ 148	- 37	+ 5 728	
Okt.	- 816	- 3 813	+ 599	+ 203	+ 532	+ 254	+ 1 409	- 23	- 30	+ 196	+ 6 453	
Nov.	+ 2 433	- 1 086	+ 636	+ 383	+ 1 392	+ 254	+ 854	+ 23	+ 84	+ 196	+ 7 085	
Dez.	+ 4 086	- 3 711	+ 729	+ 903	+ 727	+ 186	+ 1 912	+ 38	+ 460	+ 291	+ 7 891	

1 Ab 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienst-

stellen für Warenlieferungen und Dienstleistungen. 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland (Salden)

6. Vermögensübertragungen (Salden)

Mio €

Zeit	insgesamt	Öffentlich 1)			Privat 1)						
		zusammen	Internationale Organisationen 2)		insgesamt	Über- weisungen der Gast- arbeiter	sonstige laufende Übertra- gungen				
			zusammen	darunter: Europäische Gemein- schaften				sonstige laufende Übertra- gungen 3)			
2009	- 32 944	- 18 575	- 19 037	- 16 573	+ 462	- 14 370	- 2 995	- 11 375	+ 28	- 1 704	+ 1 732
2010	- 38 289	- 23 369	- 22 899	- 19 473	- 471	- 14 919	- 3 035	- 11 885	- 575	- 2 039	+ 1 464
2011	- 33 723	- 20 197	- 22 303	- 19 105	+ 2 106	- 13 526	- 2 977	- 10 549	+ 673	- 2 326	+ 2 999
2012	- 36 822	- 23 826	- 24 367	- 21 098	+ 541	- 12 997	- 3 080	- 9 917	+ 40	- 2 648	+ 2 687
2013	- 39 054	- 25 738	- 27 136	- 23 863	+ 1 399	- 13 316	- 3 304	- 10 012	+ 1 793	- 1 416	+ 3 209
2012 2.Vj.	- 6 422	- 3 125	- 6 101	- 5 128	+ 2 975	- 3 297	- 770	- 2 527	+ 394	- 375	+ 769
3.Vj.	- 9 437	- 6 042	- 5 519	- 5 033	- 523	- 3 395	- 770	- 2 625	+ 67	- 556	+ 624
4.Vj.	- 5 929	- 2 831	- 1 504	- 803	- 1 327	- 3 098	- 770	- 2 328	- 613	- 1 318	+ 706
2013 1.Vj.	- 15 836	- 12 628	- 12 348	- 11 005	- 280	- 3 208	- 826	- 2 382	+ 345	- 306	+ 651
2.Vj.	- 7 575	- 4 124	- 7 148	- 6 422	+ 3 024	- 3 451	- 826	- 2 625	+ 341	- 478	+ 819
3.Vj.	- 10 325	- 7 089	- 7 130	- 6 465	+ 41	- 3 237	- 826	- 2 411	+ 95	- 330	+ 425
4.Vj.	- 5 317	- 1 897	- 510	+ 29	+ 1 387	- 3 420	- 826	- 2 594	+ 1 011	- 302	+ 1 313
2013 Febr.	- 6 880	- 5 801	- 5 551	- 5 055	- 250	- 1 079	- 275	- 804	- 26	- 103	+ 77
März	- 3 167	- 2 178	- 2 254	- 2 216	+ 76	- 989	- 275	- 714	+ 346	- 117	+ 462
April	- 2 554	- 1 397	- 2 563	- 2 165	+ 1 166	- 1 157	- 275	- 882	+ 184	- 157	+ 341
Mai	- 2 147	- 883	- 2 207	- 2 095	+ 1 325	- 1 264	- 275	- 989	+ 111	- 140	+ 251
Juni	- 2 875	- 1 845	- 2 378	- 2 162	+ 533	- 1 030	- 275	- 755	+ 46	- 182	+ 227
Juli	- 3 465	- 2 369	- 2 214	- 2 054	- 155	- 1 096	- 275	- 821	+ 39	- 162	+ 202
Aug.	- 3 745	- 2 744	- 2 599	- 2 203	- 146	- 1 000	- 275	- 725	- 76	- 151	+ 74
Sept.	- 3 115	- 1 975	- 2 318	- 2 208	+ 342	- 1 140	- 275	- 864	+ 132	- 17	+ 149
Okt.	- 3 088	- 2 086	- 1 659	- 1 514	- 427	- 1 002	- 275	- 727	+ 527	- 8	+ 535
Nov.	- 2 754	- 1 875	- 1 354	- 1 288	- 521	- 878	- 275	- 603	+ 263	-	+ 263
Dez.	+ 525	+ 2 064	+ 2 503	+ 2 830	- 439	- 1 539	- 275	- 1 264	+ 221	- 294	+ 515

Mio €

Zeit	insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)			
				Vermögensübertragungen		
				Öffentlich 1)	Privat 1)	sonstige laufende Übertra- gungen
2009	+ 28	- 1 704	+ 1 732			
2010	- 575	- 2 039	+ 1 464			
2011	+ 673	- 2 326	+ 2 999			
2012	+ 40	- 2 648	+ 2 687			
2013	+ 1 793	- 1 416	+ 3 209			
2012 2.Vj.	+ 394	- 375	+ 769			
3.Vj.	+ 67	- 556	+ 624			
4.Vj.	- 613	- 1 318	+ 706			
2013 1.Vj.	+ 345	- 306	+ 651			
2.Vj.	+ 341	- 478	+ 819			
3.Vj.	+ 95	- 330	+ 425			
4.Vj.	+ 1 011	- 302	+ 1 313			
2013 Febr.	- 26	- 103	+ 77			
März	+ 346	- 117	+ 462			
April	+ 184	- 157	+ 341			
Mai	+ 111	- 140	+ 251			
Juni	+ 46	- 182	+ 227			
Juli	+ 39	- 162	+ 202			
Aug.	- 76	- 151	+ 74			
Sept.	+ 132	- 17	+ 149			
Okt.	+ 527	- 8	+ 535			
Nov.	+ 263	-	+ 263			
Dez.	+ 221	- 294	+ 515			

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des

EU-Haushalts (ohne Vermögensübertragungen). 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

XII. Außenwirtschaft

7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2011	2012	2013	2013						
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Okt.	Nov.	Dez.
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 226 210	- 355 772	- 15 520	- 28 397	- 36 643	+ 16 537	+ 32 983	- 37 709	- 31 479	+ 102 170
1. Direktinvestitionen ¹⁾	- 37 527	- 52 088	- 41 440	- 19 699	- 4 953	- 7 853	- 8 934	- 406	- 7 730	- 799
Beteiligungskapital	- 21 739	- 34 637	- 9 690	- 5 736	- 5 401	- 1 157	+ 2 604	- 2 041	+ 5 195	- 550
reinvestierte Gewinne ²⁾	- 25 161	- 27 080	- 31 327	- 9 975	- 5 797	- 9 775	- 5 780	- 3 967	- 1 893	+ 79
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	+ 9 373	+ 9 629	- 423	- 3 988	+ 6 245	+ 3 079	- 5 758	+ 5 602	- 11 031	- 328
2. Wertpapieranlagen	- 22 665	- 107 955	- 138 433	- 46 658	- 36 835	- 32 975	- 21 965	- 9 055	- 15 850	+ 2 940
Aktien ³⁾	+ 2 130	- 11 186	- 18 726	- 9 822	- 3 252	- 8 805	+ 3 153	- 679	- 259	+ 4 090
Investmentzertifikate ⁴⁾	- 1 843	- 21 560	- 30 673	- 10 710	- 4 085	- 7 703	- 8 175	- 6 740	- 922	- 512
Anleihen ⁵⁾	- 18 014	- 75 947	- 84 086	- 21 089	- 30 132	- 16 376	- 16 489	+ 850	- 13 025	- 4 315
Geldmarktpapiere	- 4 938	+ 738	- 4 948	- 5 036	+ 634	- 91	- 454	- 2 486	- 1 644	+ 3 676
3. Finanzderivate ⁶⁾	- 27 511	- 17 885	- 18 307	- 3 880	- 6 090	- 2 084	- 6 253	- 3 346	- 2 680	- 227
4. übriger Kapitalverkehr	- 135 670	- 176 548	+ 183 497	+ 41 926	+ 11 307	+ 58 664	+ 71 599	- 25 114	- 4 812	+ 101 525
Monetäre Finanzinstitute ^{7) 8)}	+ 44 070	+ 62 184	+ 56 650	+ 15	+ 523	+ 49 719	+ 6 393	- 22 438	- 19 573	+ 48 405
langfristig	- 12 957	+ 47 870	+ 50 430	+ 11 538	+ 13 408	+ 13 223	+ 12 262	+ 1 990	+ 2 032	+ 8 240
kurzfristig	+ 57 027	+ 14 315	+ 6 220	- 11 523	- 12 884	+ 36 496	- 5 869	- 24 429	- 21 605	+ 40 165
Unternehmen und Privat- personen	- 20 612	+ 1 985	- 16 193	- 29 128	- 3 984	+ 7 272	+ 9 648	- 7 556	- 355	+ 17 559
langfristig	+ 5 169	- 1 763	- 1 442	+ 1 097	+ 89	- 1 208	- 1 420	- 271	- 778	- 371
kurzfristig ⁷⁾	- 25 780	+ 3 748	- 14 751	- 30 225	- 4 073	+ 8 480	+ 11 067	- 7 285	+ 422	+ 17 930
Staat	- 21 056	- 48 038	- 2 479	+ 4 087	+ 1 523	- 3 480	- 4 609	- 3 990	- 1 892	+ 1 274
langfristig	- 2 226	- 48 048	- 11 228	- 451	- 4 604	- 3 069	- 3 105	- 3 508	- 381	+ 784
kurzfristig ⁷⁾	- 18 829	+ 10	+ 8 749	+ 4 538	+ 6 126	- 411	- 1 504	- 483	- 1 512	+ 490
Bundesbank	- 138 073	- 192 679	+ 145 519	+ 66 953	+ 13 246	+ 5 153	+ 60 167	+ 8 871	+ 17 008	+ 34 288
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -)	- 2 836	- 1 297	- 838	- 86	- 72	+ 784	- 1 464	+ 212	- 407	- 1 269
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr: +)	+ 63 600	+ 121 943	- 229 812	- 12 287	- 28 598	- 83 281	- 105 646	+ 19 521	+ 8 792	- 133 960
1. Direktinvestitionen ¹⁾	+ 35 203	+ 5 109	+ 24 626	+ 7 697	- 7 065	+ 4 409	+ 19 585	+ 13 462	+ 2 546	+ 3 576
Beteiligungskapital	+ 10 856	- 1 971	+ 3 683	- 922	+ 685	+ 384	+ 4 907	+ 357	+ 558	+ 3 992
reinvestierte Gewinne ²⁾	+ 2 534	+ 7 402	+ 7 613	+ 4 821	+ 883	+ 2 544	+ 1 131	+ 1 463	+ 113	- 444
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 21 813	- 323	+ 13 330	+ 3 799	- 5 497	+ 1 481	+ 13 547	+ 11 643	+ 1 875	+ 29
2. Wertpapieranlagen	+ 49 627	+ 42 250	- 23 017	+ 5 527	- 12 777	- 6 469	- 9 297	- 609	+ 18 317	- 27 005
Aktien ³⁾	- 11 418	+ 1 148	+ 5 223	- 5 384	+ 2 818	+ 3 861	+ 3 928	- 3 771	+ 2 712	+ 4 987
Investmentzertifikate	+ 6 647	- 3 869	+ 6 057	+ 73	- 802	+ 1 215	+ 5 572	+ 2 139	+ 2 931	+ 501
Anleihen ⁵⁾	+ 50 314	+ 52 925	- 15 419	+ 1 480	- 20 675	- 5 057	+ 11 793	+ 3 391	+ 22 172	- 13 770
Geldmarktpapiere	+ 4 084	- 7 954	- 18 878	+ 12 317	+ 5 883	- 6 488	- 30 590	- 2 367	- 9 498	- 18 724
3. übriger Kapitalverkehr	- 21 231	+ 74 584	- 231 422	- 25 511	- 8 756	- 81 220	- 115 934	+ 6 667	- 12 071	- 110 531
Monetäre Finanzinstitute ^{7) 8)}	- 96 708	+ 51 508	- 158 601	- 8 840	- 14 206	- 65 173	- 70 382	- 4 419	+ 6 727	- 72 690
langfristig	- 18 368	- 10 250	- 17 103	- 10 147	- 2 544	- 2 826	- 1 586	- 1 388	+ 1 606	- 1 804
kurzfristig	- 78 340	+ 61 758	- 141 498	+ 1 307	- 11 662	- 62 347	- 68 796	- 3 031	+ 5 121	- 70 886
Unternehmen und Privat- personen	+ 25 006	- 6 034	- 18 282	+ 9 452	+ 8 384	- 4 231	- 31 887	- 12 675	+ 3 082	- 22 294
langfristig	- 11 899	- 9 633	- 20 311	- 4 996	- 3 155	- 4 639	- 7 521	- 3 018	- 682	- 3 822
kurzfristig ⁷⁾	+ 36 905	+ 3 599	+ 2 029	+ 14 448	+ 11 539	+ 408	- 24 366	- 9 658	+ 3 764	- 18 472
Staat	+ 18 519	- 30 826	- 5 264	+ 60	+ 8 253	- 8 631	- 4 946	+ 3 997	- 6 571	- 2 372
langfristig	+ 5 083	+ 36 179	+ 7 891	+ 687	+ 6 043	+ 1 324	- 163	- 1 086	+ 1 000	- 76
kurzfristig ⁷⁾	+ 13 436	- 67 005	- 13 155	- 627	+ 2 210	- 9 955	- 4 783	+ 5 083	- 7 571	- 2 296
Bundesbank	+ 31 952	+ 59 936	- 49 275	- 26 183	- 11 187	- 3 185	- 8 720	+ 19 765	- 15 310	- 13 175
III. Saldo der Kapitalbilanz ⁹⁾ (Nettokapitalausfuhr: -)	- 162 610	- 233 829	- 245 332	- 40 684	- 65 241	- 66 744	- 72 664	- 18 188	- 22 687	- 31 789

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. **2** Geschätzt.
3 Einschl. Genuss-Scheine. **4** Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. **5** Ab 1975 ohne Stückzinsen. **6** Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte.
7 Die hier ausgewiesenen Transaktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen

abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. **8** Ohne Bundesbank. **9** Saldo der Kapitalbilanz einschl. Veränderung der Währungsreserven.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998 *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forder- ungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen		
	insgesamt	zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte					Forder- ungen an die EZB 2) netto	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	-	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	-	1 079	15 978	15 978	-	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. **1** Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. **2** Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit –

EFWZ). **3** Einschl. Kredite an die Weltbank. **4** Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen								Auslands- verbind- lichkeiten 3) 4)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	Währungsreserven					sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Euro- systems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EVU- Ländern		
	insgesamt	zusammen	Gold und Goldforder- ungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1999 Jan. 5)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	20 607	200 607
2009	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160
2010	524 695	162 100	115 403	18 740	27 957	50	337 869	24 676	14 620	510 075
2011	714 662	184 603	132 874	22 296	29 433	50	475 942	54 067	46 557	668 106
2012	921 002	188 630	137 513	22 344	28 774	50	668 617	63 706	106 496	814 506
2013	721 741	143 753	94 876	20 798	28 080	50	523 103	54 834	57 214	664 527
2012 Nov.	988 534	197 486	145 110	22 771	29 606	50	727 755	63 242	112 190	876 344
Dez.	921 002	188 630	137 513	22 344	28 774	50	668 617	63 706	106 496	814 506
2013 Jan.	878 587	184 947	134 745	21 953	28 249	50	629 884	63 707	103 899	774 688
Febr.	871 508	183 222	132 131	22 011	29 079	50	625 519	62 717	96 300	775 208
März	852 611	188 447	136 454	22 403	29 590	50	601 669	62 446	80 341	772 271
April	857 433	173 980	122 844	22 096	29 040	50	620 813	62 590	94 482	762 951
Mai	832 746	169 105	118 228	21 984	28 893	50	602 136	61 456	82 781	749 965
Juni	798 888	150 825	100 280	21 926	28 618	50	588 423	59 590	69 145	729 743
Juli	807 165	158 611	109 338	21 650	27 623	50	589 372	59 133	71 106	736 059
Aug.	808 649	164 477	114 714	21 434	28 330	50	586 531	57 591	69 088	739 560
Sept.	796 646	156 452	107 819	21 296	27 337	50	583 271	56 874	65 950	730 697
Okt.	785 449	154 486	106 477	20 922	27 086	50	574 400	56 514	85 712	699 737
Nov.	761 730	148 010	99 631	20 907	27 473	50	557 391	56 280	70 398	691 332
Dez.	721 741	143 753	94 876	20 798	28 080	50	523 103	54 834	57 214	664 527
2014 Jan.	716 868	149 930	100 432	21 110	28 388	50	512 734	54 154	53 965	662 902

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. **1** Einschl. Kredite an die Weltbank. **2** Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Euro-

systems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). **3** Vgl. Anmerkung 2. **4** Ohne vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zugeteilte Sonderziehungsrechte in Höhe von 12 059 Mio SZR. **5** Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland						Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland							
	insgesamt	Guthaben bei ausländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Kredite von ausländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			zusammen	aus Finanzbeziehungen	aus Handelskrediten				zusammen	aus Finanzbeziehungen	aus Handelskrediten			
					zusammen	gewährte Zahlungsziele					geleistete Anzahlungen	zusammen	in Anspruch genommene Zahlungsziele	empfangene Anzahlungen
Alle Länder														
2010	670 695	242 028	428 667	272 426	156 241	143 032	13 209	807 185	162 091	645 094	498 310	146 784	88 288	58 496
2011	698 599	242 387	456 212	285 123	171 089	155 392	15 697	871 795	172 099	699 696	538 839	160 857	95 131	65 726
2012	747 469	274 802	472 667	298 059	174 608	158 836	15 772	910 840	170 265	740 575	578 392	162 183	94 291	67 892
2013	780 219	280 295	499 924	319 864	180 060	164 767	15 293	916 415	142 433	773 982	611 659	162 323	95 260	67 063
2013 Juli	789 196	289 671	499 525	324 104	175 421	159 571	15 850	950 276	182 792	767 484	608 832	158 652	88 618	70 034
Aug.	776 947	276 054	500 893	329 056	171 837	157 022	14 815	932 467	167 777	764 690	608 525	156 165	85 375	70 790
Sept.	792 954	282 635	510 319	329 235	181 084	165 884	15 200	943 934	170 717	773 217	607 824	165 393	96 350	69 043
Okt.	785 639	292 066	493 573	313 150	180 423	164 886	15 537	933 886	160 176	773 710	608 772	164 938	95 315	69 623
Nov.	792 236	290 570	501 666	316 214	185 452	169 885	15 567	932 475	162 642	769 833	605 310	164 523	95 812	68 711
Dez.	780 219	280 295	499 924	319 864	180 060	164 767	15 293	916 415	142 433	773 982	611 659	162 323	95 260	67 063
Industrieländer¹⁾														
2010	598 167	240 915	357 252	249 497	107 755	98 428	9 327	725 644	159 522	566 122	464 105	102 017	73 987	28 030
2011	615 925	240 265	375 660	258 453	117 207	104 915	12 292	785 925	169 535	616 390	502 139	114 251	80 491	33 760
2012	659 800	272 400	387 400	269 072	118 328	104 985	13 343	824 182	167 856	656 326	542 994	113 332	79 123	34 209
2013	690 340	276 963	413 377	291 097	122 280	108 838	13 442	829 534	141 063	688 471	574 254	114 217	79 524	34 693
2013 Juli	699 521	287 724	411 797	294 599	117 198	103 534	13 664	864 536	181 041	683 495	573 712	109 783	74 615	35 168
Aug.	686 029	274 141	411 888	297 891	113 997	101 543	12 454	845 587	166 242	679 345	572 562	106 783	71 004	35 779
Sept.	701 704	279 335	422 369	300 148	122 221	109 258	12 963	856 730	169 208	687 522	571 605	115 917	81 012	34 905
Okt.	694 910	288 099	406 811	284 397	122 414	108 945	13 469	847 968	158 631	689 337	573 129	116 208	80 619	35 589
Nov.	699 512	286 240	413 272	287 178	126 094	112 462	13 632	846 787	160 852	685 935	570 094	115 841	80 389	35 452
Dez.	690 340	276 963	413 377	291 097	122 280	108 838	13 442	829 534	141 063	688 471	574 254	114 217	79 524	34 693
EU-Länder¹⁾														
2010	494 360	230 746	263 614	184 862	78 752	71 525	7 227	618 145	150 817	467 328	395 566	71 762	50 035	21 727
2011	508 071	225 583	282 488	196 132	86 356	76 472	9 884	660 137	157 465	502 672	421 679	80 993	54 370	26 623
2012	547 557	250 191	297 366	212 698	84 668	74 190	10 478	695 214	156 552	538 662	458 505	80 157	53 623	26 534
2013	582 602	262 525	320 077	233 074	87 003	76 438	10 565	694 404	126 314	568 090	488 571	79 519	53 187	26 332
2013 Juli	579 794	265 588	314 206	229 961	84 245	73 667	10 578	735 969	169 555	566 414	488 420	77 994	51 167	26 827
Aug.	573 795	260 380	313 415	231 907	81 508	72 128	9 380	718 162	155 106	563 056	487 173	75 883	48 653	27 230
Sept.	583 499	265 554	317 945	230 762	87 183	77 199	9 984	725 230	158 941	566 289	484 781	81 508	54 958	26 550
Okt.	587 412	273 218	314 194	226 596	87 598	77 207	10 391	715 489	146 426	569 063	487 361	81 702	54 398	27 304
Nov.	593 005	271 654	321 351	230 198	91 153	80 436	10 717	713 716	147 484	566 232	484 065	82 167	55 081	27 086
Dez.	582 602	262 525	320 077	233 074	87 003	76 438	10 565	694 404	126 314	568 090	488 571	79 519	53 187	26 332
darunter: EWU-Mitgliedsländer²⁾														
2010	366 774	184 299	182 475	130 430	52 045	47 239	4 806	497 433	98 177	399 256	351 352	47 904	33 444	14 460
2011	372 493	171 907	200 586	142 530	58 056	52 125	5 931	529 244	103 827	425 417	370 898	54 519	37 188	17 331
2012	396 816	189 865	206 951	152 060	54 891	48 992	5 899	572 523	110 052	462 471	408 502	53 969	36 754	17 215
2013	422 992	195 834	227 158	171 157	56 001	49 799	6 202	587 628	99 689	487 939	434 631	53 308	36 467	16 841
2013 Juli	430 839	207 800	223 039	168 612	54 427	48 371	6 056	616 842	127 440	489 402	437 104	52 298	35 317	16 981
Aug.	423 976	202 514	221 462	168 575	52 887	46 853	6 034	606 856	122 401	484 455	433 578	50 877	33 187	17 690
Sept.	425 286	203 030	222 256	166 830	55 426	49 244	6 182	610 391	123 618	486 773	432 759	54 014	36 517	17 497
Okt.	427 683	206 283	221 400	165 590	55 810	49 529	6 281	611 956	120 422	491 534	436 897	54 637	36 748	17 889
Nov.	430 406	203 503	226 903	168 543	58 360	51 865	6 495	608 590	122 289	486 301	431 182	55 119	37 628	17 491
Dez.	422 992	195 834	227 158	171 157	56 001	49 799	6 202	587 628	99 689	487 939	434 631	53 308	36 467	16 841
Schwellen- und Entwicklungsländer³⁾														
2010	72 528	1 113	71 415	22 929	48 486	44 604	3 882	81 541	2 569	78 972	34 205	44 767	14 301	30 466
2011	82 674	2 122	80 552	26 670	53 882	50 477	3 405	85 870	2 564	83 306	36 700	46 606	14 640	31 966
2012	87 669	2 402	85 267	28 987	56 280	53 851	2 429	86 658	2 409	84 249	35 398	48 851	15 168	33 683
2013	89 879	3 332	86 547	28 767	57 780	55 929	1 851	86 881	1 370	85 511	37 405	48 106	15 736	32 370
2013 Juli	89 675	1 947	87 728	29 505	58 223	56 037	2 186	85 740	1 751	83 989	35 120	48 869	14 003	34 866
Aug.	90 918	1 913	89 005	31 165	57 840	55 479	2 361	86 880	1 535	85 345	35 963	49 382	14 371	35 011
Sept.	91 250	3 300	87 950	29 087	58 863	56 626	2 237	87 204	1 509	85 695	36 219	49 476	15 338	34 138
Okt.	90 729	3 967	86 762	28 753	58 009	55 941	2 068	85 918	1 545	84 373	35 643	48 730	14 696	34 034
Nov.	92 724	4 330	88 394	29 036	59 358	57 423	1 935	85 688	1 790	83 898	35 216	48 682	15 423	33 259
Dez.	89 879	3 332	86 547	28 767	57 780	55 929	1 851	86 881	1 370	85 511	37 405	48 106	15 736	32 370

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar.

bar. 1 Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. 2 Ab Januar 2011 einschl. Estand. 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Bis Dezember 2010 einschl. Niederländische Antillen; ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St. Eustatius, Saba und Curacao und St. Martin (niederl. Teil); bis Juni 2013 einschl. Kroatien.

XII. Außenwirtschaft

11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2012 Okt.	1,2596	8,1390	7,4582	102,47	1,2801	7,4076	8,6145	1,2098	1,2974	0,80665
Nov.	1,2331	7,9998	7,4587	103,94	1,2787	7,3371	8,6076	1,2052	1,2828	0,80389
Dez.	1,2527	8,1809	7,4604	109,71	1,2984	7,3503	8,6512	1,2091	1,3119	0,81237
2013 Jan.	1,2658	8,2698	7,4614	118,34	1,3189	7,3821	8,6217	1,2288	1,3288	0,83271
Febr.	1,2951	8,3282	7,4598	124,40	1,3477	7,4232	8,5083	1,2298	1,3359	0,86250
März	1,2537	8,0599	7,4553	122,99	1,3285	7,4863	8,3470	1,2266	1,2964	0,85996
April	1,2539	8,0564	7,4553	127,54	1,3268	7,5444	8,4449	1,2199	1,3026	0,85076
Mai	1,3133	7,9715	7,4536	131,13	1,3257	7,5589	8,5725	1,2418	1,2982	0,84914
Juni	1,3978	8,0905	7,4576	128,40	1,3596	7,7394	8,6836	1,2322	1,3189	0,85191
Juli	1,4279	8,0234	7,4579	130,39	1,3619	7,8837	8,6609	1,2366	1,3080	0,86192
Aug.	1,4742	8,1477	7,4580	130,34	1,3853	7,9386	8,7034	1,2338	1,3310	0,85904
Sept.	1,4379	8,1690	7,4579	132,41	1,3817	7,9725	8,6758	1,2338	1,3348	0,84171
Okt.	1,4328	8,3226	7,4592	133,32	1,4128	8,1208	8,7479	1,2316	1,3635	0,84720
Nov.	1,4473	8,2221	7,4587	134,97	1,4145	8,2055	8,8802	1,2316	1,3493	0,83780
Dez.	1,5243	8,3248	7,4602	141,68	1,4580	8,4053	8,9597	1,2245	1,3704	0,83639
2014 Jan.	1,5377	8,2368	7,4614	141,47	1,4884	8,3927	8,8339	1,2317	1,3610	0,82674

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik. 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804

XII. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft									
	EWK-20 1)		EWK-39 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtumsatzes 3)						auf Basis der Verbraucherpreisindizes			
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes 4)	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes 4)	25 ausgewählte Industrieländer 5)				37 Länder 6)	25 ausgewählte Industrieländer 5)	37 Länder 6)	56 Länder 7)
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU					
1999	96,2	96,1	95,9	96,2	96,5	95,8	97,8	99,5	95,7	97,6	98,2	98,0	97,6	
2000	87,0	86,6	86,0	85,4	87,9	85,8	91,7	97,2	85,2	90,8	92,9	91,9	90,9	
2001	87,7	87,2	86,5	84,5	90,4	87,0	91,3	96,0	85,7	89,9	92,9	91,4	90,8	
2002	90,1	90,3	89,5	87,8	94,9	90,7	91,9	95,1	88,2	90,5	93,5	91,9	91,7	
2003	100,6	101,4	100,5	98,8	106,8	101,6	95,2	94,0	97,2	94,6	97,0	96,5	96,7	
2004	104,4	105,2	103,3	102,3	111,4	105,2	95,5	92,9	99,6	94,9	98,4	97,9	98,2	
2005	102,9	103,7	101,4	100,3	109,4	102,7	94,4	91,5	98,8	92,9	98,4	96,9	96,5	
2006	102,8	103,7	100,7	99,2	109,4	102,0	93,3	90,1	98,4	91,3	98,5	96,4	95,7	
2007	106,2	106,4	102,7	100,9	112,8	104,0	94,2	89,2	102,4	91,6	100,8	97,8	96,9	
2008	109,3	108,4	103,9	103,7	117,0	105,9	94,3	87,8	105,4	90,5	102,2	97,7	97,0	
2009	110,6	109,0	104,8	106,0	119,8	106,8	93,9	87,9	104,0	90,5	101,7	97,9	97,3	
2010	103,6	101,5	96,7	98,6	111,5	98,1	91,7	87,7	97,8	87,2	98,8	93,8	92,2	
2011	103,4	100,6	95,1 p)	96,5	112,2	97,6	91,4	87,6	97,5	86,6	98,2	93,1	91,7	
2012	97,9	95,5	89,8 p)	91,2	107,1	92,8	89,5	87,4	92,4	84,2	96,0	90,3	88,8	
2013	101,7	98,9	112,0	96,1	98,3 p)	92,1 p)	90,8	
2010 Okt.	104,9	102,5			113,0	99,0					99,1	94,1	92,6	
2010 Nov.	103,7	101,1	95,9	98,4	111,8	97,7	91,5	87,7	97,6	87,0	98,7	93,6	92,0	
2010 Dez.	101,6	99,1			109,4	95,6					97,8	92,7	90,9	
2011 Jan.	101,4	98,9			109,4	95,5					97,8	92,4	90,7	
2011 Febr.	102,4	99,8	94,8	96,6	110,7	96,5	91,5	87,8	97,3	86,7	98,1	92,8	91,2	
2011 März	104,1	101,5			112,4	98,1					98,6	93,5	91,9	
2011 April	105,8	103,3			114,1	99,7					99,5	94,3	92,8	
2011 Mai	104,8	102,1	96,9	99,1	113,3	98,6	92,4	87,6	100,1	87,6	99,0	93,7	92,1	
2011 Juni	104,9	102,1			113,5	98,7					99,0	93,7	92,2	
2011 Juli	104,0	101,0			112,4	97,7					98,6	93,3	91,7	
2011 Aug.	103,8	100,8	95,0	97,1	113,0	98,1	91,3	87,5	97,3	86,4	98,2	93,1	91,8	
2011 Sept.	102,8	99,8			112,1	97,4					97,8	92,7	91,6	
2011 Okt.	103,0	100,1			112,6	97,8					97,9	92,9	91,8	
2011 Nov.	102,6	99,8	93,6 p)	93,3	112,1	97,3	90,6	87,3	95,5	85,7	97,6	92,7	91,5	
2011 Dez.	100,8	98,0			110,3	95,7					96,8	91,8	90,5	
2012 Jan.	99,0	96,3			108,1	93,7					96,2	90,8	89,4	
2012 Febr.	99,7	97,2	91,4 p)	93,1	108,4	94,2	89,9	87,3	93,7	84,8	96,8	91,3	89,7	
2012 März	99,9	97,3			108,7	94,3					96,8	91,1	89,6	
2012 April	99,5	97,1			108,5	94,2					96,7	91,1	89,5	
2012 Mai	98,1	95,6	90,2 p)	92,1	107,3	93,0	89,6	87,4	92,6	84,4	96,0	90,4	88,9	
2012 Juni	97,2	94,8			106,6	92,4					95,5	89,9	88,6	
2012 Juli	95,4	93,1			104,3	90,6					94,9	89,1	87,5	
2012 Aug.	95,2	93,0	88,0 p)	89,9	104,5	90,6	88,8	87,4	90,5	83,3	95,0	89,0	87,5	
2012 Sept.	97,2	94,9			106,6	92,4					95,6	89,9	88,5	
2012 Okt.	97,8	95,4			107,3	92,8					95,9	90,1	88,7	
2012 Nov.	97,2	94,8	89,6 p)	90,0	106,7	92,2	89,7	87,4	92,9	84,2	95,8	89,9	88,4	
2012 Dez.	98,7	96,2			108,3	93,5					96,5	90,6	89,1	
2013 Jan.	100,4	97,9			109,9	94,8					97,4	91,4	89,9	
2013 Febr.	101,6	99,0	92,5 p)	94,0	111,1	95,7	91,0	87,5	96,5	85,6	98,1	92,0	90,4	
2013 März	100,2	97,8			109,5	94,4					97,7	91,5	89,7	
2013 April	100,5	97,8			109,8	94,3					97,5	91,3	89,5	
2013 Mai	100,5	98,0 p)	92,9 p)	93,8	110,0	94,5	91,6	87,8	97,5	85,9	98,1	91,7	89,9	
2013 Juni	101,6	98,8			112,0	96,1					98,3	92,2	90,8	
2013 Juli	101,5	98,8			112,0	96,1					98,4	92,2	90,8	
2013 Aug.	102,2	99,5 p)	93,3 p)	94,2	113,4	97,3	91,8	87,8	98,1	86,0	98,5	92,4	91,4	
2013 Sept.	102,0	99,0			113,3	96,9					98,5	92,3	91,3	
2013 Okt.	102,8 p)	99,6			114,2 p)	97,3					98,9 p)	92,6 p)	91,6	
2013 Nov.	102,6 p)	99,4			114,2 p)	97,2	99,0 p)	92,9 p)	91,8	
2013 Dez.	103,9 p)	100,9			115,8 p)	98,8					99,1 p)	93,3 p)	92,4	
2014 Jan.	103,4 p)	100,5			115,9 p)	98,7					98,9 p)	93,1 p)	92,4	

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und Februar 2012, S. 36 f.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.int). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnittse der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die

EWK-20-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 Abweichend vom Standard werden die realen effektiven Wechselkurse des Euro auf Basis der Verbraucherpreisindizes (Spalten 2 und 6) für die EWU ohne Lettland berechnet. Der Deflator HVPI (EWU-18) ist noch nicht verfügbar. Der (lettische) Lats ist im Währungskorb der Partnerländer enthalten. 5 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 6 EWU-Länder sowie EWK-20-Länder. 7 EWU-Länder sowie EWK-39-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf CD-ROM oder zum Herunterladen im Bundesbank-ExtraNet über die Abteilung Statistisches Informationsmanagement, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

■ Geschäftsbericht

Mai 2013

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2013

■ Finanzstabilitätsbericht

Juni 2013

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2013 und 2014
- Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Bundesbankstudie
- Finanzen der privaten Haushalte, Sparen und Ungleichheit: eine internationale Perspektive – Konferenz der Deutschen Bundesbank und des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik

■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2013 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2014 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

März 2013

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2012
- Bankinterne Methoden zur Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und ihre bankaufsichtliche Bedeutung

April 2013

- Die US-Wirtschaft im aktuellen Konjunkturaufschwung
- Makroprudenzielle Überwachung in Deutschland: Grundlagen, Institutionen, Instrumente

- Die Umsetzung von Basel III in europäisches und nationales Recht

Juli 2013

- Gemeinsame europäische Bankenaufsicht – Erster Schritt auf dem Weg zur Bankenunion
- Zinsstrukturkurvenschätzungen im Zeichen der Finanzkrise
- Unterschiede im Geldmengen- und Kreditwachstum im Euro-Raum und in einzelnen Mitgliedsländern

August 2013

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2013

September 2013

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2012
- Die Entwicklung staatlicher Zinsausgaben in Deutschland
- Prognosemodelle in der kurzfristigen Konjunkturanalyse – Ein Werkstattbericht

Oktober 2013

- Die Preissteigerungen bei Wohnimmobilien seit dem Jahr 2010: Einflussfaktoren und regionale Abhängigkeiten
- Makroökonomische Ansätze zur Einschätzung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit
- Internationale Kooperation auf dem Gebiet der Finanzsektorpolitik – der Finanzstabilitätsrat (FSB)

November 2013

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2013

Dezember 2013

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015
- Perspektiven im europäischen Massenzahlungsverkehr
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2012
- Finanzsystem im Wandel: neue Bedeutung der Repomärkte

Januar 2014

- Anpassungsprozesse in den Ländern der Wirtschafts- und Währungsunion

Februar 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2013/2014

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik ¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik ¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik ¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen ¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 ²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 ²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 ²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 ²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 ²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 ²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Juli 2013³⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Juli 2013²⁾³⁾
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013²⁾³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2007 bis 2012, Juni 2013³⁾
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2007, Dezember 2013³⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2009 bis 2010, Mai 2013²⁾³⁾
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990⁹⁾
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2013¹⁾
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013
- 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011²⁾

■ Diskussionspapiere^{*)}

- 48/2013
 Changing forces of gravity: how the crisis affected international banking
- 49/2013
 Current account adjustment in EU countries: Does euro-area membership make a difference?
- 50/2013
 Real financial market exchange rates and capital flows
- 51/2013
 Learning about fiscal policy and the effects of policy uncertainty
- 52/2013
 Does expenditure composition influence the debt level? Evidence from German federal states
- 53/2013
 Banks' concentration versus diversification in the loan portfolio: new evidence from Germany
- 54/2013
 The role of interbank relationships and liquidity needs
- 55/2013
 Bank leverage cycles and the external finance premium
- 56/2013
 Market timing, maturity mismatch, and risk management: evidence from the banking industry

o Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
 * Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.
 Weitere Anmerkungen siehe S. 82*.

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.